Heft 6 Juni 1999 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

Wessen Krieg ist der Krieg, wessen Frieden ist der Frieden?

Kriegsausgabe

(die zweite).

Der erste

Sieg im dritten

Krieg

in konkret Juni 1999

hier konkret von Christian Ströbele
Auf dem Sonderparteitag der Grünen zum Jugoslawien-Krieg wurde der Antrag des Parteivorstandes mit klarer Mehrheit (58 Prozent) verabschiedet. »Kriegskredit für Fischer«, titelte am Tag danach die »Taz«. KONKRET fragte den grünen Kriegsgegner Christian Ströbele nach den Konsequenzen dieser Entscheidung

von konkret

an konkret

Wessen Krieg ist der Krieg? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Jetztzeit von Peter Hacks
Kahnpartie zu Thälmann

Lumpen-Intelligenzija von Jürgen Elsässer
Die Grünen als Vollstrecker der negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft

Stammtisch-Zerlegung von Georg Fülberth
Wessen Krieg ist der Kosovo-Krieg? Drei Hypothesen, vorgetragen ohne Anspruch auf die letzte Wahrheit

Deutsche Brüder und Väter von Peter Nowak
Das rechte Spektrum mobilisiert gegen den Jugoslawienkrieg mit Argumenten der Friedensbewegung

Der deutsche Krieg von Tjark Kunstreich
Wer einen Völkermord im Kosovo bestreitet, leugnet auch Auschwitz: Auf diese Infamie läuft die deutsche Propaganda hinaus. Doch es ist der Krieg selbst, der den Holocaust vergessen machen soll

Unannehmbar! von Peter Fasel
Alles schon mal dagewesen: Wie Österreich und Deutschland sich 1914 den Kriegsgrund verschafften

Histo-Matt von Günther Jacob
Mit dem Beginn der Nato-Weltordnung ist der Linken auch ihr letzter Bezugspunkt abhanden gekommen: Auschwitz

Sudetenland ist überall von Andreas Spannbauer
Im Krieg sind sich alle einig: Nie wieder Völkermord, schon gar nicht an Deutschen. Warum der Vergleich von Milosevic und Benes trotzdem kein intellektueller Kollateralschaden ist

Zu Protokoll
Daß sie lügen wie gedruckt, war sprichwörtlich. Aber wenn es der Kriegführung dient, bekennen sie sich nicht nur zu ihren gedruckten und gesprochenen Lügen, sie reklamieren ihre Lügen als Ausweis höchster Moralität. KONKRET dokumentiert ein paar Fälle von ungezählten weiteren: den des Kriegsministers Scharping, Erfinder des Baseballspiels mit Menschenköpfen, der einen schüchtern fragenden ARD-Redakteur niederschwadroniert, den des Chefredakteurs der »Bildzeitung«, der stolz auf seine Fälschung ist, und den der »Taz«, die ihren Fotobeweis, der sich als falsch herausstellt, für überflüssig und um so beweisträchtiger erklärt

»Hitler gut!« von Horst Pankow
Hiwis für den Bodenkrieg: Warum die Terroristen der UCK aus Washington und Bonn umworben werden

Dröhnen statt Spalten von Joachim Rohloff
Der designierte Bundespräsident Johannes Rau weiß ganz genau, was er will: Brücken bauen bis zum Abwinken. Kein Wunder, daß er die Sprengung älterer Modelle durch die Nato gutheißt

Ziel und Scheibe von Otto Köhler
Wie Rudolf Scharping deutschen Unternehmern Kriegsrapport erstattete

Wir helfen Naumann aufs Pferd III von Karl-Heinz Hansen
Schröders Kulturbeauftragter Michael Naumann hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Chirurgische Schläge ohne Narkose von Oliver Tolmein
Militärs bomben gerne und erfolgreich, weil es für den Luftkrieg keine rechtlichen Grenzen gibt

Rivals in Leadership von Thomas Becker
Mit jeder US-Rakete, die ihr Ziel verfehlt, wird die deutsche Position gestärkt. Je länger sich der Krieg hinzieht, um so besser für die Deutschen

Krieg im Paralleluniversum von Robert Kurz
Kursfeuerwerk und Bombenhagel gehören zusammen wie Science und Fiction

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

In diesem Sinne - Trotzky in the Sky von Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Deutscher Orden von Jürgen Roth

In diesem Sinne - Mein Gefühlsstau, endlich gelöst von Rudolf Scharping

Joseph und seine Brüfer von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Das Kosovo-Komplott von Lothar Baier
Erfolgt das Nato-Bombardement Jugoslawiens mit der Zustimmung Milosevics?

Totale: Krieg von Kay Sokolowsky
Einen potentiellen Gegner mußte die Nato vom Beginn des Überfalls auf Jugoslawien an nicht mehr fürchten: das westliche Fernsehen

Kein Luftkrieg. Nirgends von Jürgen Roth
Worum eigentlich muß sich Literatur kümmern? Um den Stellenabbau im öffentlichen Dienst? Um die Entwicklung der Produktivkräfte? Um die Haltbarkeit von Glühbirnen?

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/99, S. 3

Christian Ströbele

hier konkret

Auf dem Sonderparteitag der Grünen zum Jugoslawien-Krieg wurde der Antrag des Parteivorstandes mit klarer Mehrheit (58 Prozent) verabschiedet. »Kriegskredit für Fischer«, titelte am Tag danach die »Taz«. KONKRET fragte den grünen Kriegsgegner Christian Ströbele nach den Konsequenzen dieser Entscheidung

konkret: Nach einer guten Stunde gab's auf dem grünen Sonderparteitag den ersten Erfolg für die Kriegsgegner: Joschka Fischer wurde von einem Farbbeutel getroffen. Wie war da Ihre Stimmung?

Ströbele: Das fand ich in jeder Hinsicht daneben ...

konkret: ... anatomisch gesehen war's gut zentriert ...

Ströbele: ... gerade weil er getroffen hat. Das hat in dieser Situation das Gegenteil bewirkt von dem, was er vorhatte. Es war schlimm. Es hat auch dazu geführt, daß die Position des Außenministers gestärkt wurde. Ganz abgesehen davon, daß es für ihn in dieser Situation auch äußerst schmerzhaft gewesen ist.

konkret: Aber es hat doch den Richtigen getroffen: Am selben Abend flog die Nato wieder 600 Einsätze, und Fischer ist dafür mitverantwortlich. Da kann er doch auch etwas zu spüren bekommen, oder?

Ströbele: Nee. Das sehe ich anders, das war ganz falsch.

konkret: Sie haben der Nato auf dem Parteitag vorgeworfen, sie habe mit ihrem Luftkrieg Milosevic nicht gestoppt. Also teilen Sie die Ziele der Nato und schlagen nur andere Mittel zu deren Erreichung vor, zum Beispiel ein Öl-Embargo?

Ströbele: Das Ziel, Vertreibung, Töten und Zerstören durch serbische Militärs im Kosovo zu beenden, teile ich. Aber ich war von Anfang an gegen den Krieg und bin es weiter. Ein Embargo ist etwas völlig anderes, das ist ein nicht-militärisches Druckmittel. Das Mittel haben Grüne schon immer befürwortet. Damit soll erreicht werden, daß die serbische Regierung nicht mit ihrer Vertreibungs-Politik fortfährt. Der serbischen Führung muß ein Übel angedroht werden, damit sie den Kosovaren das gibt, was ihnen nach dem Völkerrecht und der Meinung aller Demokraten zusteht – das Recht zur Selbstbestimmung.

konkret: Ihr Parteitags-Antrag war zwar für den Ausstieg aus dem Krieg, aber nicht für den Ausstieg aus der Koalition, »der Joschka« solle auch unbedingt Außenminister bleiben. Also Arbeitsteilung: Ströbele sorgt für die pazifistische Beschlußlage, Fischer paßt diese an die Nato-Realität an und bombardiert weiter.

Ströbele: Eben nicht. Ich bemühe mich um einen Beschluß gegen den Krieg, und dann muß versucht werden, diesen in konkrete Politik umzusetzen. Außerdem: Trampert, Ebermann und Ditfurth sind aus der Partei ausgetreten und in der Auseinandersetzung ohne jede Bedeutung. Leider.

konkret: Aber in den achtziger Jahren haben die mehr erreicht als ihr in den Neunzigern.

Ströbele: Solange sie bei den Grünen waren. Ich habe sie am Rande des Parteitags getroffen und gefragt, was sie machen. Irgendwas tun sie ja wohl, nur merkt man nichts davon.

konkret: Aber das, was Sie machen, ist doch auch wirkungslos.

Ströbele: Das ist nicht wahr. Diese Diskussion, die wir jetzt seit Beginn des Krieges führen und die wir jetzt auf dem Parteitag mit einem gewissen Höhepunkt geführt haben ...

konkret: ... ändert überhaupt nichts!

Ströbele: Das ist nicht wahr. Ich glaube, daß der Parteitag bei den Regierungsmitgliedern und gerade bei Joschka Fischer nicht ohne Wirkung bleibt. Ein Parteitag mit Grünen in der Opposition hätte klare friedenspolitische Positionen verabschieden können, hätte aber nicht annähernd die Möglichkeiten wie ein Parteitag mit einer Regierungspartei, die meinen Antrag verabschiedet hätte oder die – wie geschehen – den Bundesvorstands-Antrag verabschiedet hat. Jetzt können wir darauf drängen, daß das umgesetzt wird. Ich wollte zwar mehr, aber wir können doch jetzt die Unterbrechung der Bombenangriffe einfordern. Ich bin ziemlich sicher, daß das auch das Ende des Bombenkrieges wäre.

konkret: In der Geschichte der Grünen hat sich die Politik der Bundestagsfraktion immer rechts von den Parteitagsbeschlüssen bewegt. Jetzt hielt der Parteitag Fischer den Rücken für den Luftkrieg frei – man kann also davon ausgehen, daß damit der Bodenkrieg schon so gut wie beschlossene Sache ist.

Ströbele: Das ist typisch KONKRET. In dem verabschiedeten Beschluß steht doch ausdrücklich auch: Den Einsatz von Bodentruppen lehnen wir ab ...

konkret: ... ähnlich Eindeutiges gab's in früheren Parteitagsbeschlüssen, und es hat nichts genutzt.

Ströbele: Dann bräuchte man keine Parteitage zu veranstalten und könnte die Partei zumachen.

konkret: Eben.

Ströbele: Wenn Parteitagsbeschlüsse überhaupt etwas bewirken, dann ist in Bezug auf einen Bodenkrieg ein Höchstmaß erreicht worden, nämlich die Ablehnung von Bodentruppen. Was das konkret heißt, wenn die Amis einen schleichenden Bodenkrieg beginnen oder wenn nächsten Monat im Bundestag die Entscheidung darüber ansteht – da gibt es sicher große Probleme. Aber mehr kann der Parteitag nicht leisten, als die Ablehnung von den Abgeordneten einzufordern.

konkret: Und wo ist die Schmerzgrenze? An welchem Punkt tritt Ströbele aus? Anders gefragt: Könnten Sie nicht bei Milosevics Sozialisten mehr erreichen als bei Fischers Grünen?

Ströbele: Ich habe es immer wieder gesagt, und ich wiederhole es: Ich tue niemandem diesen Gefallen. Auf dem Parteitag hätten wir fast die Mehrheit bekommen. Einflußlos ist meine Position also nicht. Sie bleibt mehrheitsfähig, wenn sich das »Argument« Fischers, die Vertrauensfrage zu stellen, abgenutzt hat.

Konkret 06/99, S. 4

von konkret

Die Nato-Intervention in Jugoslawien dauert an und veranlaßt die Redaktion erneut, den gesamten Umfang des Heftes zum Ausbau von Verteidigungslinien in Beschlag zu nehmen und den Kulturteil (mit z. B. Günther Jacobs Serie »Stille Post« zur speziellen Art der deutschen Vergangenheitsbewältigung) in die nächste Ausgabe zu verlagern. Zwar bleibt nach wie vor Lenins Wort richtig, daß in Zeiten des Krieges zuvörderst Philosophie zu betreiben sei, doch kann Bestandsaufnahme und Kommentierung auch nur der elementaren politischen Entwicklungen im Nach-Nachkriegseuropa von den ubiquitären Kriegspropagandisten weder geleistet noch erwartet werden.

KONKRET-Autor Karl-Heinz Hansen regt an, die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der SPD »würdig« zu kommentieren, nämlich so:

Rau ist Symbol an und für sich. Es bedarf keiner Inhalte mehr. Sein Erfolg kommt von der Popularität – oder umgekehrt. Eine Partei, die gut ist, ist es für alles und darum für nichts. Auf ihr Symbol projizieren verschiedene Wählerschichten ihre Erwartungen, weil sie von ihm nichts erwarten. Und um auch Positives zu sagen: Rau wird sie nicht enttäuschen.

Das schrieb Hermann L. Gremliza 1985. Die Redaktion hätte, da dieser Jahrgang noch nicht auf CD-Rom erfaßt ist, den hübschen Fund bestimmt nicht gemacht. Interessanteres ist über den Kandidaten auch 1999 nicht zu sagen – bis auf Hansens zweiten Fund, gemacht am 6. Mai dieses Jahres in der ZDF-Sendung »Was nun, Herr Rau?«: Auf die Frage, ob man »das Leiden der Menschen im Kosovo« mit Auschwitz vergleichen könne, hat Rau geantwortet, man dürfe das schon deshalb nicht, weil »Auschwitz von den Amerikanern befreit wurde«. Die als Rotarmisten verkleidet waren? Das wird den Nolte und den Knopp aber freuen.

Rote Hilfe aktuell: Nachdem der Herr Bundesaußenminister, der seine Karriere mit dem Werfen von Molotow-Cocktails auf Bullenwannen begann, den letzten Schamrest verloren und den Schützen S. F., der ihm für den kollateralen Mord an bald zweitausend Jugoslawen mit dem Wurf eines Farbbeutels eine sanfte Rüge erteilt hatte, bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft wegen gefährlicher Körperverletzung und verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Verfassungsorganen angezeigt hat, ist eine realpolitische Antwort vonnöten: KONKRET eröffnet ein Konto, mit dessen Mitteln S. F. von Kosten freigestellt werden soll, die Fischers Anzeige und die Folgen verursachen werden: Anwaltshonorar, Gerichtskosten und zu erwartende Geldstrafe. Der Verlag hat, auch für ähnliche Fälle, ein Prozeßkosten-Sonderkonto eingerichtet bei der Deutschen Bank Hamburg (BLZ 200 700 00), Kontonummer 841 27 10/01. Überweisung bitte unter dem Kennwort »Kollateralschaden«.

Das (bereits im letzten Heft angekündigte) Buch zum jüngsten deutschen Kriegsverbrechen erscheint am 4. Juni als Band 22 der Reihe konkret texte: *Nie wieder Krieg ohne uns – Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik*, mit bislang unveröffentlichten Beiträgen des Herausgebers Jürgen Elsässer und von Thomas Becker, Hermann L. Gremliza, Günther Jacob, Karl Lorenz, Horst Pankow, Ralf Schröder, Klaus Thörner, Horst Tomayer – sowie einem unfreiwilligen Vorwort von Joseph Fischer. Der Band beschreibt die Kontinuität der deutschen Balkanpolitik seit der Jahrhundertwende, offeriert Basiswissen und Fakten über Hintergründe des Konflikts, widerlegt die Kriegspropaganda der deutschen Medien und diskutiert die Jugoslawien-Intervention der Nato als Präzendenzfall der Grave New World und Vorspiel zum Dritten Weltkrieg. Das Buch kostet 22,80 Mark; für Wiederverkäufer gibt es ab zehn Exemplaren einen Rabatt von 40 Prozent.

Die Buchpremiere und eine Podiumsdiskussion über »Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik« mit Karl Heinz Roth und Jürgen Elsässer finden statt am Dienstag, dem 8. Juni, um 20 Uhr im Kulturzentrum Paradox, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen.

Die Autoren des Bandes stehen für Veranstaltungen zur Verfügung, Anfragen bitte an die Redaktion.

Korrektur: Leser F. aus M. fragt zurecht, welche Europa-Wahl Kanzlerkandidat Scharping 1995 (wie in KONKRET 5/99, Seite 45, behauptet) verloren habe. Natürlich keine, weil in diesem Jahr keine stattgefunden hat. So enthielt der Satz nur die höhere Wahrheit: Hätte sie, hätte er. Der geschilderte Vorgang aber spielte ein Jahr früher.

Veranstaltungen: Michael Scharang liest aus seinem neuen Roman *Das jüngste Gericht des Michelangelo Spatz* am 4. Juni um 20 Uhr in Dresden, Café Donnersberg, Rähnitzgasse; am 9. Juni um 20.15 Uhr in Darmstadt, Staatstheater; am 10.

Juni um 20 Uhr in Stuttgart, Theater tri-bühne; am 11. Juni um 20 Uhr in Hamburg, Öffentliche Bücherhallen, Große Bleichen 23.

Jürgen Roth liest am 29. Juni um 20 Uhr im Kultur-Café der Ruhr Universtität Bochum.

»Frieden, Frieden über alles! Eine längst überfällige Kundgebung für alle Menschen, die Frieden schaffen auch mit Waffen« u. a. mit Gerhard Henschel, Ernst Kahl, Fanny Müller, Fritz Tietz Horst Tomayer und Rayk Wieland: am 17. Juni um 20 Uhr in der Kantine des Hamburger Schauspielhauses.

Konkret 06/99, S. 6

an konkret

Unfair

KONKRET 5/99: »Dichter ran!« von Rayk Wieland

Es kann ja sein, daß die Redakteure von KONKRET weder die Zeitung »junge Welt« noch die Sozialistische Tageszeitung das »Neue Deutschland« besonders mögen oder gar regelmäßig lesen, aber wenn Rayk Wieland mit Recht einigen Spitzenvertretern der deutschen Literatur wegen ihrer beschämenden und beschissenen Haltung zum Nato-Krieg die Leviten liest und einzig den Peter Handke als Gegenbeispiel darstellt, dann finde ich das nicht fair gegenüber einer ganzen Anzahl von Schriftstellern, die beispielsweise in den beiden von mir genannten Zeitungen mit ihren Gegenmeinungen zu den Kriegsbefürwortern zu Wort kamen. Oder hält Rayk Wieland Leute wie Peter Hacks, Hermann Kant, Gisela Karau, Eberhard Panitz, Martin Walser, Gisela Steineckert, Gerhard Bengsch, Günter Görlich, Erik Neutsch, Uwe Kant, Kerstin Hensel, Gerhard Schöne, Harry Thürck, Armin Stolper, Jurij Brezan, Kurt Demmler, Dieter Noll, Walter Kaufmann, Peter Abraham, Helmut Sakowski für keine Schriftstellerinnen und Schriftsteller? Richtig, keiner von denen war wie Peter Handke direkt »vor Ort«, keiner, wie mir bekannt, hat sich zu so weitreichenden Handlungen wie Rückgabe eines Literaturpreises oder Austritt aus einer Vereinigung von Menschen, die ihm offenbar viel bedeutete, hinreißen lassen, aber ihr deutliches, klares Wort gegen den Krieg und deren Verursacher haben sie – und vielleicht noch manche andere – gesprochen. So richtig, wie ich es finde, daß Durs Grünbein, Günter Grass, Hans Magnus Enzensberger, Fred Breinersdorfer, Christa Wolf und Christoph Hein von ihm wegen ihrer Ansichten angegangen werden – er hätte auch noch Erich Loest, Stefan Heym, Elfriede Jelinek, André Heller und einige andere erwähnen können – so falsch finde ich es, den Leserinnen und Lesern von KONKRET zu suggerieren, die Masse der Schreibenden lasse sich offenbar vor den Kriegskarren der Herrn Schröder, Scharping und Fischer spannen und nur einer stelle sich dem entgegen.

Armin Stolper

Berlin

Unerwartet

KONKRET 5/99:Titel

Überrascht, aber nicht ohne Freude, stellen wir fest, daß KONKRET bei einem Krieg zufällig mal auf der richtigen Seite steht, derjenigen der KriegsgegnerInnen nämlich. Wir waren das schon immer. Auch während des Golfkriegs 91 haben wir direkte Aktionen gegen die Verlegung der Bundeswehr in die Türkei organisiert. Das hat euch damals nicht interessiert, denn die Friedensbewegung mußte ja ganz als nationalistisch dargestellt werden.

Im übrigen wäre anzufragen, ob ihr nicht auch mal über grundsätzlich antimilitaristische Positionen berichten wollt? Im Unterschied zu pazifistischen Idealismen, die definitionsgemäß immer nur auf eine Verhinderung von Kriegen hinauslaufen, während in Wirklichkeit Staaten definitionsgemäß Armeen halten und Kriege führen, führt radikaler Antimilitarismus, und libertärer und/oder gewaltfreier zumal, notwendig zu Staats- und Nationalismuskritik.

Reinhard / Redaktion

»Graswurzelrevolution«

Heidelberg

Für mindestens zehn Jahre werden alle Printmedien außer KONKRET verboten, letzteres Magazin wird auf – mindestens – fünfhundert Seiten pro Ausgabe erweitert. Es soll wöchentlich in einer Auflage von 100 Mio. Exemplaren erscheinen.

Durch erstere Maßnahme würden sehr viele Redakteure, Journalisten etc. frei. Sie sind erst dazu verpflichtet, mindestens ein Jahr lang wöchentlich die neuste Ausgabe von KONKRET zu lesen, bevor es Ihnen freisteht, für KONKRET zu schreiben. Die Redaktion setzt sich aus denen zusammen, die bisher für das Magazin geschrieben haben, Herausgeber bleibt Hermann L. Gremliza, sofern er nicht dem Größenwahn verfällt und anfängt, Stuß zu erzählen.

Stephan

per e-mail

Unsachlich

KONKRET 5/99: Titel, Sticker

Ich verwahre mich hiermit gegen Ihre unsachliche Polemik und verweise auf die einfache und jedermann verständliche Dialektik, welche es durchaus erlaubt, die Grundsätze der Grünen als »basisfrei und gewaltdemokratisch« zu reklamieren.

Karl Heinz Küchle

Berlin

Unglaublich

KONKRET 5/99: Hamburger Anthologie

Ist er so dämlich, der Interpret von meinem Lied »Eigentlich unglaublich« – 1996 entstanden und auf meiner CD »Weiter im Text« im gleichen Jahr erschienen – , oder bloß böswillig?

Unglaublich ist selbstverständlich, daß für Kriege solche Gründe, wie in dem Lied aufgezählt, geglaubt werden. Ich habe eigentlich nicht geglaubt, daß Lesekundige und Hörer sowas so mißverstehen wie die Dämelacks, die an solche Kriegsgründe glauben.

Franz Josef Degenhardt

Quickborn

Ich kenne einen alten Mann. 1933 war er acht Jahre alt, wurde Hitlerjunge, glaubte der NS-Propaganda, meldete sich mit 17 Jahren freiwillig zur Wehrmacht und kämpfte in der Sowjetunion. Noch heute wacht er manche Nacht schweißgebadet auf, weil er Schuld empfindet, als Soldat andere Soldaten getötet zu haben. Er hat Teile seines Körpers im Krieg verloren, jammert nicht von Opfersein und hat seinen Sohn konsequent und erfolgreich gegen den Krieg erzogen.

Auf solche Lebenserfahrungen bezieht sich Franz Josef Degenhardt in seinem Lied »Eigentlich unglaublich«. Es war dumm von Euch, Eure nützliche Kriegsausgabe mit dem rhetorischen Tritt gegen Degenhardt zu spicken.

Norbert Schaldach

Bielefeld

Unrichtig

KONKRET 5/99: Herrschaftszeiten

Gehen wir einmal nicht von einer Verschwörung der Bundestagsstenographen aus, so muß es sich um einen Irrtum handeln. Ich habe nicht, wie im Plenumsprotokoll niedergeschrieben und von ihrer Zeitschrift zitiert, bei Schröders Kriegshetze im Bundestag applaudiert. Sollte ich unbedacht irgendeine Geste ausgeführt haben, bei der sich die Handflächen berührten, so mit Sicherheit nicht, um dem Kanzler Beifall zu zollen. Die Hände schlage ich bei Reden der rosa-grünen Bundesregierung zum Thema Krieg höchstens vor Entsetzen zusammen. Den Angriffskrieg gegen Jugoslawien lehne ich entschieden ab, weshalb ich unter anderem auch an der Besetzung des Kreiswehrersatzamtes Potsdam teilgenommen habe. Da werde ich doch nicht diesem Schröder ... Also wirklich nicht!

Angela Marquardt, MdB

Bonn

Unschwer

KONKRET 5/99: hier konkret – Interview mit Georg Seeßlen

Ich glaube nicht, daß es großer Forschungen bedarf, um herauszufinden, ob die »Neue Mitte« den Krieg in Jugoslawien »als recht eigene Initiation brauchte« oder ob sie in ihn hineingezogen wurde. Ersteres dürfte der Fall sein. Die Unterstützung des Kriegs in Jugoslawien durch die Grünen fügt sich in die allgemeine Entwicklung dieser Partei ein. Die entscheidende Weichenstellung war die Durchsetzung des neoliberalen Konzepts in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegen das es seitens gewerkschaftlicher Kräfte in der Partei durchaus Widerstand gibt. Der ist aber hoffnungslos, weil es gar nicht anders sein konnte, als daß sich der »Idealismus« der Grünen vor den materiellen Interessen der großen Mehrheit ihrer Mitglieder verflüchtigt. Das andere, der Krieg, hat das Profil der Grünen als das einer Partei der kleinen und mittleren

Bourgeoisie lediglich vervollständigt. Nicht ausgerechnet den Grünen mußte »das« passieren, wie Außenminister Fischer meint, sondern gerade ihnen.

Die Luft ist reiner geworden, weil der »Pakt« des moralischen mit dem wirtschaftlichen Flügel des neuen Kleinbürgertums« die Identität der Subjekte aufgedeckt hat. Nur Gimpel können noch einen relevanten politischen Unterschied etwa zwischen Fischer und Gerhard ausmachen. FDP II wird mit FDP I ins Gehege kommen. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist nicht von Interesse, wohl aber, wie sich die vielen Menschen politisch orientieren werden, die sich von den Grünen soziale Reformen versprochen haben. Wie sie sich auch verhalten werden, es wird, vielleicht mit einiger Verzögerung, zu einer politischen Zäsur kommen. Das ist ein gewisser Trost in der Misere.

Kilian Stein

Berlin

Konkret 06/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wessen Krieg ist der Krieg?

Es war einmal eine für diese Gegend ziemlich zivile Staatsmacht, die war in einen Bürgerkrieg verwickelt, mit völkischen Separatisten, deren nicht zuletzt von Deutschland bewaffneter Arm sich dadurch auszeichnete, daß er öffentlich damit drohte, jedem Landsmann, der nicht mitmachte, die Gurgel abzuschneiden, und jeden Versuch, den Bürgerkrieg beizulegen, vereitelte: Als die Zentralmacht ihre Truppen, wie versprochen, abzog, rückten die völkischen Banden in jede von Armee und Polizei geräumte Stellung ein, bis sie, nach eigenen Angaben, sechzig Prozent der umstrittenen Provinz kontrollierten.

Also nahm die Regierung die Verfolgung der Separatisten wieder auf. Zivile Bewohner flüchteten vor den Kämpfen in die nähere Umgebung, die meisten kehrten nach deren Ende in ihre Dörfer zurück, gleich wer dort gesiegt hatte. Eine schwer zu bestimmende Zahl kam zwischen die Fronten, manche freiwillig, manche als Sympathisanten der Terroristen, manche unfreiwillig als deren »menschliche Schutzschilde« (um eins der Worte zu gebrauchen, unter denen ein deutscher Minister die von ihm später kollateral angehäuften Leichen beerdigen sollte).

Noch immer war die entstandene Situation von einer Art, wie sie innerhalb des letzten Jahrzehnts in etwa fünfzig Staaten beobachtet werden konnte, lag die Zahl der Mordopfer am unteren Ende der internationalen Hinrichter-Skala. Das ist, ganz recht, Herr Scharping, für die Opfer kein Trost, aber ein allzu kurzes Glück für jene vielen, die dann in Ihrem Krieg sterben sollten, war es doch.

Daß die Nato schließlich angriff, hatte viele Gründe, offenbare und verborgene. Das Wohlergehen der betroffenen Menschen gehörte nicht dazu, es wurde deshalb auch nie davon gesprochen – man sagte »Menschenrechte«. Was die den Europäern gelten, steht in Abschiebeverfügungen und in den Lobreden deutscher Minister, daß wir auch humanitär die Nummer eins auf der Welt sind, weil wir 1,2 Prozent der Flüchtlinge, die unser Krieg produziert hat, vorübergehend in unser Land hereinlassen, das eh schon unter »Durchrassung« (Edmund Stoiber) leidet. Was die USA betrifft, hat es ein Reporter der »Hamburger Morgenpost« gut getroffen:

»Liegt das in Europa, oder ist das eine Tankstelle oder so was?« Der Kosovo ist für die meisten Amerikaner eine Art böhmisches Dorf. Viele wissen nichts mit dem Namen der serbischen Provinz anzufangen, derentwegen ihre Luftwaffe Serbien mit Raketen und Bomben angreift. Auch der Unterschied zwischen Serben und Albanern ist vielen fremd. Trotz der weitverbreiteten Ahnungslosigkeit glaubt die Mehrheit, daß die US-Regierung das Richtige tut.

Die Mehrheit, die nicht weiß, daß es Albaner gibt, ist dafür, daß die USA diesen Krieg führen. *Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen* – Schillers Thema für Abituraufsätze steht hier auf dem Kopf: Bei allem Unsinn, den die wen'gen, die Regierenden, erzählen, weiß die Mehrheit sehr gut, wofür der Krieg geführt wird: gewiß nicht für Leute, von denen man nicht einmal weiß, ob man sie gegebenenfalls von Niggern unterscheiden könnte.

Worum also dann? Bei denen anzufangen, die angefangen haben: Das Ziel aller deutschen Politik seit der nationalen Wiedergeburt vor zehn Jahren war und ist die Emanzipation Deutschlands zur Weltmacht. Die Rolle, ökonomisch und ideologisch unumstritten, blieb prekär, solange Deutschland im Ernstfall der Politik, der seit der Wende nicht mehr der Frieden, sondern der Krieg ist, anderen, zweitrangigen Mächten wie Franzosen und Briten das Feld der Ehre überlassen mußte. Der deutsche Krieg, erstes Ziel des Krieges gegen Jugoslawien, von Genscher, Kinkel und Rühe vorbereitet, durch den Bundestag und durchs Verfassungsgericht gebracht, wurde von Schröder und Fischer realisiert. Mit der »BZ«-Schlagzeile: *Die Schlacht beginnt / Deutsche Tornados fliegen in der ersten Reihe* war er eigentlich schon gewonnen, das höchste deutsche Kriegsziel erreicht.

Es gab weitere, unter ihnen das Bedürfnis der nationalen Linken, den Aufstand gegen die Nazi-Eltern, den sie anno Achtundsechzig – entgegen der Legende – eben nicht gewagt hatte, an jemandem zu üben, der sie nicht enterben konnte. Einer wurde gesucht und gefunden, dem zu diesem Zweck alle notwendigen Accessoires appliziert werden konnten: Der nur mäßig sympathische, aber ziemlich demokratisch gewählte Präsident eines Staates avancierte zum »Diktator«, »Despoten«, »Stalin« und »Balkan-Hitler«, ihm wurden gleich mehrere Konzentrationslager (Scharping) und der Vorsatz, »Auschwitz« (Fischer) zu wiederholen, zugeschrieben.

Ein neues Auschwitz – wer sollte das hinnehmen wollen? Allein die nationale Rechte forcht sich nit. Dregger, Augstein, Gauweiler, Walser, Bahr, Schönhuber und die NPD vereinten sich zur neuesten deutschen Friedensbewegung – mit vielen guten, herrenlosen Argumenten im Gepäck und einer ganz anderen Wut im Bauch: daß die Regierung der nationalen Linken mit fünfzig Jahren Verspätung der Anti-Hitler-Koalition beigetreten war und damit erstmals offiziell die Taten legitimierte, die zur Zerschlagung des deutschen Reichs getan worden waren. In der »Zeit«, der »Welt« und der

»Frankfurter Allgemeinen« lamentierten junge und alte Kameraden über viele Seiten hin, zumeist im Tenor des Dr.-Ing. Edgar Dehler aus Weimar, der seiner »FAZ« schrieb:

(Scharpings) Hinweis auf die »Fratze unserer Vergangenheit« erinnert an das Geplapper antifaschistisch eingefärbter Ideologen ... Wenn aber westliche Militärmächte, die die Vertreibung der Deutschen anordneten und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen ungerührt hinnahmen, sich heute als alleinige Vertreter einer humanen Welt aufspielen, dann gewinnt solche Zurschaustellung für die deutschen Überlebenden der Vertreibung einen fatalen Beigeschmack.

Läßt unsere Regierung weiterhin unsere »Tornados« unter dem so fabelhaft informierten US-Kommando fliegen und Bomben schmeißen? Das, Herr Scharping, verantworten dann wohl Sie.

Dollar regiert die Welt. Und wir Deutschen haben nichts dazugelernt.

Der vorletzte Absatz ist nicht mehr von Edgar Dehler aus Weimar, sondern schon von Wolf Heckmann aus Hamburg, Oberkommentierender der dortigen »Morgenpost«, der letzte Absatz stammt von Franz Schönhuber. Könnte es solche Kameradschaft gewesen sein, die den Ignatz Bubis und den Micha Brumlik, die doch Schröders und Augsteins Beifall zu Walsers Erweckungsrede noch im Ohr hatten und deshalb im Einsatzbefehl für die deutschen Tornados die Fortsetzung der nationalen Befreiungsschlacht mit anderen Mitteln hätten erkennen müssen, freiwillig an die ideologische Kriegsfront trieb? Ich jedenfalls möchte die Erwägung, die Bubis angestellt hat (»Hier geht es um Menschenrechte. Es würde für mich den verkehrten Eindruck machen, wenn Deutschland sagte, hier halten wir uns raus«), *auch* als Verwahrung gegen die Aufnahme in die neueste deutsche Friedensbewegung lesen und Brumliks Forderung nach sofortigem Einsatz von Bodentruppen *auch* als Ausdruck des Verlangens, die virtuell ungeheuer humanitären Deutschen einmal wirkliche Opfer bringen zu sehen. (Tatsächlich haben beide Zurufe nichts als das triste Resultat, Deutschlands dritten Griff nach der Weltmacht propagandistisch abzusichern.)

Wenn es also nicht um Menschenrechte geht, die Deutschen ihr wichtigstes Kriegsziel erreicht haben und die USA den einen Albaner nicht von dem anderen Serben unterscheiden können: Wessen Krieg wird da auf Kosten der einen und der anderen noch geführt? Von wem? Gegen wen? Daß darüber öffentlich nicht gesprochen werden kann, liegt daran, daß die Gegner in diesem Krieg zugleich seine Alliierten sind, der heiße Krieg gegen Jugoslawien zugleich Höhepunkt jenes kalten ist, den die USA und Euro-Deutschland seit zehn Jahren gegeneinander führen.

In ihm versuchen die USA, sich als die Macht zu beweisen, die allein Fähigkeit und Mittel besitzt, überall, im eigenen Hinterhof wie in dem der Konkurrenz, das letzte Wort zu sprechen. Deutschland versucht, die Amerikaner, die es in diesen Krieg hineinmanövriert hat und die nun vor lauter überlegenem Militär politisch nicht mehr laufen können, diplomatisch auszuspielen – daher Frau Albrights Wut auf Fischer und seinen »Friedens«-Plan, daher der »Sinneswandel« des Henry Kissinger, der den Krieg nicht gewollt hat und jetzt weiterbomben will bis zur Kapitulation Jugoslawiens, koste es, was es wolle. Denn der kleinste Preis, ein Friede nach deutschem Plan, wäre zugleich der für die Amerikaner höchste: die notarielle Beurkundung, daß nach der Sowjetunion die USA der zweite Verlierer der weltpolitischen Wende geworden sind. Weshalb die Schlacht zwischen der Pax americana und der Pax germanica noch viele Kollateralschäden an menschlichen Schutzschilden anrichten wird – unter Serben, Albanern und unzähligen anderen, die man nicht auseinanderhalten kann.

Konkret 06/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Prophete rechts

1992, Turgut Özal, türkischer Ministerpräsident:

Deutschland hat sich nach der Vereinigung sehr verändert. Es ist, als wolle es überall intervenieren, jedem reinreden, um zu beweisen, daß es eine Großmacht ist.

Prophete links

1992, Antje Vollmer, Grüne:

Daß das neue größere Deutschland eine veränderte Rolle in einem von Nationalitätenkonflikten geschüttelten Europa hat, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Wer das nicht als Ausgangspunkt anerkennt, gewinnt nichts und verliert nur kostbare Zeit.

Weltkind in der Mitten

1992, Hans-Dietrich Genscher, deutscher Außenminister, über den Beginn der ethnischen Sezessionskriege in Jugoslawien:

Das war ein Erfolg deutscher Politik.

Nicht zur Veröffentlichung (1)

11. Februar, vertraulicher Lagebericht des Verteidigungsministeriums an den Verteidigungsausschuß des Bundestags (veröffentlicht erstmals in der »Tageszeitung« am 11. Mai):

Die serbischen Sicherheitskräfte beschränken ihre Aktionen in jüngster Zeit auf Routineeinsätze.

Nicht zur Veröffentlichung (2)

4. März, vertraulicher Lagebericht des Verteidigungsministeriums:

Die UCK entführte in Velika Hoca zwei serbische Zivilisten. Nach eigenen Angaben wurde einer sofort erschossen. Der zweite Entführte wurde auf Vermittlung der OSZE freigelassen« ... In Pustenik wurden bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der UCK und Kräften der VJ (Volksarmee Jugoslawiens) festgestellt. Kosovo-albanische Behauptungen, es habe bei dem Gefecht ein Massaker an Kosovo-Albanern gegeben, erwiesen sich als nicht zutreffend.

Nicht zur Veröffentlichung (3)

11. März, vertraulicher Lagebericht des Verteidigungsministeriums:

Bei einem Anschlag der UCK auf eine Polizeistreife wurde in Podujevo ein Polizist getötet. In Mijalic wurden drei Mitglieder einer serbischen Familie vermutlich von UCK-Angehörigen entführt.

Merkposten

9. März 1999, Heide Rühle, Spitzenkandidatin der Grünen zur Europawahl, auf die Frage der »Süddeutschen Zeitung«, wie groß die Differenzen zwischen dem Strömungen eigentlich noch seien:

Die Unterschiede, die es noch gibt, werden hochgeschaukelt, um damit die Hälfte aller Ämter und Mandate zu erpressen. Die Strömungen sind Karrierevereine geworden. Das wissen eigentlich alle.

Nicht zur Veröffentlichung (4)

18. März, vertraulicher Lagebericht des Verteidigungsministeriums an den Bundestag:

Im Dorf Mijalic entdeckten Kräfte der VJ in Häusern vermutlich von der UCK vorbereitete Sprengfallen ... Jugoslawische Grenztruppen bekämpften nahe Gorozup eine Nachschubkolonne bei dem Versuch, Waffen und Ausrüstung von Albanien in den Kosovo zu schmuggeln ... Kräfte der UCK provozierten mit einem Angriff auf die Polizeistation in Luzane den

sofortigen Einsatz von Einheiten der VJ in diesem Raum.

Triebstau und Erlösung

24. März, »BZ«, Berlin, Schlagzeilen:

Die Schlacht beginnt / Deutsche Tornados fliegen in der ersten Reihe

Humanismus

24. März, Landratsamt Kronach (Bayern) in einer »Grenzübertrittsbescheinigung« für einen albanischen Flüchtling aus dem Kosovo:

Herr B. ist verpflichtet, die Bundesrepublik Deutschland unverzüglich zu verlassen.

All the rumor that's fit to print

26. März, »Tageszeitung«, Seite 1:

Der ARD-Korrespondent Elias Birdel, der sich gestern noch in Pristina aufhielt, berichtete, daß die serbischen Streitkräfte ihre Offensive ungebrochen fortsetzen würden. Die Serben würden auch gegen prominente Albaner vorgehen. In der Nacht zum Donnerstag, so Bierdel, seien ein Anwalt, der sich in Menschenrechtsfragen engagiert habe, sowie seine beiden Söhne verschleppt worden. Es gebe Gerüchte, der Anwalt sei exekutiert worden.

Wir sollten stolz auf uns sein

Javier Solana, Generalsekretär der Nato, über den Krieg gegen Jugoslawien

Eine Nachricht

30. März, »Berliner Kurier«:

Serben-Killer treiben Albaner in KZ-Zonen

Ein Träumer

30. März, Veran Matic, Chefredakteur des geschlossenen Belgrader Senders B 92:

Die Nato-Luftangriffe wurden angeordnet, um die Kriegsmaschinerie von Milosevic zu stoppen. Das weitergehende Ziel lag darin, die Bevölkerung im Kosovo und diejenigen in Serbien zu schützen, die ebenfalls Opfer des Milosevic-Regimes sind. Die Realität der Bombardierung sieht anders aus: Das Leben von 10,5 Millionen Menschen wird aufs Spiel gesetzt und eine Angriffswelle in Serbien und Kosovo ausgelöst, mit der die demokratischen Kräfte in die Flucht geschlagen werden ... Die internationale Öffentlichkeit muß die Wahrheit über das, was hier geschieht, erfahren. Aber anstelle eines ungehinderten Flusses akkurater Informationen hören wir alle nur Kriegspropaganda einschließlich westlicher Rhetorik.

Eine Realistin

31. März, Angelika Beer, militärpolitische Sprecherin der Grünen:

Jeder Zweifel an dem, was wir beschlossen haben, stärkt Milosevic, schwächt die Nato und verunsichert die Soldaten, die im Einsatz sind.

Lebendig begraben

30. März, »Hamburger Abendblatt«:

Ruf nach Einsatz von Bodentruppen wird lauter / Serben ermorden die Kosovo-Elite – Nach Nato-Angaben haben die Serben fünf politische Führungskräfte der Kosovo-Albaner ermordet. Unter den Opfern ist der 66 Jahre alte Soziologieprofessor Fehmi Agani, der im Februar als Verhandlungsführer an den Kosovo-Friedensgesprächen in Rambouillet teilgenommen hatte. Er war der wichtigste Mitarbeiter des untergetauchten Albanerführers Ibrahim Rugova, galt als »Kopf« seiner LDK-Partei. Die Morde ereigneten sich, nachdem die fünf Politiker am Begräbnis des ebenfalls von

den Serben ermordeten prominenten Anwalts Bajaram Kelmendi teilgenommen hatten.

Ein Rätsel

31. März, »Bild«-Zeitung: *Entführte Amerikaner ... Der Tatort: Mazedonien, das einsame Bergdorf Sopot (1600 Meter hoch), nur 500 Meter von der verminten Grenze zu Serbien entfernt ... Mazedoniens Innenminister Trajanov: »Vielleicht haben die Amerikaner sich ja auch verirrt.«*

Die Lösung

1. April, »BZ«, Berlin:

Spezialeinheiten der Nato haben sich hinter die feindlichen Linien der Serben geschlichen, um gefährliche Aufklärungs-Missionen zu erfüllen. Beteiligt sind die US-Elite-Einheit Navy Seals, die britische SAS und die französische Fremdenlegion. Die Nato dementierte nicht: »Wenn wir die Jungs einsetzen, reden wir nicht darüber.« Die Spezialeinheiten sind darauf trainiert, die gefährlichsten Missionen zu erfüllen, könnten auch beauftragt werden, einzelne Miliz-Führer wie den gefürchteten »Arkan« aufzuspüren und auszuschalten.

Nicht zur Veröffentlichung (5)

1. April, vertraulicher Lagebericht des Verteidungsministeriums:

Die serbisch-jugoslawischen Kräfte haben im gesamten Kosovo ihre Säuberungsaktionen gegen die UCK fortgesetzt.

Zur Veröffentlichung

1. April, Ludger Volmer, grüner Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Für mich steht fest: Das, was Milosevic betreibt, ist Völkermord. Und er bedient sich dabei der gleichen Kategorien, derer Hitler sich bedient hat.

Oral history

1. April, »Frankfurter Rundschau«:

Der Exodus des Rentners Lutvi mit seiner Familie hatte am Mittwoch auf dem Bahnhof von Pristina begonnen ... Lutvis Frau sagt, daß er den Journalisten von seinem Sohn erzählen soll, der im Stadion von Pristina sei. 6.000 albanische Männer sollen die Serben dort zusammengepfercht haben. Alle, die im Zug nach Blace kamen, haben das gehört, keiner hat es gesehen. Es ist eine Geschichte, welche die Flüchtlinge mitgebracht haben wie andere Reisende ihr Gepäck. »Unser Sohn ist im Stadion«, wiederholt Lutvis Frau immer wieder. Sie weiß nicht einmal, ob die Serben überhaupt Albaner in das Stadion eingesperrt haben. Sie hat es nur gehört.

Frieden schaffen

3. April, AFP:

Die Nato-geführte Friedenstruppe in Bosnien (Sfor) hat eine Bahnstrecke zwischen Serbien und Montenegro zerstört. Laut Sfor wurde die Bahnlinie als »Vorsichtsmaßnahme« unbrauchbar gemacht. Dadurch solle verhindert werden, daß jugoslawische Truppen bosnisches Territorium nutzten, um nach Montenegro zu gelangen.

Fifty-fifty

6. April, »junge Welt«, Leitartikel:

Die moralische Entrüstung der deutschen Kriegstreiber steigt in dem Maße, in dem es ihr an Beweisen gegen die serbischen »Völkermörder« fehlt. Als Empfänger und Weiterleiter »fürchterlicher Gerüchte« aus dem Kosovo ist der Bonner Verteidigungsminister zum bösartigsten Waschweib deutscher Nation aufgestiegen. Allein die Feststellung Scharpings, daß die serbischen Greueltaten auch noch schlimm genug wären, wenn nur die Hälfte der Informationen stimmen würde, bezeugt, auf welchem Gossenniveau sich heute Politik höchst offiziell bewegt.

Sogenanntes »Treffen«

6. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Am Ostersonntag suchte der russische Botschafter in Belgrad, Kotow, Rugova in seinem von der serbischen Polizei bewachten Haus in Pristina auf. Der gewählte Präsident der Kosovo-Albaner bemüht sich offenbar um eine Ausreise. In der vergangenen Woche hatte das serbische Staatsfernsehen Bilder von einem angeblichen Treffen Rugovas mit dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic in Belgrad gezeigt. Dabei soll Rugova ein Ende der Nato-Luftangriffe gefordert haben. Beobachter äußerten die Ansicht, die Bilder von dem Treffen könnten gefälscht oder Rugova unter Druck gesetzt worden sein.

Ein Dissident

6. April, György Konrad, Präsident der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg:

Wir Ungarn sind am 12. März der Nato beigetreten und haben den Militärflugzeugen kaum zwei Wochen später freien Flug in den Luftraum Jugoslawiens gewährt ... Wir sind mitverantwortlich dafür, daß auf Sombor, Novi Sad und Belgrad Bomben geworfen werden.

Wir sind wieder wer

7. April, »Die Welt«:

Bundeskanzler Schröder und sein Kabinett haben bislang überwiegend Stärke gezeigt ... Durch die konsequente deutsche Beteiligung an den Operationen des Bündnisses ist der Stellenwert Deutschlands innerhalb der Nato gestiegen. Wer mitkämpft, kann auch mitreden.

Sorry (1)

7. April, »Hamburger Abendblatt«:

Nach den bislang heftigsten Luftangriffen der Nato hat die Allianz zum erstenmal eingeräumt, durch einen »technischen Fehler« seien möglicherweise Zivilisten getötet worden. Nato-Sprecher David Wilby teilte in Brüssel mit, eine fehlgeleitete Waffe sei in Aleksinac offenbar 600 Meter von den anvisierten serbischen Kasernen entfernt eingeschlagen. Nach Angaben von Augenzeugen zerstörte eine Bombe mehrere Wohnhäuser. Mindestens 28 Menschen wurden verletzt. Der mögliche Verlust von Zivilisten ist nach Wilbys Worten »bedauerlich«.

Ein Verunsicherter

9. April, »Berliner Zeitung« (Götz Aly):

Der seltsame Annex von Rambouillet – Verlangt wurde eine massive – für die Einmischung im Kosovo nicht erforderliche – Souveränitätsbeschränkung für die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien. Hat Außenminister Fischer wirklich das Menschenmögliche getan, um den Krieg mit den Mitteln der Politik zu verhindern?

Präzisionswaffen

9. April, »Berliner Zeitung«:

In der Nacht zum Mittwoch war zum dritten Mal eine Rakete auf mazedonischem Gebiet detoniert, diesmal in den Bergen im Nordwesten des Landes. Die Explosion war bis Skopje zu hören ... Ein Nato-Sprecher versuchte zunächst zu beschwichtigen: Unter Umständen handele es sich ja um ein Mißverständnis, ein Flugzeug habe vielleicht die Schallmauer durchbrochen. Ein General der mazedonischen Armee bestätigte aber kurz darauf, daß es sich um die Detonation einer Rakete eines Nato-Begleitflugzeuges gehandelt habe.

Vierte Gewalt

9. April, »Hamburger Abendblatt«:

Das Bonner Triumvirat zieht unerschütterlich an einem Strang: Verteidigungsminister Rudolf Scharping, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer. Drei wachsen über sich hinaus. Der Krieg im Kosovo hat diese drei Männer zusammengeschweißt. Mit Härte und unbeugsamer Festigkeit verteidigen sie den Einsatz deutscher Soldaten.

Scheiß Ausländer

10. April, »Die Welt«:

»Sie wollen die Flüchtlinge nicht« – Ein Helfer aus Deutschland erhebt schwere Vorwürfe gegen die mazedonische Regierung.

Und wer ist Goebbels?

12. April, Joschka Fischer, Außenminister:

Es war ein wirklicher Schock, daß Milosevic bereit war, zu handeln wie Stalin und Hitler.

Sie machen sich zum Weißwäscher für eine neue Politik des Faschismus

---

Joschka Fischer zu Gregor Gysi

Ein Beobachter

15. April, Rezzo Schlauch, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag:

Ich beobachte bei der Nato das größtmögliche Bemühen, nur militärische bzw. Nachschubziele zu treffen.

Größtmögliches Bemühen

15. April, AP:

Bei einem Luftangriff der Nato sollen 64 Flüchtlinge getötet und 20 verletzt worden sein, meldete das halbamtliche serbische Medienzentrum. Nato-Kampfjets hätten zwei Auto- und Traktorenkolonnen auf der Straße nach Prizren bombardiert. Die Nato meldete hingegen, bei Djakovica eindeutig Militärfahrzeuge beschossen zu haben. »Unsere Flugzeuge sind aus dem Konvoi heraus mit Flugabwehrkanonen beschossen worden«, hieß es. Das Pentagon vermutete, daß jugoslawische Jets den zivilen Konvoi angegriffen hätten – möglicherweise als Rache für die Nato-Bombardierung des zweiten, militärischen Trecks.

Sorry (2)

16. April, »Hamburger Abendblatt«:

Zum drittenmal seit Beginn des Luftkrieges gegen Jugoslawien hat die Nato das versehentliche Bombardement eines zivilen Zieles mit Todesopfern einräumen müssen. Erst 24 Stunden nach dem tragischen Vorfall, nach mehreren Dementis und allerlei widersprüchlichen Meldungen sah sich das Alliierte Oberkommando in Europa gestern gezwungen zuzugeben, daß es bei der Attacke eines alliierten Kampfflugzeuges auf einen Konvoi mit albanischen Flüchtlingen im Westen des Kosovo Tote gegeben habe.

You‘re welcome

16. April, »Bild«-Zeitung:

Flüchtlings-Tragödie – Ja, es war die Nato ... Hintergrund: Am Unglücksort befanden sich gleichzeitig zahlreiche Militärfahrzeuge.

Von Deutschen lernen (1)

16. April, AP:

US-Militärs studieren Hitlers Balkankrieg – Offiziell sind Bodentruppen ein Tabu – doch längst überlegen US-amerikanische Militärstäbe, wie Milosevic per Truppeneinsatz in die Knie gezwungen werden kann. Pikant: Dazu studieren sie den Einsatz der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Von Deutschen lernen (2)

16. April, SAD:

Beten für den »serbischen Schindler« – Jeden Tag beten 700 Albaner – für einen Serben. Kaum zu glauben, aber er wird von ihnen als Heiliger gefeiert. Der Mann, der nur Mirko genannt wird, um ihn zu schützen, klopfte bei allen Bewohnern in

einem Teil der Stadt Tusus an die Tür, um vor einem serbischen Übergriff zu warnen ... Der »serbische Schindler«, so wird er im Camp genannt. Ein Mann wie der deutsche Oskar Schindler, der

viele Juden vor den Nazis gerettet hat.

Sorry (3)

20. April, SAD:

Die Nato gibt jetzt zu, bei zwei Angriffen auf die kosovarische Ortschaft Djakovica vor einer Woche möglicherweise Zivilisten getötet zu haben. »Wir griffen an, was wir für militärische Ziele hielten«, sagte Brigadegeneral Daniel Leaf, Kommandeur der im italienischen Aviano stationierten 31. US-Luftwaffenstaffel.

Neues aus der Psychiatrie

20. April, Angelika Beer, militärpolitische Sprecherin der Grünen:

Ich bin natürlich zunehmend verzweifelt, aber ich habe keine Zweifel. Ich weiß keinen anderen Weg.

Es hat zuviel Propaganda und zuwenig Wahrheit gegeben

Bill Clinton, Präsident der USA

Anti-Hitler-Koalition

20. April, »Hamburger Abendblatt«:

Die neue Planung: UCK-Rebellen als »Degen der Nato« ... Seit einiger Zeit arbeiten Nato-Strategen an einem Alternativplan: Sie erwägen, die Kosovo-Untergrundarmee den Part von Bodentruppen übernehmen zu lassen ... Inzwischen haben US-Regierungsbeamte nach Informationen des Nachrichtenmagazins »U.S. News« bereits mit der UCK über Waffenlieferungen gesprochen ... Die Idee ... hat allerdings erhebliche Risiken. Niemand kann ausschließen, daß schwerbewaffnete UCK-Krieger einen Rachefeldzug gegen die serbische Zivilbevölkerung starten würde.

KZ-Scharping

20. April, AFP:

Rudolf Scharping kündigte nach dem Treffen mit der Den Haager Chefanklägerin Louise Arbour gestern in Bonn an, Deutschland werde dem Uno-Tribunal Luftaufnahmen der unbemannten Aufklärungsflugkörper (Drohnen), Protokolle der Befragung von Flüchtlingen und weitere Informationen auch aus Geheimdienstquellen zur Verfügung stellen. Die Drohnen könnten auch gezielt eingesetzt werden, um Hinweisen auf Verbrechen nachzugehen, sagte Scharping. Als Beispiel nannte der Minister mutmaßliche »Massenexekutionen«.

Nicht zur Veröffentlichung (6)

22. April, vertraulicher Bericht des Verteidigungsministeriums:

Die Landstreitkräfte führen weiterhin keine größeren beweglichen Operationen durch. Im Grenzgebiet zu Albanien mehren sich allerdings die Angriffe auf UCK-Kämpfer und deren Versorgungswege.

Nicht zur Veröffentlichung (7)

29. April, vertraulicher Bericht des Verteidigungsministeriums über die Lage in der Vojvodina:

Dort lebende Ungarn werden nach ihrem prozentualen Anteil an der Bevölkerung eingezogen. Der behauptete vorrangige Einsatz im Kosovo und eine besonders hohe Zahl von Einberufungen ethnischer Minderheiten können nicht bestätigt werden.

Sorry (4)

4. Mai, »Hamburger Morgenpost«:

Eine bisher nicht dagewesene Demonstration der Macht: Die Nato hat in der 40. Kriegsnacht mit Spezialbomben Belgrad und zwei Drittel Serbiens stundenlang von der Stromversorgung abgeschnitten. Und auch »bedauerlicherweise« wieder einen Bus mit Frauen und Kindern getroffen. Es soll nach jugoslawischen Angaben mindestens 20 Tote gegeben haben.

Schreibtischopfer

7. Mai, »Börsenblatt des deutschen Buchhandels«:

Die deutsche Akademie für Sprache und Dichtung stellt die Preisfrage, ob Literatur dem Frieden dienen kann? Teilnahmeberechtigt sind alle, die sich in Form eines 30- bis 50seitigen, bisher unveröffentlichten Essays in deutscher Sprache äußern möchten. Die beste Anwort wird mit 5.000 Mark ausgezeichnet.

UCK auf Reisen

10. Mai, »Der Spiegel«:

In der Polizeistatistik fallen sogenannte ethnische Albaner überproportional häufig durch besonders hohe kriminelle Energie und Brutalität auf. Für das Bundeskriminalamt handelt es sich »um ein ständig wachsendes Problem«. Ein Großteil der Aktivitäten sei »der Organisierten Kriminalität« zuzurechnen. Bei Drogenhandel und Straftaten im Rotlichtmilieu, stellt der letzte BKA-Jahresbericht fest, »streben sie die regionale Monopolstellung an«.

Flower power

10. Mai, »Bundeswehr aktuell«:

Queen Azalea: Susanne Scharping glänzt beim »Internationalen Azaleenfest« in Norfolk/Virginia – »Azalean-Queen 1999« Susanne Scharping »umschwärmt« von Besatzungsmitgliedern des Zerstörers »Mölders« vor dem Nato-Hauptquartier in Norfolk. Die Tochter des Verteidigungsministers ...

Selber schuld

10. Mai, SAT.1:

Nach »Informationen« der Redaktion von »Akte 99« gebe es Indizien dafür, daß das serbische Militär im Besitz eines elektronischen Systems ist, mit dem es Einfluß auf die Flugbahnen von Raketen nehmen kann. Fehlgeleitete Nato-Bomben seien auf solche Störsignale der Serben zurückzuführen.

Dieser Krieg wird in die Geschichtsbücher eingehen als ein Krieg der geringen Verluste

---

Javier Solana, Generalsekretär der Nato

Albanische Regel

10. Mai, »Der Spiegel«:

Dann ließ Milosevic den in Pristina unter Hausarrest stehenden Albanerführer Ibrahim Rugova frei. Auch diese konziliante Geste hatte Hintersinn. Denn in Rom mußte Rugova zugeben: »Ich hatte Kontakt zu Milosevic, wir haben diskutiert, wie man zu einer politischen Lösung kommen und ein Klima des Vertrauens zwischen uns schaffen kann« ... Die UCK-Rebellen drohten der »Marionette Belgrads« gar: »Dieser Verräter wird sich verantworten müssen, wie alle Kollaborateure vor ihm.« Die werden in der Regel aus dem Hinterhalt erschossen.

Manche denken

10. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Ibrahim Rugova, der gewählte Führer der Kosovo-Albaner, forderte bislang stets die Unabhängigkeit für die Provinz. Nach Beginn der Nato-Luftangriffe geriet er in die Gewalt der Serben; mehrfach wurde er vom serbischen Fernsehen gemeinsam mit Jugoslawiens Präsident Milosevic und Serbiens Staatschef Milutinovic gezeigt ... Dann ließ man Rugova frei. Seither reist er von Hauptstadt zu Hauptstadt und vertritt nach Angaben seiner Gesprächspartner Positionen, die früher nicht die seinen waren ... Während Rugova auf diese Weise immer mehr an Glaubwürdigkeit bei den Albanern verliert, wurde sein engster Vertrauter, Fehmi Agani, tot aufgefunden ... Nach serbischer Darstellung ... hätten ihn UCK-Kämpfer ermordet ...

Manche Albaner denken, daß die Serben Rugova zu brechen vermochten, Agani aber nicht, und ihn deshalb ermordeten.

Sag mir, wo die Männer sind (1)

10. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Im Kosovo werden nach Angaben des britischen Streitkräfteministers Doug Henderson 100.000 Männer im wehrfähigen Alter vermißt. Überdies seien nach ihm vorliegenden Berichten etwa 4.500 Menschen hingerichtet worden.

Made by Hunzinger

10. Mai, »Der Spiegel«:

Das neue Image von Verteidigungsminister Rudolf Scharping, 51, ist auch das Werk eines PR-Unternehmers. Der Chef der Hardthöhe läßt sich von dem Frankfurter »Beziehungsmakler« (Eigenwerbung) Moritz Hunzinger, 40, beraten. Zu Hunzingers Kerngeschäft gehört neben der klassischen Lobbyarbeit die Image- und Stilberatung. Die Rundumbetreuung läßt das Outfit nicht aus. Der Bonner Machtwechsel erwies sich für Hunzinger als geschäftlicher Glücksfall. Eine »stark ansteigende Nachfrage im Geschäftsfeld Politik-PR« vermeldete das CDU-Mitglied schon im Oktober. Seine Firma habe binnen drei Wochen »Lobbying-Aufträge im Wert von vier Millionen Mark kontrahiert«... Da trifft es sich, daß nach Scharping auch der Abgeordnete Joschka Fischer kurz vor der Bundestagswahl Hunzingers hausinternen »Politischen Salon« beehrte.

Sag mir, wo die Männer sind (2)

11. Mai, »Frankfurter Allgemeine« über eine Untersuchung von »Ärzte ohne Grenzen«:

Beim Zusammentreiben würden auch häufig die Männer von den Frauen getrennt. In der Regel dürften hinterher nur einige Männer zu den Flüchtlingsgruppen zurückkehren. Zu diesen Berichten paßt die Tatsache, daß sich unter den Flüchtlingen in Rozaje 13 Prozent weniger Männer im Alter zwischen 15 und 55 Jahren fanden, als üblicherweise zu erwarten gewesen wäre. Die Autoren des Berichts vermuten, daß dies nicht nur darauf zurückzuführen ist, daß männliche Kosovo-Albaner im Widerstand kämpften; es gebe auch Berichte von Verhaftungen durch serbische Sicherheitskräfte. Flüchtlinge hätten berichtet, daß Männer dazu gezwungen worden seien, Gräben auszuheben und militärische Stellungen an der albanischen Grenze zu errichten.

Eigentlich (1)

11. Mai, »Bild«-Zeitung, Interview mit Umweltminister Jürgen Trittin:

»Bild«: Was sagen Sie zu dem Vorwurf, die Grünen stimmen für den Krieg, um den Koalitionsfrieden zu retten?

Trittin: Unsinn ...

»Bild«: Im Wahlprogramm der Grünen heißt es: »Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.« Haben die Grünen ihre Wähler betrogen?

Trittin: Nein. Wir halten das nach wie vor für das falsche Mittel. Aber es gibt Situationen, wo man Dinge tun muß, die man eigentlich ablehnt.

Eigentlich (2)

11. Mai, »Hamburger Morgenpost«:

Von seiner eigenen Partei bekam Schröder Rückendeckung: Der SPD-Parteirat lehnte klar einen Antrag der Linken auf sofortige Feuerpause ab. »Die Luft ist raus, niemand hat noch Lust, sich über das Kosovo-Thema zu fetzen«, berichteten Teilnehmer.

Halali

11. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Nato-Sprecher Shea sagte, seit Beginn des Luftkrieges seien 1.900 Ziele in Jugoslawien getroffen worden. 9.000 Bomben oder Raketen seien bei allen Angriffen seit dem 24. März zum Einsatz gekommen.

Kein Führer

11. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Unterdessen hat ein ranghoher Vertreter der Kosovo-Befreiungsarmee UCK dem Präsidenten der Kosovo-Albaner, Rugova, abgesprochen, der Führer der Kosovo-Albaner zu sein. Mahmuti sagte am Montag in Paris: »Er ist weder der Führer der Kosovo-Albaner noch mit irgendeiner Mission beauftragt.« Mahmuti wies zugleich die serbische Darstellung zurück, die UCK sei für den Tod von Agani, einem engen Mitarbeiter Rugovas, verantwortlich.

Sorry, folks, some motherfucker took the embassy complex for that of Oedipus

---

Nato-Sprecher Jamie Shea, übersetzt von Hermann Kant

Publizistischer Zwischenfall (1)

11. Mai, »Frankfurter Allgemeine« (Feuilleton):

Der deutschen Veröffentlichung (eines albanischen Romans) ist allerdings ein Nachwort aus der Feder Ismail Kadares angefügt, das man ebenfalls unbedingt lesen sollte. Denn die zähnebleckende Wut, mit der der weltberühmte Autor, der seit Jahren als Kandidat für den Nobelpreis gilt, da über die Serben und die aus den »Ural-Steppen kommenden« Slawen herzieht, verrät auf beklemmende Weise, daß Nationalismus kein Privileg der Serben ist und es tatsächlich auch jenen aggressiven, menschenverachtenden albanischen Dünkel gibt, den man sonst leichtfertig für eine Erfindung der serbischen Propaganda halten könnte.

Rosige Zeiten

12. Mai, »Die Welt«:

»Bislang haben wir nicht gespürt, daß der Regierungswechsel für uns irgendwelche negativen Folgen gehabt hat«, sagt Andrea Franke vom Jagd- und Handfeuerwaffenhersteller Heckler und Koch, der immerhin ein Drittel seiner Waffen ins Ausland exportiert. Ähnlich äußern sich Vertreter des Nürnberger Mischkonzerns Diehl, der neben elektronischen Schaltuhren auch Munition produziert. »Wir können nach dem Regierungswechsel keine politisch begründete veränderte Situation im wehrtechnischen Geschäft festellen«, sagt Sprecher Dirk-Michael Zahn. Auch Michael Bauer, Marketingdirektor der Marinewerft Abeking & Rasmussen bei Bremen, betont: »Wir haben so gut wie keine Änderung erlebt.« Er fügt hinzu: »Bei Marineschiffsexporten sind wir dringend auf flankierende Unterstützung der Regierung angewiesen.« Und er weiß: »Die benötigte Hilfe haben wir von der alten Regierung bekommen, von der neuen kriegen wir sie

auch.«

Ein Aufatmen geht durch die Flure der Unternehmen. Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU, beschreibt die geltende Praxis so: »Jetzt wird genehmigt, was vorher von großem Übel war – Rüstungsexport für Indonesien, für einzelne arabische Länder und für die Türkei« ...

Haucht ausgerechnet die rot-grüne Regierung der schlappen deutschen Rüstungsindustrie neues Leben ein?

Rosa Zeiten

12. Mai, dpa:

Mit Blick auf sozialdemokratische Regierungen, deren Politiker der 68er-Generation angehören, bezeichnete Peter Handke Bundesaußenminister Joschka Fischer als »Bombenminister« und »Zuschlagminister«. Fischer und »der Typ, der Bundeskanzler ist«, repräsentierten das »grausig-ewige Deutschland«. Über US-Präsident Bill Clinton und den britischen Premier Tony Blair sagte Handke: »Der amerikanische Dreckskerl, der englische Kunstturner, alle diese Verbrechertypen gehören der Generation an, die uns ›Make love not war‹ vorgesungen hat ... Ich ziehe kalte Krieger diesen verfehlten Hippies vor.«

Ökopack

12. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Die Grünen wollen bei der zweiten und dritten Stufe der Ökosteuer deutliche Erhöhungen durchsetzen. Der Benzinpreis könne sich im nächsten Jahr in einer Größenordnung von 15 Pfennig je Liter erhöhen.

Publizistischer Zwischenfall (2)

14. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Von einer einwöchigen Reise Anfang Mai durch Mazedonien, Serbien und das Kosovo zurückgekehrt, teilt der französische Intellektuelle Régis Debray in einem offenen Brief in der Zeitung »Le Monde« dem französischen Staatspräsidenten seine Zweifel am Sinn des westlichen Militäreinsatzes mit ... Ein Hauptaugenmerk galt den Vertriebenen im Kosovo. Laut Debrays Erkundungen fanden die schlimmsten Übergriffe auf die albanische Bevölkerung mit Plünderung, Brandstiftung und Mord in den ersten drei Kriegstagen Ende März statt. Danach haben seine Gesprächspartner keine Spuren von groß angelegten Verbrechen mehr gefunden und Debray selbst hat nur einzelne abgebrannte Höfe, aber auch zurückgekehrte albanische Bauern gesehen.

Die Ereignisse wurden ihm folgendermaßen geschildert: Um den Abnützungskrieg gegen den albanischen Widerstand im Kosovo zu beenden, räumten die Serben gewaltsam einige Dörfer, wo UCK-Kämpfer eng mit der Zivilbevölkerung vermischt waren. Das führte zu einer ersten Welle von Flüchtlingen, die meist bei Nachbarn unterkamen. Der massive Exodus begann mit dem Anfang der Nato-Bombardierungen. Er wurde von der UCK ermutigt, die Leute flohen aus Angst vor real gesehenen Ereignissen, vor Gerüchten, auch vor den Bomben, aus Furcht, als Kollaborateure zu gelten, manchmal weil der Besitz zerstört war, mitunter auch, weil man schon immer auswandern wollte. Die Aussage des deutschen Verteidigungsministers Scharping, zwischen sechs- und neunhunderttausend Vertriebene seien im Kosovo ausgemacht worden, bezeichnet Debray aber als Lüge.

War soap

14. Mai, »Bild«-Zeitung:

Schröder in Peking – Als er über den Vater sprach, brach das Eis – Beim Treffen mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin endlich der Durchbruch! Schröder: »Herr Präsident, ich möchte Ihnen eine Geschichte erzählen.« Leise spricht er von seinem Vater – »er fiel 1944 im Krieg, vier Tage nach meiner Geburt. Meine Mutter hat ihn sehr geliebt. Deshalb bitte ich Sie zu verstehen: Auch wir sind gegen den Krieg.«

Daß Clinton – kommt – nur ein kleines bißchen – eine Missile abschicken – werden wir umgehend beantworten

---

Boris Jelzin, Präsident einer Supermacht a. D.

Konkret 06/99, S. 13

Peter Hacks

Jetztzeit

Kahnpartie zu Thälmann

Der Himmel liegt wie Puder
Über dem Krossinsee.
Die Freundin rührt die Ruder.
Mir tut kein Finger weh.
Ein wirres Haubentaucherweib
Durchschwimmt mit einem Kind am Leib
Ein gelbes Feld von Mummeln.
Ich bade mir den Zeh.

Zwei wohlvertäute Fässer,
Sie lenken unsern Bug
In ein längliches Gewässer.
Es heißt der Große Zug.
Hier war es 33, als
Die KPD in Ziegenhals
Wider den Wählerwillen
Zum letzten Mal sich schlug.

Wie Klubfreunde gesellig
In Mörschels Sportlokal
Strömen sie unauffällig
Nach hinten in den Saal.
Die Kegelkugeln rollen dort.
Sie treten ein mit Mollen dort.
Das ZK der Kommunisten,
So tagt es illegal.

Mit seinen Reichstagsmandaten
War Hitlers Macht gewiß.
Nun müssen sie beraten
Die Nazifinsternis.
Der Pieck, der Ulbricht und der Schehr,
Der Beimler und noch viele mehr.
Der Thälmann weiß die Linie:
Kampf und kein Kompromiß.

Aufs eichene Tischblatt haut er. –
Mach leiser, Ernst, ich bitt.
Er redet immer lauter.

Man hörts im Schankraum mit.
Zu Wasser die Genossen flohn
Nach Zeuthen hin, der Bahnstation,
Wobei ihr Schiff im Dunkel
Die Dahme überschritt.

Das Motorschiff Charlotte
Ist heute noch zu sehn.
Für unsre rote Flotte
Muß es nun wieder stehn.
Von vierzig bald nach dieser Nacht
Hat man wohl zwanzig umgebracht.
Man kann zu laut Recht haben.
Wie soll das gut ausgehn?

Und die sie nicht umbrachten,
Sind dann noch einmarschiert
Nach rauhen Völkerschlachten
Und haben uns regiert
In unserer Republik, und der
Der Präsident geworden wär,
War der Gefangne Thälmann,
Nur war der just krepiert.

Wir sprangen unter dem großen
Ahornbaum an Land
Und sind alsbald gestoßen
Auf die Tafel an der Wand.
Mit Thälmanns Kopf und eisengrau
Ziert sie den Eingang von dem Bau:
Wir ehren dein Vermächtnis,
Dein Pionierverband.

Die Heimfahrt von der Schenke.
Der Saum von Schilf und Rohr.
Sie rudert, und ich denke.
Ich schwatze ihr ins Ohr:
Mir scheint, wenn die Partei besiegt
Und todeswund am Boden liegt,
Stehn meist zwölf dumme Jahre
Dem Vaterland bevor.

Konkret 06/99, S. 16

Jürgen Elsässer

Lumpen-Intelligenzija

Die Grünen als Vollstrecker der negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft

War der Kriegsparteitag der Grünen ihr Sargnagel? Zerfällt die Partei, werden ihr die Wähler davonlaufen? Weit gefehlt: Die Grünen sind schon lange tot. Der 13. Mai 1999 zog die Journalisten der Weltpresse nur deswegen nach Bielefeld, weil es immer wieder ein faszinierendes Schauspiel ist, einem Leichnam beim Verwesen zuzuschauen. Der strenge Geruch, fälschlich als Buttersäure wahrgenommen, und die fetten Maden, die sich an dem Kadaver mästen, werden im Zuge des Verfaulens der bürgerlichen Gesellschaft noch öfter auftreten.

»Stagnation und Fäulnis« waren für Lenin die Charakteristika des imperialistischen Zeitalters. Er sah nicht voraus, daß gerade sein Lebenswerk, die Entstehung der Sowjetunion und schließlich deren Sieg über Nazi-Deutschland, den Kapitalismus vor dem barbarischen Untergang in seinen eigenen Widersprüchen bewahren, ihn sogar zu neuen Leistungen, zu einem »Golden Age«, stimulieren sollte. Doch mit der Implosion des Realsozialismus 1989/90 endete dieses siebzigjährige Intermezzo: Die seit der Auflösung der Sowjetunion weltweit ungebremste Durchsetzung des Kapitalismus stellt die politisch-sozialen Errungenschaften und kulturellen Werte der westlichen Welt, die bis dato in der Konkurrenz gegen den Osten gepflegt werden mußten, auf den Prüfstand der Marktrentabilität. Rechnet sich die Staatsfürsorge für Alte und Schwache? Bringt Meinungspluralismus in öffentlichen Medien Profit? Ist die Trennung von Staat und Kirche nicht dysfunktional, wenn doch die Arbeitslosen Trost bräuchten? In der One World zerfallen alle Großeinheiten in konkurrierende Produktionsinseln: Der einheitliche Nationalstaat wird vom Separatismus bedroht, der Zwang zur Mobilität zerreißt die familiären Bindungen, an die Stelle des autoritären Massencharakters tritt das hedonistische Individuum. Die Achtundsechziger, die den spießigen Frieden der Moskau-Kommunisten mit den Fetischen der bürgerlichen Welt mit einigem Recht kritisiert haben, mögen diese Veränderungen für die späte Erfüllung ihrer Jugendträume halten. Sie erkennen nicht, daß sich keine positive, sondern eine negative Überwindung der traditionellen Vergesellschaftung abzeichnet: An die Stelle der Nation tritt der Stamm, an die Stelle der Familie die marodierende Konsummonade, an die Stelle des folgsamen Untertanen der selbstbestimmte Amokläufer.

Joschka Fischer ist die Personifizierung dieser Auflösungstendenzen in der Gesellschaft: Während sein Vater noch einen anständigen Beruf - Metzger - gelernt und eine Familie gegründet hatte, wurde der Filius ein Nichtsnutz und Egomane ohne Lust und Befähigung zu Studium und Beruf, ohne Zuverlässsigkeit und Stetigkeit im Privatleben. Schuhe, Kleider, Brille und Frisur werden, ebenso wie Bauchumfang, Mimik und Lebensabschnittsgefährtin, dem jeweiligen Markttrend angepaßt: In den achtziger Jahren so dick wie sein Koalitionspartner Börner und liiert mit einer tigerhosengewandeten Punkerin, hat sich der Außenminister nun bei denselben Modeschöpfern wie sein Chef eingekleidet und nach amerikanischem Vorbild mit einer Praktikantin verbandelt. Natürlich kommt er nicht ohne Ehe aus, und auch nicht ohne Halbbrille und Herrenring -der »Erich-Böhme-Preis« soll ja auch noch gewonnen werden.

Dabei geht es nicht um Fischer als Person, sondern um Fischer als Charaktermaske einer Gesellschaftskaste, die in Anlehnung an Marx als Lumpen-Intelligenzija zu bezeichnen wäre: Allein in der Bundesrepublik dürften es einige hunderttausend Leute sein, die eine universitäre Bildung durchlaufen (wenn auch nicht immer abgeschlossen) haben, danach aber keine feste Beschäftigung fanden. Also haben sie sich ein Auskommen in den Ritzen des Sozialstaates und Kulturestablishments gesucht, sie vermarkten sich als Künstler, Journalisten, Werbeagenten und ähnliches. Diese prekären oder scheinselbständigen Jobs jenseits der klassischen Lohnarbeit, ein Spezifikum der post-fordistischen Produktionsweise, machen abhängig von den Auftraggebern. Jedes Jahr entscheidet die Stadtverwaltung weiter über die Förderung der Kleinkunstbühne, der Autokonzern über die Vergabe der Werbeetats - also heißt die Parole: Ja nicht negativ auffallen. Sowohl FDP als auch die Grünen sind Parteien des Mittelstandes. Doch während die FDP die Partei der Zahnärzte und Rechtsanwälte ist, also der erfolgreichen Studenten ohne Bummelsemester im Asta oder in einer Frauengruppe, reüssierten bei den Grünen die akademischen Zuspätkommer.

Warum das so war und warum genau das so fürchterlich endete, kann man in der Fischer-Biographie von Christian Schmidt *(Wir sind die Wahnsinnigen,* vgl. KONKRET 9/98, S. 15f) nachlesen. Fischer nach dem Ende des »Revolutionären Kampfes« im Februar 1977: »So sind wir -gewiß, die einen mehr, die anderen weniger, und ich fühl' mich besonders stark so - allesamt zu Veteranen geworden, denen es zur Zeit ziemlich dreckig geht, und die glauben, an der Wirklichkeit ersticken zu müssen.« Ein anderer Sponti schreibt im selben Jahr: »Das Arbeitsamt kündigt bei vielen nach eineinhalb Jahren der treuen Leistung die letzten Raten.« Fischers Kumpel Matthias Beltz: »Dieses Widerstandleisten bringt halt kein Brot zustande.« Die Szene versank in Selbstmitleid und zerfiel, bis sich endlich Anfang der achtziger Jahre eine neue Chance bot: »Die Spontiführer waren im großen und ganzen, im Kampf um die Macht in der Gesellschaft, radikal gescheitert ... Was die arbeitslose Kaste der Spontiberufspolitiker ... den grünen Politamateuren voraus hatte, war genau das, was zunächst wie ihr großes Manko aussah: ihr offensichtliches Versagen und die daraus resultierende

Hoffnungslosigkeit. Gerade weil ... sie sich und ihre Bewegung am Ende sahen, waren sie - mehr als die jeglichem Machtstreben skeptisch gegenüberstehenden grünen Politiker - motiviert, in dieser neuen Partei ihre letzte Chance wahrzunehmen und ohne Rücksicht auf programmatische Verluste Karriere zu machen.« (Schmidt)

Als grüne Trendsetter wurden die früheren Revoluzzer schließlich zu unersetzlichen Partnern der gesellschaftlichen Eliten: Die »Neue Mitte« ist, wie Georg Seeßlen schreibt (KONKRET 5/99, S. 3), nichts anderes als eine »mythische Konstruktion« aus Impulsen des Neoliberalismus und des radikalen Moralismus. Wer könnte neue Atomkraftwerke glaubwürdiger vertreten als langjährige Atomkraftgegner, wer Kriege besser begründen als erprobte Kriegsgegner? Und doch ist nur die neue Kaste unersetzlich, nicht sind es die neuen Personen. Fischer hat außer dem »strategisch gut geplanten Bücherklau« und dem »rauhe(n) Handwerk eines Straßenkämpfers« (Schmidt) nichts Vernünftiges gelernt. Obwohl er heute ganz oben steht, ist er nicht gesichert: Würde er jetzt abtreten oder gestürzt werden, müßte er zurück in die »Batschkapp« und dort kellnern gehen. Folglich wird er alles versuchen, um sich den Erfordernissen der Macht anzuschmiegen: Er muß diesen Krieg gewinnen - und wenn diesen nicht, dann möglichst schnell den nächsten.

Wie das Lumpen-Proletariat so kann man also auch die Lumpen-Intelligenzija als »Abhub der verkommensten Subjekte aller Klassen ... absolut käuflich und absolut zudringlich« (Marx) bezeichnen. Allerdings wird sie, im Unterschied zu ersterem, nicht nur als korrupte Hilftstruppe der Herrschenden gebraucht, sondern auch als deren »organischer Intellektueller« (Gramsci). Gerade ihre universitäre Halbbildung und die Ablehnung jeder Stringenz in Theorie und Lebensführung machten sie zu idealen Sensoren des Zeitgeistes einer-, der Kapitalerfordernisse andererseits. Für den »trahison des clercs« mußte allerdings ideologischer Ballast abgeworfen werden. Von Marx und Lenin wechselten die ehemaligen Linken Ende der siebziger Jahre zu Deleuze und Foucault, deren postmoderne Philosophie ein adäquater Ausdruck des spätkapitalistischen Fin de siecle ist. Jeder aufklärerische Impetus und jeder Universalismus - also das gesamte Vermächtnis der bürgerlichen Revolutionen und der Moderne – sind beseitigt. Im Mahlstrom der »Dekonstruktionen« wurde der Kosmopolitismus ebenso wie der Kommunismus zerrieben - an die Stelle der suspekten »Großen Erzählungen« trat die Aufmerksamkeit für das Identitäre und Partikulare. Beispielsweise wurde der seit 1968 so erfolgreich geprobte Einsatz für das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« im postmodernen Biotop noch sehr viel farbiger als im marxistischen, dessen Gleichheitspostulat (» ....vereinigt euch!«) den Identitätssüchtigen bei der Vermarktung ihrerselbst zunehmend lästig wurde. Also kämpfte man nach dem Untergang der K-Gruppen nicht mehr nur für jene Natiönchen, die sich unter Führung einer KP-dominierten »Volksfront« zusammengerottet hatten; seit Anfang der achtziger Jahre konnte jeder verrückte Stamm von den Miskito-Indianern bis zu den Tibetern mit Unterstützung aus dem grün-alternativen Milieu rechnen.

Aus der völkischen Folklore wurde schon bald eine realpolitische Gefahr: 1991 forderten die Grünen bereits im Frühjahr eine völkerrechtliche Anerkennung Kroatiens und Sloweniens - die Bundesregierung ließ sich mit diesem einseitigen Vorpreschen wenigstens noch bis Dezember Zeit. Diese Avantgardeposition wollen die Grünen wohl auch künftig wahrnehmen. Ihre parteinahe »Heinrich-Böll-Stiftung« verlieh 1999 den »Petra-Kelly-Preis« an die »Unrepresented Nations and Peoples Organisation« (Unpo), eine Art Uno-Parallel-Organisation für Völkerschaften und Stämme, die endlich auch eigene Briefmarken und Geldscheine drucken wollen. Zu den Unpo-Mitgliedern gehören - neben den Maohi- und Mapuche- Indianern, den unvermeidlichen Tibetern und den Nachfahren der Buschmänner aus West Papua - Ethnokrieger aus allen aktuellen und künftigen Bürgerkriegen der untergehenden Weltordnung: aus Jugoslawien Kosovaren und Sandschaken, aus Rußland Abgesandte der rohstoffreichen Provinzen Inguschien und Baschkortostan, schließlich Vertreter der angolanischen Öl-Enklave Cabinda sowie kampferprobte Abchasen und Krimtartaren. Zu den Grundsätzen der Unpo beschloß deren Konferenz 1997, daß »sich in einigen Fällen ... Nationen und Völker gezwungen sehen können, sich mit bewaffneter Gewalt gegen bewaffnete Aggression zu verteidigen«. Was »bewaffnete Aggression« ist, erfährt man dankenswerterweise auch in diesem Dokument: Diese »ist nicht auf den Gebrauch von Waffen begrenzt, sondern kann kulturellen Genozid, erzwungene Assimilation und die Zerstörung der Umwelt einschließen«. Mit diesen willkürlich definierbaren Kategorien hat freilich noch jede Mörderbande - vom »Leuchtenden Pfad« bis zur Eta, von der Ustascha bis zu den Südtiroler Bombenlegern - ihre Aktivitäten rechtfertigen können.

Wie sehr die Ziele der Unpo `und ihrer grünen Förderer mit jenen der deutschen Außenpolitik zusammenfallen, verdeutlichte der Leitartikel der »FAZ« vom 30. April 1999. Zu den notwendigen Reformen des Völkerrechts heißt es dort: »Minderheitenabkommen schützen in der Regel allenfalls Individuen vor Diskriminierung. Erforderlich sind aber Gruppenrechte, sind Autonomieregelungen für geschlossen siedelnde Volksgruppen sowie finanzielle Mittel zur Förderung kultureller Eigenarten.« Selten wurde kaltschnäuziger ausgedrückt, daß die »Menschenrechte« im deutschen Verständnis die Interessen realer und konkreter Individuen »allenfalls« unter »ferner liefen« beinhalten. Die vorrangigen »Menschenrechte« sind dagegen die Ansprüche von »Volksgruppen«, zu deren (Neu-)Konstruktion jederzeit auch » finanzielle Mittel« fließen sollen.

Im Unterschied zu seinen zögerlichen Vorgängern setzt Fischer auch die kühnsten Träume der »FAZ« um. Sein » Stabilitätspakt für Südosteuropa« - auf dem Parteitag auch von seinen Kritikern als Alternative zur Kriegführung (statt deren Vorbereitung) 'mißverstanden - sieht als ersten Punkt Verhandlungen über » ungelöste, territoriale und

Minderheitenfragen« auf dem gesamten Balkan vor. Läßt schon das neuerliche Aufwerfen von territorialen Fragen Böses befürchten, so ist an anderer Stelle des Dokuments explizit vom »Zusammenwachsen der Stabilitätsinseln in der Region« die Rede. So kommt die geniale Leistung der Fischermen, die Kombination von 68er-Impulsen mit den Erfordernissen deutscher Geopolitik, auf ihren Begriff: Schafft zwei, drei, viele Kosovo!

Jürgen Elsässer ist Herausgeber des am 4.6. erscheinenden Buches: »Nie wieder Krieg

ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitika (konkret texte 22)

Konkret 06/99, S. 18

Georg Fülberth

Stammtisch-Zerlegung

Wessen Krieg ist der Kosovo-Krieg? Drei Hypothesen, vorgetragen ohne Anspruch auf die letzte Wahrheit

»Die Außenpolitik ist an der Politik das Geistlose.«
Peter Hacks

Que sais-je?

Fünfundachtzig Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs streiten sich die Historiker noch immer über die Ursachen. Der Hamburger Professor Fritz Fischer hat bei seinem Versuch, die Alleinschuld Deutschlands zu dokumentieren, eine erdrückende Masse von Belegen für die Expansions-Absichten des Reiches und die von dessen Eliten gehegten und gepflegten Pläne internationaler ökonomischer Ausbeutung sowie politischer und militärischer Herrschaft geliefert. Doch der zwingende Beweis dafür, daß diese tatsächlich zur Auslösung des Krieges just in den Wochen, als er auf den Weg gebracht wurde: zwischen dem 28. Juni und dem 1. August 1914, führten, ist ihm letztlich nicht gelungen. Er konnte zeigen, wie seine deutsch-nationalen Gegner sogar vor einer Fälschung nicht zurückschreckten, um weiter die Unschuld ihrer Nation beteuern zu können. Eine Denkschrift Bethmann Hollwegs vom September 1914, auf die er immer wieder verweist, ist ein eindrucksvolles Dokument deutscher Kriegsziele. Doch die Besseren seiner Widersacher haben ihm vorgehalten, es könnte sich um eine nachgelieferte Absichtsbekundung handeln, mit welcher der Kanzler einem Krieg, den er entweder gar nicht oder doch nicht allein gewollt habe (sondern auch die Regierungen in Wien, Petersburg, Paris und London), erst dann eine Perspektive gegeben habe, als er nun einmal ausgebrochen war. Heute könnten sie sich sogar auf eine Bemerkung Eric Hobsbawms berufen, wonach ein Fortbestand des Friedens Deutschlands weiteren Aufstieg und Großbritanniens allmählichen Abstieg wahrscheinlich befördert hätte.

Die Linken haben sich bei diesem ersten Historikerstreit der Bundesrepublik völlig zu Recht auf die Seite Fischers gestellt. Seiner These fehlte zwar der letzte Beweis, aber sie war plausibler als die Behauptungen seiner Gegner, deren Quellenmaterial überdies weit schwächer war. Denen ging es um einen politischen Zweck: Das Ziel aller damals im Bundestag vertretenen Parteien (auch der SPD) – Wiederherstellung des Reichs in den Grenzen von 1937 – sollte nicht durch die Feststellung in Frage gestellt werden, daß dieser Staat schon vor Hitler eine hochgefährliche Veranstaltung war.

Weshalb erzähle ich das? Aus zwei Gründen. Erstens: Die Standards, welche in der sogenannten Fischer-Kontroverse anzulegen waren, sollten nicht vergessen werden, wenn es um die Ursachen des Nato-Angriffskriegs gegen Jugoslawien 1999 geht. Dies gilt, obwohl es gegenwärtig natürlich noch kein Archivmaterial gibt, welches eingesehen werden könnte. Wer zu den Gründen des Völkerrechtsbruchs der Nato etwas sagen will, sollte sich selbst darüber klar sein, ob er nur eine Hypothese formuliert, ob er bewußt polemisiert (was in Ordnung ist, wenn die andere Seite in gleicher Weise operiert und wenn man selber keinen Zweifel daran läßt, daß man nur dies tut und nichts anderes) oder ob er handfeste Beweise hat. Wirft man das durcheinander, befindet man sich am Stammtisch.

Zweitens: Nachdem Fritz Fischer in zwei Büchern – *Krieg der Illusionen* und *Der Griff nach der Weltmacht* – zwar Belege für die Gefährlichkeit Deutschlands, nicht aber mit endgültiger Sicherheit für eine kausale Verbindung zwischen Kriegszielen und den konkreten Machenschaften im Hochsommer 1914 vorgelegt hatte, unternahm er einen dritten Versuch. In dem Bändchen *Bündnis der Eliten* trat er aber nicht mehr als archivbewanderter Historiker auf, sondern eher als Herrschafts-Soziologe. Er stellte eine »Kontinuität der Machtstrukturen« vom wilhelminischen Reich bis 1945 dar. Damit schloß er nicht die Lücke, die er für den Sommer 1914 hatte hinnehmen müssen, aber er kam zu wichtigen Aussagen über den deutschen Imperialismus.

Dieses Verfahren sollten wir uns zum Vorbild nehmen. Es setzt voraus, daß wir unsere Unkenntnis über manches, was wir gern wissen und noch lieber gleich behaupten möchten, nicht vergessen.

Für den Nato-Angriff auf Jugoslawien werden zur Zeit u. a. drei Ursachen genannt. Erstens: Schuld sei Slobodan Milosevic. Die von ihm zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen hätten ein Eingreifen der »Völkergemeinschaft« unausweichlich gemacht. Zweitens: Der Angriff diene ausschließlich den Herrschaftsinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika. Drittens: Deutschland unternehme einen weiteren Griff nach der Weltmacht und habe die Nato für sich eingespannt.

Über die erste These – der Nordatlantik-Pakt bombe für die Menschenrechte – wurde schon alles Nötige gesagt, und nichts von den bislang vorgetragenen überzeugenden Überlegungen muß hier wiederholt werden. Es ist Regierungspropaganda. Daß im jugoslawischen Bürgerkrieg die Menschenrechte verletzt wurden und werden – nicht nur, aber gegenwärtig in besonders hohem Maße durch serbische Nationalisten – ist ebenso wahr wie die Tatsache, daß dies nicht der Grund für das

Eingreifen der Nato ist. Die zweite Behauptung wird vor allem an rechten, aber auch an linken Stammtischen verbreitet, die dritte ausschließlich an linken. Die Vorab-Frage: »Was weiß ich überhaupt?« wird in diesen drei Fällen meist gar nicht erst gestellt.

Stammtisch I: Die Verschwörung der Yankees

Daß die USA nach dem Ende des Kalten Kriegs sich daranmachen, die ihnen damit angeblich zugefallene Weltherrschaft nun auch auszuüben, weiß der Herr Deckert von der NPD ganz genau. Deutschnationale wie Alfred Dregger werden das nicht so stramm behaupten wollen, sind aber der Ansicht, die Vereinigten Staaten von Amerika führten sich mittlerweile in Europa etwas dreist auf und es müsse künftig eine Art Herr-im-Hause-Standpunkt ihnen gegenüber geltend gemacht werden.

Das Ressentiment, welches sich hier äußert, hat einst der Nazi-Jurist Carl Schmitt anders formuliert: als »Interventionsverbot raumfremder Mächte«. Gemeint war: Amis und Briten sollten gefälligst den Revieren fernbleiben, welche Deutschland für sich in Anspruch nimmt. Diesem Begehren steht nun allerdings die gegenwärtige US-amerikanische Hegemonie im Wege. Die Strategie, durch welche sie zustandekam, resultiert aus einer über Jahrzehnte hin betriebenen »expansiven Sicherungspolitik« (Ekkehart Krippendorff). Hatte Großbritannien im 18. und 19. Jahrhundert seine eigenen Interessen gegenüber dem europäischen Kontinent nach dem Grundsatz vertreten, dort dürfe keine Übermacht entstehen, die ihm potentiell gefährlich werden könne, so wandten die USA diese Maxime spätestens seit 1941 in einem noch größeren, nämlich einem letztlich globalen Ausmaß an.

Damit der Historische und der sonstige Materialismus nicht zu kurz kommen, müssen hier überdies die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten behandelt werden. Daß deren hochproduktive Industrie und deren Kapitalexporte auch ohne militärische Absicherung weltweiten Zugang zu Absatzmärkten, Anlagemöglichkeiten und Rohstoffquellen finden würden, war in den zwanziger Jahren feste Überzeugung der Isolationisten. Der Ausblick auf ein japanisches Großreich jenseits des Pazifik und ein unter Hitler zusammengebrachtes Europa führte in den dreißiger Jahren zu einer anderen Strategie, die beibehalten wurde, als die UdSSR die Gegnerin war. Weltweiter Freihandel gehörte zu den Zielen der Atlantik-Charta von 1941, militärische Präsenz zu den Mitteln, ihn zu sichern.

Unabhängig von den jeweiligen wirtschaftspolitischen Konfessionen der regierenden Partei und ihrer Präsidenten gab es in der US-amerikanischen Ökonomie seit F. D. Roosevelt immer auch ein starkes Stück Rüstungs-Keynesianismus. Der bisher längste Wirtschaftsaufschwung in der Geschichte der Vereinigten Staaten dauerte von 1961 bis 1969. Das war während des Vietnam-Kriegs. Gegenwärtig haben wir den zweitlängsten, und er hat Chancen, den Rekord noch zu brechen. Die Bedarfsdeckung für die Streitkräfte zu Wasser, zu Lande, in der Luft und Übersee sowie die damit verbundene Forschung und Entwicklung sorgen für das Wohlergehen eines Bereichs, welchen man in den Zeiten, als obszöne Wörter noch nicht verboten waren, als »Militärisch-Industriellen Komplex« bezeichnen durfte.

Wir haben also insgesamt drei Komponenten, mit denen wir uns das außenpolitische Verhalten der USA zu erklären versuchen können: expansive Sicherungsstrategie, militärische Flankierung außenwirtschaftlicher Interessen, Rüstungs»keynesianismus«. Deren Anwendung war im Kalten Krieg konzeptionell nahezu simpel: Die UdSSR war der Feind, deren Gegner waren die Bundesgenossen der Vereinigten Staaten. Menschenrechte waren eine abhängige Variable des Kalten Kriegs. Sie wurden ignoriert, wenn das denselben Interessen dienlich war, für deren Durchsetzung sie in anderen Fällen in Anspruch genommen wurden.

Die ab 1989 möglich und nötig werdende Neuorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik behielt die drei Konstanten bei, aber das Szenario war verändert. Seit dem Marshall-Plan von 1947 haben die USA auf eine politische und ökonomische Einheit (West-)Europas, das gegen die UdSSR in Stellung gebracht wurde, gedrungen. So ist ein Machtfaktor entstanden, der, entfiel der von den Vereinigten Staaten ihm zunächst zugewiesene Zweck, auch als Konkurrent auftreten konnte. Solange dies nicht auch auf militärischem Gebiet geschieht, ist das für die USA auszuhalten. Stärkung und Ost-Erweiterung der Nato sind ein Weg, dieser Gefahr vorzubeugen. Das Risiko wäre größer, befände sich Rußland in einer Art informeller Entente mit der EU.

So gesehen, könnte aus US-amerikanischer Sicht der Krieg gegen Jugoslawien als eine Art Präventivschlag gesehen werden: Die Vereinigten Staaten sind in Europa mit neuen Stützpunkten – nämlich auf dem Balkan – präsent, der Machtblock EU koppelt sich nicht völlig von ihnen ab und bleibt von Rußland getrennt.

Stimmt denn das alles, was ich da erzähle? Ich weiß es nicht. Es ist eine Hypothese, die allerdings inzwischen recht häufig aufgestellt wird. Was ist der Unterschied zum Stammtisch? Dort gibt es keine Hypothesen.

Immerhin wird man ja wohl noch kein Nazi sein, wenn man vermutet, daß beim Vorgehen der Nato gegen Jugoslawien die USA, welche sich einige Zeit zurückhielten, vor ca. einem halben Jahrzehnt die Initiative ergriffen haben. Ihre Partner sind ihnen gefolgt. Fragt sich nur: warum? Bei dieser Gelegenheit können wir ja auch einmal von Deutschland reden.

Stammtisch II: Die deutsche Konstante

Der Stammtisch mit dem Wimpel »Nie wieder Deutschland« steht in einem spärlich beleuchteten Nebenzimmer eines wenig besuchten Lokals. Er ist nur dünn besetzt. Dafür geht es um so lauter zu. Der Balkankrieg, so ist zu hören, ist Ergebnis einer Intrige, mit der das von Bismarck 1871 gegründete und von Hitler zeitweilig erweiterte Deutsche Reich seine nie vergessenen Ziele weiterverfolgt. In Rambouillet sei es Ribbentrops Nachfolger Josef Fischer sogar gelungen, die US-amerikanische Außenministerin Albright in den Dienst seiner Politik zu stellen.

Zu meinem Verdruß wird als Beleg für eine solche Weltsicht zuweilen ein Buch herangezogen, das ich seit Jahren mit dem besten Gewissen empfehle (und auch in Zukunft weiter propagieren werde): Reinhard Opitz, *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*.

Bei seiner Rezeption sollte allerdings bedacht werden – es steht ja auch im Titel – , daß der dort behandelte Zeitraum sich nur bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erstreckt. Allerdings greift Opitz weit ins 19. Jahrhundert zurück, und in einem Schlußkapitel behandelt er Kontinuitäten und Modifikationen nach 1945. Da die Geschichte für ihn ein Mittel war, um die Gegenwart besser begreifen zu können, interessierte ihn tatsächlich in erster Linie, was von den alten Plänen denn noch gültig geblieben ist. Seine Vermutung: alles. Zu diesem Zweck habe der deutsche Imperialismus sich allerdings nach 1945 auf seine sozialliberale Variante verlegen müssen. Nicht in *Europastrategien des deutschen Kapitals*, aber in seinen Aufsätzen analysierte Opitz die Möglichkeit, daß auch die Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition ein Mittel sei, um die alten Ziele in einer neuen Konstellation zu erreichen.

Er starb 1986. Lebte er noch, käme er wahrscheinlich zu zwei Ergebnissen. Erstens: Die *Europastrategien des deutschen Kapitals* sind einerseits weiterhin dieselben. Zweitens: Sie sind andererseits obsolet, da ihre Ziele inzwischen im wesentlichen erreicht wurden. Damit sind die alten Mittel, um sie zu verwirklichen, in Zukunft nicht mehr nötig. Allerdings werden jetzt Anstrengungen unternommen, um das Erreichte zu sichern und auszubauen. Etwaige Übereinstimmungen zwischen früheren und gegenwärtigen Ereignissen beruhen darauf, daß Geographie und Klassenverhältnisse noch dieselben sind wie 1900-1945. Benutzt man letztere Banalität zu Prognosen, kommt man zu geschichtlichen Analogien der faulen Art. Sie sind ähnlich aufschlußreich wie Kartenlegen und Aus-der-Hand-Lesen.

Hier kommt gelegentlich folgender Einwand: Daß Deutschland nach wie vor dieselbe Weltveränderung plant wie einst Hitler, zeige sich unter anderem daran, daß Genscher 1991 die EG-Staaten zu einer raschen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens gedrängt habe. Der letztere Staat aber sei schon Partner des Dritten Reiches gewesen.

Jetzt muß allerdings noch erklärt werden, weshalb die anderen Länder dem deutschen Begehren nachgegeben haben. Genscher konnte drängen, zwingen aber konnte er sie nicht. (Es sei denn, man immunisiert die eigene Weltsicht bis zu der Behauptung, Deutschland habe die anderen schon so unterjocht, daß sie alles machen müssen, was es will.) Es ist also denkbar, daß die Diplomatie der Partnerländer zwar Genschers Pressieren zur Kenntnis nahm, eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens aber ausschließlich aufgrund eigener Überlegungen für sinnvoll hielt. Warum?

Um hinter die Gründe zu kommen, müßte unsere Stammtisch-Besatzung eine Tatsache zur Kenntnis nehmen, welche sie dazu veranlassen könnte, hernach voller Trauer & Scham ihre Nasen in den Bierschaum zu senken, nämlich: Jugoslawien, einst immerhin eine sozialistische Gesellschaft, war seit ca. 1980 ökonomisch am Ende, und spätestens 1989 war dies auch allen Beteiligten klar. Die einzelnen Republiken verhielten sich nach der Losung: »Rette sich, wer kann«. Slowenien und Kroatien, weniger arm als die anderen, sahen in dem Gesamtstaat nur ein Hemmnis ihrer weiteren Entwicklung, insbesondere ihrer Bestrebungen, möglichst nahe an die kapitalistische EG heranzukommen. Ihr Abmarsch machte den Ruin der anderen Republiken perfekt. Die Führungen der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens versuchten dies mit kriegerischen Mitteln zu verhindern.

In dieser Situation können wir einen neuen Marshall-Plan herbeiphantasieren, mit dessen Hilfe der zerfallende Staat saniert und damit der Anreiz zu seinem Zusammenhalt geschaffen worden wäre. Hierzu gab es nach 1989 – anders als 1947 – keinen Grund, der Kapitalisten hätte einleuchten können. Dann war allerdings nicht unwahrscheinlich, daß unter den inzwischen eingetretenen Verhältnissen ein sozusagen zwangsweises Verbleiben Kroatiens und Sloweniens bei Jugoslawien zu einem permanenten Bürgerkrieg geführt hätte. Ihre Sezession konnte so lange als das kleinere Übel erscheinen, wie man sich keine Gedanken darüber machte, was dann aus dem völlig verarmten Rest-Staat werden würde.

Zweifellos war die BRD besonders fix bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Denkbar ist schon, daß im Auswärtigen Amt irgendein Legationsrat Zweiter Klasse sich durch »FAZ«-Artikel von Johann Georg Reißmüller anleiten ließ und gern an Traditionen aus alter Zeit anknüpfte. Mit Kroatien gewann man einen alten Freund aus faschistischen Zeiten neu. Doch dieses Manöver war nicht die Ursache für den Verfall Jugoslawiens. Man hat nur gestoßen, was ohnehin schon fiel und was zu stützen man keinen Anlaß sah.

Kollektiver Imperialismus

Sollten wir nicht zur Abwechslung mal vom Imperialismus sprechen? Das klingt nostalgisch. Die uralten Schriften von Otto Bauer, Hilferding, Lenin, Luxemburg und des Liberalen John A. Hobson geben tatsächlich nicht den letzten Stand wieder. Subjekte waren damals die herrschenden Klassen der Nationalstaaten. Heute agieren sie – wie sagt man doch? – vernetzt. Karl Kautsky hatte mit seiner – von Lenin bekämpften – These vom »Ultra-Imperialismus« eine Vorahnung. Allemal ist von diesen frühen Theoretikern zu lernen, wie man sich um eine ernsthafte Analyse bemüht.

Da wir ohnehin nicht an sie heranreichen, können wir ja zunächst eher primitiv anfangen und statt der vielen Imperialismus-Merkmale, welche die Alten zusammentrugen, eines nennen, das so allgemein ist, daß es vielleicht nicht viel aussagt, aber auch nicht falsch sein kann: das Bemühen der herrschenden Klassen hochentwickelter kapitalistischer Länder, ihre ökonomischen und politischen Interessen international auch gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen. Den Begriff der »expansiven Sicherungspolitik« haben wir ja ebenfalls schon recht brauchbar gefunden.

Wenden wir ihn auf Deutschland an, könnten folgende Interessen sichtbar werden: Wer sich als regionale Großmacht begreift, wird in der Regel eine Nummer zwei als potentiellen Gegner ausmachen, den man nicht aktuell bekämpfen, aber im Auge behalten muß. Das wäre wahrscheinlich Rußland. Osteuropa verhielte sich zum europäischen Zentrum ähnlich wie Lateinamerika zu den USA. Der Zugang zu seinen billigen Rohstoffen und Arbeitskräften ist nicht unentbehrlich, aber vorteilhaft und ohne Krieg zu haben. Vielleicht wird das irgendwann ja doch noch eine interessante Region für Waren- und Kapitalexport. Eine militärische Komponente in den Beziehungen zum Hinterhof ist vorerst nur schwach ausgebildet, empfiehlt sich aber zumindest insofern, als dort jene Art von Stabilität herrschen sollte, die Herrn Schily zusätzliche Flüchtlinge erspart.

Wahrscheinlich handelt es sich nicht nur um Interessen der BRD, sondern auch anderer EU-Staaten. (Ein genauerer Blick würde allerdings wieder Differenzen entdecken. So fällt auf, daß sich als der lauteste verbale Kriegstreiber gegen Jugoslawien nicht Schröder hervortut – und auch nicht Clinton – , sondern Blair, für welchen eine transatlantische Option offensichtlich wichtiger ist als eine kontinentale. Die deutsche Presse bleibt in ihrer Agitation für den Nato-Angriff hinter den Blättern einiger anderer europäischer Länder zurück. Dort – zum Beispiel in den Niederlanden – ergeben die Umfragen häufig auch weit größere Zustimmung zum Krieg als in Deutschland.)

Es ist auch nicht recht ersichtlich, daß hier ein antagonistischer Konflikt mit den USA angelegt wäre. Die ökonomischen Gegensätze zwischen den beiden Blöcken gehen absehbar nicht über die normale innerkapitalistische Konkurrenz hinaus. Deshalb gibt es keine Parallele zu 1914, als die kapitalistischen Hauptmächte Krieg gegeneinander führten. Sofern es Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Teilen der EU, etwa der BRD, geben sollte, haben sie ihre Ursache wahrscheinlich in einer US-amerikanischen Version der »expansiven Sicherungspolitik«, in der die Clinton-Administration nicht nur Rußland als eine nach wie vor potentiell gegnerische Macht wahrnimmt, sondern offenbar auch die EU.

Diese Interpretation der Clinton-Politik liest man hier und da, immerhin zuweilen zugespitzt zu der These von einem Dritten Weltkrieg, der – anders als 1914-1918 und 1939 – nicht ein einziger Clash wäre, sondern eine Folge von Feldzügen, die 1991 im Zweiten Golfkrieg begannen. (Daß Wesley Clark sich rühmt, er befehlige eine »World-War-III-Army«, kommt dieser Phantasie entgegen.) Aber diese Weltkriegs-Behauptung ist wahrscheinlich schon wieder Stammtisch. Es handelt sich eher um den Versuch von gleich zwei kapitalistischen Zentren, eine ihren Interessen dienliche Art von Stabilität in einer Region durchzusetzen, in der vorher schon ein für die Peripherie und Halbperipherie mittlerweile typisch gewordener Prozeß ablief: die Zerstörung von zwischenzeitlich erreichter Staatlichkeit und – sei es kapitalistischer, sei es sozialistischer – ökonomischer Vergesellschaftung.

Das Reden und Schreiben über Globalisierung, über die von ihr ausgehende Einschränkung von Kompetenzen der Öffentlichen Hand und über »Unregierbarkeit« ist angesichts solcher Realitäten idyllisch, es behandelt oft nur einige Unzuträglichkeiten der Zentren. Thomas Hobbes aber fände viel Anschauungsmaterial für seine Auffassung vom *bellum omnium contra omnes* dort, wo nicht etwa die Ausbeutung am größten ist, sondern wo es immer weniger zu holen gibt – sei es mangels Masse, sei es, weil sich der Hebel der Exploitation noch nicht in festen Händen befindet.

Diese Zonen dehnen sich offenbar aus. (Eine derzeit wohl nicht beantwortbare Frage ist, ob und wie weit auch Rußland schon von diesem Prozeß erfaßt ist.) Sie gelten nicht länger als ein Fall für Entwicklungshilfe, »Marshallpläne« oder ähnliche Freundlichkeiten, sondern für Militäraktionen und Protektorate. Jugoslawien gehört jetzt dazu. Zwei der drei Zentren der sich herausbildenden Neuen Weltordnung nehmen dort Maß und organisieren anläßlich der gewaltsamen Bearbeitung eines Außen-Terrains ihre Beziehungen zu Lasten Dritter neu.

Die USA genehmigen sich zusätzlich zum Interessen-Abgleich mit den EU-Staaten eine weitere Attraktion: die Erprobung neuester Errungenschaften ihrer Militärmaschinerie, nach dem Motto, daß ein Tag Krieg besser ist als vier Wochen Manöver. Aber da reden wir ja schon wieder verbotenerweise vom Militärisch-Industriellen Komplex.

Das Horn des Ochsen

Ob das, was ich vorstehend aufgeschrieben habe, zutrifft, weiß ich nicht. Es sind Hypothesen, die auf die Frage zurückgehen, ob, was da und dort interpretierend kombiniert wurde, nicht auch anders zusammengesetzt werden könnte. Die Erkundigung richtet sich auch an die Wortführer von Stammtisch II. Aber dieser Versuch bewirkt wohl ebensoviel, als wenn man einem Ochsen ins Horn kneift.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 5/99 über Roosevelts verquere Enkel

Konkret 06/99, S. 22

Peter No□ ak

Deutsche Br□ der und V□ ter

Das rechte Spektrum mobilisiert gegen den Jugosla□ ienkrieg mit Argumenten der Friedensbe□ egung

»Deutsche Anarchisten gegen feige Nato-Aggression! Tornados runter«. Flugblätter mit diesen markigen Parolen wurden Ende März bei einer deutschen Friedensdemonstration der besonderen Art in Berlin verteilt. Angeführt vom rechten Shooting-Star Horst Mahler, marschierten rechte Splittergrüppchen und Einzelpersonen auf der dritten Montagsdemonstration »Für unser Land« unter der Parole »Deutsche Soldaten zurück in die Heimat« durch die Berliner City. Keine Seltenheit in der letzten Zeit. Seit dem Natoeinsatz gegen Jugoslawien vergeht keine Woche ohne rechte Anti-Kriegsaktionen. Auf Landes- und Europaparteitagen der Republikaner wähnt man sich zeitweise auf einer Konferenz der Friedensbewegung. Ganz in deren Diktion brandmarken die Reps den Natoeinsatz in Jugoslawien als groben Verstoß gegen die UNO-Charta und das Grundgesetz.

Die NPD versucht, ihren rechten Wahlkonkurrenten bei der Antikriegspropaganda zu übertrumpfen. Bereits vier Tage nach Beginn der Bombardements auf Jugoslawien erstattete der Vorstand der neonazistischen Partei Anzeige wegen Verfassungsbruchs gegen Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping. Die Stiefelnazis der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) versuchen, den Vorgaben ihrer Mutterpartei eine eigenständige Note zu geben. So sollte auf der am Ende verbotenen nationalen 1. Mai-Demonstration in Bremen demonstrativ eine US-Fahne verbrannt werden. Der in Unfrieden aus seiner Partei geschiedene Mitbegründer der Republikaner Franz Schönhuber liefert in wöchentlichen Kolumnen in Freys »Deutscher Nationalzeitung« die theoretische Begründung für den rechten Antikriegskurs. »Ich halte den Pazifismus im Sinne einer Berta von Suttner weltweit auch auf der rechten Seite für bedenkenswert. Keinesfalls aber darf es wieder wie beim Boxeraufstand in China heißen: ›The Germans to the front‹. Schon gleich gar nicht, wenn sich Völker gegen den Weltpolizisten Amerika und seinen Hilfswilligen England auflehnen.« Damit hat der bekennende SS-Mann Schönhuber die Argumentationsmuster der rechten Antikriegspropaganda auf dem Punkt gebracht. Als treibende Kraft hinter dem Krieg werden die USA bezeichnet, gegen den Einfluß dieser in der rechten Diktion »raumfremden Macht« müßten sich die europäischen Völker zur Wehr setzen. Der lange vor Mahler von der Apo zur Rechten konvertierte Günther Maschke, als Gastprofessor an der Hochschule der peruanischen Kriegsmarine durchaus kein Antimilitarist, bringt es im Interview mit dem Edelnaziblatt »Junge Freiheit« auf die plakative Formel: »Die Deutschen werden zu Vasallen der USA ohne Lohn.« Mahler drückt es populistischer aus: »Deutsche! Wollt ihr wirklich diesen Krieg? Wenn nicht, dann geht auf die Straße! Wir sind das Volk!«

Mit solchen in verschiedenen Zeitungen geschalteten Anzeigen und der Warnung, daß in diesem Krieg noch viel deutsches Blut fließen könnte, will der Ex-Maoist Anhang für die deutsche Friedensbewegung gewinnen. Berührungsängste zu seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen kennt er dabei nicht. »Ich würde heute hier gerne auch mit den deutschen Linken gegen den US-Imperialismus demonstrieren«, gesteht er am Beginn seiner Rede am 8. Mai vor dem Brandenburger Tor, wo er gemeinsam mit Funktionären von DVU, NPD, Vertriebenenverbänden und dem Bund freier Bürger die Niederlage Deutschlands vor 54 Jahren betrauerte und den »US-Krieg gegen das souveräne Jugoslawien« geißelte.

Die rechten Friedensaktivitäten in Deutschland sind weder neu noch überraschend. Das Bündnis zwischen Pickelhaube und Friedenstauben versuchte schon 1993 Alfred Mechtersheimer, eine Galionsfigur der Anti-Pershing-Bewegung der 80er Jahre, in einem 415 Seiten dicken Wälzer mit dem Titel *Friedensmacht Deutschland – Plädoyer für einen neuen Patriotismus* theoretisch zu begründen.

Die Hauptthesen von Mechtersheimers Buch sind nicht nur die Grundlage der rechten Antikriegspropaganda, sondern würden auch, unterschiedlich ventiliert, auf jeden Forum der Friedensbewegung Zustimmung finden. Die USA ist spätestens seit dem Ende der bipolaren Welt Ursache und Verkörperung des Bösen. Deutschland muß sich »entamerikanisieren« und aus der »westlichen Wertegemeinschaft« lösen, um seine Interessen selbstbewußt durchzusetzen. Voraussetzung dafür ist die innere Homogenisierung Deutschlands, »interkulturelles« statt »multikulturelles« Denken und die Rückkehr zu Kerntugenden wie »Fleiß und ingeniöse Erfindungsgabe«. Auf Grund seiner Geschichte und Eigenarten wie »ausgeprägte innere Multikulturalität«, Friedensliebe und relativer ökologischer Fortschritt hat Deutschland »gute Voraussetzungen für eine moralische Großmacht«, wenn es nicht durch »strukturzerstörende Immigration« und fortwährende Vergangenheitsbewältigung daran gehindert werde. »Die deutsche Scham über das nationalsozialistische Deutschland darf nicht endlos ausgebeutet werden«.

Lob bekam der Ex-Oberst nicht nur von der rechten Presse, sondern auch von der postsozialistischen Tageszeitung »Neues Deutschland«. Unter der Überschrift »Wann ist national normal« beschäftigte sich der kürzlich vom Chefredakteurssessel in die PDS-Fraktion gewechselte Reiner Oschmann am 28.7.93 auf einer ganzen Zeitungsseite durchaus wohlwollend mit Mechtersheimers Botschaften. Ein leidenschaftliches Plädoyer für Pazifismus und Patriotismus habe Mechtersheimer

vorgelegt. Wichtige Denkanstöße habe er geliefert, mit denen man sich gründlich beschäftigen müsse. Nachdem einige Leserbriefschreiber gegen die Mechtersheimer-Würdigung im »ND« protestierten, erhielt Oschmann von PDS-Politikern Schützenhilfe. Ronald Lötzsch bemühte sich, den Motiven der Kritiker auf die Spur zu kommen: »Ich vermute, es geht einfach darum, daß Mechtersheimer den in gewissen ›linken‹ Kreisen als einzig salonfähige Haltung angesehenen nationalen Nihilismus ablehnt und Oschmann dies nicht in Bausch und Bogen verurteilt.« André Brie sprach von »unqualifizierten Aburteilungen« und meint nicht etwa Oschmanns Rezension, sondern die kritischen Leserbriefe.

Alfred Mechtersheimer warb in den 80er Jahren landauf, landab auf vielen Friedensdemonstrationen für den »Aufstand gegen die Besatzungsmächte«. Das bescherte ihm neben einem Bundestagsmandat auf der Liste der Grünen auch viel Applaus bei den Friedensbewegten. Während es beispielsweise im Vorfeld der Abschlußkundgebung der Manöverbehinderungsaktionen in Osthessen im Herbst 1984 zwischen dem autonomen, christlichen und kommunistischen Flügel ein zähes Ringen um jeden Redner gab, wurde Mechtersheimer von allen Seiten sofort akzeptiert. Anders als die Mehrzahl der Ökopaxe, die sich nach dem Ausbleiben der angekündigten Apokalypse Mitte der 80er Jahre zur Ruhe setzten, blieb Mechtersheimer in Bewegung. In einem »Junge Freiheit«-Interview feierte er sich kürzlich als letzter aufrechter Friedensbewegter. »Ich muß nur wenig korrigieren. Das, was ich heute vertrete, ist kaum zu unterscheiden von dem, was ich bei der Demonstration am 10. Oktober 1981 gesagt habe. Das Erschreckende ist aber, daß man für konsequente Positionen wie ›Keine fremden Truppen in Deutschland! Keine deutschen Truppen im Ausland‹ heute von denen, die einen früher beklatscht haben, keinen Beifall mehr bekommt.«

Dabei kann der Stahlhelmpazifist über Zustimmung nicht klagen. Das vom ihm gegründete »Friedenskomitee 2000« war die Keimzelle der 1995 gegründeten »Deutschlandbewegung«. Kaum eine nationale Splittergruppe, der Mechtersheimer nicht inzwischen seine Aufwartung gemacht hat. In seinem Informationsdienst »Frieden 2000« wurde nicht nur der antifaschistische Journalist Anton Mägerle enttarnt. Hetzartikel gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht fehlten ebensowenig wie der Termin der ersten NSDAP-Versammlung gegen die Versailler Verträge.

Daß Oschmann mit seinem Lob auf Mechtersheimer bei einem Großteil der ND-Leser auf Zustimmung gestoßen sein dürfte, läßt ein Blick auf Leserpost der letzten Wochen vermuten. Seit Kriegsbeginn hat das »ND« zahlreiche Extraseiten bereitgestellt, wo sich die Leser ihre Sorgen und Nöte ganz unverkrampft von der Seele schreiben können. Nicht wenige Argumentationsmuster könnten direkt von Mechtersheimer abgeschrieben sein. In vielen Briefen artikuliert sich die Angst um Deutschland, das womöglich von ausländischen Mächten in irgendwelche unkalkulierbaren Abenteuer hineingezogen werden könnte. Ein Leser beschwört die Apokalypse: »Duckt Euch weiter gegenüber dem USA-Weltgendarmen, der 3.Weltkrieg klopft an die Tür.« Ein anderer sorgt sich: »Jetzt wird den Deutschen die Zulässigkeit von Rechtsbrüchen gelehrt ... Wie sicher können wir uns dann noch in Deutschland fühlen?« Die wahren Opfer hat auch ein anderer Briefeschreiber schon ausgemacht: »Deutschland läßt es zu, daß deutsche Brüder und Väter wieder Angst haben müssen.«

»Herr Bundeskanzler, vertreten Sie selbstbewußter deutsche Interessen«, hieß in den 80er Jahren eine weitere Losung der deutschen Friedensbewegung, die heute wieder recyclet wird. Der damalige Adressat, Helmut Schmidt, scheint sich die Aufforderung zu Herzen genommen zu haben: »Gegängelt von den USA, haben wir«, klagt er, »das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen mißachtet.« Der von der Bundeswehr ins PDS-Umfeld desertierte Elmar Schmähling sekundiert ihm: »Eine Kumpanei besonderer Art, auf die Washington rechnen kann, wenn man dort die Nato immer mehr zu einer Agentur US-amerikanischer Weltvorherrschaft machen will.«

Während deutsche Bomber über Jugoslawien kreisen, endete der Berliner Ostermarsch mit einem Friedenskonzert, das die Brecht-Zeile »... und nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein« zum Motto hatte. Besser hätte die deutsche Politik ihren Wunsch nach gleichberechtigter Teilhabe im Konzert der Weltmächte auch nicht ausdrücken können. Selbst der rechte Flügel der deutschen Antikriegsbewegung könnte frohgemut mit einstimmen. Auch die Parole »Mit freiem Volk auf freier Heide stehen« könnte von ihnen gecouvert sein. Mit diesem Slogan wurde im April 1999 zum Protestmarsch gegen die militärische Nutzung der Ruppiner Heide in Brandenburg mobilisiert. Wie in den Vorjahren waren auch dieses Jahr zu Ostern Zigtausende aus ganz Deutschland angereist, um ein Freudenfest in der Heide zu feiern. Wurden doch der Bundeswehr per Gerichtsurteil Übungen auf einigen Parzellen des Militärgeländes untersagt. Wer wird sich da die Stimmung von einigen Bomben auf Belgrad verderben lassen?

So wie die Friedensbewegung in den 80er Jahren viel über zerbombte deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg lamentiert und in ihrer Propaganda die Gefahr einer Totalzerstörung Deutschlands durch Atomraketen der ehemaligen Alliierten an die Wand gemalt, doch über die deutschen Verbrechen kaum ein Wort verloren hatte, so ist in den jüngsten Friedensaufrufen wenig über das Wüten der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan und über Deutschlands federführende Rolle bei der Aufteilung Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre zu lesen. Anders aber als in den 80er Jahren, wo sich noch autonome Linke über den Betroffenheitskult und die nationale Schagseite der deutschen Friedensbewegung lustig machten und ihr gelegentlich mit praktischen Aktionen in die Quere kamen, ist von dieser Seite heute wenig zu erwarten.

Zehn Tage nach Kriegsbeginn immerhin riefen Berliner Hausbesetzer zu einer Art Umzug auf. »Krieg ist nicht die Lösung für den Krieg. Laßt uns nicht ohnmächtig in unseren Wohnungen sitzen, kommt raus und zeigt euch. Packt euren Picknickkorb, nehmt Tische und Stühle und bevölkert die Straßen.«

Peter Nowak schrieb in KONKRET 12/97 über neue Bücher von Jutta Ditfurth

Konkret 06/99, S. 24

Tjark Kunstreich

Der deutsche Krieg

Wer einen Völkermord im Kosovo bestreitet, leugnet auch Auschwitz: Auf diese Infamie läuft die deutsche Propaganda hinaus. Doch es ist der Krieg selbst, der den Holocaust vergessen machen soll

Wer gegen diesen Krieg ist, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, einem Völkermord tatenlos zusehen zu wollen bzw. gar zu leugnen, daß sich im Kosovo etwas abspielt, was diesen Namen verdient. Um dieser Gefahr zu entgehen, argumentieren Kriegsgegner vor allem mit den vorgeblichen Interessen der Nato, der USA und Europas, manchmal gar Deutschlands. Für die einen ist der Krieg ein Fiasko für die Nato (einige freuen sich darüber, andere sind entsetzt), für die anderen ist er der Durchbruch einer neuen Weltordnung, die sich seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus abgezeichnet hat, mithin das endgültige Ende der Nachkriegszeit (und wieder freuen sich einige, andere sind entsetzt). Nur wenige finden wie Robert Kurz, daß die eine Option der anderen nicht widerspricht, und plädieren wie er dafür, »auf scharfe Distanz zu jeder Parteilichkeit zu gehen und die ganze Konstellation mit ihren falschen Alternativen zu verwerfen« (»Jungle World« 19/1999).

Einig sind fast alle – auch Kurz – hingegen darin, daß es bei diesem Krieg sich nicht um einen deutschen Krieg handeln kann, selbst wenn man (positiv wie negativ) in Rechnung stellt, daß der Legitimationsgewinn für Deutschland von allen beteiligten Staaten am größten ist – jedenfalls im Verhältnis zum minimalen Risiko, daß die Bundesregierung bislang einzugehen bereit scheint. Aber daß dieser Krieg ein deutscher Krieg ist, von seinen Voraussetzungen bis zu seinem Ende, das kann offenbar nicht sein, auch nicht für Kurz: »Weder zwingt ein übermächtiger US-Imperialismus etwa der BRD seine spezifischen Interessen auf, noch ziehen umgekehrt deutsche Außenminister den US-Koloß über den Tisch. Vielmehr ist es der dumpfe Drang, die ausufernde Krise des warenproduzierenden Weltsystems weltpolizeilich einzudämmen.«

Nun widerlegt das Argument des Krisenvollzugs keineswegs das Argument, es gebe auch dessen Vollstrecker. Außer bei Kurz, wo »der dumpfe Drang« zum Subjekt avanciert. Wo jedoch strukturelle Determinanten selbsttätig agieren, trägt die Analyse Züge einer Zwangsläufigkeit, die nur dann wahr wäre, wenn es keine Kritik an ihr mehr geben würde. Diese Auffassung vom Krieg ist bequem, sie genügt sich darin, das Geschehen – oder was dafür gehalten wird – zu kommentieren, und fühlt sich wohl im Kommentar, anstatt ihn als Gefängnis zu empfinden. Bequem ist sie, weil sie sich die Frage nach der Wahrheit nicht mehr stellen muß, die (nicht nur) in diesem Falle eine ist, die nach Auschwitz verweist.

Die in Teilen der radikalen Linken offenbar ernsthaft geführte Diskussion über die Rolle der USA und das Verhältnis Deutschland-Europa ist selbstverständlich absurd. Nicht weniger absurd ist es jedoch, sich auf eine Kritik der »Ökonomie der Ausgrenzung« (Kurz) zu beschränken, in der die Charaktermasken der Politik zu *unfreiwilligen* Vollstreckern des Kapitalverhältnisses werden. So sehr Kurz mit seiner allgemeinen Analyse der globalen »Überlebenskonkurrenz« richtig liegen mag – in dieser Allgemeinheit erledigt sie jedoch die mörderische ideologische Komponente des Krieges, indem sie aus der Irrationalität des Vollzuges das Ende des Nationalen ableitet: »Die national zentrierten territorialen Imperien und ›Einflußzonen‹ haben ausgedient.« Es gibt folglich nur noch ein Problem: »Der westliche Kapitalismus weigert sich natürlich auf ganzer Linie, das globale Scheitern seines Gesellschaftssystems einzugestehen.«

Objektiv mag der westliche Kapitalismus gescheitert sein – einsehen wollen es offenbar nur wenige, und deren politische Macht kommt nach wie vor aus den Gewehrläufen. So sehr Kurz gegen jene Kriegsbefürworter zuzustimmen ist, die im Krieg gegen Jugoslawien eine Schlacht der Aufklärung gegen die Barbarei sehen wollen, so wenig reicht seine Analyse aus, um die Wiederkehr völkischer Mordlust zu erklären; schließlich kann sie nicht einmal als Entsprechung der kapitalistischen Krisenlogik gelten. Deswegen lohnt es, einen genaueren Blick auf diesen Krieg als einen deutschen zu werfen.

Schon die Legitimation des Krieges, er würde geführt, um einen Völkermord zu verhindern oder zu beenden, ist ein erster Hinweis auf Deutschland: Nur in einem moralischen Krieg konnte es Deutschland gelingen, militärisch wieder auf den Plan zu treten. Das heißt: So einfach kann man sich der Frage, ob es sich bei dem Geschehen im Kosovo um einen Völkermord handelt, nicht entziehen, oder genauer: der Frage, warum ein Bürgerkrieg nun Völkermord heißen soll. Der Bürgerkrieg war entschieden, als die Nato-Angriffe begannen: Die UCK hatte verloren, und die jugoslawische Armee machte sich daran, die letzten Stützpunkte der Separatisten auszuheben.

Die Nato ist aber nun nicht angetreten, um einen grausamen Bürgerkrieg zu beenden – das hätte ein Mindestmaß an Neutralität und Vermittlungsbemühung vorausgesetzt, wie dies beim Dayton-Vertrag über Bosnien-Herzegowina noch (auf Druck der USA gegen Deutschland, das schon damals lieber Krieg wollte) der Fall war – , sondern einen Völkermord. Ein zweites Dayton aber konnte es nicht geben, weil Deutschland dieses Mal nun wirklich Krieg führen wollte. Und deswegen mußte der Vergleich zu Auschwitz her, darunter hätte es keine Zustimmung für eine deutsche Beteiligung gegeben. Erstaunlich ist in der Tat, daß die Völkermordrhetorik geglaubt wird nicht obwohl, sondern weil es keine Beweise gibt.

Der Satz »Die Wahrheit stirbt zuerst« ist die beste Propagandalüge dieses Krieges. Deswegen wird er ein ums andere Mal von Leuten wiederholt, die Wahrheit sowieso für unwahr halten. Die vorgebliche kritische Distanz zum Geschehen, die sich in diesem Satz ausdrückt, ist nichts anderes als das Ausmaß an Abgebrühtheit, das man braucht, um fortgesetzt über Konzentrationslager, Deportationen, Völkermord reden zu können, ohne befürchten zu müssen, für die mehr als dürftige Beweislage zur Rechenschaft gezogen zu werden. Aber genau darum geht es: Es braucht keine Beweise, wenn von Auschwitz die Rede ist. Wer Beweise fordert, steht im Geruch, Auschwitz leugnen zu wollen. Und weil Auschwitz heute in Serbien liege, leugneten alle, die das bezweifeln, auch Auschwitz. Der Ursprung dieser infamen Demagogie liegt in der gerade in der deutschen 68er-Linken so beliebten Kritik an den Westalliierten: Anstatt Auschwitz zu bombardieren, hätten sie mit dem Bombenterror auf deutsche Städte viele Unschuldige getötet.

Unterstellt wird, daß die Alliierten den Krieg nicht wegen Auschwitz führten, sondern weil sie eigene Interessen durchsetzen wollten, wie es dann in der BRD und der DDR der Fall gewesen sei. Im allgemeinen folgte dieser Darstellung eine antiamerikanische Tirade gegen die Reeducation und gegen Hollywood, verbunden mit Hinweisen auf den Völkermord an den Indianern und dem Satz »Jedes Land hat seinen Holocaust«. So wurde der Holocaust zu einem beliebigen dunklen Fleck in der nationalen Geschichtsschreibung. Aber es geht noch weiter: Wären die Alliierten früher gegen Deutschland vorgegangen, hätten sie doch wahrscheinlich vor einer ähnlichen Situation gestanden wie die Nato heute im Kosovo. Sie hätten nicht genau wissen können, ob es sich um einen Völkermord handelte und präventiv gehandelt. Dieser Vergleich braucht keine Begründung mehr: hier handeln Moralisten. Sie führen Krieg nicht aus niederen materiellen Beweggründen, sondern wegen der Menschenrechte, gegen jedes potentielle Auschwitz. Man will nie wieder »Nie wieder« sagen müssen.

Das findet auch Jürgen Habermas. In der »Zeit« (18/1999) hat er, wozu Schröder, Scharping, Fischer unter Aufbietung aller geistigen Kapazität nicht in der Lage wären, die theoretische Begründung des Krieges nachgeliefert. Die hervorstechendste Qualität des in Anlehnung an Carl Schmitt mit »Bestialität und Humanität« überschriebenen Textes ist, daß er die neue Weltsicht der Berliner Republik mit schonungsloser Offenheit darlegt: Am 24. März 1999 begann der permanente Krieg zur Duchsetzung der Menschenrechte, und Deutschland ist endlich Teil der Koalition gegen die »Hitlers« der Peripherie. Habermas läßt in seiner nicht nur sprachlich vollends ideologisierten Apologie des Krieges jedes Reflexionskriterium selbst der positiven Wissenschaft zur Makulatur werden; die Distanz zum Politischen, Voraussetzung jeder Kritik, fehlt ebenso wie die Unterscheidung zwischen Fakten und Propaganda. Die Bedingungen des Rambouillet-Abkommens gehorchen für Habermas »denselben makellosen (!) Prinzipien, nach denen das Dayton-Abkommen für ein liberal verfaßtes multiethnisches Bosnien konstruiert worden ist«. Habermas' wilde Halluzination belegt, daß dieser Krieg alle die Lügen straft, die meinen, kapitalistische Staaten könnten ohne Krieg, nur mit dem Mittel der ökonomischen Durchdringung ihre Interessen durchsetzen, weil dieser Krieg nicht irgendein Krieg ist, sondern die Fortsetzung der allgemeinen Krise, der die formierten Gesellschaften des Westens nur mehr militärisch begegnen können.

Das eigentümliche Neusprech von Habermas erinnert zwar an Nato-Sprecher während der täglichen Briefings, verschleiert aber nicht die Tatsachen, sondern enthüllt sie; darüber hinaus gelingt es Habermas, die vorherrschenden Argumente gegen den Krieg auf ihren Begriff zu bringen. Das Außerkraftsetzen des Völkerrechts ist für ihn der Anfang einer »Transformation des Völkerrechts in ein Recht der Weltbürger«; der Aufhebung der staatlichen Souveränität liegt die »Idee einer menschenrechtlichen Domestizierung des Naturzustandes zwischen den Staaten« zugrunde, und Kriegführung heißt jetzt »Rechtspazifismus«. Habermas kennt keine Parteien mehr, sondern nur noch »Weltbürger«. (Kurz beschreibt die gleiche Entwicklung negativ, indem er den »Weltbürger« als Charaktermaske der »indivudalisierten Totalkonkurrenz« begreift.)

Zur Abgrenzung dient ihm Schmitt, der Ideologe des autoritären Staates: »Wer Menschheit sagt, will betrügen«, zitiert Habermas ihn und entwickelt dagegen den Begriff der »Weltbürgergesellschaft«, in der die nationale Souveränität der Staaten zugunsten der Menschen- und Bürgerrechte eingeschränkt wird. Bewirkte Habermas' Text wenigstens, daß linke Kriegsgegner einem nicht mehr mit den vorgeblichen ökonomischen Interessen, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oder den Menschenrechten kommen – einiges wäre gewonnen.

Schon in seinem ebenfalls in der »Zeit« erschienenem Essay zur Debatte ums Holocaust-Mahnmal affirmierte er, was ohnehin geschieht: »Der Holocaust fordert die Deutschen zu einer räumlichen und zeitlichen Entgrenzung der moralischen Verantwortung der demokratischen Bürgergesellschaft auf.« Seine Forderung nach Abschaffung des Völkerrechts zugunsten von Menschenrechten ist die Zustimmung zur Erledigung der staatlichen Souveränität als letztem Hemmschuh für den freien und gleichen Tausch unter Unfreien und Ungleichen. Staatliche Souveränität erscheint den Vollstreckern des Kapitalverhältnisses dann unbotmäßig, wenn sie den direkten Zugriff des Weltmarkts auf die Warensubjekte einschränkt. Man kann auch in diesem Sinne gegen ein neues Auschwitz sein.

Die formale Gleichheit des Menschenrechts ist die Grundlage für die reale Ungleichheit der Subjekte. Daß die Mehrheit der für den Weltmarkt Befreiten keinerlei Chance auf ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln hat, interessiert Habermas nicht: Die »durchgreifende Verrechtlichung der internationalen Beziehungen ist nicht ohne etablierte Verfahren

der Konfliktlösung möglich«, sprich: ohne Gewalt, und folgert daraus, als wolle er alle Prophezeiungen Schmitts verwirklichen: »Wer aber im Bewußtsein der Unvermeidlichkeit eines vorübergehenden Paternalismus handelt, weiß auch, daß die Gewalt, die er ausübt, noch nicht die Qualität eines im Rahmen einer demokratischen Weltbürgergesellschaft legitimierten Rechtszwangs besitzt.«

Bei Habermas heißt das Problem USA, denn die betrieben »die globale Durchsetzung der Menschenrechte als nationale Mission einer Weltmacht, die dieses Ziel unter den Prämissen der Machtpolitik verfolgt«. Die EU hingegen verstünden unter Menschenrechtspolitik »eher ein Projekt der durchgreifenden Verrechtlichung internationaler Beziehungen, das die Parameter der Machtpolitik schon heute verändert.« Die einfache und klare Weltsicht des Philosophen gipfelt schließlich in einer neuen Zwei-Welten-Theorie: Die neue »erste Welt« sind die »friedlichen, wohlhabenden OECD-Gesellschaften«, die es sich leisten können, »ihre nationalen Interessen mit dem halbwegs weltbürgerlichen Anspruchsniveau der Vereinten Nationen mehr oder weniger in Einklang zu bringen.« Die neue »zweite Welt« sind die Staaten, die »das machtpolitische Erbe des europäischen Nationalismus angetreten« haben: »Libyen, Irak oder Serbien«, die neuen Feinde also.

Nichtsdestotrotz erleben wir den »prekären Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand«, mit Deutschland »an der Seite der alten Demokratien«, verkündet Habermas verzückt, ist aber zugleich nicht allzu glücklich darüber, daß dieser Krieg ein deutscher Krieg ist, in dem es ideologisch, politisch und militärisch um die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs in Europa geht. Obwohl er in den »Verlautbarungen unserer Regierung ... ein Overkill an fragwürdigen geschichtlichen Parallelen« entdeckt, meint er doch: »Glücklicherweise fehlen in der deutschen Öffentlichkeit die dumpfen Töne. Keine Schicksalssehnsucht, kein intellektueller Trommelwirbel für den guten Kameraden«, wobei sich fragt, ob der zivilgesellschaftliche Trommelwirbel sympathischer oder die dumpfe Kapital-Ergebenheit rationaler als ihre völkischen Gegenstücke sind. Habermas sieht im Sieg des Kapitalismus das Reich der Freiheit anbrechen und flüchtet sich in einen typisch deutschen Utopismus. Die neue historische Mission der »friedlichen, wohlhabenden« Staaten – die weltweite Durchsetzung des bürgerlichen Rechtsprinzips – ist allerdings nur die aktuelle Erscheinungsform der »Schicksalssehnsucht«, sie ist lediglich der affirmative Kommentar zum endgültigen globalen Vollzug des Kapitalismus.

Zum Ideologen des *deutschen* Krieges wird Habermas, wenn er die Ausweitung der Kriegsziele propagiert. Wenn es sich um Völkermord handelt, dann reicht es nicht, das Kosovo zu befrieden, sei es als Protektorat oder als unabhängiger Staat. Bislang sind es die Deutschen, die besonders kompromißlos auftreten, und zwar mit dem Anspruch, Adornos Diktum, daß Auschwitz der Menschheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen habe, daß sich Auschwitz nicht wiederholen und nichts ähnliches noch einmal geschehen dürfe, in die Tat umzusetzen. Die Realität nationalistischer Konflikte, in denen Exzesse gegen Minderheiten strukturell angelegt sind, ist allerdings nicht das Überbleibsel der alten, sondern Vorschein der neuen Weltordnung. Die Nato antizipiert diese Entwicklung mit der Außerkraftsetzung des Völkerrechts, das mit dem weltweiten Siegeszug des Kapitalismus obsolet geworden ist.

Der Weg vom Kosovo führt zu den Blutbädern in Littleton und London: Eine der falschen Voraussetzungen, die von den Kriegsapologeten getroffen werden, ist die Konstruktion eines grundlegenden Unterschieds zwischen völkischen Kollektiven und modernen Subjekten der Zivilisation. Nicht nur, daß das Völkische (wieder einmal) der Aufklärung voraus ist – schließlich handelt es sich bei ersterem nicht um das Gegenprinzip der Aufklärung, sondern um ihr Produkt – , vielmehr verschwinden die (unterstellten) Unterschiede zwischen diesen Subjektformen in dem Maße, wie sie der Verwertung unterworfen sind und ihr Leben auf den Existenzkampf reduziert wird. Wobei die einen sich diesem Kampf im völkischen Kollektiv stellen, die anderen als egomanische Einzelkämpfer; aber leider gilt in diesem Falle wirklich: Gemeinsam sind sie stark. Heraus kommt dasselbe: Ein Subjekt, das nur noch der Beschreibung nach eines ist, innerlich reduziert auf das, was Theodor W. Adorno »Ich-Libido« genannt hat, also auf unmittelbare Bedürfnisse und eine Wahrnehmung, die den anderen nur noch als Inventar des eigenen Bewußtseins erkennt. Eine mehr oder weniger leere Hülle, die den gesellschaftlichen Zustand als den natürlichen nicht nur anerkennt, sondern ständig bewußtlos reproduziert.

Das Massaker der kleinen »Menschenschlächter« von Littleton beschreibt ebenso wie die faschistische Terrorkampagne gegen Minderheiten in London und die Zunahme rassistischer Übergriffe in Deutschland seit Kriegsbeginn die tatsächliche Voraussetzung eines permanenten Krieges: Das sich vermittels der Menschenrechte durchsetzende »eherne Wertgesetz« (Karl Marx) setzt ein Subjekt, das aus seinem Los, selbst bei größter Selbstausbeutung kein Existenzrecht garantiert zu bekommen, nur die Schlußfolgerung ziehen kann, daß dann eben die (Über-)Erfüllung anderer Kriterien sein Leben sichern könnten. Die Leute entdecken eine Vielzahl von Identitäten, und ebenso wie die Zugehörigkeit zum völkischen Kollektiv oder die Zugehörigkeit zu Männerbünden ist die Einzelkämpfermentalität ein Ticket, das einen Ausweg aufzeigt – einen Ausweg, den Robert Kurz nur als *Phänomen* beschreiben kann. Identität bleibt bei ihm eine gefährliche Leerstelle. Insofern er kritisiert, was Habermas affirmiert, bleibt doch die gemeinsame Leerstelle: Deutschland geht dieses Mal keinen »Sonderweg«.

Weil aber die von Habermas wie von Kurz beschriebenen Zustände gerade keine Argumente gegen einen deutschen Sonderweg darstellen, bleibt ihre Schlußfolgerung in der Luft hängen. Schlimmer noch: Gerade die beschriebenen

Zustände machen einen neuen Sonderweg wahrscheinlich, weil die völkische Option scheinbar – eben subjektiv – eine antikapitalistische ist. Rückständig ist sie ebenfalls nicht, wie Kurz zugesteht: Es ist die Entwicklung des Kapitalismus selbst, der die völkische Option auf die Tagesordnung setzt. Kurz und Habermas irren sich jedoch, wenn sie diese Option an die Peripherie verschieben, und das deutsche Projekt der völkischen Parzellierung für »strategische Blaupausen eines vergangenen Zeitalters« (Kurz) erklären – anstatt in der deutschen Normalisierung eben jene Elemente zu beschreiben, die sie zu einer deutschen (und nicht zu einer europäischen oder gar globalisiert-entnationalisierten) machen. Die weltweite Krise selbst könnte Deutschland den dritten Versuch ermöglichen, die völkische Antwort zu geben. Nicht umsonst harmoniert die kritische Analyse heutzutage aufs beste mit der völkischen Moral des Sozialdarwinismus – was kein Argument gegen die Analyse ist, sondern die Grenze der Kritik aufzeigt: Wo sie nur mehr die Realität nachzeichnet, verdinglicht sie sich selbst, wenn sie die völkische Reaktion als lediglich abseitig begreifen kann.

Das Wissen darum, daß nach wie vor nur Deutsche zu einem Auschwitz in der Lage sind, scheint in einer Frage auf, die der »Spiegel« (18/1999) Kulturstaatsminister Michael Naumann stellte: »Jüngst protestierten Holocaust-Überlebende in einem offenen Brief an Fischer und Scharping ›gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge‹. Könnte es sein, daß mit der historischen Singularität der Shoah die Meßlatte für Völkermord derart hochgelegt wird, daß nun Menschenschlächter aller Art bequem darunter hindurch spazieren können? Anders gefragt: Gibt es auch die umgekehrte Auschwitz-Keule, die blind macht für Massenverbrechen in der Gegenwart?« Das klassisch antiimperialistische Argument hat in seiner »Spiegel«-Version nichts von seiner simplen Logik verloren. Früher sollte es auf die »Endlösung der Palästinenserfrage« (»Arbeiterkampf« 1982), die vom israelischen Staat betrieben werde, aufmerksam machen, und die Deutschen von ihrer Auschwitz-Ladehemmung befreien. Heute soll es darauf aufmerksam machen, daß ja nicht erst Auschwitz ganz furchtbar sei, sondern Opfer schon viel früher (und mit viel weniger Aufwand) produziert werden können, und die Deutschen erneut und immer noch von ihrer Auschwitz-Ladehemmung befreien.

Die Rechtsauffassung Deutschlands gemahnt in diesem Krieg an die des Deutschen Reiches bei der Besetzung eines »sudentendeutschen« Teils der Tschechoslowakei 1938 – hier legitimierte Minderheiten- und Menschenrecht die Verletzung der staatlichen Souveränität. Die »Verrechtlichung« und Moralisierung von Konflikten schafft erst die Grundlage für Völkermorde und ethnische Säuberungen; die neue Dichotomie von Gut und Böse erlaubt keine Kompromisse, sondern nur Endlösungen.

So führt selbst die Ablenkung von Auschwitz wieder zu Auschwitz hin und zu den Problemen, die man in Deutschland noch immer damit hat. Man wird erst dann seine Ruhe haben, wenn der deutsche Massenmord in einem wahlweise totalitaristischen oder völkisch-antiimperialistischen Brei so unkenntlich gemacht ist, daß man sich den Beweisen für die Shoah mit dem gleichen Mißtrauen nähert, mit dem man Scharpings »Beweisen« begegnet. Letztlich geht es nicht darum, ob im Kosovo überhaupt irgend etwas passiert, sondern darum, daß egal sein soll, ob und was in Auschwitz geschah.

Konkret 06/99, S. 27

Peter Fasel

Unannehmbar!

Alles schon mal dage esen: Wie sterreich und Deutschland sich 1914 den Kriegsgrund verschafften

»DER GRAF: Das Ultimatum war prima! Endlich, endlich!

DER BARON: ... No aber auf ein Haar hätten sie's angenommen.

DER GRAF: ... Zum Glück hab'n wir die zwei Punkterln drin ghabt, unsere Untersuchung auf serbischem Boden und so – na dadrauf sinds halt doch nicht geflogen. Haben's sich selber zuzuschreiben jetzt, die Serben ...

DER BARON: No das war ja von vornherein klar, daß sie das nicht annehmen wern.

DER GRAF: Das hab'n wir eben vorher gewußt. ... Ich sag dir – ein Hochgefühl! Endlich, endlich!«

Karl Kraus: *Die letzten Tage der Menschheit*

Im unmittelbaren Vergleich mit den offenbar ebenfalls bewußt auf die Inszenierung eines Krieges hin formulierten Passagen des Diktats von Rambouillet (vgl. KONKRET 5/99) erscheint das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 heute inhaltlich beinahe noch maßvoll. Nicht nur dessen Verfasser hielten es freilich aus gutem Grund für absolut inakzeptabel, wenn Serbien nicht ohne Widerstand zu Kreuze kriechen und als souveräner Staat abdanken wolle.

»Jetzt oder nie«, notierte Wilhelm II. nach der Bluttat von Sarajevo, wo am 28. Juni 1914 ein serbischer Attentäter den österreichischen Thronfolger und seine Frau ermordet hatte. »Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald.« Von Österreich erwartete die deutsche Reichsleitung die rasche und vollständige Niederwerfung des »Verbrecher- und Anarchistennestes« Serbien. Dafür garantierte Berlin dem verbündeten Habsburgerreich die volle Rückendeckung gegen das von Deutschland einkalkulierte, gar erhoffte militärische Eingreifen Rußlands (sog. Blankovollmacht) – mit der Konsequenz eines allgemeinen europäischen Krieges, den Deutschland in kurzer Zeit zu gewinnen hoffte.

Die österreichische Regierung beschloß nun, nicht sofort gegen das verhaßte Serbien loszuschlagen, sondern als Vorwand für die Auslösung des Krieges ein Ultimatum vorzulegen, das für Belgrad in allen wesentlichen Punkten unannehmbar sein sollte. Dabei war selbstverständlich irrelevant, daß die serbische Regierung an dem Verbrechen von Sarajevo keinen Anteil hatte. Der grundsätzliche Inhalt dieser Note wurde der deutschen Führung am 12. Juli mitgeteilt und zwei Tage später, nach weiterem Drängen aus Berlin, endgültig abgesegnet, in der Überzeugung, daß, wie der Kabinettschef im k.u.k. Außenministerium formulierte, die Forderungen des Ultimatums »*doch* derart seien, daß ein Staat, der noch etwas selbstbewußt sei und Würde habe, sie *doch* eigentlich unmöglich annehmen könne«. Auch der deutsche Botschafter in Wien teilte seiner Regierung mit, die Note werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei. Die Reichsleitung in Berlin konnte also durchaus zufrieden sein, obwohl ihr ein sofortiger Angriff Österreichs auf Serbien ohne weiteres diplomatisches »Klimbim« wohl lieber gewesen wäre.

Das Ultimatum werde, teilte der bayerische Geschäftsträger in Berlin am 18. Juli seinem Ministerpräsidenten mit, folgende Forderungen enthalten: »1. Den Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie mißbillige. 2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Sarajevo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung. 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt seien. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.« – »Daß Serbien«, so der bayerische Geschäftsträger weiter, »derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.«

Das Ultimatum wurde der königlichen Regierung in Belgrad aus taktischen Gründen erst am 23. Juli 1914 übergeben, mit der Zumutung, den gesamten Text innerhalb von zwei Tagen *vorbehaltlos* zu akzeptieren. Er enthielt zehn Forderungen, die alle mehr oder minder starke Eingriffe in die serbische Souveränität beinhalteten: Alle Publikationen, die sich feindselig gegen Österreich-Ungarn äußerten, sollten unterdrückt, alle Schulbücher, die Propaganda gegen das Habsburgerreich enthielten, aus dem Verkehr gezogen werden. Alle serbischen Regierungsbeamte, Offiziere und Lehrer, die eine feindselige Einstellung gegen Österreich-Ungarn vertraten, sollten entlassen, bestimmte Beamte und Offiziere, die im Ultimatum namentlich aufgeführt sind, verhaftet werden. Serbien hätte sich des weiteren verpflichten müssen: »5. Einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k.u.k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken. 6. Eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden; von der k.u.k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den diesbezüglichen Erhebungen teilnehmen.«

Der britische Außenminister Grey nannte die Note an Belgrad »das formidabelste Dokument, das je von einem Staate an einen anderen gerichtet wurde«. Was Grey wohl zum Vertragstext von Rambouillet gesagt hätte? Die serbische Regierung jedenfalls reagierte diplomatisch so geschickt wie möglich. Um einen Krieg vielleicht doch noch vermeiden zu können, erklärte sie sich fristgerecht bereit, das Ultimatum weitgehend anzunehmen. Nur der zitierte Punkt 6 des Ultimatums wurde abgelehnt, und gegen Punkt 5 äußerte Belgrad gewisse Einwände.

Österreich-Ungarn brach, da die serbische Antwort ja keine *bedingungslose und totale Unterwerfung* enthielt, daraufhin sofort die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab, was damals gleichbedeutend war mit der Eröffnung von Kriegshandlungen. Das von der deutschen Reichsleitung von Beginn der Julikrise an aufgestachelte Österreich erklärte am 28. Juli 1914 Serbien offiziell den Krieg. Die Entwicklung, die nun innerhalb weniger Tage mit hoher Zwangsläufigkeit zum Weltkrieg führte, kann hier ignoriert werden.

Konkret 06/99, S. 28

Günther Jacob

Histo-Matt

Mit dem Beginn der Nato-Weltordnung ist der Linken auch ihr letzter Bezugspunkt abhanden gekommen: Auschwitz

Klassenanalyse - damals und heute

»Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und jenem ungeheuer widerwärtigen Sieg, den der Opportunismus in Gestalt des Sozialchauvinismus über die Arbeiterbewegung in Europa davon getragen hat? Das ist die Grundfrage des heutigen Sozialismus.« Im Herbst 1916, also mitten im Ersten Weltkrieg, versuchte Lenin in seiner Schrift *Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus* eine Erklärung dafür zu geben, daß eine revolutionäre Massenbewegung fast vollständig im Kriegstaumel aufging. Seine Antworten wollte Lenin im Rahmen einer Klassenanalyse finden. Mit den Kategorien » Finanzkapital« und »privilegierte Oberschicht des Proletariats« glaubte er schließlich, den schockierenden Zusammenbruch der damaligen Arbeiterbewegung nicht nur erklären, sondern zugleich eine Gegenposition aufbauen zu können. Auch heute versuchen sich Autoren, die zeitweise einige Hoffnungen in die Grünen oder die SPD (bzw. in die »linken Flügel« dieser Parteien) gesetzt hatten, an einer Klassenanalyse. Eine bedenkenswerte Beobachtung lautet in diesem Zusammenhang, es sei da (nicht nur in Deutschland) eine »neue Mitte« entstanden, in der sich »normale Aufsteiger« und frühere »Rebellen« versöhnend zusammengefunden hätten. Vielleicht ist es so. Doch was folgt dann daraus? Lenins Klassenanalyse entstand aus der Suche nach einer Bestimmung der nächsten revolutionären Aufgaben. Das ist bei dem Analyseangebot »neue Mitte« nicht der Fall und kann es wohl auch nicht sein. Die These steht nicht im Kontext einer »Grundfrage des. Sozialismus«, weshalb sämtliche Konsequenzen, die Lenin aus seiner Analyse zieht, entfallen: die Notwendigkeit der revolutionären Partei zur Erreichung des Kommunismus, die Mobilisierung der untersten, nicht korrumpierten Schichten gegen die Vaterlandsverteidiger, der Angriff auf die nationalliberalen Arbeiterpolitiker und andere »Agenten der Bourgeoisie«.

Mangel an Macht - Mangel an Kategorien

Die Weltordnung der neuen Nato wird derzeit auf dem Chaos errichtet, in dem die alte Ordnung der Blöcke versunken ist. 1980, als Reagan zur Macht kam, haben die US-Amerikaner und Westeuropäer beschlossen, derart aufzurüsten, daß die Sowjetunion nicht mithalten konnte. Fünf Jahre später mußte Gorbatschow den Bankrott erklären. Seit dieser Zeit haben Kategorien wie Geschichte der Klassenkämpfe, Hegemonie, Befreiung, Emanzipation, Interesse (und die darauf beruhenden Bündnisse) ihre Würde und Verbindlichkeit verloren. Herausgelöst aus dem Begründungszusammenhang der Geschichte der kommunistischen Kämpfe gegen Ausbeutung und Herrschaft (die zuletzt im Ost-West-Gegensatz stillgestellt war) sind sie entweder bedeutungslos geworden oder leben als »umgedrehte« Metaphern weiter, über die andere verfügen.

Der Nominalsozialismus gehört mitsamt seiner Vorgeschichte der Vergangenheit an. Und weil er unwirklich geworden ist, spielen vergangene Fehler auch keine Rolle mehr. Damit ist nicht nur sein kanonisiertes Kategoriensystem aus dem lebendigen Bewußtsein der Gegenwart ausgeschlossen, sondern auch die linke Kritik, die es immer besser machen wollte. Auch wenn die Fragen relevant bleiben, auf die diese Bewegungen einmal antworteten, fehlt ihnen heute einfach die Fähigkeit, eine diskursive Formation zu bilden. Auf die soziale und politische Realität wirken die linken Kategorien erst, wenn es soziale Akteure gibt, die diese Benennungen aufgreifen und sich zu ihren Repräsentanten machen.

Die linke Kapitalismuskritik muß heute damit zurechtkommen, daß ihr Mangel an Macht (z. B. die Macht, die Nato an irgend etwas zu hindern) ihre Kategorien entwirklicht. Klassen und die entsprechenden Kategorien sind z. B. keine gegebenen Tatsachen, sondern ein Produkt der Logik der Repräsentation. Kategorien entstehen im Kampf um die symbolische Objektivierung jener Klassifizierungen, die für die richtigen gehalten werden. Kapitalismuskritik beschreibt keine vor-diskursive Realität, die dann auf die Vernunft eines Theoretikers trifft, der die Realität zum Sprechen bringt.

Klein-Moskau

Der Ost-West-Gegensatz garantierte für vier Jahrzehnte - unter Einbeziehung der Blockfreien - eine regulierte Balance der internationaler Beziehungen, die fast wie jene Weltregierung wirkte, von der die Zivilgesellschaftler heute reden, die aber nicht möglich ist, es sei denn als Nato-Herrschaft. Die pure Existenz des mächtigen Realsozialismus reichte immerhin, um dem Realkapitalismus deutliche Grenzen zu setzen. Diese Machtkonstellation war sozusagen der »Schutzschirm«, der auch die Praxis von Linken leichter machte, die mit dem Ostblock überhaupt nichts zu tun haben wollten. Der Respekt, den die Antikommunisten der gut gerüsteten Sowjetunion nicht verweigern konnten, machte es schon in den 60er Jahren möglich, daß Antiautoritäre die Tätergeneration dadurch schockieren konnten, daß sie »Bolschewisten« wurden. » Moskau« (plus »Peking«) verlieh den Flugblättern der kleinen Basis-Gruppe in der westdeutschen Provinz den Charakter eines

Kommuniques. Überhaupt korrigierte die Blockkonfrontation stillschweigend die *Bedeutung* noch der fragwürdigsten linken Aktivitäten, einfach dadurch, daß sie diese in den Kontext einer »ruhmreichen« Widerstandsgeschichte stellte und ihnen so einen Subtext unterlegte.

Der Zerfall des Ostblocks und der Holocaust als Geschichtszeichen

Linke Bewegungen und auch linke Theorien entstehen durch die Gleichzeitigkeit von diskursiven Praktiken und nicht-diskursiven Ereignissen. Dabei stellen Ereignisse, etwa ein Krieg, sowie Momente der Verdichtung (z. B. ein Streit) etwas Besonderes dar. Das gilt noch mehr für Ereignisse, die sozusagen die ganze Welt berühren. Eine solche Qualität kommt zweifellos dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des um sie gruppierten Staatenblocks zu. Der Anschluß der DDR an die BRD, das Entstehen einer neuen Nato und deren Krieg gegen Jugoslawien sind nur einige der direkten Folgen dieses Ereignisses. Eine andere Folge ist, daß die Erinnerung an den Holocaust auf dramatische Weise ihre Bedeutung verändert, sei es dadurch, daß von diesen Ereignissen ermutigte Angehörige der Tätergeneration nun selbstbewußt ihre Zeitzeugenschaft anmelden, oder dadurch, daß die Entmachtung der Uno die Definition von Verbrechen gegen die Menschheit verschiebt und es der Nato möglich macht, Luftschläge gegen Jugoslawien mit der » Lehre aus Auschwitz« zu begründen.

Kant bezeichnet solche Umbrüche als Geschichtszeichen. Ereignisse wie etwa die Französische Revolution haben eine übergroße Bedeutung als geschichtliches Zeichen und lösen entsprechende Emotionen aus, weil sie in die zuvor bekannten geschichtlichen Erzählungen nicht integrierbar sind, also das historiographische Fassungsvermögen zunächst übersteigen. Als ein solches - negatives und geradezu im Gegensatz zur Revolution der »Menschen- und Bürgerrechte« stehendes - Geschichtszeichen wird heute der Holocaust gesehen. Auf ganz andere Weise allerdings als die Französische Revolution läßt sich dieses Ereignis nicht zur Sprache bringen. Anders als große Revolutionen hält er auch keine logischen, geschichtsphilosophischen, historisch-materialistischen, fortschrittsorientierten und moralisch-politischen Schlußfolgerungen bereit. Der Holocaust kann kein Beispiel sein. Er ist nicht geschehen, um »uns« eine Mahnung zu sein. Er stellt nicht zuletzt für den spekulativen Diskurs wissenschaftlich-theoretischer Modelle eine Grenze dar. Nicht ein Begriff folgt aus dem Holocaust, sondern eine historische Verunsicherung.

Probing the Limits of Representation

Der Zusammenbruch der »Nachkriegsordnung« (trotz Holocaust suggeriert der Begriff einen »normalen« Krieg),verändert viele Vorstellungen über Geschichte, soziale Stabilität, über Archive und über die Konstruktion von Wahrheit. Dieser Zusammenbruch befördert die Suche nach neuen und verläßlichen Haltepunkten. Es ist außerdem nicht zu übersehen, daß vielen, auch etlichen Linken, seit dem Kollaps der RGW-Staaten und der Nachkriegsordnung nur noch das Erinnern des Holocaust eine unhintergehbare Verbindlichkeit zu garantieren scheint, was sich in der Holocaust-Literatur der 90er Jahre deutlich niederschlägt, aber auch in Form von Videobibliotheken und Filmen. Als ein Beispiel für diese Wahrnehmung mag auch die Konferenz »Nazisur and the >Final Solution<: Probing the Limits of Representation« gelten, die 1990 in Los Angeles stattfand und an der unter anderem Christopher Browning, Dan Diner und Saul Friedländer teilnahmen. Auf dieser Konferenz einigten sich eher »traditionell« und eher »postmodern« orientierte Historiker darauf, daß das Wissen um die »Endlösung« als der radikalsten Form des Genozids, allen intellektuellen Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Geschichte, Ereignis und Diskurs eine ethische Grenze setzt: Analysen und theoretische Spekulationen sollen die schrecklichen Ereignisse, die im Mittelpunkt der Forschung stehen, nicht überlagern.

Golfkrieg

Im neuen Deutschland hatten die Feiern zur sogenannten Wiedervereinigung gezeigt, daß die politische Klasse wie auch weite Teile der Bevölkerung über alle Parteigrenzen hinweg noch in dem vierzig Jahre lang tradierten Selbstbild der zur taktischen Zurückhaltung verpflichteten Nation befangen waren. Der Frontstaat Deutschland hatte. praktisch über Nacht durch den Totalausfall einer Supermacht seine Souveränität erlangt und gehörte damit nominell zu den Weltmächten. Zur völligen Freisetzung der nationalen Potenzen fehlte jedoch noch einiges: die Profiroutine, eine neue Definition nationaler Identität unter Berücksichtigung des Holocaust, unter den einfach kein »Schlußstrich« zu ziehen war und die Gelegenheit zur militärischen Demonstration.

Erst in der Militarisierung der Außenpolitik vollzieht sich der Übergang von der formalen zur realen deutschen Souveränität. Denn erst der vorzeigbare Beweis, über eine kampfbereite Truppe zu verfügen, versetzt eine ambitionierte Macht in den Zustandumfassender politischer Handlungsfähigkeit. Die zwischenstaatlichen Geschäfte, das diplomatische Feilschen um Verträge und Abmachungen sind ja letztlich immer Ersatz für Gewalt. Die gegenseitige Erpressung wird immer im Wissen vollzogen, daß es nicht nur politische Lösungen gibt.

Im zweiten Golfkrieg wurde der Holocaust dann erstmals in der Formulierung »Sicherheit für Israel« zur Begründung, um Deutschland wieder kriegsfähig zu machen. Damals wurde das Argument ins Spiel gebracht, die Lehre aus Auschwitz sei, daß wegschauen ein Verbrechen sein könne. Weil damals jedoch noch die Flakhelfergeneration regierte, kam es vielen als Zynismus vor, daß die deutsche Kriegsfähigkeit mit den überlebenden Opfern deutscher Verfolgung begründet wurde. Aber 1991 wurde von Teilen der Linken ein Nato-Krieg unter deutscher Fastbeteiligung erstmals als ein legitimes Mittel akzeptiert. Damals tauchte auch der Saddam/Hitler-Vergleich auf, der aber noch nicht annähernd so verbreitet war wie die heutige Gleichsetzung von Serben und Nazis. Zugleich zeigten sich bei anderen Linken, die Gegner dieses Krieges waren, antisemitische Motive.

Acht Jahre später existiert eine entwickelte deutsche Erinnerungskultur. Man weiß nun, wie mit Zeugnissen der Überlebenden umzugehen ist und wie die der deutschen Zeitzeugen daneben gestellt werden. Im Gedenkjahr 1995 hatte man gelernt, beim Blick auf die Verbrechen der Nazis auch die eigenen Opfer - Flucht und Vertreibung - an der richtigen Stelle ins Spiel zu bringen.

Aus der Schuld eine besondere Verantwortung Deutschlands für die Welt abzuleiten, ist keine verkrampfte Übung mehr. Wo Linke noch die Anklage vermuten, ist man bereits unterwegs zur Versöhnung. » So wenig es eine >rechte< oder >linke< Geschichte von Auschwitz oder Treblinka gibt, so wenig gibt es eine >rechte< oder >linke< Sicht auf die Verbrechen des Vernichtungskrieges. Das ist unsere gemeinsame Geschichte, unabhängig davon, welche Partei wir wählen. Das ist das Leiden, das Durcharbeiten unserer aller Väter und Großväter. Wer dies aus wahltaktischen Gründen blockiert, bringt diese Männer um die Gnade, von den Rachefurien erlöst zu werden, verwehrt ihnen das Glück, den Krieg endlich innerlich zu beenden . ... Nur wenn wir Jüngeren uns in Demut und Geduld mit den Alten verbünden, können wir den Prozeß, der mit der Ausstellung für sie in Gang gekommen ist, zum Abschluß bringen« (Harmes Heer: Rede zur Eröffnung der Ausstellung » Vernichtungskrieg« in Aachen am 17.4.1998).

Moralismus und Konformismus

Der entscheidende Unterschied zu 1991 ist jedoch, daß heute die »68er« selbst an der Macht sind. Nur sie konnten als »glaubwürdige Antifaschisten« deutsche Bomber nach Belgrad fliegen lassen. Nur sie konnten unter »Bauchschmerzen« am 24. März 1999 die 1990 übriggebliebenen Spielregeln internationaler Politik außer Kraft setzen. Daß sie diesen humanitären Angriff als Konsequenz aus Auschwitz definierten, war wohl - bewußt oder unbewußt - ihre letzte Spitze gegen die Alten, die das so nicht akzeptieren konnten. Doch man kennt sich ja. Der Tausch zwischen der Tätergeneration und ihren Nachkommen funktioniert. Die Begründung wurde rasch ergänzt um die » Lehre aus der Vertreibung der Deutschen«.

Kriegsgegner und Kriegsbefürworter berufen sich gleichermaßen auf die » Lehre aus Auschwitz«. Was der Imperativ, »alles einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole«, konkret bedeutet, scheint nun plötzlich durchaus unklar zu sein. Und dabei ist es keineswegs so, daß die Imperialisten als Holocaust-Relativierer auf der einen, kriegführenden, und die Auschwitz-Überlebenden sowie jüdische und nichtjüdische Linke auf der ablehnenden Seite stehen würden. Vielmehr scheint jede Position mit jedem Sprechort kombinierbar zu sein.

Konkret 06/99, S. 30

Andreas Spannbauer

Sudetenland ist überall

Im Krieg sind sich alle einig: Nie wieder Völkermord, schon gar nicht an Deutschen. Warum der Vergleich von Milosevic und Benes trotzdem kein intellektueller Kollateralschaden ist

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Deutschen bei dem Stichwort »Vertreibung« auf ihre eigenen Vertriebenen zu sprechen kommen sollten: Mit der Durchsetzung des völkischen Prinzips in Jugoslawien, wo der nationalistischen Sezession einer ethnisch definierten Minderheit faktisch der Vorzug gegenüber staatlicher Souveränität gegeben wurde, stehen auch in Osteuropa Minderheitenfragen wieder auf der Tagesordnung des Auswärtigen Amtes. Kurz nach Beginn des Kriegs beschloß das Europa-Parlament in Strasbourg, die Tschechische Republik solle die Enteignung der Sudetendeutschen 1945/46 für ungültig erklären. Der tschechische Präsident Vaclav Havel lehnte dies zögerlich ab: Die Gesetze des damaligen Staatspräsidenten Edvard Benes seien ein »fester Teil der tschechischen Rechtsordnung«, für eine Streichung seien nur Rechtsexperten zuständig.

Flankiert wurde die deutsche Forderung wenig später durch eine publizistische Offensive. Aus Joschka Fischers »Nie wieder Auschwitz« wurde der Appell »Nie wieder Benes!«. Wie in der Auseinandersetzung um das *Sch□ ar□ b□ ch des Komm□ nism□s* kennen Historiker und Publizisten nur noch Tote statt Kausalzusammenhänge. Ähnlich dem Vergleich Milosevic/Hitler ist nun eine weitere Front eröffnet, an der nicht nur deutsche Verbrechen relativiert werden. Einmal mehr sollen sich Deutsche als Opfer der Geschichte gerieren können. Vorläufiger Gipfel der Unverschämtheit: Der Berliner Historiker Götz Aly hat angesichts des »Völkermords an den Jugoslawiendeutschen 1944 bis 1948« gar die fehlende Selbstkritik der Jugoslawen entdeckt, was den Kampf gegen Nazi-Deutschland angeht: »Ohne jede Einschränkung werden die damals jungen Partisaninnen und Partisanen bis heute als Vorbilder geehrt. Sie hatte unter der Parole gekämpft □Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volke!□ und dabei ein Verbrechen begangen, das sich nicht aus der Notwendigkeit des Krieges gegen die deutsche Fremdherrschaft rechtfertigen läßt und uneingeschränkt als vorsätzlicher Völkermord gewertet werden muß.« In der Ermordung von rund 65.000 Donauschwaben meint Aly auch einen Urgrund für den Kosovo-Krieg zu erkennen: »Die Staatsdoktrin besagte, daß es im Kampf gegen den Feind keine Verbrechen gebe, und schuf so eine der geistigen Voraussetzungen für die serbischen Verbrechen der Gegenwart.«

Wenn Deutsche aus der Geschichte lernen, ist meist Vorsicht geboten. Ein exemplarisches Beispiel lieferte auf der Leserbriefseite des »Rheinischen Merkur« ein Hans Stelzig, der den Stand der Vergleicherei zwischen Kosovaren und Sudetendeutschen ebenso intellektuell unverbrämt wie zutreffend zusammenfaßte: »Was mich stört, ist die Tatsache, daß alle Welt jetzt so tut, als wenn solche Säuberungen durch Herrn Milosevic etwas Neues wären. Das habe ich als Kind nach dem Krieg 1945 im Sudetenland entdeckt.« Die Vertreibung aus letzterem sei »klammheimlich« aus dem Gedächtnis der Deutschen verschwunden. »Nicht aber aus dem Gedächtnis von Herrn Milosevic, denn er hat aus der Geschichte gelernt.« Etwas wortgewandter klagte die »Zeit« (17/99) unter der Überschrift »Vergessene Vertriebene« auf ihrer Titelseite: »Hitlers Menschheitsverbrechen sind als Vergleichs- und Vergewisserungspunkte in der Debatte allgegenwärtig, nicht aber der erzwungene Exodus aus den Ostgebieten.« Dabei liege es nahe, so der Autor Jan Ross, »bei den □ethnischen Säuberungen□ auf dem Balkan an die Vertreibung aus dem Osten zu denken wie an Hitlers Rassenmord und Vernichtungskrieg«. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, so das Lamento weiter, unterliege »hierzulande einer Art Tabu«, die »Rede von den Vertreibungsverbrechen stand unter Aufrechnungsverdacht«.

Mit letzterem will der Autor – siehe Imperfekt – endlich Schluß machen: »Der kollektive Gedächtnisverlust in Sachen Vertreibung ist schädlich.« Er versperre, so Ross, das »Verständnis für das, was Menschen und Völker im Südosten des Kontinents einander in diesen Jahren antun.« Völker tun sich etwas an. Vor allem den Deutschen. »In Wahrheit aber setzt sich dort nur eine allzu europäische Geschichte fort, und eben waren wir selbst noch ein Teil davon« – der deutsche Part an Vertreibung und Vernichtung, so könnte man angesichts der nur am Rande erwähnten vorangegangenen deutschen Verbrechen meinen, sei erst auf die Jahre 1945 ff. zu datieren.

Auch die »Frankfurter Allgemeine« entdeckte, pünktlich zum Jahrestag der Bombardierung Belgrads am 7. April, den Charme historischer Analogien. »Ein Protektorat« müsse her, verlangte Herausgeber Berthold Kohler in seinem Leitartikel, also »eine von Nato-Truppen geschützte Sicherheitszone auf dem Kosovo«. Weshalb? »Seit endlose Flüchtlingsströme aus dem Kosovo herausquellen, geht es nicht mehr □nur□ darum, einen Gewaltherrscher, dessen Ziele im Westen über Jahre hinweg ignoriert worden sind und über dessen Brutalität man hinweg sah, solange das Blut nicht in Strömen floß, am weiteren Morden und Brandschatzen auf seinem eigenen Staatsgebiet zu hindern. Es muß auch nur der Anschein verhindert werden, daß ein Diktator mehr als ein halbes Jahrhundert nach Hitler, Stalin und Benes einen ganzen Landstrich in Europa entvölkern kann ...« Die Gleichsetzung der Umsiedlungspolitik der tschechischen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der industriellen Massenvernichtung der europäischen Juden und dem Bürgerkrieg im Kosovo rief den energischen Protest des tschechischen Botschafters in Bonn, Frantisek Czerny, hervor. Es sei »in höchstem Maße empörend,

ausgerechnet in einer deutschen Zeitung lesen zu müssen, daß in einem Atemzug mit den Diktatoren Hitler, Stalin und Milosevic auch der tschechoslowakische Präsident Eduard Benes genannt wird.« Benes habe den größten Teil seines politischen Lebens dem Kampf gegen die Nazi-Diktatur gewidmet. Die »in keiner Weise durch Fakten begründete Unverschämtheit« könne den Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen alles andere als dienlich sein.

Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten war die Folge der rassisch motivierten Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Die Bezeichnung »eingegliederte Ostgebiete« meinte nicht nur die staatsrechtliche Annexion der eroberten Territorien. Allein in Polen sollten 7,8 Millionen polnische Staatsbürger und etwa 700.000 Juden verjagt, vernichtet, »als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen« (Himmler) und durch »Volksdeutsche« ersetzt werden. Die Germanisierung unter dem Stichwort »Generalplan Ost« ging mit unvorstellbarem staatlich geplanten Terror einher. Ein Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete formulierte 1942: »Es sei zu erwägen, ob nicht durch die Industrialisierung des baltischen Raumes zweckmäßigerweise die rassisch unerwünschten Teile der Bevölkerung verschrottet werden könnten.« Noch am 3. August 1944 ließ der Reichsführer SS nicht von dieser Raumordnung durch Vernichtung ab: »Es ist unverrückbar, daß wir die Volkstumsgrenze um 500 Kilometer herausschieben ... Es ist unverrückbar, daß wir die Ordnungsmacht auf dem Balkan und sonst in Europa sein werden, daß wir dieses Volk wirtschaftlich, politisch und militärisch ausrichten und ordnen werden.«

Ein wesentlicher Faktor für die Durchsetzung dieser völkischen Raumordnungspläne, die Millionen das Leben kostete, war die Destabilisierung der Nachbarstaaten in der Vorkriegszeit durch die deutschen Minderheiten. Der Historiker Klaus-Dietmar Henke nannte die 3,2 Millionen Sudetendeutschen ein »hochwirksames Instrument« der nationalsozialistischen Außenpolitik. Die »Sudetendeutsche Heimatfront« des Konrad Henlein, die im Mai 1935 immerhin 68 Prozent der deutschen Stimmen auf sich vereinen konnte, lieferte mit ihren für den tschechoslowakischen Staat unannehmbaren Forderungen nach Autonomie die Begründung für Hitlers Drängen auf eine Abtretung der Überwiegend von Volksdeutschen besiedelten Territorien. Das am 29. September unterzeichnete Münchner Abkommen verpflichtete die Tschechoslowakei zur Abtretung der von Deutschland beanspruchten Gebiete, am 16. März 1939 verkündete Hitler in Prag die Errichtung des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren«. Die ethnische Minderheit hatte ihre Schuldigkeit getan. Der tschechoslowakische Staat war zunächst parzelliert, dann zerschlagen worden.

Das Münchner Abkommen, das nach Überzeugung des britischen Premierministers Winston Churchill direkt in den Krieg geführt hatte, rief auf Seiten der Alliierten noch während des Krieges das Bedürfnis nach einem Schlußstrich unter die Möglichkeit einer völkischen Legitimation deutscher Gebietsansprüche in Osteuropa hervor. Schon 1942, nachdem sich die Alliierten auf den Erhalt des tschechoslowakischen Staates geeinigt hatten, machte das britische Außenministerium dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Exilregierung in London, Edvard Benes, seine Auffassung deutlich, das deutsche Minderheitenproblem, das den europäischen Frieden so schwer gefährdet habe, müsse in radikaler Weise gelöst werden. Zwischenzeitlich erwog man in London sogar die Möglichkeit, einen Teil der Vertriebenen in »Sibirien oder anderswo« anzusiedeln. In einer Unterhausrede vom 15. Dezember 1944 verlangte Churchill die »völlige Vertreibung der Deutschen«, um »endlose Unannehmlichkeiten« zu vermeiden. Auf der Krim-Konferenz am 7. Februar 1945 ergänzte der Premier, ihn persönlich würde eine gewaltsame Massenaussiedlung der Deutschen nicht schockieren. Auch das US-amerikanische State Department folgte, wie es in einem Grundsatzpapier von 1944 hieß, »mit Interesse den Plänen der tschechoslowakischen Regierung, hinsichtlich ihrer Minderheiten eine stabilere Lage zu schaffen«. Die Vertreibung der Deutschen aus ost- und südosteuropäischen Staaten, so hieß es in einem Grundsatzpapier des Committee On Post-war Programs vom Sommer 1944, würde gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen. Die Minderheiten hätten sich in der Vergangenheit als »Vorhut nationalsozialistischer Penetration« erwiesen, ihnen gegenüber bestehe in den betreffenden Ländern ein »wohlbegründeter Groll«.

Noch vor dem Sieg über den deutschen Faschismus wurden diese Überlegungen in die Tat umgesetzt. Mit der Befreiung durch die Rote Armee setzte für die deutsche Bevölkerung die Vertreibung ein, in deren Verlauf es zum Teil zu brutalen Aktionen kam, die aber nicht von oben gelenkt waren. Allerdings hatte die tschechoslowakische Exilregierung schon seit 1951 keinen Hehl aus ihrer Absicht gemacht, Deutschland in Zukunft daran hindern zu wollen, »seine nationalen Minderheiten für pangermanistische Ziele zu mißbrauchen«. Parallel zu den wilden Vertreibungen schuf die tschechoslowakische Regierung mit den sogenannten Benes-Dekreten die rechtliche Grundlage für die Vertreibung der Deutschen. In dem Artikel XIII des Potsdamer Abkommens über die ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde der Massentransfer mit dem Verweis auf eine menschliche und geordnete Durchführung völkerrechtlich legalisiert. Im entscheidenden Gegensatz zur Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten war diese Vertreibung nicht rassenbiologisch motiviert, sondern präventive Selbstverteidigung gegen eine Wiederholung der völkischen Expansionspläne Deutschlands, welche die ganze Welt in den Krieg gestürzt hatten. Die Folgen dieser Maßnahmen beklagte, wiederum in der »Zeit« (18/99), der Historiker Karl Schlögel aus Frankfurt/Oder unter der Überschrift »Kosovo ist überall«: »Am Ende des Jahrhunderts finden wir uns wieder inmitten dessen, was man früher □Volkstumskämpfe□ nannte. Dabei sind wir erst am Anfang ... Irgendwann verwischten im Sog des Zusammenbruchs alle Grenzen zwischen Rückzug, Evakuierung, Flucht, wilder Vertreibung und geordneter Aussiedlung,

Pogrom und □organisiertem Abschub□«, schreibt der Professor für osteuropäische Geschichte. »Irgendwann wurden die alten Ostprovinzen des Reiches leergefegt und waren vorbereitet auf die territoriale und staatliche □Neuordnung□ der Siege Fast alles, was es an Deutschen im Osten Europas noch gegeben hatte, war aus der alten Heimat fortgespült.«

Die Klage über die Heimat, die wie ein Klosett leergespült gewesen sein muß, wird mit dem Verweis auf »ethnische Säuberungen« garniert: »Dabei zeigte sich rasch, daß das wichtigste Kriterium, warum sie aus ihrer Heimat vertrieben wurden, eben ihre Volkszugehörigkeit war.« Weil nicht hinreichend versucht worden sei, »Hitler-Gegner« von der Ausweisung auszunehmen, sei es »bei der Kollektivzuschreibung« geblieben. Die Klage über die fehlende Übereinstimmung von Staatsgrenzen mit völkisch-kulturell definierten Gebieten durchzieht Schlögels Beitrag wie ein roter Faden: »Überall in Europa treffen wir auf Menschen, die nicht von dort stammen, wo sie heute leben. Sie tragen ihre Heimaten mit sich herum ... Man gewinnt einen Eindruck davon, daß die Heimaten im Kopf noch immer existieren, wenn man polnische Touristen auf dem Rossa-Friedhof in Wilna sieht, wo das Herz Pilsudskis bestattet ist; oder wenn man die Deutschen sieht, die Blumen an Kants Grabmal am Königsberger Dom niederlegen.« Die vermeintlich katastrophalen Folgen der Aussiedlungen der Deutschen aus Osteuropa bleiben nicht unerwähnt: »Mit der Vertreibung von bestimmten Volksgruppen war auch eine □soziale Revolution□ einhergegangen: Die □Herrenvölker□ von einst waren außer Landes getrieben worden. Dadurch öffneten sich nicht nur Karrierewege nach oben, sondern es folgte auch ein Nivellierung und Primitivisierung der sozialen Struktur.« Doch noch besteht Hoffnung für die primitivisierten Slawen: »Aber manchmal, wenn wir genau hinsehen und dorthin gehen, wo die Provinz am tiefsten ist, haben wir vielleicht die Chance, noch Spurenelemente von dem zu sehen, was das gemischte Europa einmal war – vielleicht in Daugavpils/Dünaburg, vielleicht in Czernowitz, gewiß in Novi Sad und bis vor kurzem in Sarajevo und Pristina.« Illustriert ist der Text unter anderem mit »vertriebenen Deutschen«, die mit Koffern bepackt durch eine zerbombte Straße laufen. Kosovo ist überall, vor allem aber in Königsberg.

Aber vielleicht drängt sich ja der Vergleich tatsächlich auf: Die Kosovo-Befreiungsarmee UCK hat mit ihren von der Bundesrepublik unterstützten Separationsbestrebungen dem außenpolitisch handlungsfähig gewordenen Deutschland den Anlaß für die Beteiligung an seinem ersten Angriffskrieg seit der Kapitulation am 8. Mai 1945 geliefert, der gegen Jugoslawien mit dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker geführt wird. Anders gesagt: Die UCK macht dem Auswärtigen Amt die Sudetendeutsche Heimatfront.

Andreas Spannbauer floh 1993 vor politischer Verfolgung aus Bayern und lebt als freier Journalist in Berlin

Konkret 06/99, S. 32

Zu Protokoll

Daß sie lügen wie gedruckt, war sprichwörtlich. Aber wenn es der Kriegführung dient, bekennen sie sich nicht nur zu ihren gedruckten und gesprochenen Lügen, sie reklamieren ihre Lügen als Ausweis höchster Moralität. KONKRET dokumentiert ein paar Fälle von ungezählten weiteren: den des Kriegsministers Scharping, Erfinder des Baseballspiels mit Menschenköpfen, der einen schüchtern fragenden ARD-Redakteur niederschwadroniert, den des Chefredakteurs der »Bildzeitung«, der stolz auf seine Fälschung ist, und den der »Taz«, die ihren Fotobeweis, der sich als falsch herausstellt, für überflüssig und um so beweisträchtiger erklärt

ARD, »Bericht aus Berlin«, 30. April 1999:

Deppendorf: Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie zum »Bericht aus Berlin«. Jeden Tag werden uns Journalisten und Ihnen auf den verschiedenen Pressekonferenzen der NATO und des Bundesverteidigungsministeriums die Bilder des Krieges vorgeführt. Sie zeigen die hoch gerüsteten Waffensysteme, und sie zeigen oft unvorstellbare Grausamkeiten. Diese Bilder werden interpretiert und dienen als Beleg für das politische Handeln. Für uns alle ist es in Kriegszeiten schwierig, die Wahrheit herauszufiltern. Da muß das Material schon über alle Zweifel erhaben sein. Doch Zweifel am Bildmaterial wurden diese Woche laut, als Verteidigungsminister Rudolf Scharping in Bonn am Dienstag Fotos eines grausamen Zwischenfalls präsentierte – und interpretierte. Christoph Mestmacher und Markus Schmidt berichten:

Sprecher: Dienstag dieser Woche, Bonn Hardthöhe. Der Minister zeigt Bilder des Grauens aus dem Kosovo.

Scharping: Sie wurden am 29. Januar aufgenommen in einem Ort nahe der albanischen Grenze. Fotos, die ein Massakrieren am 29. in der Nähe von Rogova deutlich machen, und sie belegen im übrigen, daß der Plan zur Vertreibung der Kosovaren schon im Januar in die Tat umgesetzt worden ist.

Sprecher: Scharping präsentierte die Fotos wie neues, bislang unbekanntes Bildmaterial. Ein deutscher Oberleutnant, damals OSZE-Mitarbeiter, habe sie am 29. Januar aufgenommen und ihm, Scharping, erst jetzt zur Verfügung gestellt. Der deutsche Oberleutnant sei so sehr mitgenommen, daß er öffentlich nicht befragt werden könne ... Und das hat Rudolf Scharping auf seiner Pressekonferenz nicht gesagt: Diese jetzt von ihm gezeigten Bilder zeigen dieses längst dokumentierte Ereignis. Sie wurden bereits am Tag der Tat, dem 29. Januar 1999, vielen Fernsehstationen, auch der ARD von internationalen Nachrichtenagenturen angeboten. Kein Wort davon auf der Pressekonferenz am Dienstag. Und auch das hat Scharping nicht gesagt: Ein Team der OSZE hat die Bluttat am 29. Januar untersucht. Ergebnis:

Jörgen Grunnert, OSZE-Sprecher, Skopje: Ein Feuergefecht hat stattgefunden, soweit ich mich erinnere. Mehrere der Toten waren Mitglieder der albanischen Befreiungsarmee UCK. Und das haben sogar Mitglieder der UCK bestätigt.

Willy Wimmer, OSZE-Beobachter: Die Mitarbeiter der OSZE-Mission haben über diesen Vorfall wie über alle anderen Vorfälle auch sofort berichtet. Und nach dem, was damals zugänglich war, handelt es sich um eine Auseinandersetzung im Kern zwischen serbischen Kräften und UCK-Kräften.

Sprecher: Diese Version haben uns gegenüber auch andere OSZE-Mitarbeiter etwa aus Skopje und Wien bestätigt. Ein brutales Feuergefecht habe stattgefunden, die serbische Seite habe keine Gefangenen gemacht. Zurück blieben 24 tote Albaner. Davon seien mehr als die Hälfte UCK-Soldaten gewesen. Auch Zivilisten, Kosovo-Albaner, seien während dieses heftigen Gefechtes getötet worden. Alle Opfer waren Männer im wehrfähigen Alter. Auch ein serbischer Polizist wurde an diesem Tag hier getötet. Auch davon kein Wort auf der Pressekonferenz. Und auch das hat der Minister nicht gesagt: Mindestens ein schriftlicher Bericht, verfaßt von der OSZE, mit dieser Version liegt seit langem sowohl im Kanzleramt, im Auswärtigen Amt und auch hier im Verteidigungsministerium vor.

Wimmer: Berichte dieser Art sind sofort hier an die Ministerien gegangen, und es ist ja auch in der Tat so, daß sowohl das Auswärtige Amt als auch das Verteidigungsministerium ihre Leute in diesen Missionen hatten. Das heißt, es war immer so.

Deppendorf: Nach unseren Recherchen gibt es also Widersprüche und einen Grund für Nachfragen. In Lahnstein begrüße ich jetzt Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping. Guten Abend, Herr Scharping.

Scharping: Guten Abend, Herr Deppendorf.

Deppendorf: Herr Scharping, haben Sie als Minister oder Ihr Ministerium schlecht recherchiert?

Scharping: Im Gegenteil, wir haben sehr gut recherchiert und uns Bildmaterial besorgt, das OSZE-Mitarbeiter am Morgen gemacht haben zwischen 7 und 8 Uhr, also zu einer Zeit, in der die serbische Polizei und die serbische Spezialpolizei internationale Beobachter sonst noch gar nicht zugelassen hatte.

Deppendorf: Die OSZE kommt aber in Ihrem Bericht, der uns vorliegt, zu einem ganz anderen Ergebnis. Sie sagt, das war keine Massakrierung, das war keine ethnische Vertreibung – das haben Sie ja ge-

sagt – , sondern das war ein militärischer Zwischenfall, eine militärische Auseinandersetzung.

Scharping: Zunächst möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß ich gesagt habe, diese Bilder zeigen, auf wie schreckliche Weise Menschen massakriert werden. Es hat mit Kriegführung überhaupt nichts zu tun, wenn man die Leichen von Erschossenen mit Baseballschlägern so zertrümmert, wie man das auf diesen Bildern schrecklicherweise sehen kann.

Deppendorf: Sind Sie sicher, daß dieser Baseballschlä...

Scharping: Es kommt noch ein Zweites hinzu. Die Informationen, die mir zur Verfügung stehen, besagen, daß die OSZE-Mitarbeiter eines Teams festgestellt haben, daß von einem 300 Meter etwa entfernten Gehöft Leichen in diesen Hof transportiert worden sind, um sie dann vorzuführen. Alles, was mir der militärische Sachverstand sagt, bedeutet, die können nicht bei diesem Gefecht umgekommen sein.

Deppendorf: Aber Herr Minister, gehört es nicht zur richtigen Information, daß Sie an dieser Pressekonferenz den OSZE-Bericht zumindestens hätten erwähnen müssen, daß es vielleicht eine andere Sichtweise gibt.

Scharping: Ich versuche, so gut ich das irgend kann, meine Informationen abzusichern und sie dann der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wir hatten uns, Herr Deppendorf, darüber unterhalten, und ich weiß sehr genau, daß ein Teil der Kenntnisse, die Sie präsentieren, von mir stammen.

Deppendorf: Nicht nur von Ihnen, sondern wir haben sicherlich auch hervorragend recherchiert. Sie sagen, Sie haben andere Quellen. Was heißt das? Welche anderen Quellen sind das?

Scharping: Das sind zwei Bundeswehrangehörige. Das eine ist ein Oberleutnant, das andere ein Major, die lange vor dem Eintreffen, dem offiziellen Eintreffen der OSZE-Beobachter und der Presse und erst zu einem Zeitpunkt, der ein bißchen schwierig war, diese Fotos gemacht haben. Und ich habe davon erfahren bei einem Gespräch mit den OSZE-Mitarbeitern, die am 20. März den Kosovo verlassen haben, die dann eine Zeitlang in Mazedonien waren. Ich habe sie danach zu einem Gespräch auf die Hardthöhe eingeladen, dort die Informationen erhalten, und dann darum gebeten, mir die Bilder zur Verfügung zu stellen. Das ist dann geschehen. Und nachdem ich das nachprüfen konnte, habe ich sie öffentlich präsentiert, was ich übrigens für ganz richtig halte. Denn ich finde, ein Fernsehsender, der im Zweifel auch serbisches Bildmaterial übernimmt, der begibt sich möglicherweise in eine kleine Schieflage. Die könnte nämlich darin bestehen, daß mit der Absicht der Propaganda erstellte Bilder gesendet werden. Hier hat es sich um Bilder gehandelt, die von völlig unbeteiligten Menschen zu einem Zeitpunkt aufgenommen worden sind, wo das serbische Militär die Aufnahmen gar nicht freigegeben hat ...

Deppendorf: Nur, Herr Minister ...

Scharping: ... sondern zu einem Zeitpunkt, wo der Bus mit den Schußlöchern, die Sie eben gezeigt haben, noch voller Leichen war. Und es ist ganz interessant, daß Sie kein Bildmaterial haben über die Leichen in dem Bus. Ich habe es.

Deppendorf: Doch, die Leichen in dem Bus, das kann man sehen, sind UCK-Kämpfer – das wird aus dem Bildmaterial deutlich – , die dort in Uniform sitzen, liegen, wahrscheinlich auch erschossen worden sind bei dieser militärischen Auseinandersetzung. Und es war ja auch zu sehen bei diesem Filmmaterial, daß es im Beisein auch von OSZE-Mitarbeitern gedreht worden ist. Es stammt von einer internationalen Agentur.

Scharping: Das bestreite ich ja gar nicht. Ich sage ja nur, die Fotos, die ich präsentiert habe, sind etwa dreieinhalb Stunden vorher aufgenommen worden. Und Sie haben eben selbst in dem Bericht von der OSZE ja einen englisch sprechenden Menschen, Mitarbeiter der OSZE, präsentiert, der hat ja ausdrücklich gesagt, eine Zahl von ihnen seien UCK-Kämpfer. Was ist mit der anderen Zahl? Ich habe gesagt, diese Bilder dokumentieren, auf wie schreckliche Weise Menschen massakriert werden. Im übrigen dokumentieren sie, daß mit der Vertreibung der Kosovaren schon im Januar begonnen wurde. Das wird übrigens bestätigt durch einen Bericht der »Washington Post«, es wird bestätigt durch den Hufeisen-Plan, den das serbische Militär, wie wir jetzt, seit April, wissen, schon im Dezember des letzten Jahres aufgestellt hatte ...

Deppendorf: Nur, ich glaube ...

Scharping: ... nach diesem Plan ist vorgegangen worden. Das wird durch so viele internationale Quellen bestätigt, daß ich nur sagen kann, ich finde manche Diskussion etwas eigenartig. Wenn ich beispielsweise heute in ...

Deppendorf: Herr Minister, darf ich ...

Scharping: ... der »Herald Tribune« lese ...

Deppendorf: Herr Minister, darf ich Sie ...

Scharping. ... daß OSZE-Beobachter und Flüchtlinge, Vertriebene, gleichermaßen schildern, daß am Dienstag aus einem Flüchtlingstreck alle Männer heraussortiert worden sind, daß man sie gezwungen hat, sich im Straßengraben und auf einem Feld nebenan niederzuknien, daß man sie dann dort erschossen hat, und zwar über hundert Menschen ...

Deppendorf: Herr Minister, es geht hier ...

Scharping: ... dann finde ich, sollten wir uns in der Berichterstattung und übrigens auch in der Bewertung der Vorgänge auf das konzentrieren, was das Entscheidende ist. Entscheidend ist, serbisches Militär, serbische Spezialpolizei hat im Januar begonnen, Menschen zu ermorden, Menschen zu vertreiben, und mittlerweile machen sie das mit einer so unglaublichen Brutalität, daß es wirklich gerechtfertigt ist, diese Brutalität zu brechen und der mörderischen Maschine ihre Macht zu nehmen.

Deppendorf: Es geht sicherlich gar nicht darum – es war ein grausames Ereignis, da sind wir uns alle einig, das ist schlimm genug, was dort passiert ist – die Frage ist nur, ob diese Bilder geeignet sind zu dokumentieren, daß hier praktisch schon vor Rambouillet mit ethnischen Säuberungen begonnen worden ist. Und da gibt es Zweifel. Und ich glaube, wir sind uns einig, daß man gerade in solchen Kriegszeiten, und da haben wir ja gelernt, aus vielen, auch einigen Kriegen zuvor, mit Bildern von beiden Seiten, von ihrer Seite wie von unserer Seite sehr kritisch umgehen sollte und Fragen auch erlaubt sein müssen. Ich danke Ihnen jetzt erst mal. Wir kommen gleich noch mal...

Scharping: Ich stimme Ihnen jedenfalls zu. Und wenn ich das noch einmal hinzufügen darf. Die OSZE konnte ja damals auch nicht wissen, daß es diesen Hufeisen-Plan gab. Ich habe an der OSZE überhaupt nichts zu kritisieren. Denn die Kenntnis, die internationale und auch die deutsche Kenntnis von diesem Operationsplan aus dem Dezember 1998 besteht seit April 1999. Und dann kann man einzelne Ereignisse besser einordnen, als wenn man nur das einzelne Ereignis sieht, nicht aber den Hintergrund, vor dem es stattfindet.

ARD, »Panorama«, 15. April 1999:

Sprecher: Bilder aus dem serbischen Fernsehen lügen immer, meint Bundesverteidigungsminister Scharping und regt sich darüber auf, daß solche Aufnahmen in deutschen Nachrichten überhaupt gezeigt werden.

Rudolf Scharping: ... wo brennende Häuser, Fabriken oder anderes gezeigt werden, wo ich leider Gottes seriöse Information darüber habe, daß diese Bilder schon vor einem Jahr über das serbische Fernsehen gelaufen sind.

Sprecher: Rudolf Scharping präsentiert lieber seine eigenen Bilder. Tote auf diesem Video sollen die Grausamkeit des Kriegsgegners demonstrieren. Doch woher die Bilder stammen, wer sie aufgenommen hat und unter welchen Umständen, das ist bis heute nicht geklärt. Auch Rudolf Scharping weiß es nicht.

Rudolf Scharping: Es gibt ernstzunehmende Hinweise auf im Kosovo eingerichtete Konzentrationslager.

Gerhard Schröder (Bundeskanzler): Die Deportation der Menschen dort nehmen zu.

Joseph Fischer (Bundesaußenminister): Ich habe nicht nur »Nie wieder Krieg« gelernt, sondern auch »Nie wieder Auschwitz«.

Sprecher: Starke Worte, die Widerspruch provozieren.

Peter Scholl-Latour (Publizist): So ein Vergleich ist im Grunde unerträglich, nämlich die Leute werden ja nicht zur Massenabschlachtung in irgendwelche Gaskammern abgeführt, sondern sie werden in ein anderes, benachbartes Land vertrieben, was schlimm genug ist. Bei den führenden Politikern habe ich den entsetzlichen Verdacht, daß sie ihre Anhängerschaft, die sich ja zum großen Teil aus sehr friedensengagierten Leuten zusammensetzt, daß sie die eben durch die Schilderung eines möglichst großen Horrors bei der Stange halten müssen.

Sprecher: Der vermutete Holocaust im Kosovo, in der Boulevard-Presse wird er schnell zur Tatsache. Das sind die Bilder, die an Todesmärsche in die KZs erinnern. Diese Menschen aber wurden nach Mazedonien vertrieben. Sicher, schlimme Schicksale, aber die Wirkung der Bilder ist stärker als die Wahrheit.

Udo Röbel (*Chefredakteur »Bildzeitung«:):* Ich habe keine Angst, Dinge beim Namen und auf den Punkt zu bringen, wie man es von »Bild« erwartet. Wenn Sie die Seite »Sie treiben sie ins KZ« sehen – dieses Bild war so eindrucksvoll, der Treck von Zehntausenden aus Pristina, das sprach eigentlich für sich selbst. Und wenn dann an diesem Tag der Verteidigungsminister von KZs in Serbien oder im Kosovo spricht, dann bekommt es mit diesem Bild und dieser Zeile eine unheimliche Dramatik.

»Tageszeitung« vom 7. Mai 1999:

Die Toten von Racak und Djakovica – Bilder und Wahrheit – In ihrer Ausgabe vom 30. April 1998 (gemeint: 1999; KONKRET) veröffentlichte die »Taz« auf Seite 4 drei Aufnahmen von getöteten Kosovo-Albanern. Die Fotos stammen von dem dänischen Fotografen Christian Joergensen, der sie von einem Video machte. Das Band war ihm kurz zuvor in Mazedonien zugespielt worden – verbunden mit dem Hinweis, dabei handle es sich um Aufnahmen von 15 Kosovo-Albanern, die serbische Sicherheitskräfte Anfang des Monats in der Ortschaft Djakovica bei einer Vertreibungsoffensive getötet haben sollen.

Nach Erhalt des Videos recherchierte Joergensen mehrere Tage lang mit Hilfe zweier Albaner, um den Wahrheitsgehalt des Videos zu überprüfen. Die Informationen schienen sich zu erhärten, zumal Joergensen noch ein Brief und eine Liste mit den Namen einiger Opfer von Djakovica übergeben wurden. Doch Zweifel blieben – sowohl bei Joergensen selbst als auch in der Redaktion der »Taz«. Dennoch entschied sich die Redaktion, die Bilder zu veröffentlichen – mit der Schilderung dieser Unsicherheit. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war das Gefühl der Verpflichtung, die Öffentlichkeit über die Geschehnisse im Kosovo, das für die Berichterstattung derzeit ein großes schwarzes Loch ist, zu unterrichten. Dies gilt besonders dann, wenn, wie im Fall Kosovo, nur Aussagen von Flüchtlingen vorhanden sind. Da Journalisten der Zugang ins Kosovo in der Regel versperrt ist, besteht keine Möglichkeit, durch eine Recherche Sachverhalte zweifelsfrei zu klären.

Einen Tag nach Veröffentlichung in der »Taz« meldete sich ein Leser. Er wies darauf hin, daß der »Spiegel« in seiner Nummer 13 vom 29. März dieses Jahres ein Foto von ermordeten Kosovo-Albanern in Racak veröffentlicht hatte, das große Ähnlichkeiten (Lage der Leichen, Kleidung) mit einem der Fotos von Joergensen aufweist. Recherchen der »Taz« ergaben, daß die Aufnahmen von Joergensen mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich die Opfer von Racak zeigen. Dort sollen am 15. Januar 1999 45 Albaner von Serben ermordet worden sein. Untersuchungen eines finnnischen Gerichtsmedizinersteams haben ergeben, daß die Opfer – anders als von den Serben behauptet – in ihrer Mehrheit mitnichten Kämpfer der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) waren.

Dadurch wird die Beschuldigung gegen serbische Einheiten wegen Massentötungen in Djakovica nicht hinfällig. Erst vorgestern berichteten wieder Flüchtlinge aus Djakovica...

Konkret 06/99, S. 35

Horst Pankow

»Hitler gut!«

Hiwis für den Bodenkrieg: Warum die Terroristen der UCK aus Washington und Bonn umworben werden

Kosovo-Albaner – hierzulande auch mit liebevoll-urtümlichem Zungenschlag Kosovaren genannt – sind Opfer serbischer Aggression, darüber sind sich die Propagandisten der »westlichen Wertegemeinschaft« einig. Selbst über keine andere Eigenschaft als die der bloßen Existenz verfügend, sind Kosovaren serbischer Infamie hilflos ausgesetzt und eigentlich mit nichts anderem als Leiden und Flüchten beschäftigt und selbstverständlich dem Berichten über Leiden und Flüchten vor den Fernsehkameras der »westlichen Wertegemeinschaft«. Ihnen zuliebe rücken die Nato-Bombergeschwader den Serben mit Feuer und Schwefel zu Leib. Kosovaren sind hilflos, so hilflos, daß sie oft selbst nicht genau wissen, was gut für sie ist, nämlich daß es für sie eigentlich unzumutbar ist, weiterhin mit den teuflischen Serben in einem Staat zu leben. Weil sie das nicht so genau wissen, passieren dann so »bedauerliche Unglücksfälle« wie am 14. April, als ein kosovarischer Flüchtlingskonvoi sich auf den Weg zurück in die »angestammte Heimat« machte und dabei prompt »versehentlich« von Nato-Bombern angegriffen wurde. Resultat: mehr als siebzig tote Menschen.

Doch so einig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, sind sich die westlichen Kosovaren-Paten beim näheren Hinsehen nicht. »Statt Bodentruppen einzusetzen, sollte man die Kosovaren bewaffnen«, schlug Mitte April der stets diensteifrige Enzensberger im »Spiegel« vor, denn »die verstehen sich besser auf den Partisanenkrieg«. Mag sein, daß der in die Jahre gekommene Trendsetter dabei an den Zweiten Weltkrieg dachte, als deutsche und italienische Besatzer albanische Clans gegen die verhaßten Serben bewaffnet hatten (u. a. SS-Division Skanderberg). Dafür könnte auch eine Impression sprechen, die »Tagesspiegel«-Korrespondentin Caroline Fetscher am 2. Mai ihren Lesern übermittelte: »Vor wenigen Augenblicken herübergerettet von Jugoslawien nach Albanien ruft er (ein alter kosovarischer Bauer) der nächtlichen Interviewerin gerührt ›Du Deutschland, gut!‹ zu, und ›Hitler gut!‹ Er war nicht der einzige, von dem so etwas zu hören war, doch es war nicht Zeit und Ort für Argumente.« Demokratischer Nachhilfeunterricht kann erst nach dem Sieg erteilt werden.

Aber nicht alle denken an die Vergangenheit, wenn das Bild vom Kosovaren als Kämpfer aufblitzt. Die meisten werden wohl an einen bewaffneten Haufen mit der selbstgewählten Bezeichnung Ushtria Clirimtare Kosoves denken, besser bekannt unter dem einprägsamen Kürzel UCK. Schon zu Beginn des Nato-Angriffs auf Jugoslawien lamentierte Christian Ströbele – ein Friedenskämpfer, der zwar die Kriegsziele der Angreifer befürwortet, aber mit ihren Mitteln hadert – , die Nato mache sich nun zur »Luftwaffe der UCK«. Nato-Offizielle wollten das damals noch nicht so sehen. Anfang April bezeichnete ein Nato-Sprecher die UCK abschätzig als »desolaten Haufen«. Doch nur zwei Wochen später brachte Nato-Chefsprecher Shea Anerkennung zum Ausdruck. Die UCK sei, obwohl sie wenig Terrain kontrolliere, in der Lage, »die jugoslawische Armee immer wieder in kleine Gefechte zu verwickeln«. Dies veranlaßte die »Berliner Zeitung« zu einer Spekulation, die sich wie eine Unterstützung des Enzensbergerschen Vorschlags liest: »Könnte die UCK vielleicht die Rolle von Bodentruppen im Kosovo übernehmen?«

Andere blieben skeptisch. Norbert Mappes-Niedick, Balkan-Korrespondent des »Freitag« und als passionierter Serbenhasser gewiß des anti-kosovarischen Defätismus unverdächtig, schrieb zur gleichen Zeit: »Erstens besteht die ›Kosovo-Befreiungsarmee‹ zur Hälfte aus Angebern und zur anderen Hälfte aus nicht existierenden Soldaten, die die erste Hälfte sich ausgedacht hat. Zweitens zerfällt sie jetzt bereits in drei unvereinbare Fraktionen, die demnächst beginnen werden, aufeinander zu schießen. Und drittens ist sie mehrheitlich keine Armee, sondern ein marodierender Haufen.« Solche Skepsis scheint, glaubt man der »Berliner Zeitung«, die Nato jedoch nicht von der Inanspruchnahme zumindest einiger UCK-Hilfsdienste abzuhalten. Gesichert sei, so das Blatt, »daß die UCK schon länger mit den westlichen Soldaten zusammenarbeitet. So gibt es Berichte darüber, daß die UCK-Kämpfer über ihre Satellitentelefone der Nato Koordinaten von Angriffszielen im Kosovo durchgeben. Die Nato gewinnt auch einen großen Teil der Informationen, die sie über die Lage im Kosovo hat, von der Befreiungsarmee.« Na ja, über den unbestreitbaren Nutzen von Satellitentelefonen für Angeber wird man täglich im zivilen Leben belehrt. Und so spricht denn die Lektüre der »Taz« vom 3. Mai eher für die Mappes-Niedicksche Einschätzung. In einem Interview gibt der »Deutschland-Vertreter der UCK-Exilregierung« folgendes zum besten: »Nato und UCK müssen gemeinsam das Kosovo befreien. Außerdem muß die Nato die militärische Infrastruktur der Serben zerstören. Das ist für ganz Europa wichtig. Denn es ist möglich, daß die Serben in zwei bis drei Jahren eine Atombombe haben.« Frage: »Haben Sie dafür Belege?« Antwort: »Ich bin von Beruf Chemiker und war mehrmals in einem Institut bei Belgrad, wo es einen großen Nuklearreaktor gibt. Dort wird der Bau vorbereitet.« Nato-Geheimdienste dürften die Zuarbeit solcher Konfidenten wohl dankend ablehnen, aber für das Kriegspressequartier gelten bekanntlich andere Spielregeln.

Über die wirkliche militärische und politische Bedeutung der UCK kann derzeit wenig Gesichertes gesagt werden. Sicher ist, daß ihre militärischen Basen sich in Nordalbanien, im von den paramilitärischen Verbänden des im Aufstand 1997

gestürzten Expräsidenten Berisha kontrollierten Gebiet, befinden. Von dort unternimmt die UCK militärische Operationen in Jugoslawien und zieht sich anschließend dorthin zurück. Diese Abenteuer verdienen wohl kaum das Attribut »Nato-Bodentruppen«, sind aber wohl – auch nach Einschätzung Nato-treuer Kommentatoren – durchaus geeignet, einen Bodentruppeneinsatz propagandistisch vorzubereiten. Als Mitte April jugoslawische Truppen UCK-Verbänden über die Grenze hinweg nachsetzten und vorübergehend einige albanische Dörfer, die als UCK-Basen dienten, in Beschlag nahmen, jubelte das Kriegspressequartier: »Jugoslawische Truppen greifen albanische Dörfer an«, hieß es in der »Taz«, und die »Welt« titelte: »Serbien überfällt Albanien«. Sicher ist auch, daß der deutsche Auslandsgeheimdienst BND und die bundeswehreigene Spitzelfirma MAD die kosovarischen Helden mit Funkgeräten und Überwachungstechniken ausstatteten. Das berichtete im Herbst 1998 sogar das ARD-Magazin »Monitor«. Nicht sicher – wenngleich auch nicht unwahrscheinlich – ist hingegen, ob deutsche Stellen die UCK auch mit direkten militärischen Mitteln und entsprechender Ausbildung versorgten; ebenso unsicher ist die Fortdauer der deutschen Unterstützung zum jetzigen Zeitpunkt. Denn seit den sogenannten »Verhandlungen« von Rambouillet gehen hiesige – auch kritische – Kommentatoren davon aus, die UCK sei nun unter den direkten Einfluß der USA geraten.

Dafür spricht vor allem die Ablöung des für seine guten Beziehungen zum Bonner Außenministerium bekannten »politischen Sprechers« der UCK, Adem Demaci, und seine Ersetzung durch den in den USA ausgebildeten Hashim Thaci, der dann in Rambouillet noch zum »Ministerpräsidenten« einer »provisorischen Regierung« des Kosovo reüssierte. Auch sperrte die Bundesregierung am Wochenende vor Kriegsbeginn erstmals deutsche Konten mit UCK-Geldern. Doch ob letzteres auf eine Kräfteverschiebung bei der UCK-Betreuung hindeutet, ist zumindest fraglich. Möglicherweise handelt es sich nur um eine Angleichung, denn bereits vergangenen Sommer hatte der US-Sonderbeauftragte Holbrooke die deutsche Regierung eindringlich zu diesem Schritt aufgefordert. Als Ursache für die Ablösung Demacis durch Thaci ist durchaus ein Sieg simpelster Realpolitik denkbar. Demacis in der ersten Rambouillet-Runde bis zum Schluß standhafte Weigerung, das »Abkommen« zu unterschreiben, weil darin nicht die staatliche Souveränität des Kosovo ausdrücklich festgeschrieben war, erwies sich als überflüssige Prinzipienreiterei angesichts der Tatsache, daß eine Besetzung des zur Disposition gestellten Gebietes auf jeden Fall den Verlust der jugoslawischen Herrschaft bedeutet, gleichgültig, ob das Resultat nun Groß-Albanien oder Klein-Kosovo heißt.

Wie schwer sich auch die USA mit der Überzeugung ihres angeblichen Gefolgsmannes Thaci taten, zeigt der O-Ton einer Pressekonferenz von Außenministerin Albright und dem für die »Verhandlungen« abgestellten Ex-Senator Dole am 10. März. Dole beklagte das eigensinnige Auftreten des neuen UCK-Chefs: »... we have everyone in the delegation prepared to sign the agreement except this invisible leader, the mystery man, Mr. Thaci, who doesn't want to be found.« Als dienstfertiger US-Gefolgsmann, der nur diese und keine andere Option zur Verfügung hat, präsentierte sich der neue Kosovaren-Chef jedenfalls nicht. Er wollte gebeten werden. Noch einmal Dole: »Well, where is he? He's not in Washington. We don't know where he is. I think he's hiding out, stalling, and it's a great disservice to the people of Kosovo.«

Kurz darauf war der »mystery man« zur Stelle und signierte das »Abkommen«. Am 14. März gab er der »Neuen Zürcher Zeitung« ein Interview und sprach sich darin gegen die damals von den USA favorisierte Teilung des Kosovo in einen serbischen und einen albanischen Teilstaat aus: »Wir werden nicht erlauben, daß die albanischen Gebiete nochmals aufgeteilt werden. ... Kosovo braucht eine seelische und psychische Vereinigung mit Europa.« Ist dies nun das Statement eines US-amerikanischen oder eines deutsch-europäischen Vasallen? Oder das eines geschickten Verkäufers, der um den speziellen Gebrauchswert seiner feilgebotenen Waren sehr gut Bescheid weiß? Die UCK jedenfalls hat recht präzise Vorstellungen von ihrem Marktwert: »Wir sind jetzt weder eine Guerilla noch eine Volksarmee. Wir sind eine professionelle Armee geworden.« Das sagte Anfang März ein »Auslandsvertreter der Kosovo-Befreiungsarmee« dem »Taz«-Interviewer Erich Rathfelder, einem Mann, dem angesichts seines intellektverzehrenden Hasses auf »die Serben« wohl jede Abwägung von europäischen und amerikanischen Interessen einer Gotteslästerung ähneln dürfte. Eine »professionelle Armee« setzt an ihrer Profession interessierte Auftraggeber voraus.

Wer könnte dies im Falle der UCK sein? Etwa eine »kosovarische Gesellschaft«, gar eine »Zivilgesellschaft«? Wohl kaum, denn in dem Interview präsentiert der »Auslandsvertreter« seine Truppe nicht nur als Armee, sondern als Staatsapparat im Wartestand: »Die UCK hat neben der militärischen noch eine Reihe von Unterorganisationen. Es gibt ein politisches Direktorium, ein Informationsdirektorium sowie einen Geheimdienst, ein Gesundheitsdirektorium, eines für Erziehung usw.« Man hoffe zwar, daß noch vor dem 15. März »eine Nationalversammlung zusammentreten kann, die eine Regierung wählt«, doch daraus wurde bekanntlich nichts, ebensowenig aus der im Interview auch in Aussicht gestellten Umwandlung der UCK in die »reguläre Armee« eines künftigen Kosovo-Staates. Statt dessen wurde in Rambouillet die kosovo-albanische Delegation kurzerhand zur »provisorischen Regierung« ernannt, mit Hashim Thaci als »Ministerpräsidenten«. Damit war nicht nur der Einfluß des »gemäßigten Albanerführers« Ibrahim Rugova auf ein Minimum zurückgedrängt, sondern auch der bis dahin amtierende »Premier«, der in Bonn residierende und von Kinkel gehätschelte Bukoshi, entmachtet.

Mindestens zwei Gruppierungen rangeln innerhalb der UCK um die Verfügung über die professionellen Mittel einer künftigen Staatsgewalt. Da ist einmal das von ehemaligen jugoslawischen Offizieren und Politikern dominierte »operative Hauptquartier«, das sich möglicherweise mit einer klein-kosovarischen Lösung zufrieden geben würde, und außerdem das von ehemaligen Maoisten und Enver-Hodscha-Anhängern geprägte »Oberste Hauptquartier«, welches eine groß-albanische Lösung propagiert. Beide »Hauptquartiere« streben eine ethnisch reine Albanerstaatlichkeit an. Die Wurzeln dieser ideologischen Strömungen liegen einerseits in der titoistischen Vorstellung eines föderalen Ethno-Zoos und andererseits in der Nationalautarkie des staatssozialistischen Hodscha-Albaniens. Das Scheitern dieser nationalkommunistischen Projekte überstand – wie auch anderswo bei vergleichbaren Zusammenhängen – in der albanischen Nationalbewegung einzig der völkische Gedanke. Nicht zufällig begann die UCK ihren bewaffneten Kampf 1996 mit dem Überfall auf Flüchtlingslager von aus Bosnien und der Krajina vertriebenen Serben. Ebensowenig zufällig besteht eine ihrer Lieblingsbeschäftigungen in der »Hinrichtung« albanischer »Kollaborateure« und »Verräter«.

Ein ethnisch reines Albanien, in welchen Grenzen auch immer, hätte – das führt der postkommunistische albanische Staat in den letzten Jahren beispielhaft vor – aufgrund seiner ökonomischen Rückständigkeit kaum eine Chance auf eigenständiges Überleben und Entwicklung. Die Regierung in Tirana ist daher der genialen Idee verfallen, das Land der Nato und anderen Friedenstruppen als Übungs- und Aufmarschplatz zur Verfügung zu stellen. Das von diesen Truppen für Logistik, Verpflegung und Prostitution ausgegebene Geld sichert wenigstens einer kleinen Schicht von Schiebern ein einigermaßen erträgliches Ein- und Auskommen. Und darin liegt auch das Geheimnis der UCK-»Professionalität«. Wissend um die ökonomische und politische Sinnlosigkeit ihres Staatsprojektes, bieten die gescheiterten Nationalkommunisten nunmehr weitgehend illusionslos die Dienste ihres Waffenträgervereins den jeweils stärksten Ordnungsmächten an.

Die wichtigsten Mittel des kosovo-albanischen Nationalismus waren von Beginn an Fanatismus und Terror. Die Fiktion eines »serbischen Apartheidstaates« wurde ab 1989/90 mit dem Boykott jugoslawischer Institutionen und der exemplarischen Bestrafung von albanischen Boykottverweigerern zu realisieren versucht. Fanatismus und Terror sind in der Tat die wichtigsten Mittel aller bei der sog. »nachholenden Entwicklung« hoffnungslos gescheiterten und fortan grundlos existierenden staatlichen oder staatsähnlichen Gebilde. Womit sonst sollte auch das Fußvolk zum weiteren vergeblichen Mitmachen bewegt werden? Wie das bei der UCK funktioniert, erhellt ein Blick auf ihre Rekrutierungspraxis.

Die militärischen Ausbildungslager der UCK befinden sich in der von den Berisha-Verbänden kontrollierten nordalbanischen Provinz Kukes. Seit die albanische Armee in den letzten zwei Jahren von 50.000 Mann auf ein Fünftel geschrumpft ist, haben nicht wenige ihrer Offiziere einen neuen Job bei der UCK gefunden. Allein in den ersten beiden Aprilwochen sollen sich an die 8.000 Kämpfer unter ihrem Kommando versammelt haben. Laut »Berliner Zeitung« sind sie »im wilden Norden Albaniens ein ernstzunehmender Ordnungs- und Machtfaktor geworden«. In manchen Regionen habe die UCK – offenbar neben Berishas Leuten – »längst die reguläre albanische Armee ersetzt«. Die Kämpfer werden zumeist aus Kosovo-Flüchtlingen und aus Arbeitsmigranten in Westeuropa rekrutiert. Bei der Rekrutierung der Flüchtlinge spielt deren Freiwilligkeit nicht immer eine Rolle: »Wir fragen jeden jungen Mann im Auto, ob er sich freiwillig anschließen will«, erklärt der Chef einer UCK-Straßenkontrolle in Nordalbanien dem Reporter der »Berliner Zeitung«. »Weigert er sich, nehmen wir ihn trotzdem.« Wer sich nicht freiwillig melde, stellt das Blatt fest, müsse »schon jetzt um seine Freiheit fürchten, denn es ist fast unmöglich, den UCK-Werbern in und um Kukes zu entkommen.« Außerdem wird ein deutscher OSZE-Beobachter zitiert: »Flüchtlinge, die nicht zur UCK wollen, haben uns schon mehrfach gebeten, sie aus Kukes herauszuschmuggeln.«

Sollte solchem Ansinnen nachgegeben werden und Kosovo-Flüchtlinge gelangten über ein OSZE-Ticket nach Deutschland, fänden sie sich hier neuen Rekrutierungsversuchen ausgesetzt. Diese gehen zumeist von den in vielen Orten ansässigen albanischen Kulturvereinen aus. Dort ist man neben Menschenmaterial auch an Bargeld interessiert. Laut »Taz« habe man »in Deutschland für die provisorische Regierung schon mehrere Millionen Mark gesammelt. ... Bis zu 5.000 Mark hätten Einzelpersonen in Berlin schon für die Sache zur Verfügung gestellt. Im Schnitt spendeten die Kosovaren 500 Mark, selbst Sozialhifeempfänger geben Geld.« Wenn die PKK – die hierzulande allerdings verboten ist – unter ihren Anhängern Geld sammelt, erfüllt das bekanntlich den strafrechtlichen Tatbestand der »Schutzgelderpressung«. Bei der UCK ist man da etwas großzügiger, sowohl was das Geldeintreiben wie das Rekrutieren betrifft. Das liegt wohl an der geistigen Verwandtschaft von albanischen und deutschen Blutsnationalisten. Nach einem Besuch des albanischen Kulturvereins Bajram Curri in Berlin stellt ein Mitarbeiter des »Tagesspiegel« fest: »Die Bereitschaft der Albaner in Berlin, für einen unabhängigen Staat zu kämpfen und vielleicht sogar zu sterben, scheint jedenfalls hoch. Das sei doch fast eine von der Biologie vorbestimmte Notwehrreaktion, meint ein Mann.« Na also. Ein anderer Mann – Frauen sind nicht zugelassen – gibt zu Protokoll: »Wie ihr für Deutschland kämpfen würdet, so kämpfen wir für Albanien.«

Und so rollen denn die Rekrutentransporte. Die »Taz« meldete am 14. April: »›Mehr als tausend Mann‹, so berichtet der Auslandsvertreter der UCK..., seien aus Deutschland schon als Rekruten in die Kriegsregion gebracht worden. Erst vorgestern fuhr ein Bus aus Solingen mit 110 Kämpfern Richtung Süden los.«

Konkret 06/99, S. 38

Joachim Rohloff

Dröhnen statt Spalten

Der designierte Bundespräsident Johannes Rau weiß ganz genau, was er will: Brücken bauen bis zum Abwinken. Kein Wunder, daß er die Sprengung älterer Modelle durch die Nato gutheißt

Auf die Frage, ob der Krieg der Nato gegen Jugoslawien einen Präzedenzfall schaffe für jede Militärmacht, die sich irgendwo in der Welt mit Waffengewalt durchsetzen will, antwortete unser kommender Bundespräsident Johannes Rau: Nein, denn die Nato sei schließlich nicht »jede Militärmacht«, sondern »ein Friedensbündnis von besonderer Qualität«, und sie werde sich ihre Gegner mit Bedacht aussuchen. Auf die Frage, ob die Uno durch das Vorgehen der Nato, die sich kaum um irgendwelche Mandate schert, nicht schwer beschädigt werde, antwortete Rau: Die Tatsache, daß von der Uno ein Mandat nicht erteilt wurde, zeuge bloß von den »gegenseitigen Blockaden, die es da gibt«, und von den »Reformnotwendigkeiten, um die sich Richard von Weizsäcker zum Glück kümmert. Ich finde es bedauerlich, daß die Uno nicht zu einer einheitlichen Meinung in dieser Frage gekommen ist. Trotzdem sage ich: Man konnte dem Morden im Kosovo nicht weiter einfach zusehen, und ich sehe auch keine Alternative zu diesem Handeln – auch wenn mir die politischen Perspektiven, die sich daraus ergeben, noch unklar sind.«

Weil aber die Perspektiven unklar sind, fürchtet Rau, man werde, was in Jugoslawien geschieht, »im Nachhinein verantworten müssen. Und ich hoffe, daß wir es miteinander verantworten können, denn die Zustimmung im Bundestag war zum Glück sehr breit. ... Das war eine wirklich verantwortliche Diskussion mit einer verantwortlichen Entscheidung.« Eben deshalb kann man ihn beruhigen: Die Verantwortung übernimmt nur, wer sie im Zweifelsfall nicht tragen muß. Von seiner Verantwortung spricht der am liebsten, der sicher sein kann, daß er niemals zur Verantwortung gezogen wird.

Johannes Rau wuchs in der pietistischen Gemeinde von Wuppertal-Barmen auf, die Verantwortungsrhetorik ist ihm also seit frühester Kindheit geläufig. In Barmen stellt man sich noch immer tagtäglich die quälende Frage, ob die Weltgeschichte nicht vollkommen anders verlaufen wäre, hätte man es seinerzeit nur vermocht, den jungen Friedrich Engels bei der christlichen Stange zu halten. Weil das nicht gelang, fühlt man sich schuldig. Raus Vater, dessen größte Sorge es war, daß andere Leute nicht zuviel Alkohol tranken, reiste als Prediger fürs Blaue Kreuz über Land. Der Zweite Weltkrieg beförderte ihn zum Verpflegungsoffizier, und in diesem Beruf mußte er fatalerweise auch Weine probieren. Das nahmen die Blaukreuzler übel, und so suchte Rau-Vater nach 1945 ein Auskommen als freischaffender Evangelist und Handelsvertreter. Leider verschweigen die Biographen Filmer und Schwan, um welcherart Ware es sich handelte. Der junge Johannes wollte Pastor werden, und schon als Zehnjähriger, so wird berichtet, predigte er unter der Bettdecke einer imaginären Gemeinde. Weil er aber am Abitur scheiterte, lernte er den Verlagsbuchhandel und übernahm 1954 die Geschäftsführung des christlichen Jugenddienst-Verlages. Als Redakteur der Zeitschriften »Ritterschaft« und »Jungenwacht« redete er der deutschen Jugend, soweit sie die Schmarren denn las, eindringlich ins Gewissen und verfaßte zu diesem Behuf sogar zwei, drei erzählende Werke: Junge Menschen kommen vom Pfad der Tugend ab und werden erst in letzter Sekunde vom zuständigen Seelsorger gerettet. Der Kurzroman »Keine spielt wie Gisela« endet mit einer Mahnung des Jugendpfarrers Linz: »Uns ist in der Bibel nicht alle Tage Sonnenschein verheißen. Jesus sagte nur: Ich bin bei euch alle Tage. Das macht ein junges Leben fröhlich, auch in der Schule – ja, Gisela?« Gisela schämt sich, und alles ist gut. Von der Lektüre anderer Presseorgane wie »Quick« und »Stern« mußte Rau entschieden abraten: »Auch im Winter leicht bekleidete Mädchen. Sie zu kaufen heißt sein Taschengeld ebenso schnell wie nutzlos ausgeben.«

Da es mit dem geistlichen Beruf nichts werden konnte, gab es für Johannes Rau nur eine Möglichkeit, der Neigung zur Moralpredigt zu folgen und am Ende die Gemeinde doch noch zu übernehmen: Er ging in die Politik. 1954 trat er der »Gesamtdeutschen Volkspartei« Gustav Heinemanns bei und wechselte 1957 nach vernichtenden Wahlergebnissen mit diesem zur SPD. Das war wohlgetan, entdeckte Rau doch alsbald »die gemeinsame Verantwortung von Kirchen und Sozialdemokratie bei der Bewältigung der Zukunft« sowie unverkennbare Ähnlichkeiten von Bergpredigt und Godesberger Programm. 1958, im Alter von 27 Jahren, errang Rau sein erstes Landtagsmandat und fortan diverse weitere politische Ämter. Und wäre es nicht immer nur die Verantwortung gewesen, die ihn trieb, so müßte man ihn wohl einen Karrieristen nennen. Im Winterhalbjahr 1969-70 war er Oberbürgermeister von Wuppertal. An dieses »schönste Amt« erinnert er sich noch heute mit Wehmut, und er dankt dafür, »daß wir es in Wuppertal mit einer Verwaltung zu tun haben, die diese Stadt lieb hat«.

1978 wurde Rau zum Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens gewählt. Erst zwanzig Jahre später und nur mit der glaubhaften Beteuerung, noch größere Verantwortung stehe bevor, gelang es seinen Genossen, ihn aus der Düsseldorfer Staatskanzlei herauszulocken. Rau bilanziert seine Leistungen so: »Wir haben in den vergangenen zwanzig Jahren viel für unser Land erreicht. Wir haben dafür auch Begriffe geprägt, die ... zu Markenzeichen der nordrhein-westfälischen SPD geworden sind. Ihr kennt sie alle: Das Bündnis der Vernunft, die solidarische Gesellschaft, die ökologische und

ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens in sozialer Verantwortung, die Kombination von Bodenhaftung und Perspektive, die Erneuerung aus Erfahrung – und für mich füge ich hinzu, und ich bleibe dabei: Versöhnen statt spalten.«

Auf einem Bundesparteitag der SPD sprach Johannes Rau einst den Gedanken aus, um die Jugend zu motivieren, brauche es modernere Events: »Ich denke dabei an Veranstaltungen wie den Kirchentag.« Seitdem wächst die Sorge, Rau wolle die ganze Welt in einen großen Kirchentag verwandeln. Wenn ihm das gelingt – und nur dann – , gewinnen auch manche seiner politischen Einsichten den Anschein von Wahrheit: »Im Kampf gegen die Not und gegen die Bedrohung durch den Hunger ist Solidarität notwendig zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, damit beide überleben und leben können.« Oder: »Die Menschheit ist vor allem durch die gewaltige ökonomisch-soziale Entwicklung zu einer faktischen Solidargemeinschaft geworden, die durch nichts mehr aus der Welt zu schaffen ist.« Oder: »In einer verantwortlichen Gesellschaft, die die Gesellschaft der Menschenwürde ist, kann der Mensch in keinem Bereich seines gesellschaftlichen Tuns bloßes Objekt bleiben – am wenigsten an seinem Arbeitsplatz, an dem er wesentliche Kräfte seines Menschseins einbringt im solidarischen Zusammenwirken mit allen anderen.« Solange aber die Welt sich weigert, der Barmer Gemeinde nachzueifern, muß sie unverstanden bleiben: »Viele Menschen, auch ich, können das nicht mehr verstehen. Sie verstehen nicht, wie das zusammengeht. Auf der einen Seite steigende Dividenden, Rekordmarken an den Aktienbörsen, auf der anderen Seite Rekordmarken bei der Arbeitslosigkeit; goldene Bilanzen und schwarze Arbeitslosenstatistiken.« Also hofft Rau auf den »unternehmenden Unternehmer«, der Arbeitsplätze schafft aus sozialer Verantwortung.

Der Bundespräsident Rau will »Akzente setzen durch die Kraft des Wortes« und seine »Gaben einbringen«. Seine rhetorischen Qualitäten hat er des öfteren bewiesen: »Wir müssen dafür sorgen, daß wirtschaftliche Dynamik nicht zu sozialem Dynamit wird.« Historische Gedenk- und Feiertage können ihn nicht überraschen. An jedem 27. Januar wird er sagen: »In Auschwitz sind die Menschen befreit worden durch die Amerikaner und nicht durch deutschen Beitrag.« Und der zweite Teil dieser Behauptung wird nicht einmal zu widerlegen sein. Am 9. November, den es eigentlich in jedem Jahr dreimal geben müßte, wird man vielleicht dieses hören: »Gustav Noske ist auch in meiner Partei umstritten. Aber sein Beitrag war unverzichtbar.« Und an allen anderen Tagen gilt: »Versöhnen statt spalten, den Anstand wahren, zusammenführen und den Grenzen ihren trennenden Charakter nehmen, Gräben zuschütten – bleibt meine Lebensmelodie.«

Nach dem Krieg gegen Jugoslawien wird man die Verantwortung vergessen und sich wieder praktischen Fragen widmen können. Die Jugoslawen werden neue Brücken brauchen, was aber brauchen wir? Einen Ruck, wie ihn Raus Amtsvorgänger empfahl? Wahrscheinlich nicht: »Diese ›Ruck-Rede‹ war so allgemein, daß ich jedenfalls nicht erkennen konnte, wohin der Ruck geht und wem er abgefordert wird.« Johannes Rau wird uns vermutlich mit einer Brücken-Rede aufrütteln: »Wir brauchen neue Brücken. Neue Brücken bauen, das heißt: Ja zu Konflikt und Konsens und Nein zu Konfrontation und Fundamentalismus jeder Art. Wir brauchen neue Brücken in einer Gesellschaft, die aueinanderzudriften droht. Wir brauchen neue Brücken zwischen Jungen und Alten. Wir brauchen neue Brücken zwischen Familie und Beruf. Wir brauchen neue Brücken zwischen dem, was technologisch möglich ist und dem, was wünschenswert und verantwortbar ist. Wir brauchen neue Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichen Regionen.« Außerdem brauchen wir »das Gespräch mit den Gesprächsfähigen und den Gesprächsbereiten. Wir brauchen neue Brücken im vereinten Deutschland zwischen Ost und West.« Und niemand wird sich einbilden können, er sei nicht gemeint. Denn vor diesem Hirten wird jeder zum Schaf: »Ich will zusammenführen und nicht ausgrenzen. Denn unser Land braucht unser ganzes Volk. Damit alle stolz sein können auf unser Land.«

Ganz Nordrhein-Westfalen rühmt seit langem Johannes Raus herzlichen Humor, der nun in deutschem Namen über alle Welt kommen wird. Zu seiner besten Zeit konnte Rau den Wuppertaler Ratskeller mit allerhand Anekdoten und Schnurren nächtelang erheitern. Die Gräfin Dönhoff vermutet sogar, diese Gottesgabe sei eine Ursache seines dauernden politischen Erfolgs: »Dreimal hat die SPD unter seiner Führung bei Landtagswahlen die absolute Mehrheit erreicht, was nicht zuletzt mit seiner Fröhlichkeit und seinem Humor zusammenhängen mag, der übrigens nichts mit Stammtischwitz zu tun hat.« Wenn Sie demnächst einmal ins Schloß Bellevue eingeladen werden, weil Sie das Gespräch suchen oder Brücken bauen, dann müssen Sie mithin keine Frau befürchten, die zum Arzt kommt, wohl aber einen paarungswilligen Eisenbahner: »Reichsbahnbeamter, 50 Jahre, wünscht Heirat. Damen wollen Adresse mit Bild und Vermögen einsenden. Also meldet eine Zeitung 1928.« Und darüber werden Sie, sofern Sie gut beraten sind, auch nach mehr als siebzig Jahren noch lachen. Nicht lachen dürfen Sie, wenn der Bundespräsident Ihnen sagt: »Die Welt mag im Argen liegen, aber da soll sie nicht liegenbleiben.« Sowas meint er ernst.

Konkret 06/99, S. 40

Otto Köhler

Ziel und Scheibe

Wie Rudolf Scharping deutschen Unternehmern Kriegsrapport erstattete

Als König Heinrich IV. anno 1077 nicht mehr wußte, wie er aus der Acht und dem Bann durch Papst Gregor VII. herauskommen sollte, machte er es fast so wie Verteidigungsminister Rudolf Scharping in 1999. Er ging erstmal nach Canossa. Drei Tage lang mußte der Beherrscher Deutschlands bei strenger Kälte barfuß und mit härenem Gewand im Burggraben büßend auf die Gnade des Papstes warten, da endlich ward der Bann gelöst.

Natürlich steht Deutschland nicht in Acht und Bann. Heutzutage doch nicht mehr. Aber es war vorauszusehen, daß es wieder überflüssige Randbemerkungen geben würde, wenn Deutschland in seinen Dritten Krieg in diesem Jahrhundert zieht, von wegen Auschwitz und so.

Darum packte Rudolf Scharping mutig den Stier an den Hörnern. Er marschierte, na ja, er flog wohl, nach Auschwitz, direkt vor die Verbrennungsöfen. Und er nahm auch seine Soldaten mit. In Uniform. In der modernisierten Uniform des deutschen Soldaten, der bis 1945 die Aufrechterhaltung eines ungestörten Betriebes in Auschwitz ebenso wie die ungefährdete Lieferung des dazu unerläßlichen Menschenmaterials unter Einsatz des eigenen Lebens sicherte.

Es ist gut, wenn man – wie der Klassensprecher aus dem Westerwald – seine Schullektionen ordentlich gelernt hat. Kranzablage. Aufrichtige Reue. Und damit vollkommener Ablaß. Deutschland konnte jetzt endlich wieder in den Krieg. Das Truppenkommando, das er mitführte, bestand aus sorgfältig ausgewählten Soldaten, die vorher geschult wurden, in Auschwitz nichts Falsches zu sagen, und einer sagte genau das Richtige ins Mikrofon: Er habe bei dem Ausflug nach Auschwitz gelernt, daß man den Anfängen wehren müsse, und zwar jetzt, bitte, im Kosovo. Gesagt, getan. Und die neue Kampfparole heißt: Bist du gegen den Angriff auf Jugoslawien, dann bist du für ein neues Auschwitz.

Als der neue deutsche Krieg schon vier Wochen alt war, erzählte Rudolf Scharping in vertrauenswürdigem Kreis ein bewegendes Erlebnis. Er habe in diesen Tagen einen Brief bekommen, von einem Mann, den er schätze, aber nicht kenne, nämlich Pavel Kohout: »Und er schrieb mir aus Wien neben ein paar freundlichen persönlichen Bemerkungen eine Überlegung, von der ich denke, die ist eigentlich richtig. Nachdem er, so schreibt er mir, über viele Jahren die Deutschen versucht hat zu überzeugen, daß sie – Gedankenstrich – nachdem sie in diesem Jahrhundert zweimal für Unrecht kämpfen mußten, es jetzt doch wollen sollten, für Recht kämpfen zu können ...«

Scharping stieß an dieser Stelle seines komplizierten Satzgebildes jenes um Zustimmung heischende knappe »Nhä« aus, das ihm in seriöser Umgebung den Schlag auf die Schulter ersetzt, und fuhr fort: »Das ist ein interessanter Gedanke, und dahinter steckt etwas anderes, was ich ja als den eigentlichen Gewinn der letzten fünfzig Jahre betrachte: Europa ging es immer schlecht und den Deutschen in Europa allemal, wenn Deutschland gegen Europa stand.« Doch wann stand Deutschland je gegen Europa? Schon Dr. Goebbels wurde von 1941 bis 1945 nicht müde zu unterstreichen, daß Deutschland Europa gegen den Bolschewismus verteidigt.

Jetzt endlich sollen die Deutschen für das Recht kämpfen wollen. Dürfen! Ja, müssen! Scharping begeisterte mit seiner Vision ein ebenso sach- wie einverständiges Publikum. Zehn Tage vor seinem Ludwigshafener debakulösen Auftritt (»Mörder Scharping«) am 1. Mai wurde der immer noch als Verteidigungsminister Tätige in der European Business School im hessischen Weinstädtchen Oestrich-Winkel auf das freundlichste empfangen, wurde seine Rede (»Deutschland in der Nato – Zusammenarbeit mit neuen Partnern«) liebevoll belächelt und beklatscht – der anpassungsfreudige junge Mann bemühte sich auch wirklich redlich: »Wir in Deutschland sollten nicht vergessen, was die Nato praktisch für uns bedeutet hat. Nämlich nicht nur eine Sicherheit vor militärischer Bedrohung. Das wäre das beengte, das ältere Denken.«

Das neuere ist offensiver, auch wenn dies die Bürgerrechtler im Osten, war hier ja keiner dabei, ärgern sollte: »Ohne die Nato und ohne die Partner in der Nato wäre auch sehr schwer vorstellbar, wie nach dem Epochenbruch des Jahres 1989 wir so fast lautlos die deutsche Einheit, jedenfalls die staatliche Einheit erreicht hätten.« Und dann – man muß verstehen, daß die Pressestelle des Verteidigungsministeriums seinen Redetext nicht zur Verfügung stellte, es fand sich aber ein Mitschnitt – verriet Scharping auch das Geheimnis seiner eigenen transatlantischen Kurzangebundenheit: »Vielleicht ist diese außenpolitische Lautlosigkeit auch eine Ursache dafür, daß man die historische Dimension dieses Vorganges und seine anderen damit verbundenen Dimensionen wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und politischer Natur manchmal für etwas zu gering eingeschätzt hat.« Wie wahr. Der Minister versteht die Nato »als ein auch in Zukunft unverzichtbares Element und Fundament unserer gemeinsamen Sicherheit in Europa und für Europa, und das wird auch im 21. Jahrhundert so bleiben«.

Die Nato habe nämlich, verriet er weiter, »auf eine sehr erstaunliche Weise ein Netz der Kooperation über Europa gespannt ... Als ich zum ersten Mal in dieser Eigenschaft als Bundesminister der Verteidigung im Dezember letzten Jahres in Brüssel

saß bei dem Verteidigungsministertreffen, da sah ich dann im Programm: ›Europe-Atlantic Partnership Council‹, und ich sagte mir, was ist denn das? Und da saßen wir da in einer großen Runde und wie das englische Alphabet« – in diesem Fall das US-amerikanische – »es einem nahebringt, neben mir sitzt dann der georgische Verteidigungsminister, dann ein bißchen weiter der griechische, und gegenüber saßen dann zum Beispiel Lettland und Litauen, aber auch Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan waren alle da.« Glucksendes Lachen – der hat es also auch schon gemerkt. »Und was sich so scheinbar locker erzählt, heißt aber«, führte der zufrieden grienende »Held der Stunde« (»Bunte«) fort, »daß die früher unterjochten, unterdrückten, in der sowjetischen Hegemonie gefangenen Länder auf diese Weise ein Forum gefunden haben, wo ein so ganz kleines Land wie Moldawien oder Litauen oder andere völlig gleichberechtigt mit dem großem Nachbarn Rußland reden können.« Das sollen sie ja auch – völlig gleichberechtigt mit Rußland. Nicht mit den USA.

Und die neuen Nato-Kommunikationsstrukturen, dieses eng geknüpfte Netz, wie praktisch die doch auch für das Neue Große Deutschland sind, Scharping freut sich: »Wenn ich mir das Programm des German Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen anschaue oder das Programm des Zentrums für Innere Führung, ich könnte Ihnen vieler solcher Beispiele nennen, dann wird viel praktischer, was man manchmal in allgemeinen Politikerreden hinter einer schwer durchschaubaren Floskel von einer euroatlantischen Partnerschaft tatsächlich verbirgt, nämlich ein sehr direktes Netz des engen Austausches in multinationalen Zusammenhängen.«

Scharping stolz: »Wenn man zum Beispiel weiß, daß in Osteuropa mittlerweile drei Verteidigungsminister sind, die Absolventen des German Marshall Centers in Garmisch-Partenkirchen sind. Wenn man weiß, daß mit Tschechien, mit Polen, mit Ungarn jedes Jahr allein auf dem Felde der Sicherheitspolitik über hundert pro Jahr direkte Kontakte von Streitkräften haben, dann« – ja ist dann Europa endlich wieder deutsch? Ach was. – »dann kann man sich ungefähr vorstellen welche demokratiestabilisierende, kooperationsfördernde und auf diese Weise friedenssichernde Rolle da wahrgenommen wird.« Und solche Friedenssicherung ist ja auch endlich wieder wichtig geworden, Scharping blickt zurück: »Es ist ja auch so, daß jeder vor zehn Jahren, ich sag es mal ganz salopp, für verrückt erklärt worden wäre, wenn einer gewagt hätte zu prophezeien, daß auf dem Balkan ein Krieg ausbrechen wird.«

Ja, ausbrechen. Wie Kriege das nun mal so tun. Scharping spulte mittlerweile sein Repertoire der »humanitären Katastrophe« ab, egal ob er damit eine Katastrophe des Humanitären meint oder eine Katastrophe, die humanitär sei, oder ob er da überhaupt nicht weiß, was er sagt. Seine Beschwerde vom Kriegsbeginn, daß die Nato in der »Schlacht um Information und Propaganda« zu wenig Bilddokumente herausrücke, war inzwischen mit brauchbarem Material befriedigt worden, und so legte er los: »Man kann es in schrecklichen Bildern ausdrücken ... Man kann es auch ausdrücken in schrecklichen Erlebnissen. Ich hoffe, Sie verstehen mich richtig. Wir sollten auch wegen der Klarheit unseres Wissens und der Entschlossenheit unseres politischen Handelns keine Illusionen darüber aufkommen lassen, was dort wirklich geschieht.«

Leichenberge und Flüchtlingsströme hatte er im Februar angekündigt, falls die Nato nicht angreife. Nun hatte sie angegriffen, und Scharping konnte trotzdem seinen Satzbaukasten nutzen: »Wenn ich leider sehr ernstzunehmende Berichte höre, daß innerhalb einer Nacht ein Stadtteil Pristinas geräumt wurde, daß dreitausend Menschen zusammengetrieben wurden, daß man am nächsten Tag nicht mehr feststellen konnte, wo diese Menschen waren, wohl aber Leichenberge auf dem Friedhof selbst, dann ist das ein solches Beispiel. Wenn ich höre, daß in einem kleinen Ort achtundzwanzig Lehrer einer Schule aus den Klassenzimmern herausgetrieben und vor den Augen ihrer Schülerinnen und Schüler erhängt wurden, dann ist das ein zweites Beispiel. Und wenn einem Flüchtlinge erzählen, und das nicht einmal, sondern mehrfach, daß man Frauen ihre Kinder aus den Armen reißt und ihre Köpfe abschneidet, um mit ihnen Fußball zu spielen, wenn ermordeten Schwangeren der Bauch aufgeschlitzt wird und der Fötus erst gegrillt und dann in den Bauch zurückgelegt wird ... Wenn man dieses alles weiß, hoffe ich, kommt jedem in Deutschland die eine oder andere Erinnerung hoch.«

Ja, kommt hoch. Und Scharpings Blood-and-Thrill-Programm ist nun richtig ins Rollen gekommen: »Im Januar gab es auch das Massaker von Racak. Und nur wer es aushält, den Film vom ›Schweigen der Lämmer‹ zu sehen, der sollte sich zutrauen, diesen Bericht zu lesen.« Massaker? Als der Racak-Bericht der finnischen Ärztekommission nach immer neuen Verzögerungen durchs deutsche Außenministerium endlich vorgelegt werden durfte, war darin von einem Massaker keine Rede.

Scharpings Publikum an der European Business School war im Gegensatz zu den Störern vom 1. Mai in Ludwigshafen angenehm berührt. Ein älterer Herr sprach es unter kräftigem Beifall aus: »Die meisten von uns, die hier sitzen, werden, glaube ich, alle paar Tage in Diskussionen hineingezogen von Kritikern des Einsatzes deutscher Soldaten im Kosovo. Wir, zumindest ich und meine Freunde, die, das möchte ich hier nicht verhehlen, Ihre Tätigkeit mit großem Respekt und mit hoher Zustimmung verfolgen und es geradezu als einen Glücksfall empfinden, daß Sie entgegen ihrer ursprünglichen Absichten in das Kabinett eingetreten sind, wir sind immer dabei, ihre Position zu verteidigen.«

Es gab Komplimente in diesem sachverständigen Kreis für die entschlossene Haltung der rotgrünen Koalition, aber auch leichte Kritik an den Kriegsdissidenten im Kabinett, den einen Minister da und die andere Staatssekretärin. Doch Scharping konnte beruhigen: »Die Entwicklung, die bei den Grünen stattgefunden hat, ist ja noch beachtlicher als die, die in der

sozialdemokratischen Partei stattgefunden hat.« Und grinste schon wieder fröhlich – stolzer Schulsprecher vor dem Direktor. Sein Unternehmerpublikum dankte mit vergnügtem und heftigem Beifall. »Ich kann mir das eher leisten«, fügte Scharping strahlend hinzu, »als andere, so etwas zu sagen.« Den Rest verschluckte das Gelächter des nun restlos einverstandenen Publikums.

Als Scharping dann aber gefragt wurde, warum man eigentlich so lange gewartet habe, gegen das Unrecht in Jugoslawien vorzugehen, da wäre ihm beinahe ein gerade an diesem Ort des internationalen Geschäftsinteresses unverzeihlicher Fauxpas unterlaufen. Er sprach: »Es ist manchmal unausweichlich, sich mit Diktaturen, auch mit Unrecht zu arrangieren, weil man es anders nicht überwinden kann, mag sein. Aber in diesem Fall vermag ich nicht zu erkennen, warum dies eine Erklärung sein sollte, man mag es vielleicht gegenüber China – Entschuldigung, der Zusammenhang ist falsch, man dürfte ihn eigentlich so gar nicht herstellen. Ich sprach von dem Dilemma, in dem man steckt.«

Vom noch ausstehenden versehentlichen Angriff auf die chinesische Botschaft hatte man den Minister zu diesem Zeitpunkt noch nicht unterrichten können, den himmlischen Frieden hatte er gerade noch gewahrt und für den höllischen ist keiner zu haben; Scharping: »Aber es ist so, daß man leider sagen muß: Die westlichen Staaten hätten die Möglichkeit gehabt, das Ende des bosnischen Krieges zugleich zu einem Ende dieser diktatorischen Terrorherrschaft zu machen, das haben sie nicht genutzt.« Mit sichtbarer Entschlossenheit fügte er hinzu: »Aber es zwingt uns ja auch niemand, diese Fehler zu wiederholen. Man kann ja aus ihnen lernen.«

Und Bodenkrieg, fragt ein älterer, offensichtlich geländekundiger Herr, geht dann nicht alles schneller? Scharping hatte – Tito sei Dank – keine gute Anwort: »Die Gefahr ist, daß wir uns in einem dauerhaften Partisanenkrieg befinden werden.« Pause. Und dann schob er noch sein jetzt etwas zaghafteres »Nhä« nach. Erschrecktes, ja respektvolles Schweigen im Publikum, in dem mancher wohl schon mal Bodenberührung mit Jugoslawien gehabt hatte. Und gottlob überlebte, es hätten sonst nach dem großdeutschen Tarif hundert Zivilisten mit ihrem Leben für ihn zahlen müssen.

Trotzdem meldete sich etwas später ein jüngerer Herr – offensichtlich ohne Balkanbodeneinsatzerfahrung und fragte, ob es nicht wenigstens eine Planung für einen Landkrieg in Jugoslawien gebe: »Sie werden«, wandte er sich an den Minister, »mir das heute hier sicher nicht in allen Einzelheiten darlegen können, ist mir klar, aber wenigstens die Aussage, es gibt diese Planung, das wäre mein Wunsch, das würde ich gerne von Ihnen hören.« Scharping blieb beweglich: Nein, eine solche Planung mit Bodentruppen gebe es nicht. Aber: »Sie wissen das doch auch aus Unternehmen: Nicht alles, was sich ein Unternehmen an strategischer Planung vornimmt, ja noch nicht einmal, was es sich als strategisches Ziel vornimmt, wird öffentlich dargestellt.« Und in dem Zusammenhang mit dem, was Politik zu tun habe, sei es, er hob die Stimme, »unabweisbar notwendig: Natürlich muß das Ziel überzeugend klar sein, ich denke, das ist es. Welche Mittel man einsetzt, hängt von so vielen auch von uns gar nicht beeinflußbaren Faktoren ab, daß man besser nicht anfängt, sich zum Sklaven eines Plans zu machen.«

Alles ist möglich. Aber darüber waren sich Kenner der Sozialdemokratie und der Grünen schon bei Antritt dieser Regierung im klaren, auch wenn sie vergebens wähnten, daß zum Ende des Jahrhunderts vielleicht einmal doch nicht alles möglich sei. Scharping versicherte, es gebe »eine klare Zielvorstellung« – er sprach sie nicht aus. Und: »Es gibt eine genaue Übersicht über die Instrumente, die wir haben – und unter welchen Kriterien man das einsetzen kann.«

Ach ja, wie eigentlich endete die Geschichte mit Heinrich IV. und dem Papst? Genau so, wie in der Zielvorstellung des Deutschen kalkuliert. 1080 wird er zwar von Papst Gregor ein zweites Mal gebannt. Nützt nichts: König Heinrich erklärt Gregor für abgesetzt, hat sofort einen Gegenpapst zur Hand, erobert schließlich Rom und wird vom eigenen Papst zum Kaiser gekrönt. 1085 verkündete er den Nato-Frieden – Gottesfrieden nannte man das damals – für die ganze Welt. Deutschland triumphierte. Gregor floh und kam um. Und so wird es allen gehen, die noch einmal unbefugt die durch Scharpings Reuekommando eroberte Auschwitzkeule gegen Deutschland erheben.

Konkret 06/99, S. 43

Karl-Heinz Hansen

Wir helfen Naumann aufs Pferd III

Schröders Kulturbeauftragter Michael Naumann hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Ehe der deutsche Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Klaus Naumann, sich Anfang Mai vom Dienst verabschiedete, hat er nicht nur den viel zu laschen Luftkrieg gegen Jugoslawien gerügt, sondern auch einen Vorschlag zur Erhöhung der Truppenmoral gemacht: Es müsse ein Tapferkeitsorden her für deutsche Soldaten im Kampfeinsatz und dazu sei das Eiserne Kreuz am besten geeignet, weil es »eine gute Tradition« habe.

Tradition war, die Stiftung des Eisernen Kreuzes durch Wilhelm I. von 1870 jeweils zu Beginn des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zu erneuern. Meint Naumann, für die Erneuerung des Ordens vor dem Dritten sei Eile geboten, auf daß die Brüste deutscher Soldaten nach einem Auslandseinsatz für Sicherheit und Ordnung nicht undekoriert bleiben oder wenigstens die Plastiksäcke mit ihren Leichen nicht ungeschmückt zurückkehren? Will er hintenrum das Ritterkreuz wieder einführen, Hitlers »Neue Klasse« des Eisernen Kreuzes, die er 7.318 treuen Kriegshelden in Wehrmacht und Waffen-SS verliehen hatte? Womöglich garniert mit herkömmlichem Grünzeug an Schwertern und Brillanten?

Zuzutrauen wäre es Herrn General Naumann. Hatte er doch schon als Generalinspekteur der Bundeswehr seinen Offizieren »Weichheit und Verzagtheit« vorgeworfen und sie frühzeitig auf die neuen Chancen weltweiter kriegerischer Bewährung eingestimmt: »Es ist das erste Mal seit 1944, daß deutsche Soldaten in größerer Zahl am Heiligen Abend im Einsatz sind« (Kambodscha, Weihnachten 1992). Aber vielleicht wollte er nur zeigen, wie treu er in der Tradition seines Vorgängers in den Ämtern des Generalinspekteurs und des Militärauschußvorsitzenden der NATO steht, eines besonderen Paten für eine besondere Kaserne in einer besonderen Region: Adolf Heusinger (1897 – 1982).

Die »General Heusinger Kaserne« steht in der Rommelstraße 31, 97762 Hammelburg. Während ihrer »Kontingentausbildung« – auf deutsch: Vorbereitung für den Balkankrieg – im »Übungsdorf Bonnland« des »UN Training Center« filmten sich 1996 deutsche Soldaten als Bosnier verkleidet in Hinrichtungs- und Vergewaltigungsszenen. Das Training für »Friedensmissionen« wurde im Oktober 1997 auch zweihundert alten Nazis der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V. (OdR)« vorgeführt, die sich seit 1955 zum 43. Mal versammelt hatten. Ministerpräsident Edmund Stoiber grußwortete: »Das Bundestreffen erfährt die Unterstützung der Bundeswehr. Dies zeigt, daß es eine Kontinuität des Erinnerns und des Mahnens an dunkle Zeiten unserer Geschichte gibt.« Und der Kommandeur der Infantrieschule, General Wedde, würdigte das Eiserne Kreuz als »nationales Erkennungszeichen und als Sinnbild für Tapferkeit, Freiheitsliebe und Ritterlichkeit«.

Adolf Heusinger war nicht nur Ritterkreuzträger, sondern auch einer der 31 Generäle und 100 Obersten der Bundeswehr, die dem früheren Generalstab der Wehrmacht angehört hatten, zählt also zu den Schreibtischtätern. Er hatte in vier Armeen gedient und zweimal Karriere gemacht, einmal unter Hitler, ein zweites Mal unter Adenauer.

Von 1915 bis 1918 nahm Heusinger am Ersten Weltkrieg teil, geriet als Leutnant in britische Gefangenschaft, wurde nach seiner Rückkehr in die Reichswehr übernommen und arbeitete ab 1929 im Reichswehrministerium. Von 1931 bis zum 20. Juli 1944 war er ununterbrochen im Generalstab tätig, seit 1937 in der Operationsabteilung des Heeres, deren Chef er 1940 wurde. 1943 beförderte Hitler ihn zum Generalleutnant.

Heusinger hat also an der geheimen Aufrüstung der Reichswehr teilgenommen, stand wie alle seine Offizierskameraden Gewehr bei Fuß, als Hitler 1934 mit der SA-Führung die Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow liquidierte, um bald darauf zur Belohnung den Eid auf den Führer leisten zu dürfen.

Und er hat in Tuchfühlung mit Hitler seine Schlachten am Kartentisch geschlagen und dessen verbrecherische Befehle exekutieren lassen – wie den folgenden, den er am 27. März 1941 unterzeichnete:

»Politisch ist es besonders wichtig, daß der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt wird und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird ...«

Der unerkärte Krieg gegen Jugoslawien begann am 21. April 1941 mit einem Bombardement der Stadt Belgrad. Und es begannen auf Befehl des OKW und des OKH die Massaker der Wehrmacht an den »aufständischen« Männern, Frauen, Kindern, das Erschießen von Juden und Kommunisten, mit der »Sühnequote« 1:100, hundert Jugoslawen für einen verwundeten oder toten Deutschen.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden »Generalstab und OKW« zwar aus formalen Gründen nicht zu einer »verbrecherischen Organisation« erklärt, der moralische Schuldspruch aber war um so eindeutiger:

»Sie sind in großem Maße verantwortlich gewesen für die Leiden und Nöte, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind ... Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffslüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpane akademisch und ohne Folgen geblieben ... Der zeitgenössische deutsche Militarismus erlebte mit seinem jüngsten Verbündeten, dem Nationalsozialismus, eine kurze Blütezeit, wie er sie in der Vergangenheit kaum schöner gekannt hat ... Die Wahrheit ist, daß sie an all diesen Verbrechen rege teilgenommen haben oder in schweigender Zustimmung verharrten ...«

Heusinger war bis 1948 interniert. Danach war er Intimus von General Reinhard Gehlen, der sich mit seinem Geheimwissen über »Fremde Heere Ost« bei den Amerikaner eingekauft hatte und erster Chef des Bundesnachrichtendienstes wurde. Nachdem der Wunschtraum vieler oberster Militärs, 1945 mit den Westallierten nach Osten weiter zu marschieren und den Bolschewismus doch noch auszurotten, sich nicht erfüllt hatte, begünstigte der Koreakrieg alte Ambitionen. Im Oktober 1950 arrangierten die militärischen Berater Konrad Adenauers, Adolf Heusinger und Hans Speidel, ehemals Stabschef Rommels, ein mehrtägiges konspiratives Treffen mit anderen Größen der Hitler-Wehrmacht im Eifelkloster Himmerod.

Die dort verfaßte, erst 1977 veröffentlichte »Denkschrift über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer internationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas« war nicht nur die eigentliche Gründungsurkunde der Bundeswehrmacht, sondern auch die Vollendung der seit Kriegsende betriebenen Geschichtsverfälschungen und Verschönerungsarbeiten an den eigenen Biographien.

Was Globke und Konsorten für die Restauration in Staat und Gesellschaft, das waren Heusinger und Kameraden für die Re-Institutionalisierung der Wehrmacht als Bundeswehr, in ungebrochener Kontinuität schlechter Traditionen, vom Balkenkreuz an Panzern und Flugzeugen über Öffentliche Gelöbnisse und Orden bis zu Gesängen und Kasernennamen. Zusammen mit Speidel (gleicher Jahrgang, fast gleiche Karriere) wurde Heusinger 1955 zum Generalleutnant ernannt; gleichzeitig avancierte er zum Chef des Militärischen Führungsrates im Verteidigungsministerium. 1957 war er der erste Generalinspekteur der Bundeswehr und von 1961 bis 1964 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Ehe Adolf Heusinger 1964 in den Ruhestand trat, wurde die Palette seiner Orden selbstverständlich um das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik mit Stern und Schulterband bereichert.

Konkret 06/99, S. 46

Oliver Tolmein

Chirurgische Schläge ohne Narkose

Militärs bomben gerne und erfolgreich, weil es für den Luftkrieg keine rechtlichen Grenzen gibt

»Nun könnten menschenfreundliche Seelen sich leicht denken, es gebe ein künstliches Entwaffnen oder Niederwerfen des Gegners, ohne zuviel Wunden zu verursachen, und das sei die wahre Tendenz der Kriegskunst. Wie gut sich das auch ausnimmt, so muß man doch diesen Irrtum zerstören, denn in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eins ist, sind die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten. Da der Gebrauch der physischen Gewalt in ihrem ganzen Umfang die Mitwirkung der Intelligenz auf keine Weise ausschließt, so muß der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos bedient, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut. Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen.«
Carl von Clausewitz. *Vom Kriege* (1832)

Im August werden sie 50, so alt wie die Nato: Die vier Genfer Abkommen, die nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichnet und ratifiziert worden sind, um das Paradoxe zu erreichen. Zusammen mit den nochmal gute vierzig Jahre älteren Regelungen der Haager Landkriegsordnung sollten sie dazu beitragen, den Krieg zu zivilisieren. So erfolgreich wie die Nato hat sich das internationale Kriegsrecht, das heute vornehm als »humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten« bezeichnet wird, allerdings nicht durchsetzen können. Das ist einerseits nicht erstaunlich, hat doch, wer einen Krieg beginnt, gerade die Ebene der förmlichen politischen Auseinandersetzungen verlassen, um auf anderem Wege sein Ziel zu erreichen. Andererseits werden militärische Auseinandersetzungen, vom Koreakrieg über Kriege in Mocambique, Somalia, am Golf und jetzt in Jugoslawien immer häufiger im Namen der UNO oder zur Sicherung der Menschenrechte geführt, beanspruchen also, »gerechte Kriege« zu sein – ein Anspruch, der sich mit der Idee des rücksichtslosen, nur auf Sieg bedachten Krieges schlecht verträgt.

Eine Form des Krieges, die in besonderem Maße rücksichtslos ist und vor allem auch die Zivilbevölkerung in der attackierten Region in Mitleidenschaft zieht, ist der Luftkrieg: Flugzeuge können Ziele anfliegen, die sonst unerreichbar sind, ihre Bomben bergen ein weitaus größeres Vernichtungspotential in sich als andere Waffen. Der Luftkrieg ist auch immer schon ein High-Tech-Krieg: Wer ihn führen will braucht eine hochentwickelte Rüstungsindustrie und viel Geld, um die Waffensysteme auch kaufen zu können. Deswegen waren es zumeist die Länder, die ärmer waren, oder denen, wie im Ersten Weltkrieg das bis dahin als sichere Insel geltende Großbritannien, die Luftwaffe anderer Staaten erhebliche strategische Nachteile bereiten konnten, die versuchten, den Luftkrieg durch rechtliche Regelungen zu begrenzen.

Am weitesten gediehen war 1923 das von den Vertragsparteien der Haager Landkriegsordnung ausgehandelte Haager Abkommen, das »Regeln des Luftkrieges« kodifzierte: Es wurde zwar von allen großen Staaten unterzeichnet, schließlich aber von keinem einzigen Staat ratifiziert. Das in Artikel 24 enthaltene Verbot, Städte, Dörfer oder Gebäude zu bombardieren, die sich nicht unmittelbar in der Nähe von kämpfenden Landstreitkräften befinden, wurde von den Militärs als zu große Einschränkung empfunden. Und auch eine ausdrückliche Eingrenzung der Bombardierungsobjekte auf genau definierte militärische Ziele wie Waffenfabriken, Kasernen oder militärische Kommunikationseinrichtungen schien den Vertragsparteien schließlich nicht akzeptabel.

Nicht überraschenderweise wurde der Zweite Weltkrieg als besonders brutaler Luftkrieg geführt, dem letztlich keine Regeln galten, und jedes Ziel, das erreicht werden konnte, wurde auch bombardiert: Die ersten Luftangriffe, die sich unterschiedslos gegen Zivilisten und Militär richteten, wurden von der Reichsluftwaffe gegen Warschau, Rotterdam, Belgrad, Coventry und London geflogen. Aber auch die Westalliierten entschieden sich ab 1942 für Flächenbombardements gegen deutsche Städte und schließlich den Atombombenabwurf über Japan. Folgerichtig verzichtete die Anklage in dem Nürnberger Prozessen darauf, die deutschen Bombardements als Kriegsverbrechen zu verhandeln: »Die Ruinen der deutschen und japanischen Städte waren nicht das Ergebnis von Vergeltungsmaßnahmen der Alliierten, sondern von eigenständigen Entscheidungen, und sie bezeugen, daß das Flächenbombardement von Städten anerkannter Bestandteil der modernen Kriegsführung, wie sie von allen modernen Nationen ausgeübt wird, ist« (US-Brigadegeneral Telford Taylor, Chefankläger, in seinem Abschlußbericht zu den Kriegsverbrecherprozessen 1949).

Das Internationale Rote Kreuz mochte nicht anerkennen, daß die unterschiedlose Bombardierung von Zivilisten und Militärs künftig anerkanntes Kriegs-Gewohnheitsrecht sein sollte. Im Zuge des Versuchs, mit den Genfer Konventionen die Kriegsführung allgemein zu zivilisieren, unternahm es deswegen besondere Anstrengungen, den Luftkrieg zu reglementieren. Pierre Boissier, Verhandlungsführer des IRK auf mehreren Konferenzen, illustrierte das Anliegen an einem Beispiel: Wenn ein Armeeoffizier, dessen Truppen in einem feindlichen besetzten Dorf beschossen werden, 25 Zivilisten in einem Dorf exekutieren läßt, verstößt er gegen das Landkriegsrecht und wird als Kriegsverbecher bestraft. Fordert er

dagegen ein Bomberkommando an, um das gesamte Dorf einzuäschern, weil er dort noch ein feindliches Geschütz vermutet, handelt er rechtmäßig, weil es keine Regeln für den Luftkrieg gibt und »kollaterale Schädigungen« erlaubt sind.

Die IRK-Initiativen der 50er und 60er Jahre zur Etablierung eines Luftkriegsrechts, das an die Haager Regeln von 1923 anknüpft, scheiterten aber allesamt – vor allem weil die USA sich kategorisch weigerten, auf den strategischen Vorteil zu verzichten, den ihr die hochentwickelte US Airforce verschaffte. Flächenbombardierungen in Vietnam, der Einsatz von Kampfgasen und Napalm erhitzten zwar international die Gemüter – das einzige Gericht, das sich der verlustreichen Luftkriegsführung aber annahm, war das von Bertrand Russell initiierte »Vietnam-Tribunal«.

Nach Ende des Vietnamkrieges und nach jahrelangen Verhandlungen erzielten die Befürworter eines »modernen« Kriegsrechts einen Durchbruch: 1977 wurden die Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Abkommen beschlossen. Bislang sind 120 Staaten den Abkommen beigetreten. Auch die US-Delegation hat die völkerrechtlichen Verträge unterzeichnet – schließlich aber, nach heftigen Protesten des Pentagon, nicht ratifziert (ebenso wie u. a. auch Frankreich). Zwar regeln auch diese Zusatzprotokolle nicht ausdrücklich den Luftkrieg; Zusatzprotokoll I bezieht in seinen Bestimmungen über den Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte Angriffe aus der Luft nur implizit ein, ohne ausdrückliche Erwähnung. Vor allem das in Artikel 51 des Zusatzprotokolls enthaltene Verbot von Angriffen, bei denen auch mit Verlusten unter der Zivilbevölkerung zu rechnen ist, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen, halten die USA für eine unzulässige Einschränkung der Handlungsfreiheit ihrer Streitkräfte. Neben diesem »Proportionalitäts«-Argument lehnen die Kriegsrechts-Experten der USA auch den Grundgedanken des Zusatzprotokolls I ab, wonach der Angreifer verhindern müsse, daß die Zivilbevölkerung und zivile Objekte getroffen würden: Kontrolle über die Zivilbevölkerung habe schließlich die angegriffene Nation, sie müssen mithin dafür Sorge tragen, daß die Zivilisten aus gefährdeten Regionen und aus der Nähe militärisch wichtiger Objekte evakuiert und dadurch vor »kollateraler Schädigung bzw. Zerstörung« bewahrt würden. Werde die Verantwortung für die Zivilbevölkerung dagegen dem Angreifer aufgebürdet, der die Bombardements ausführe, werde dieser benachteiligt: Militärische Ziele in der Nähe von zivilen Einrichtungen könne er faktisch nicht mehr anfliegen.

Die Weigerung der USA, diese Luftkriegsregelungen zu ratifizieren, wird von manchen Völkerrechtsspezialisten als unbedeutend eingestuft, weil andere Nato-Staaten, auch die Bundesrepublik sie unterzeichnet hätten und diese Anerkennung die Regeln zu völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht machten, das auch die USA anerkennen müsse. Sowohl die Konzeption der Einsätze im Golfkrieg als auch die Strategie des Luftkriegs gegen Jugoslawien zeigen dagegen, daß die Regelungen des Zusatzprotokolls I faktisch wirkungslos sind.

Im Golfkrieg 1991 ist vor allem der »Proportionalitäts-Grundsatz« nicht eingehalten und der Schutz der Zivilbevölkerung einseitig zur Aufgabe Saddam Husseins erklärt worden: Die gezielte Zerstörung des überwiegend von Zivilisten aufgesuchten Amirya Bunkers und der Angriff auf einen zivilen Konvoi zwischen Kuwait und Irak kurz vor Ende des Krieges stellten massive, aber nie geahndete Verstöße gegen das Genfer Zusatzprotokoll I dar. Auch die weitgehende Zerstörung der irakischen Stromversorgung, die nach Berechnungen der Universität Harvard mittelbar und langfristig den Tod von 170.000 irakischen Kindern zur Folge hatte, wird als Verstoß gegen diese Regeln gewertet.

Der Luftkrieg zeigt sich so, gerade mit Blick auf die Einsätze der größten Luftstreitmacht der Welt, der USA, als »weißer Fleck« im internationalen Recht. Das ungeschriebene Gewohnheitsrecht des Krieges kann mit den stets neuen technischen, taktischen und strategischen Entwicklungen, die gerade den Luftkrieg prägen, nicht mithalten. Nicht einmal das einzige, nach dem Zweiten Weltkrieg anerkannte gewohnheitsrechtliche Prinzip, daß nicht absichtlich zivile Ziele um ihrer selbst willen angegriffen werden sollen, entfaltet derzeit Wirkung: Zwar sind die modernen Waffensystem ungleich zielgenauer als die alten. Die geringere Fehlerquote von lasergeleiteten Raketen (15 Prozent gegenüber 75 Prozent bei traditionellen, »dummen« Bomben) kommt der Zivilbevölkerung aber kaum zugute, denn die Militärplaner haben ihre Ziellisten gleichzeitig verfeinert und ausgeweitet. Im Golfkrieg wurden erstmals in großem Maßstab zivile Strom- und Wasser-Versorgungseinrichtungen absichtlich zu militärischen Zielen erklärt und dann attackiert. Im Krieg gegen Jugoslawien haben die Nato-Staaten neben der Stromversorgung und Gebäuden der politischen Parteien einmütig auch das serbische Fernsehen als Teil der Machtstruktur des Staates bezeichnet und damit als Ziel qualifiziert, dessen Zerstörung durch den Grundsatz der »militärischen Notwendigkeit« gerechtfertigt sei. Mit dieser Ausweitung des Begriffes »militärisches Ziel« versucht die Nato offensichtlich, die Tradition des totalen Bombenkrieges, wie er im Zweiten Weltkrieg üblich war, mit den Möglichkeiten des selektiven Bombardements, wie sie heute durch die neuen technischen Entwicklungen möglich sind, zu kombinieren. Inwieweit dieses Vorgehen , dem derzeit kein Land militärisch widerstehen kann, auch politisch und moralisch legitimiert wird, wird sich unter anderem bei den Verhandlungen des Internationalen Gerichtshof in Den Haag erweisen: Die Bundesrepublik Jugoslawien hat wegen einer Vielzahl von Handlungen der Nato Klage gegen die am Krieg beteiligten Mitgliedstaaten erhoben. Ein Punkt ist auch der Angriff auf den Belgrader Fernsehsender, der nicht nur als Luftangriff auf ein nach bisher üblicher Sichtweise ziviles Ziel problematisch ist, sondern auch, weil Journalisten durch Artikel 79 des Zusatzprotokolls I besonders geschützt werden. Wird diese Bombardierung nicht verurteilt, werden in künftigen Kriegen die Reporter und Medien, die negativ über Angriffe berichten, auf der Liste der Luftkriegsziele ganz

nach oben rücken. Über die Bombardierung von Flüchtlingstrecks, von Krankenhäusern und zivilen Wohngebieten wird es dann wohl lange keine Informationen mehr geben.

Daß gerade die Staaten, die immer wieder lauthals betonen, im Interesse der Menschenrechte zu intervenieren, die unter anderem angetreten sind, Kriegsverbrecher vor das Ad-hoc-Tribunal der Vereinten Nationen zu bringen und die mit Verve (und zum Teil auch zu Recht) Grausamkeiten des Gegners anklagen, nicht bereit sind, wenigstens Minimalstandards für die eigene Kriegsführung anzuerkennen, läßt das Humanitäre ihres Engagements in recht fahlem Licht erscheinen. Daß sie die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für die Aburteilung der von ihnen selbst begangenen Verbrechen ablehnen, ist zwar nicht erstaunlich – die USA wurden zuletzt 1986 wegen ihres militärischen Engagements für die Contras in Nicaragua verurteilt, erkannten das Urteil aber nicht an – nimmt ihnen aber doch die Legitimation für diesen angeblich »gerechten Krieg«.

Die ständig verschärften Luftangriffe der Nato ziehen die Bevölkerung massiver als jeder andere Kampfeinsatz in Mitleidenschaft – und das mit Absicht: Die Demoralisierung der gegnerischen Gesellschaft ist, auch im Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, ein ausgesprochenes Kriegsziel. Angesichts dessen mutet die gegenwärtig oft geäußerte Ansicht, die den Luftkrieg als humanitäre Sofortintervention akzeptiert, den Bodenkrieg dagegen als zu blutige Eskalation ablehnt, eigentümlich an: Im Bodenkrieg treffen tatsächlich Miltärs auf Militärs. Die Opfer sind in diesem Fall zu einem erheblich größeren Teil die Kombattanten beider Seiten – ein Grund, weswegen die Generäle ihn so ungern führen. Zudem gelten für den Landkrieg tatsächlich eine Reihe anerkannter rechtlicher Regelungen. Human wird der Krieg auch als Landkrieg nicht. Und auch nicht gerecht, wenn er gegen das Verbot des Angriffskrieges verstößt. Aber es träfe wenigstens häufiger die richtigen Ziele.

Konkret 06/99, S. 48

Thomas Becker

Rivals in Leadership

Mit jeder US-Rakete, die ihr Ziel verfehlt, wird die deutsche Position gestärkt. Je länger sich der Krieg hinzieht, um so besser für die Deutschen

Die folgenschwere Besessenheit, mit der Amerika seine Überlegenheit durch einen Sieg gegen Jugoslawien beweisen will, wird in Deutschland schon von schallendem Gelächter begleitet. Denn Schröder, Scharping und Fischer, die selbst den Krieg mit immer kühner überzeichneten Feindbildern anheizen, während die Öffentlichkeit gleichzeitig mit großspurigen Verhandlungsinitiativen getäuscht wird, gewinnen politisch jeden Tag, den Clinton, Cohen und Albright militärisch verlieren. Jeder amerikanische Fehltreffer ist bares Geld für die deutsche Rüstungsindustrie. Jedes Argument gegen Washington ist ein Argument für Berlin. Da Amerika den Krieg jetzt so führt, wie ihn Deutschland gewollt hat, und da kein anderer den Krieg so führen könnte, gibt es keinen Grund zur Eile. Zögernd ziehen wir in die Schlacht und zweifelnd. Das unterscheidet uns eben von den anderen. Die Bundeswehr ist eine Friedensmacht. Erst wenn die Zeit reif ist, läßt auch Deutschland seine Landstreitkräfte gegen Jugoslawien aufmarschieren – auf keinen Fall zuerst, und nur, um den Nato-Partnern zu Hilfe zu kommen, und nur dort, wo es ungefährlich ist, wo keinem ein blondes Haar gekrümmt werden kann.

So holt man für sich das Optimum aus einer Katastrophe heraus, die man eigenhändig angerichtet hat und nun von anderen ausbaden läßt. Hätte man vor zehn Jahren noch auf die Idee kommen können, Deutschland würde sich mit der Zerschlagung Jugoslawiens unmittelbar nach der Wiedervereinigung übernehmen, so stellt sich die noch unterentwickelte Kampfkraft der Bundeswehr jetzt sogar als vorübergehender Vorteil heraus. Während die USA in der eindimensinalen Logik des Krieges gefangen sind, kann Deutschland, das kaum ein Hundertstel der Flugzeuge im täglich eskalierenden Luftkrieg gegen Jugoslawien stellt, seine außenpolitischen Manöver uneingeschränkt entfalten. Im Vorfeld des Washingtoner Nato-Gipfels zum 50. Geburtstag des Bündnisses machten Scharping und Fischer von diesem Handlungsspielraum ausgiebig Gebrauch.

Indem Scharping sich öffentlich kategorisch gegen den Einsatz von Bodentruppen, aber ebenso unzweideutig für die Fortsetzung der Luftangriffe aussprach, durchkreuzte er die in den amerikanischen Krisenstäben aus Frustration über die Wirkungslosigkeit der bisherigen Kriegsführung Mitte April erkennbare Absicht, den Konflikt durch eine weitere militärische Eskalation siegreich und schnell zu beenden. Noch vor dem Nato-Gipfel hatte man in Washington auf eine entsprechende Übereinkunft im Bündnis gehofft. Deutschland stellte sich quer. Fischer erinnerte am 5. Mai in der Bundestagsdebatte über die Entsendung von Soldaten in den Süden Albaniens daran: »Wir wollten – und das haben wir erreicht – eine solche Entscheidung nicht vor dem Gipfel in Washington treffen, weil die Debatte um das Ja oder Nein von Bodentruppen vorher sehr viele Unklarheiten geschaffen hat und weil wir sonst eine ganz andere Debatte bekommen hätten ... Die Bundesregierung lehnt eine Veränderung ihrer bisherigen Position zum Thema Bodentruppen ab.« Deutschland war und ist an einer schnellen Eskalation des Krieges so wenig interessiert wie an seiner schnellen Beendigung. Um die Katastrophe weiter optimal auszuschlachten, präsentierte das Auswärtige Amt dann am 16. April eine deutsche Initiative für das Kosovo. Auch hier mußte noch vor dem Nato-Gipfel gehandelt werden.

Der sogenannte Fischer-Plan kam zunächst bescheiden als bloße »Operationalisierung« der von der Nato zuvor formulierten Bedingungen für die Einstellung der Luftangriffe gegen Jugoslawien daher. Im Kern war er jedoch eine Kampfansage an die von den USA seit Oktober im Bündnis durchgesetzte Orientierung, militärisch ohne das Plazet der UN vorzugehen – die Kosovo-Truppe sollte bei Fischer wieder UN-geführt sein. Der deutsche Außenminister war damit keineswegs einem Verfassungspatriotismus à la PDS aufgesessen, sondern reflektierte die Eigen- und Sonderinteressen der Bundesrepublik: Mit der militärischen Handlungsfreiheit, die Amerika durch die Degradierung des UN-Sicherheitsrats gewinnen würde, könnte Deutschland nicht in jedem Fall etwas anfangen. »Der Kosovo wird die Ausnahme bleiben«, behauptete Fischer in der Bundestagsdebatte am 5. Mai. Um den Krieg gegen Jugoslawien zu beginnen, war die Umgehung des UN-Sicherheitsrats wegen der absehbaren Gegenstimmen Rußlands und Chinas unumgänglich, aber bei einem Krieg gegen den Irak wird Deutschland sich nicht in die Bündnis-Pflicht nehmen lassen. Fischer: »Die Nato ist ein Sicherheitsbündnis in Europa und für Europa. Alles andere wäre eine Überforderung der Nato und würde sie letztendlich gefährden oder gar auf ihre Zerstörung hinauslaufen.« So wie Amerika seine Macht mit der Nato gegen die Uno demonstriert, demonstriert Deutschland die seine mit der Uno gegen die Nato.

Das dann am 24. April in Washington verabschiedete neue strategische Konzept der Nato formuliert hierzu einen, wie Fischer vor dem Bundestag ausführte, Kompromiß: »Sie müssen die Ausgangspapiere kennen und mit dem abgleichen, was wir jetzt erreicht haben. Das ist ein Kompromiß, selbstverständlich. In der US-Innenpolitik bekommen Sie nichts durch, was eine Unterstellung der Nato unter die UN mit sich brächte«. Ob Kompromiß oder »Doppeldeutigkeit«, wie amerikanische Zeitungen sich ausdrückten – schon die Definition des Einsatzbereiches, den die Nato zukünftig kontrollieren will, ist für Interpretationen offen. Die Nato interessiert sich, wie es in Artikel 6 des Gipfeldokuments heißt,

für alle »Krisen und Konflikte, die den euro-atlantischen Raum betreffen«. Und in Artikel 20 ist von Risiken die Rede, die sich aus »Unsicherheit und Instabilität in und um den euro-atlantischen Raum und die Möglichkeit regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses« ergeben könnten. »Konflikte, die sich aus ökonomischen, sozialen oder politischen Schwierigkeiten, ethnischen Rivalitäten, territorialen Streitigkeiten oder der Auflösung von Staaten entwickeln«, könnten die Nato herausfordern, wenn sie »auf benachbarte Länder, einschließlich Nato-Länder, übergreifen«. Hier hatten die Autoren offensichtlich die Kosovo-Krise vor Augen und hier schien auch Fischer mit seiner Einschränkung Recht zu behalten, daß die Nato ein Interventionsinstrument nur für Europa sei. Doch in Artikel 24 glaubt man deutlich die Handschrift der Weltmacht Amerika zu erkennen: »Die Sicherheit des Bündnisses muß auch den globalen Kontext in Rechnung stellen. Die Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken vielfältigerer Art, einschließlich Terrorismus, Sabotage, organisiertes Verbrechen und der Unterbrechung der Zufuhr vitaler Ressourcen berührt werden«. Hier also endlich schien sich der längst gehegte Verdacht zu bestätigen, die Nato solle nun eine die Erdkugel beherrschende Superpolizei, die anderen Nato-Staaten zu Erfüllungsgehilfen des amerikanischen Weltimperialismus werden.

Diese verbreitete Sicht der Dinge ist im doppelten Wortsinn falsch. Sachlich falsch, weil die Nato ein Bündnis »souveräner Staaten« ist und die Mitgliedschaft im Bündnis »ihre souveräne Verantwortung auf dem Feld der Verteidigung« unberührt läßt (Artikel 8). Die Nato entzieht demnach keinem Mitgliedsstaat die souveräne Entscheidung, ob er zum Erfüllungsgehilfen des amerikanischen Imperialismus werden will oder nicht. Großbritannien beteiligt sich an den Militäraktionen im Nordirak, Deutschland aber nicht; es handelt sich in diesem Fall um keinen Nato-Einsatz, weil es in der Nato keinen entsprechenden Konsens gibt.

Falsch, verlogen ist die deutsche Kritik, daß der Krieg gegen Jugoslawien nur deshalb begonnen wurde, weil »die USA beabsichtigt haben, den Europäern den Einstieg in ihre weit ausgreifende Strategie schmackhaft zu machen« und der Kosovo-Konflikt »als ein Stück ihrer Weltstrategie benutzt und begonnen worden ist« (Rudolf Augstein, »Spiegel« 18/99). Falsch und verlogen ist die deutsche Kritik, weil sich dahinter nur der eigene Größenwahn versteckt. Augsteins Polemik gegen das Machtgefälle zwischen Amerika und Deutschland landet daher zielstrebig in dem Aufruf: »Das kann aber nicht so bleiben.« Als Kronzeugen führt er seinen Außenminister an, der einen Tag vor dem Gipfel in Wahington und anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der Nato am 22. April vor dem Bundestag die Ansprüche Deutschlands direkt aus der neuen historischen Machtkonstellation seit der Wiedervereinigung herleitete: »Der erste Generalsekretar der Nato, Lord Ismay, hat das Gründungsprogramm der Nato in einem sehr einprägsamen Satz zusammengefaßt. Lord Ismay sagte damals, Zweck der Nato sei es, ›to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down‹ ... Dieses Programm galt bis zum Ende des kalten Krieges«. Daß Deutschland zu Beginn gar nicht in der Nato war, habe nicht nur damit zu tun gehabt, »daß die Nato den ehemaligen Kriegsgegner und Feind Deutschland noch nicht wollte, sondem vor allen Dingen damit, daß es ursprünglich einen Widerspruch zwischen der anglo-britischen Gründung der Nato und dem deutsch-französischen Versuch der Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gab. Dieser Widerspruch zwischen der Bindung Deutschlands – von seinem Sicherheitsinteresse her – an die transatlantische Achse und der gleichzeitigen Bindung Deutschlands – von seinem europäischen Interesse her – an die deutsch-französische Achse ist bis heute ein konstitutives Element geblieben und macht die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik über alle Regierungen hinaus aus. Diesen Widerspruch in eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Außenpolitik und in eine Stärkung der europäischen Säule innerhalb der Nato aufzulösen, wird demnach die entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre sein.«

Gerade die Kosovo-Krise verdeutliche, so Fischer, »daß es vor allen Dingen auch um das politische Gewicht der Europäer im Bündnis geht, das heißt darum, inwieweit wir unsere eigenen politischen Interessen im Bündnis zum Tragen bringen können«. Durch die deutsche Initiative für das Kosovo, den Fischer-Plan also, der auf die Einbeziehung des UN-Sicherheitsrats und damit Rußlands abzielte, sei es gelungen, daß die Nato »auf genau dieser Grundlage über das Gipfeldokument« diskutiert habe. Die endgültige Formulierung des dieses Thema behandelnden Artikels 15 fiel jedoch vage aus: »Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Hauptverantwortung für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit und spielt dergestalt eine entscheidende Rolle dabei, zu Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum beizutragen.« Wenn der UN-Sicherheitsrat nur die »Hauptverantwortung« trägt, trägt er nicht unbedingt die alleinige Verantwortung. Dies ist eine Einschränkung der Formulierung aus Artikel 7 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949, denn der damalige Zusatz, daß der (gesamte) Vertrag diese Hauptverantwortung des UN-Sicherheitsrats »nicht antastet«, fehlt im neuen Dokument. Diese Vertragsrevision nach Gusto des State Department wird jedoch konterkariert durch die zugespitzte Formulierung für den »euro-atlantischen Raum« im selben Satz, also die Betonung der »entscheidenden Rolle« der UN, die eher den Intentionen des Auswärtigen Amtes entspricht. Der Kompromißcharakter des verabschiedeten Dokuments zeigt sich genau in solchen Doppeldeutigkeiten: Sowohl den Amerikanern als auch den Deutschen ging es gerade nicht um juristische Klarheit, sondern im Gegenteil um die Erweiterung des jeweils eigenen politischen Handlungsspielraums durch vage Formulierungen.

Unter dem doppelten Druck der Beschränktheit ihrer militärisch verfahrenen Krisenstrategie einerseits und dem von Deutschland initiierten diplomatischen Feuerwerk andererseits mußte Amerika auch in der Stellungnahme des Nato-Gipfels zum Kosovo einer Formulierung zustimmen, nach der eine Wiedereinbeziehung des UN-Sicherheitsrats und Rußlands in

den Verhandlungspoker »gesucht« werde. Andererseits waren noch vor dem Nato-Gipfel die ersten amerikanischen Kampfhubschrauber in Nordalbanien eingetroffen. Je mehr Amerika also in der Logik von Sieg oder Niederlage einen Bodenkrieg gegen Jugoslawien ansteuerte, desto besser konnte Deutschland, dessen militärischer Beitrag kaum ins Gewicht fiel, seine Rolle als vermeintlicher Friedensstifter spielen.

Dieses zeigte auch das G-8-Außenministertreffen am 6. Mai. Mit Zustimmung Rußlands, aber auch Amerikas, wurde dort die Stationierung einer Kosovo-Friedenstruppe, »die von den Vereinten Nationen gebilligt und beschlossen« werden sollte, anvisiert. War in der Stellungnahme des Nato-Gipfels zum Kosovo noch die Nato als »Kern solch einer internationalen militärischen Kraft« genannt worden, so stutzte der G-8-Beschluß damit die Rolle der Amerikaner zurück auf ein abhängiges Exekutivorgan der UN. Das Pentagon konterte: Noch am selben Tag beorderte der amerikanische Verteidigungsminister William Cohen 200 zusätzliche Kampfflugzeuge ins Kriegsgebiet. Am 8. Mai berichtete die »Washington Post« über eine Anfrage des Nato-Oberbefehlshabers Clark, auch das Arsenal an Raketenwerfern entlang der Grenzen Jugoslawiens aufzustocken. Diese sind Teil des taktischen Raketen-Systems der amerikanischen Armee und könnten zusammen mit den Apache-Hubschraubern zum Einsatz kommen. »Mit diesen zusätzlichen Geräten wären wir besser in der Lage, unsere Aufgabe, sieben Tage in der Woche und 24 Stunden pro Tag im Einsatz zu sein, zu erfüllen«, kommentierte Nato-Sprecher Jamie Shea. Und weiter: »Es war nie so wahr, daß die Nato niemals schläft.«

Nachträglich erwies sich eine Passage aus dem G-8-Beschluß als spektakulär, wonach »die chinesische Regierung über die Ergebnisse der heutigen Sitzung (zu) unterrichten« sei. Hintergrund: Der G-8-Plan könnte an einem Veto Pekings im UN-Sicherheitsrat scheitern. Einen Tag nach dem G-8-Gipfel schlugen drei US-Raketen in der Belgrader Botschaft der umworbenen Asiaten ein. Während nach offizieller Lesart ein CIA-Fehler bei der Zielmarkierung verantwortlich für den »tragischen Irrtum« gewesen sei, legen Erkenntnisse der »Sunday Times« ein gezieltes Störmanöver gegen den G-8-Plan nahe: Demnach sind die Geschosse von einer US-amerikanischen Spezialeinheit an Bord einer B-52 abgefeuert worden, die nicht der Nato untersteht. Angelika Beer nutzte den Anlaß jedenfalls zur Mobilisierung der unter den deutschen Kriegsgegnern grassierenden antiamerikanischen Stimmung; nun sei es an Gerhard Schröder, bei seinem anstehenden China-Besuch die Wogen wieder zu glätten; der Luftkrieg gegen Jugoslawien müsse fortgesetzt werden, aber der Fehltreffer komme nicht von ungefähr; seit langem sei erkennbar, daß Deutschland, im Gegensatz zu Amerika, an einer diplomatischen Lösung der Kosovo-Krise interessiert sei.

Konkret 06/99, S. 50

Robert Kurz

Krieg im Paralleluniversum

Kursfeuerwerk und Bombenhagel gehören zusammen wie Science und Fiction

Gute Nachrichten sind schlechte Nachrichten und umgekehrt. Jedenfalls oftmals an der Börse, die bekanntlich schon immer das Tollhaus des Kapitalismus war. Das liegt schlicht in der Natur der Sache: Während das betriebswirtschaftliche Management höchst prosaisch reales Kapital durch die Vernutzung von Arbeitskraft zu verwerten hat, wird an der Börse eine imaginäre Zukunft kapitalisiert. Wie in der Science fiction mit ihren Zeitspielen kann diese Zukunft beliebig viele Verlaufsformen nehmen; der Zeitpfeil erscheint im noch nicht realisierten Bereich als ein verzweigtes System von möglichen Parallelwelten.

So kann (im Gegensatz zum gesunden Menschenverstand) trotz wirtschaftlicher Verluste und verschlechterter Beziehungen zur örtlichen Mafia ein regionaler Krieg wie der gegen Jugoslawien eine gute Nachricht sein; vorausgesetzt, die Nato wird ihn gewinnen und weltmarktwirtschaftliche Ordnung auf dem Balkan schaffen. Umgekehrt wäre eine innerjugoslawische Kompromißregelung ohne Krieg und Vertreibung, aber auch ohne klare weltpolizeiliche Option der Nato für die Zukunft des Balkan, eine schlechte Nachricht gewesen. Das ist keine Frage der Moral, sondern der Phantasie des Geldes. Krieg mit Siegeserwartung treibt die Börse schon immer, wie die »Wirtschaftswoche« zu vermelden weiß: 1942 explodierte der Dow Jones beim Kriegseintritt der USA um 20 Prozent, 1950 beim Korea-Krieg um gut 30 Prozent, 1964/65 beim Beginn des Vietnam-Krieges um 28 Prozent. Und weil für die direkt und indirekt negativ betroffenen Länder das Gegenteil gilt, krachen die Kurse der Möchtegern-Emerging-Markets in Kroatien, Bulgarien oder Rumänien herunter.

Sogar wenn die Börsenkurse selber fallen, kann diese Nachricht für die Börse eine gute Nachricht sein; jedenfalls für den Teil, der auf Baisse gewettet und Verkaufsoptionen (Puts) termingerecht geordert hat. In diesem Fall wäre also die schlechte gute Nachricht, nämlich daß die Nato den Balkan-Krieg nicht in ihrem Sinne beenden kann, wieder eine äußerst gute schlechte gute Nachricht. Es geht eben ziemlich dialektisch zu in der Futurologie des reinen Geldkapitals. Ob der Ereignishorizont, auf den man wettet, dem Kapitalismus insgesamt nützt oder schadet, tut dabei gar nichts zur Sache. Das hat der Börsianer nun wieder mit dem Manager gemein, den die gesellschaftliche Gesamtresultante des betriebswirtschaftlichen Tuns und Treibens auch nicht zu scheren hat. Der Unterschied ist nur der, daß sich die erstere strukturelle Borniertheit im Himmel des Geldkapitals tummelt, die letztere dagegen auf der Erde des Realkapitals. Wenn die »unsichtbare Hand« um sich schlägt und ganze Erdteile verwüstet, trifft sie außer dem gewöhnlichen Menschen und dem Manager natürlich auch den Börsianer; aber es kann sein, daß der das erst mal gar nicht merkt. Zumindest in der Weltversion, in der wir gegenwärtig leben.

Natürlich gibt es zwischen Hausse und Baisse, zwischen Puts und Calls letztlich kein Nullsummenspiel. Wenn die Kurse über einen größeren Zeitraum dramatisch fallen, dann freuen sich zwar zunächst die jeweiligen Inhaber von termingerechten Puts, aber trotzdem kommt die Weltwirtschaftskrise und verschlingt zuletzt auch die glücklichen Schwarzseher. Damit die ganze Veranstaltung ein ewig wiederkehrendes Lotto bleibt, das man rund um die Uhr spielen kann, müssen die Kurse langfristig steigen. Die Einbrüche nach unten sind dann bloß das, was man »Korrekturen« nennt. Insofern dürfen die Baisse-Spieler nur das Salz in der Suppe abgeben und auf keinen Fall die ganze Richtung bestimmen. Die Börse kann zwar schaukeln oder, wie es so schön heißt, »volatil« sein; aber aufs Ganze gesehen muß es nach oben gehen. Weil die Finanzmärkte auf interpretationsfähige Oberflächenereignisse aller Art reagieren, reden die Hausse- und Baisse-Spieler jeweils eine bestimmte Zukunft herbei oder weg. Wenn die Veranstaltung auf Dauer funktionieren soll, muß dabei die Hausse-Tendenz überwiegen, also die kapitalistische Zukunft rosig sein. Was ja kleinere siegreiche Weltordnungskriege durchaus einschließt.

Andererseits können die Ausschläge in die eine oder andere Richtung auch nicht nur dem Zufall folgen, sprich: dem Meinungsgequatsche der Politiker, Notenbanker, Charttechniker und Börsengurus, von denen diese Zukunft interpretiert wird. Die Voraussicht solcher Herrschaften ist weitaus weniger präzise als die Interpretation des Vogelflugs oder die Eingeweideschau der Opfertiere durch antike Priester. Wenn man für die Vorhersage von Kursbewegungen Börsenprofis einerseits mit Hausfrauen konkurrieren läßt und andererseits mit Affen, die Pfeile auf eine Dart-Scheibe werfen, gewinnen in der Regel entweder die Hausfrauen oder die Affen. Die nutzlosesten Geschöpf der Welt sind nicht, wie noch Gustav Meyrink argwöhnte, mülltrennende Pastorengattinnen, sondern diese Palme gebührt den sogenannten Finanzmarktanalysten der Banken und Fonds, deren geistiger Horizont vom Bildschirm der elektronischen Börse begrenzt wird. Die Zukunft der Finanzmärkte ist also selbstverständlich keine Resultante der inkompetenten Voraussagen. Was die Kursbewegung letztlich treibt, kann eigentlich überhaupt keinem endemischen Prozeß des Finanzhimmels entstammen. Wie die Marktpreise realer Waren durch Angebot und Nachfrage nur um einen substantiellen Wert fluktuieren, der durch die Produktivkraftentwicklung bestimmt ist, so schwanken die Finanzmarktkurse (gewissermaßen in zweiter Potenz) um die Realakkumulation des Kapitals, die ihrerseits vom substantiellen Wert der realen Warenproduktion getragen sein muß.

Genau diese notwendige »Erdung« des Finanzhimmels ist durch die Entkoppelung der Finanzmärkte von der Realakkumulation (»Kasinokapitalismus«) seit den 80er Jahren beseitigt worden. Nur institutionell gesehen war das eine Folge der neoliberalen Deregulierung. Tatsächlich lag diese scheinbar rein politisch induzierte Enthemmung der Finanzmärkte in der Logik der an ihre Grenzen stoßenden Realakkumulation selbst: Die auf der Ebene des Realkapitals ökonomisch nicht mehr darstellbare Produktivität der 3. industriellen Revolution machte die (scheinbare) Verselbständigung des Geldkapitals und seiner spekulativen Bewegung geradezu unausweichlich. Seitdem haben wir es mit einer objektiv subjektivierten Science fiction des Finanzkapitals zu tun.

Diese nicht mehr »geerdete« Bewegung der Finanzmärkte wird, solange sie andauert, von keiner ökonomischen Gesetzmäßigkeit des Realkapitals begrenzt. Die »Volatilität« pendelt um keine substantielle Akkumulation, sondern wird willkürlich. Sogar auf den Zusammenbruch des Kapitalismus kann man wetten. Nebenbei bemerkt, ist dies die gesellschaftliche Grundlage von Beliebigkeit, Virtualismus und Maßstabslosigkeit in der postmodernen Ideologie. Für die Börse heißt das, daß die entkoppelte Kursbewegung tatsächlich von zufälligen Ereignissen, subjektiven medialen Interventionen und Interpretationen bestimmt wird. Der Abgang von Oskar Lafontaine als ein-deutig gute, gute, gute Nachricht war dem Seismographen der Finanzmärkte zufolge einige hundert Milliarden DM schwer; eine Woche später konnte das Börsengewicht des Herrn Lafontaine schon wieder gewissermaßen mit einer Briefwaage gewogen werden. Als Anzeiger für die Tendenz der Realakkumulation ist die Finanzmarktbewegung inzwischen ungefähr so sinnvoll wie ein Höhenmesser in einer Rakete auf dem Weg zum Mars.

Das Verhältnis von Maßstab und Gemessenem hat sich sogar auf den Kopf gestellt. Die Börse scheint die reale Warenproduktion zu bestimmen, die Interpretation der Zukunft die Gegenwart. Mit anderen Worten: Wenn man mit genügend Optimismus eine rosige Zukunft herbeiredet, wird sie nicht nur wirklich kommen, sondern trägt schon jetzt den Wirtschaftsprozeß. Die wundersam andauernde US-Konjunktur resultiert nicht aus einer gelingenden aktuellen »Verwertung des Werts«, sondern nur noch aus der Kapitalisierung der imaginären Zukunft, indem die Leute massenhaft ihre Kursgewinne beleihen und damit Waren kaufen. Daran hängt mittlerweile sogar die Weltwirtschaft.

Es ist also für die reale Warenproduktion unerläßlich geworden, daß alle paar Wochen die Sektkorken knallen, um ein neues Allzeithoch des Dow Jones zu feiern. Alle Börsen der Welt dürfen beliebig Achterbahn fahren, nur die in New York nicht. Wenn dort die Baissiers die Oberhand gewinnen, steht der Aufprall der Postmoderne auf die Realität bevor. Gerade der neue Balkankrieg konnte als Treibsatz dienen, um ein neues globales Kursfeuerwerk zu inszenieren, das nicht nur den Dow Jones über die phantastische Marke von 11.000 Punkten getrieben, sondern auch die europäischen und asiatischen Börsen gegen die realökonomischen Tatsachen in eine falsche Euphorie versetzt hat, die allerdings jederzeit umschlagen kann – etwa, wenn aus Versehen die eine oder andere chinesische Botschaft ausradiert wird und der Weltordnungskrieg sich überhaupt zu sehr in die Länge zieht. Der Auftrag der globalen Börsen an die Nato lautet daher: Nun siegt mal schön! Alles andere könnte den längst fälligen katastrophalen Crash auslösen.

Konkret 06/99, S. 52

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Krieg

`s ist Krieg. Und ich weit ab - ich werde jetzt den Teufel tun und unserer Putzfrau gute Gründe schwatzen in die wunde Seele, will

Nicht richten über Schuld und Unschuld ihrer Leute die die Schlacht vom Amselfeld jetzt noch mal schlagen gegen Menschen auf der Flucht

Tod müde beugt die Frau sich über unsre Badewanne seufzt, sie scheuert still den Fettrand weg. Sie fürchtet um den Sohn in Belgrad, wenn die

Boden Kämpfe losgehn, werden sie ihn ziehn. So weint sie sich die Augen aus. Voll Scham schielt hin zu der Kanonenfutter-Mutter

Wolf Biermann mit den müden Vateraugen. Krieg ja, Krieg mein Sohn, `s ist Krieg! und ich, Dein eigen Fleisch und Blut, begehre

Schuld zu sein, mein Einziger! geliebter Sohn. Wenn du von dort zurück mir kommst im Plastiksack, dann weiß ich, wer den gerechten Krieg verloren hat.

Das von verantwortungsbewußtskrupulösem Zähneknirschen musifizierte JA! zum Serbenbombing ist berufsgruppenübergreifend. Größeren Unterhaltungswert als bei sagen wir Förstern, Köchen, Bardamen oder Maurern hat es natürlich aus dem Maul der Gaukler. Aus dem Maul des Grass zum Beispiel, der sich unlängst entsetzlich wehleidig betextete Altersaquarelle aus dem Leibe leierte und eigentlich genug mit seinen Koronargefäßen zu thuen hätte, aber, apropos »mehr Militär wagen«, die Generalstabssau rauslassen und den Natoradierkünstlerkollegen auf die Füße treten mußte, ja nicht »einzuknicken«,? sondern brav aufrecht fort und fort zu bomben. Von allen Maulheldenhaufen das größte Stück Scheiße aber ist von Guitarrero Biermann. Es ist eine fünfteilige »Rede an meinen Sohn« abgedruckt im »Stern« auf zwei Seiten: Links das 'brennende »Hamburg im Juli 1943«, darunter Hölderlins Blödsinn vom Vaterland, das seine Toten nicht zählen solle, denn »dir ist, Liebes! Nicht einer zu viel gefallen«. Rechts das brennende »Belgrad im April 1999«, darunter Claudias' »`s ist leider Krieg und ich begehre / Nicht schuld daran zu sein«. Es ist ein perfektes Stück Scheiße, ausgedrückt von einem umfassend verderbtem Gemüt, und wer es auf den ersten Hieb nicht merkt, dem hilft auch eine lange und breite Exegese nicht auf die Sprünge, nichtwahr, mein Badewannenfettrand, gell, gerechter Krieg, stimmt doch, Plasticksack, oder etwa nicht, müde Vateraugen.

Beim Sender Phönix mal reingeschaut, wo sie den Bielefelder Kriegsparteitag der Grünen übertragen haben; und dabei mehr und mehr (wenn Sie wissen, wie das geht) gedacht, was das wohl für eine Spezies ist, die sich der Natolaufbursche und Gesundheitsfaschist F wie Fischer da zur Akklamation seines Serbenbombings eingeladen hat. Wie kommt es, dachte es in mir mehr und mehr, daß der Mensch, worldwide berühmt für seine intellektuellen Fähigkeiten, sich aus dem Fenster zu lehnen, einen Apfel zu schälen, einen Stau zu umfahren, um nur mal drei zu nennen, an der Kriegsfrage scheitert? Wie kommt es, daß der Mensch seine wunderwunderschöne Totalität als schmerzbegabtes Vernunftwesen einer tageswindigen Notdurftgemeinschaft (boarisch = Scheißheislverein) namens Die Grünen subsumiert und sich hierbei zu einem Kriegstreibertrottel selbstverstümmelt? 25, 30 tausend Bombardierungen Jugoslawiens *inklusive* Kosovo, und bald ist das ganze Land ganz und gar zerhauen, und dieses geschieht dieser Spezies von »Delegierten« aber nur, nur und nochermal nur prost! zum Wohle der »Menschenrechte«, namentlich der Kosovaren, dem ausgeguckten Alibi der Natotollwut. Munizjon, Sprit, Gage für die Piloten - sagen wir zehn Milliarden. Schäden im Zielgebiet hundert Milliarden. Oder zwei oder drei hundert. Tote zu Tausenden.

Und die Gruppe BAP ist fürs Bomben und singt für Luftmatratzen für die Ausgebombten, und Juhnke und die »Bildzeitung« nehmen Albenite (3) in die Bemutterungsmitte, und Juhnke drückt die kleene Miss Kosovo an sein Gutmenschherz. Also was der Dichter fragen will, ist: Wie kann ich als Vollwertphänomen der Kategorie 1 a angesichts all dessen mein Leben als organisierter Angriffskriegsteilbefürworter verpfuschen? Und wie wird's weitergehen? Wird alles

noch verpfuschter?

Nun beschäftigt uns das Werfen

als Äußerungsform *des Menschen. Zum Beispiel gilt das Werfen von Sahnetorten als komisch. Was wäre aus »Dick und Doof« geworden ohne geworfene Sahnetorten, immer ins Gesicht übrigens? ... Nun ist der Außenminister Fischer mit einem stinkenden Farbbeutel beworfen worden, verletzt von einem Mob, der selbstzufrieden in unreflektierter Wut ist, unfähig zur Auseinandersetzung, nicht mal schreiend, nur Trillerpfeifen bedienend. Die rote Farbe. N u r Farbe? Was bedeutet Werfen mit Farbbeuteln? Jemand mit Symbolblut besudeln, der sich im Krieg besudelt hat. Das ist so primitiv, daß man weinen möchte. Eine Ersatzhandlung: -Jemand rot färben, den man gern bluten sähe? Man möchte in diese Gehirne blicken und blickte wohl nur ins Leere. Wir sprachen vom Werfen. Wie oft würfen wir gerne diesem oder jenem dieses oder jenes an den Kopf. Worte, Gegenstände - und tun es nicht? Man nennt es Zivilisation. Schrecklich, wie dünn dieser Firnis ist. Was soll man tun? Pssst: Wir hätten hier ein paar öffentliche Ohrfeigen zur Hand und die eine oder andere Torte ...*

Sagt »Das Streiflicht« der »Süddeutschen Zeitung« in der Ausgabe vom 15./16. Mai. Ja, mei, Schatz, wär am liebsten geneigt man zu sagen, was aber, wenn der mit einem Farbbeutel arid ein paar Dutzend Trillerpfeifen bewaffnete Mob hundertperzentig sicher sein darf, daß mit dem F über meinetwegen den Gottesbeweis diskutiert werden kann, nicht aber über das sofortige Aufhören des- Abwerfens von, verzeih, mein Schatz, den , Scherz, Farbbeuteln auf kosovarische Flüchtlingstrecks, Novi Sader Donaubrücken und Belgrader Presseleute (nebenbei: hast du, mein Schatz, den Angehörigen der zehn getöteten Kolleginnren und Kollegen schon kondoliert?).

Schön Cheri, daß du zu brillieren trachtest mit Interna aus der Kulturgeschichte des Werfens, aber du darfst im Zusammenhang mit deiner Erregung aufgrund der Bekleckerung des Anzugs des F. nicht durchdrehn, maßt denken vorm Schreiben. Denn siehe, Süssi, das ist ja die Manifestation des Zivilisatorischen, daß der das Werfen von Farbbeuteln auf Jugoslawien verantwortende und insofern mit Farbe besudelte F eben nicht wie früher mit einem Kantholz zurechtgewiesen wird, sondern bloß ein bißchen Symbolblut (Obacht - Wortspiel:) abKRIEGt. Der Mob (= Menschen ohne Bomben) ist das Gegenteil von primitiv, er ist entgegen deiner beweiskranken Behauptung, vollhirnig, und, ändern als die Bombing boys, zivilisatorisch top an time. Wie gerne würde ich, der ich ein exorbitanter Kenner der Werfenmaterie bin, mit dir in einen Werfendiskurs einsteigen, bei einer Maß hell im Hirschgarten zu München. Aber mir schwant, daß du einer von der Brigade der unbelehrbaren Ankläger des Farbbeutelwerfens auf Anzüge und Verteidiger des Menschenrechts aufs Werfen von Farbbeuteln aus großer Höhe auf Stadt, Land, Fluß und Mensch bist, halt lediglich der Kamerad Streifschuß beim »Streiflicht«, und so wirz (Pssst! oller Augenzwinkerer) nix mit uns.

Konkret 06/99, S. 54

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Trotzky in the Sky

»Auf dem nationalistischen Blocksberg ist wieder Walpurgisnacht«, hätte Rosa Luxemburg kommentiert. Tatsächlich ist der Jugoslawienkrieg auch die hohe Zeit der Zombies und anderer Untoter die sich aus dem Gruselkabinett der Linksgeschichte zurückmelden und auf dem elektronischen Besen nach Pristina reiten. Unter den fast schon zu Staub zerfallenen Mumien, die aus den Gruften steigen, sind Trotzkisten, ihrem Religionsgründer zum Trotz, wie immer die gruseligsten. »Waffen für die Befreiungsbewegung im Kosovo«, trommelt die österreichische »Gruppe Arbeitermacht« (GAM) in ihrem »Arbeiterinnenstandpunkt«. Auch die deutsche Schwester von der 25. Abspaltung der 4. Internationale namens »Imprekorr« wirbt mit dem Slogan »Weder Nato noch Milosevic - Selbstbestimmung für die Kosovari!«für die schlimmste aller Alternativen und bringt so in Erinnerung, daß sie bereits 1991 mit einem Ustascha-Terroristen auf ihrem Cover für die Sezession Kroatiens Stimmung gemacht hat. Die Konkurrenz von der »Sozialistischen Zeitung« (»Soz«) ist ebenfalls nicht faul, will »grundsätzliche Solidarität« mit der »Befreiungsorganisation UCK« und wettert gegen den »großserbischen Nationalismus«. Selbst die französische LCR, der manche bei den Euro-Wahlen einen Sieg über die PCF zutrauen, propagiert die Bildung neuer »unabhängiger Staaten« auf dem Balkan. »Ist es den Kosovaren, Ibrahim Rugova und der UCK wirklich zu verübeln, sich an den Westen zu wenden und um Unterstützung zu bitten?«fragen zwei geistige Tiefflieger im PDS-Theorieorgan »Disput«. Und auch in der »Interim«, dem Zentralorgan der Ber11nerAutonomen, wird man mit der Frage gequält, ob die UCK nicht irgendwie doch...

Bevor man sich jetzt an Gewaltphantasien erhitzt - gerne würde man den völkischen Geisterfahrern den Ordnungsdienst der untergegangenen SDAJ oder wenigstens die »Antifaschistische Aktion« auf den Hals hetzen - sollte man sich einen Joint drehen und die Sache relaxed betrachten. Vielleicht handelt es sich ja nicht um ideologische Verwirrung, sondern um physiologische Abhängigkeit (Morbus Scharping)? Die Geschichte der neuen Linken als Geschichte von Fixern: Zuerst bezog man das H vom Afghanen und bezahlte mit »Russen raus!«, dann hing man jahrelang an der Nadel der PKK, und seit sich die »Kosovari« den Marktfreigeschossen haben, kriegt man Rabatt nur gegen kleine Liebesdienste für die UCK.

In diesem Fall wäre das Problem mit sanftem Entzug leicht zu lösen: Die linken Gruftis haben es vielleicht noch nicht gemerkt, aber statt der harten Steinzeit-Drogen gibt es mittlerweile postmodernen Designer-Stoff; der besser turnt und viel billiger ist. Warum nicht die Druckmaschinen umrüsten und statt schwer lesbarer Pamphlete bunte Pillen herstellen? » Trotzky in the Sky with Diamonds« - auf dieser »Plattform« entstünde endlich eine 4. Internationale mit Anhang.

Konkret 06/99, S. 54

Jürgen Roth

In diesem Sinne - Deutscher Orden

Ein spektakuläres Comeback, mit dem niemand gerechnet hätte, wird derzeit eingefädelt. Wie die »BamS«Anfang Mai meldete, steht die höchste militärische Auszeichnung der Nazis vor ihrer Rückkehr an die stolz geschwellte Brust des hundsgemeinen deutschen Kriegstreibers: »Kommt das Eiserne Kreuz zurück?« Sehr wahrscheinlich. Der heuer seine Brüsseler Ämter turnusmäßig niederlegende, fernsehweltweit sichtbar zweiundzwanzigfach dekorierte General Klaus Naumann, früher Generalinspekteur der Bundeswehr, demnächst womöglich Generalstaatsanwalt Serbiens, plädiert für die »Neustiftung des Eisernen Kreuzes«: »Das Eiserne Kreuz als Tapferkeitsauszeichnung hat eine gute Tradition in Deutschland seit den Befreiungskriegen. «

Als das deutschnationale Pack der studentischen und anderer Freikorps gegen den Zivilisationsbringer Napoleon wütete, spendierte Friedrich Wilhelm III. das »von Stararchitekt Schinkel« (»BamS«) geschmiedete Monstrum. 1870, erneut stachen und kartätschten &. -preußische Mörderbanden unter tosendem Beifall der Bevölkerung wider den Erzfeind, legte Wilhelm 1. eine neue Variante auf. Die Nazis kultivierten das Eiserne Kreuz zum begehrten Lametta der blöden Lämmer: Es »erhielten 300.000 das E. K.1, 8.370 das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz« (»BamS«).

Max Horkheimer nannte einen General in vollem Wichs den Inbegriff des Obszönen. Dieser Tage, da sich außer Wichsköppen öffentlich kaum jemand mehr sehen resp. vernehmen läßt, dröhnt der Ruf nach erkennbarer Repräsentation des Arschgeigenwesens um so mächtiger und schamloser. »Anders als bei den Alliierten in der Nato«, klagte »BamS«, »gibt es, ur deutsche nur eine Ersatzmedaille«, ein schäbiges Surrogat, das Volker »Stahlhelm« Rühe 1996 anläßlich der ersten »Friedensmission« deutscher Soldaten in die Runde seiner Schützen warf. »Heute«, fuhr BamS fort, »wo zum erstenmal in ihrer Geschichte Bundeswehr-Soldaten im lebensgefährlichen Kampfeinsatz stehen, mehren sich die Stimmen der Politiker, die sich für die Stiftung einer speziellen Tapferkeitsauszeichnung aussprechen.«

Man sollte sie eigentlich abknallen. »Man darf«, wirft FDP-Verteidigungsexperte Günther Nolting ein, »die Wirkung solcher Auszeichnungen auf die Motivation unserer Soldaten nicht unterschätzen« - auf Schuß- und Scheißkraft. Das Kriegsministerium und Hitlerbezwinger Scharping lassen erklären, man »werde darüber nachdenken. Das Eiserne Kreuz ist kein Tabuthema - aber es ist auch kein Thema.«

Gute alte Sozialdemokratie. Wie sprach doch Genosse Schliefke in Karl Kraus' *Die letzten Tage der Menschheit*? »Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei (Oho-Rufe!), sie muß deshalb auch, wenn es die veränderten Verhältnisse erfordern, mit alten Traditionen brechen... - ich meine mit ihren eigenen Traditionen! Sie muß in ihren eigenen Reihen revolutionieren. Sie ist eben eine durch und durch revolutionäre Partei!«

Konkret 06/99, S. 54

Rudolf Scharping

In diesem Sinne - Mein Gefühlsstau, endlich gelöst

Ich weiß nicht, wie es anderen geht, aber ich erinnere mich sehr gut an Erfahrungen, die im Jahre 1968 begonnen haben. Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen: Wenn man sich an das Gefühl der Ohnmacht bei der Besetzung der Tschechoslowakei, an das Gefühl der Ohnmacht bei der Unterdrückung der Charta 77, an das Gefühl der Ohnmacht bei der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen erinnert und das mit seinen ganz persönlichen Erinnerungen verknüpft - ich jedenfalls tue das -, muß man sagen: Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist für meine Begriffe das Gefühl des Skrupels und der Besorgnis angesichts der Handlungszwänge, in denen wir stehen, wesentlich besser zu tragen als dieses Gefühl der völlig hilflosen und wirklich verfluchten Ohnmacht, den Menschen nicht helfen zu können, denen die ganze Sympathie und die ganze politische Unterstützung galt.

Daß wir nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Europa in der Lage sind, unsere Werte und unsere Ideale nicht nur zu reklamieren, sondern mehr für sie zu tun als in den Zeiten davor, finde ich, ist auch ein Teil der Verantwortung, die mit dem Kosovo verbunden ist. Deshalb sage ich, daß angesichts der Realitäten, die sich dort entwickelt haben, angesichts des monatelangen Bemühens um eine politisch vereinbarte Verhandlungslösung und angesichts der grauenhaften Umstände, die dort mittlerweile herrschen, auch das problembeladene Tun immer noch besser ist als jedes Nichtstun. Dieses Nichtstun, das ist der Winkel, in den sich nur die Menschen zurückziehen können, die am Ende aus ihrem Gefühl für Menschen keine praktischen Konsequenzen mehr zu ziehen bereit sind.

(Dieses Geständnis hat Rudolf Scharping zur Kriegserklärung Deutschlands an Jugoslawien am 24. März 1999 vor dem Deutschen Bundestag abgelegt.)

Konkret 06/99, S. 55

Rayk Wieland

Joseph und seine Br□ fer

Liebe Freunde, liebe Gegner, geliebte Gegner: Laßt mich meine Ausführungen mit der gebotenen Offenheit vortragen. Die deutsche, in einem demokratischen Rechtsstaat wie dem unsern selbstverständliche Öffentlichkeit kann die volle Wahrheit vertragen. Sie weiß, wie bedrückend es um die Lage im Kosovo bestellt ist, und sie kann von ihren demokratisch gewählten Vertretern und Verantwortlichen verlangen, aus der katastrophalen Situation die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Gerade wir Deutschen sollten gewappnet sein gegen das Wegschauen und pazifistische Anfälligkeiten. Die Schläge und die Unglücksfälle unserer Geschichte mahnen uns zu zusätzlicher Verantwortung und Entschlossenheit, an einer Friedenslösung fair den Balkan weiterzuarbeiten.

Es ist jetzt nicht mehr der Augenblick, danach zu fragen, wie alles gekommen ist. Das wird einer späteren Rechenschaftslegung überlassen bleiben, die in voller Offenheit erfolgen soll und der Weltöffentlichkeit zeigen wird, daß das Leid, welches den Flüchtlingen in den letzten Wochen widerfahren ist, nicht vergessen wird. Wir werden eines Tages entsetzt sein, wenn offen zutage tritt, was in den Monaten während dieser Handlungen alles geschehen ist.

Wenn ich aber nun über die jüngste Vergangenheit den Blick nach vorn richten will, so tue ich das mit voller Absicht. Die Stunde drängt! Sie läßt keine Zeit mehr für fruchtlose Debatten. Wir müssen handeln, und zwar unverzüglich, schnell und gründlich, so wie es schon früher geboten gewesen wäre.

Es ist verständlich, daß wir bei den großangelegten Propaganda- und Bluffmanövern des serbischen Regimes das Kriegspotential der jugoslawischen Armee nicht richtig eingeschätzt haben. Erst jetzt offenbart es sich in seiner ganzen wilden Größe. Dementsprechend sind auch die Aufgaben, die unsere Soldaten zu bestehen haben werden, über alle Erwartungen hinaus kompliziert, schwer und, was nicht verschwiegen werden soll, gefährlich. Sie erfordern die Mobilisierung erheblicher Ressourcen. Hier ist eine Bedrohung des gesamten europäischen Kontinents und mithin auch Deutschlands gegeben, die alle bisherigen Gefahren seit dem Ende des letzten Krieges weit in den Schatten stellt. Wenn wir aus falschen Gründen jetzt einknicken, dann verspielen wir überhaupt die europäische Idee. Alles, was bisher aufgebaut und geleistet worden ist, steht angesichts des Auftrags, der hier den deutschen Soldaten unmittelbar und dem wiedervereinigten Deutschland mittelbar gestellt ist, auf dem Prüfstand.

Ich wende mich in meinen Ausführungen zuerst an die Weltöffentlichkeit und proklamiere ihr gegenüber drei Thesen zum humanitären Nato-Engagement in Serbien. Die erste dieser Thesen lautet: Wäre die Nato nicht in der Lage, die verbrecherische Politik Milosevics zu stoppen, so wäre damit auf dem Balkan und in kurzer Folge in ganz Europa systematischen ethnischen Vertreibungen Tür und Tor geöffnet.

Die zweite dieser Thesen lautet: Die Staatengemeinschaft und Nato-Verbündeten haben allein das Potential, Europa vor dieser Bedrohung zu bewahren.

Die dritte dieser Thesen lautet: Gefahr ist im Verzuge. Es muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät.

Ich möchte aber zum Steuer der Wahrheit an Euch, liebe Freunde, eine Reihe von Fragen richten, die Ihr nach eingehender Prüfung beantworten sollt. Als die deutsche Öffentlichkeit die Forderungen des Rambouillet-Vertrages spontan für berechtigt erklärte, behauptete die serbische Presse, das sei nichts als Propagandatheater gewesen und entspreche in keiner Weise aktuellen Umfrage-Ergebnissen. Vor mir sitzen reihenweise Aktivisten der deutschen Friedensbewegung, gestandene Pazifisten, wegen Sitzblockaden vor Kasernen und Raketen-Depots Verurteilte, Wehrdienstverweigerer, Aktivistinnen der Frauenbewegung, innerlich zerissen sie alle. Ich sehe Atomkraftgegner, Öko-Unternehmer, Initiatoren von Friedenskreisen, Christen, Waldorfpädagogen, Architekten, Künstler. Dazwischen zähle ich Beamte, Angestellte, Sozialarbeiter, Hochschullehrer und Studenten. Die Jugend ist hier vertreten und das Greisenalter. Kein Stand, kein Beruf und kein Lebensjahr ist hier ausgeschlossen, so daß mit Fug und Recht gesagt werden kann: Diese Versammlung repräsentiert einen nicht ganz unwesentlichen Anteil der Bevölkerung dieses Landes. Stimmt das? Ja oder nein!

Ihr, liebe Freunde, repräsentiert in diesem Augenblick einen nicht unerheblichen Ausschnitt der deutschen Bevölkerung. Und an Euch und uns möchte ich zehn Fragen richten, die wir in der gegenwärtigen Situation beantworten müssen:

Die Serben behaupten, die Deutschen seien mit dem Engagement der Bundeswehr im Rahmen des humanitären Nato-Einsatzes nicht einverstanden. Ich frage: Wollen wir den Massakern und dem Völkermord mitten in Europa zusehen? Oder wollen wir uns der Verantwortung stellen, gemeinsam mit den Verbündeten den Vertreibungsterror der Serben zu stoppen und zu diesem Zweck auch, wenn nötig, Bodentruppen einzusetzen?

Zweitens: Die Propagandamaschine der Serben behauptet, die Mehrheit der Deutschen würden angesichts ihrer Geschichte den Einsatz von Kampfflugzeugen gegen Serbien ablehnen. Ich frage: Wenn Milosevic nicht auf die Forderungen der Staatengemeinschaft und übrigens auch der großen Mehrheit im UN-Sicherheitsrat nach Beendigung der Vertreibungen eingeht - sind wir da nicht verpflichtet, die Infrastruktur der Serben - Straßen, Brücken, Kraftwerke, Treibstoffdepots, Krankenhäuser -zu blockieren?

Drittens: Die Serben behaupten, die deutsche Bevölkerung sei nicht bereit, für notwendige Militär-Dienstleistungen, welche die Nato von ihrem Bündnispartner erwartet, auch persönliche Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Ich frage: Können wir uns das Wegschauen leisten?

Viertens: Die Serben behaupten, die Deutschen würden den humanitären Aktionen in Kosovo die Zustimmung verweigern. Wir führen hier einen zutiefst gerechten Krieg. Ich frage Euch: Wollen wir den gerechten Krieg? Wollen wir ihn, wenn nötig, gerechter und humanitärer, als wir ihn uns heute überhaupt vorstellen können?

Fünftens: Die Serben behaupten, die Wähler hätten das Vertrauen in die rotgrüne Koalition verloren. Ich frage Euch: Müssen wir uns ausgerechnet von den Serben Lektionen in Sachen Demokratie erteilen lassen?

Ich frage uns sechstens: Ist nicht eine deutliche Mehrheit in den Umfragen dafür, daß wir die Menschenrechte nicht nur im Munde führen, sondern uns auch für sie einsetzen?

Jetzt sprechen auf brutale und auch ungerechte Art und Weise die Waffen. Ich frage uns siebtens: Sollen wir jetzt aus den falschen Gründen einknicken?

Die Bundesrepublik ist in der Europäischen Union vorangegangen und muß weiter vorangehen. So wichtig es ist, die Menschen in der Region zu halten - angesichts der Größe dieses Dramas werden wir nicht umhin kommen, auch bei uns in Europa, in Deutschland, in unseren Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Ich frage achtens: Wollen wir unsere Bereitschaft zu helfen, zu spenden, Flüchtlinge unterzubringen, intensivieren?

Ich frage neuntens: Müssen wir uns von Leuten, die jetzt mitten im Kriege Frieden spielen wollen, Vorhaltungen machen lassen? Machen sich nicht vielmehr jene der unterlassenen Nothilfe schuldig? Und verantworten so den Tod von Tausenden Menschen?

Ich frage zehntens und zuletzt: Sind wir bereit, die Lasten dieses Kriegs solidarisch auf unsere Schultern zu nehmen und auf die höheren und niedrigeren Einkommensschichten in gleicher Weise zu verteilen?

Diese Fragen, liebe Freunde, können nicht im Raum stehen bleiben. Und Eure überwältigende Zustimmung ... durch Euren Mund ... zeigt mir, daß sie das auch nicht tun werden. Hier hat sich manifestiert, was unsere Feinde ... äh: was Milosevic wissen muß, damit er sich keinen Illusionen und falschen Vorstellungen hingibt.

Der Führer hat befohlen, wir ... äh, wir werden entschlossen an einer Friedenslösung weiterarbeiten. Diese Friedenslösung allerdings - das muß klar sein - muß eine Durchsetzung der Prinzipien der Humanität, der Gerechtigkeit und des Lebensrechts aller Völker bedeuten, basierend auf der Achtung der Menschenrechte und des Friedens und nicht basierend auf einem Kniefall vor Milosevic. Das ist das Gebot der Stunde. Und darum lautet die Parole: Nun, Volk steh auf... äh: und erkämpfe ... das Volksgruppenrecht!

Der Text, von Günter Grass und Joseph Fischer behutsam aktualisiert, folgt dem Wortlaut der Rede von Dr. Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast.

Konkret 06/99, S. 56

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Alte Serben

In der bundesweit kostenlos vertriebenen und in Szenekreisen sehr geschätzten »Apotheken-Umschau«, die in ihrer Aprilausgabe auf der Titelseite mit den Schlagzeilen »Auf Dauer schlanker. Drei Wege zum Wohlfühlgewicht« und »Ratgeber: Wie Sie Schmerztagebuch führen« aufmacht, schreibt die Kolumnistin Dr. Ute Döser das Editorial »von Mensch zu Mensch«. Diesmal berichtet sie über ethnologische Abenteuer, die sie beim Taxifahren macht. »Wie Taxifahren bildet« ist ihre Studie betitelt, und unter dem Kolumnistinnenfoto mit der sehr frontal lächelnden und schätzungsweise Spät-68er-Frau Dr. Döser steht zu lesen: »Wer Taxi fährt, erfährt viel über den Lauf der Welt -und über sich selbst.« So weit, so schön, so einfallsreich.

Um sich von fremden Ländern und Menschen unterrichten zu lassen, errät sie forsch, woher der Fahrer stammt, und läßt dabei ihr Verfahren keineswegs unhinterfragt: »Erkenne ich seine Heimat am Gesichtsschnitt, am Dialekt, am Akzent seines Deutsch?« hinterfragt sie. »Spricht ein Pole anders deutsch als ein Italiener? Kann ich einen Indonesier von einem Vietnamesen unterscheiden? Einen Albaner von einem Kroaten?« Allmählich neigt sich Dr. Döser ihrem Thema zu. Es ist der April dieses Jahres, Deutschland befindet sich im Krieg, aber das weiß die »Apotheken-Umschau«-Kolumnistin, als sie ihren Aufsatz schreibt, noch nicht. Um so mehr fasziniert nun allerdings ihre vorab gegebene Einschätzung der Lage auf dem Balkan:

Einen lustigen, quirligen Mann errate ich als Serben. Das gefällt ihm, und er erzählt mir auf einer Drei-Kilometer-Fahrt im Zeitraffer seine ganze Familiengeschichte. Das endet schließlich -mich schaudert 's - mit der Schilderung, wie die »Großmutti« den »Großvati« ermordete. Mein Gott, warum? »Tja, sie waren orthodoxe Christen, und er wollte zum Islam übertreten.« Ein Schlaglicht auf die Grundstimmung der Menschen im ehemaligen Jugoslawien, wie man es greller kaum erleben kann.

Hätte ich ein Pferd, es müßte kotzen. In die »Apotheken- -Umschau«.

Balkan 1

In der Mai-Ausgabe des geschätzten »Deutschlandmagazins« erhält Dr. Otto von Habsburg Gelegenheit, seine Ansichten zur überfälligen Korrektur von Versailles und Jalta (dem »Superversailles«) darzulegen: *Bezeichnend ist auch, daß man ein typisch westliches Land wie Kroatien auf einmal zum Balkan rechnet. Wer nur ein bißchen die Lage kennt, weiß, daß Kroatien niemals zum Balkan gehört hat, denn dieser fängt erst in Serbien an. Das erinnert an den Sprachgebrauch der Sowjets im Zweiten Weltkrieg, als sie den Begriff »Mitteleuropa« aus dem Wortschatz strichen und nur mehr von Ost und West sprachen. Damit konnten sie gedanklich ihre Präsenz in Mitteleuropa rechtfertigen. Der Begriff Balkan wiederum, ausgedehnt bis vor die Pforten von Wen, ist der sicherste Weg, Spannungen, die dort bestehen, in den Westen zu bringen und damit die Länder in Mitleidenschaft zu ziehen, die bisher verschont geblieben sind. Leider kennt der Westen, diese einfachen Grundwahrheiten europäischer Politik nicht. Man ist das Echo der Stichworte aus Moskau. Man schaufelt sich das eigene Grab, wenn man nicht zeitgerecht erkennt, daß die Wunden des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie des Kalten Krieges geheilt werden müssen, bevor man einen dauerhaften Frieden in Europa erwarten kann.*

Ein Glück, daß nicht auch noch die Wunden von 1870/71, des Sieben- und des Dreißigjährigen Krieges, der Schlacht auf dem Eise des Peipussees oder im Teutoburger Wald geheilt werden müssen, damit vom Schaufeln des eigenen Grabes abgelassen werden kann.

Balkan 2

Beginnt der sog. Balkan tatsächlich erst in Serbien? Oder hört er dort auf? Der überaus geschätzte slowenische Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Zizek weiß es auch nicht so recht: *Für die Serben beginnt er da unten, im Kosovo oder in Bosnien, und sie verteidigen die christliche Zivilisation gegen diese Anderen Europas; für die Kroaten beginnt er im orthodoxen, despotischen und byzantinischen Serbien, gegen das Kroatien seine Werte der demokratischen westlichen Kultur verteidigt; für die Slowenen beginnt er in Kroatien, und wir, die Slowenen, sind der letzte Außenposten eines ‚friedlichen Mitteleuropas; für manche Italiener und Österreicher fängt er in Slowenien an, wo die Herrschaft der slawischen Horden beginnt; für manche Deutsche ist es gar Österreich, das schon von der balkanischen Korruption und Unfähigkeit bestimmt wird, -für manche Norddeutsche ist auch das katholisch-bäuerliche Bayern nicht frei von balkanischem Flair, manch arrogante Franzosen assoziieren mit Deutschland eine östlich-balkanische Wildheit, und alles das reicht hin bis zum Extremfall einiger konservativer, gegen die Europäische Union eingestellter Engländer, für die es*

gleich ganz Kontinentaleuropa ist, das heute eine Art balkanisch-türkisches Großreich darstellt, mit Brüssel als dem neuen Konstantinopel, einem launenhaften, despotischen Zentrum, das die englische Freiheit und Souveränität bedroht.

Für die Hamburger, um das zu ergänzen, beginnt der Balkan jedenfalls in Harburg.

Zivile Ziele

Hegels bekannter, allzu bekannter Satz, daß ein jedes Volk die Regierung habe, die es verdiene, gehört zu den sog. tiefsinnigen Sätzen, die um so unsinniger werden, je länger man an ihnen herumknobelt - wobei das Wort »verdienen« wohl absichtlich unscharf, ja haarscharf unscharf gefaßt ist. Wer verdient schon, was er verdient? ,

Verdienten die Juden Hitler? Verdienen die Serben Schnöder?

Slavoj Zizek scheint letzteres zu glauben. Der »Berliner Zeitung« sagte er: *Ich glaube, die Serben verdienen das, was sie jetzt bekommen . ... Jetzt gibt es aber verschiedene Optionen. Eine wäre, die Bombardierungen fortzusetzen . und ein wirkliches Embargo durchzusetzen. Ich glaube, damit könnte man Milosevic stürzen. Die andere Option wäre, die UCK zu bewaffnen* (komisch, wie viele Leute fordern, die UCK zu bewaffnen - genausogut könnte man verlangen, die Kavallerie mit Pferden auszurüsten oder, was weiß ich, Häftlinge zu inhaftieren; R.W), *die dritte wäre der Weg der Verhandlungen oder was auch immer. Aber ich sehe nur totale Desorientierung, und das macht mir Sorgen. Aber wenn man mich persönlich fragt: Ich würde selbstverständlich die Bombardierung der zivilen Ziele so weit wie möglich einschränken* (nett, wirklich rücksichtsvoll; R.W). *Aber ich denke auch, man muß jetzt bis zum Ende gehen und die Intervention von Bodentruppen im Kosovo riskieren. Es ist ein Mythos, daß das gefährlich wäre. Man könnte die serbischen Kräfte ausschalten. Aber die Tragödie dabei ist: Ich habe nichts gegen Serbien, ganz im Gegenteil, viele meiner Freunde sind Serben . ... Ich wäre also in diesem Fall, auch wenn es dafür wahrscheinlich schon zu spät ist, dafür, ein bißchen »dreckige Politika zuspielen. Wenn der CIA bei diversen Anlässen schon geheime Coup d'Etats organisieren konnte - mein Gott, warum kann er es dann nicht auch hier?*

Verschiedene Optionen, Bombardierungen fortsetzen, Milosevic stürzen, Intervention riskieren, Serben ausschalten, dreckige Politik spielen, Coup d' Etats organisieren: Zizek, leider, ist durchgeknallt und muß, wenn die Psychoanalyse, dem bekannten Bonmot von Karl Kraus zufolge, die Krankheit vorstellt, deren Therapie zu sein sie vorgibt, den Kittel bloß wenden.

Grüne Basis

Was ehrt die Regierungspartei Die Grünen bezüglich ihrer Wir-wären-auch-gern-gegen-den-Krieg-wenn-er-nicht-sein-müßte-Gratis-Haltung zum »Kosovo-Konflikt«? Diedrich Diederichsen, den ich sehr schätze, wird es uns sagen: *Was sie ehrt, ist, daß sie den moralischen Konflikt, der mit dem Kosovo zu tun hat, wenigstens als Streit und Unsicherheit wenn schon nicht austragen, so doch wenigstens kenntlich machen.* Das, moralischer Konflikt, Streit, nicht ausgetragene Unsicherheit usw, ehrt allerdings auch jeden überführten Kinderschänder, Highschool-Killer, Nazi-Hiwi. So gesehen könnte sich die grüne Basis, die in den letzten Jahren besonders in den jüngeren Segmenten gefährlich ausdünnte, ein ganz neues Potential erschließen.

Dunkler Mantel

Tja, was würde Diedrich Diederichsen schätzungsweise sagen, wenn er sich selbst heute auf der Straße begegnete. »Tja, ich würde sagen: Ein Altlinker, der mittlerweile etwas arrivierter ist. Einerseits die langen Haare und die Jeans, als wäre nichts geschehen, andererseits der dunkle Mantel von >Boss<, um sich doch davon abzusetzen. Manche Leute können auch erkennen, daß meine langen Haare schon oft sehr kurz gewesen und nicht einfache lange Haare sind, sondern sozusagen lange Haare dritter Ordnung.« Diese zwei Sätze, die Diederichsen seinem Friseur beim »Tagesspiegel« diktiert hat, ersetzen die Lektüre seines ganzen Werkes.

Sorge um den anderen

Der Krieg hat alle an ihren Platz gestellt. Er ist eine Gewalt, der man sich beugt wie der Vernunft oder der politischen Logik, schreibt in der »Jungle World« (18/99) der geschätzte Stefan Ripplinger und irrt fromm. Denn wenn es so wäre, daß man dem Krieg wie der Vernunft sich beugt, dann hätte die Nato anstatt Raketen und Kampfbomber nur Slavoj Zizek oder Diedrich Diederichsen nach Belgrad schicken müssen, um Milosevic in die Knie zu zwingen. Ripplinger ist es unangenehm, seine Kriegsgegnerschaft mit Leuten zu teilen, die er nicht mag. *Sowohl ein linksradikales als auch ein rechtsradikales Spektrum,* schreibt er, *paktiert mit Milosevic, weil er ihnen männlicher zu sein, scheint als Scharping.* Klar, daß man mit solchen Leuten, wenn sie auch nur in der eigenen Projektion existieren, sein Lager nicht teilen möchte.

Näher sind Ripplinger, die Pro-Kriegs-Ansichten derjenigen Intellektuellen, die sich in einer jüdischen Tradition sehen. Wer sie *nicht gleich verwirft, wird erkennen, daß sie nicht von 1789, sondern von 1938 ausgehen. Es gab in der jüdischen Philosophie schon vor dem Holocaust eine Schule, die den Dialog und daraus resultierend die Sorge um den anderen in den Mittelpunkt rückte . ... Für viele Überlebende, aber auch für deren Kinder kommt solch einer Ethik existenzielle Bedeutung zu. Philosophen wie Emanuel Levinas - dessen Einfluß auf Brumlik bekannt ist - sind darüber zu einem moralischen Rigorismus gelangt, der das Schicksal des anderen über die eigene Todesfurcht stellt. Auch wenn man berücksichtigt, daß einer wie Joseph Fischer diesen Umstand auszubeuten versteht, vergibt sich nichts, wer solche Motive und Positionen für respektabel hält.*

An der Instrumentalisierung von Holocausterfahrungen zum Zweck der Bejahung eines Nato-Krieges, in dem es, wie Ripplinger selber feststellt, *um das Schicksal der Bewohner des Kosovo gerade nicht geht,* kann ich nichts Respektables finden. Dialog hin, Sorge um den anderen her.

Normalität

Auch der Shoah-Forscher Raul Hilberg hält den Vergleich mit dem Holocaust für »unangebracht« und sieht aber im Krieg der Nato gegen Jugoslawien sowie in der deutschen Beteiligung daran *Anzeichen für eine gewisse Normalität . ... Der Kosovo-Konflikt ist eine europäische Angelegenheit. Deutschland liegt in der Mitte Europas und kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen, vor allem, wenn es sich um eine humanitäre Angelegenheit handelt. Es handelt sich nicht um die Fortsetzung von Adolf Hitler mit anderen Mitteln, auch wenn es derselbe »Feind« ist: Serbien. Aber jetzt wird niemand getötet, weil er Serbe ist, sondern um Menschen zu retten. Das ist ein Unterschied,* der die Getöteten freilich wenig kümmern dürfte. Als Fortsetzung von Adolf Hitler mit anderen Mitteln ließe sich die deutsche Außenpolitik mit ihrem stupiden Einsatz für Volksgruppenrechte durchaus beschreiben.

Auffällt auch, daß Albaner, Serben, Demonstranten in China und Rußland, die Deutschen, alle Kriegsparteien wähnen, Opfer einer neuaufgelegten Hitlerbarbarei zu sein, die wahlweise von Milosevic, Clinton; Scharping et. al. ausgeht. Die Singularität des Holocausts hat, zumindest in Europa, offenbar sämtliche weiteren Überlieferungen von Krieg und Leid suspendiert und gleichzeitig aber jede Identifikation verunmöglicht. So wird ein Phantasma beschworen bzw. produziert, das sich zum einen mit Hinweis auf die industrielle Massenvernichtung im Zweiten Weltkrieg zu legitimieren sucht, und zum anderen Differenzierungen, genaue Inspektionen als unzulässige Relativierung und letztlich Leugnung von Auschwitz abweist. Wenn Walser dies gemeint und in seiner obszönen »Sonntagsrede« ca. so gesagt hätte - aber das hat er ja nicht.

Hamburger Anthologie

So, jetzt wißt ihr wie das ist,
Wenn zur besten Sendezeit
Krieg in jede Wohnung schneit,
Keiner bleibt mehr Zivilist.

Keinem hilft die dicke Haut,
Angelegt mit Bier und Schnitzel,
Wenn ihm vor Massakern graut.
Und das Blut ist nicht mehr Kitzel,

Seit es Menschenströme fortreißt
Über Grenzen. In den Stuben
Sieht man kauend, wer ins Gras beißt.
Und man ahnt am Dorfrand Gruben,

Die kein Luftbild zeigt, wenn Drohnen
Filmen, was ein Blitz zerstört.

Von den Leuten, die da wohnen,
Hat man vordem nie gehört.

Jetzt gilt jeder Turnschuh; Knöpfe
Worden hautnah fokussiert,
Erst zählt man noch Flüchtlingsköpfe,
Dann Gebeine, exhumiert.

Durs Grünbein

Es gibt gewiß nicht wenig Gedichte, denen an der Erzeugung von Ratlosigkeit, von einer kopfübergreifenden Stupidität, in einem Stupor speziell gelegen ist. Durs Grünbein, frühvergreister Büchnerpreisträger, Suhrkamp-Fitti, avancierter Nationaldichter, Lieblings-Sensibelchen der Feuilletons, hat in dieser Richtung einiges geleistet. »Für die da unten« aber, abgedruckt in der »FAZ« und angeschlossenen Provinzzeitungen, ist sein Meisterstück. An sich spricht nichts gegen vierhebige Trochäen, Lorca hat berückende Verse mit ihnen verfertigt. Grünbein aber schafft es schon in der zweiten Zeile, per extrem uninspirierter Handhabung des Silbenmaßes erheblich zu ennuyieren; und hält sein Ramta-Ramta-Ramtata / Ramta-Ramta-Ramtata auch noch bis zum Abwinken durch. Dazu findet er Reime, die kein Silberhochzeits-Ansager exhumieren würde. m Einigermaßen überraschend immerhin seine Erkenntnis, daß niemand mehr Zivilist bleibe, wenn das Fernsehen Kriegsberichte sendet, sondern, als guter Soldat, sich beim Fressen gleich gar nicht davon stören läßt, daß »wer ins Gras beißt«. Welchen Dienstgrad hat Rotarsch Grünbein inzwischen? Stubenältester?

* stupider Gedichte

Konkret 06/99, S. 58

Lothar Baier

Das Kosovo-Komplott

Erfolgt das Nato-Bombardement Jugoslawiens mit der Zustimmung Milosevics?

Der Weltöffentlichkeit ist bisher verborgen geblieben, daß im Vorfeld des Nato-Angriffs auf Jugoslawien zwischen der Führung der Nato und der Belgrader Regeierung geheime Verabredungen getroffen wurden. Der Oberkommandierende der Nato, General Wesley Clark, hatte sich zusammen mit dem deutschen Nato-General Klaus Naumann nach Belgrad begeben, angeblich um dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic eine militärische Strafaktion anzudrohen, falls die jugoslawischen Streitkräfte ihr Vorgehen gegen die kosovo-albanische Bevölkerung nicht unverzüglich einstellten. General Clark benützte die Gelegenheit einer längeren Abwesenheit General Naumanns, der, nach Einnahme eines entsprechend präparierten Getränks, über unerträgliche Kopfschmerzen klagte, um im Vieraugengespräch mit dem jugoslawischen Präsidenten zur Sache zu kommen. Diese Unterredung wurde vom chinesischen Geheimdienst abgehört und hinterher zu Protokoll gegeben. Über das Internet gelangten die Aufzeichnungen soeben aus China heraus. Für diese Indiskretion hat sich die Nato prompt gerächt und in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1999 die chinesische Botschaft in Belgrad bombardiert, statt der dort residierenden Geheimdienstleute aber zufällig anwesende chinesische Journalisten getötet.

Slobodan Milosevic: Endlich unter uns, Herr General. Ich bin froh, daß wir in Abwesenheit Ihres, ehrlich gesagt, nicht sehr kompetent wirkenden Kollegen endlich Klartext reden können. Worum es geht, dürften Sie bereits wissen. Es geht um die Kosovo-Albaner: Mit denen gibt es ein wirkliches Problem, das nach einer Lösung verlangt. Der Deutsche Naumann versteht davon gar nichts.

Wesley Clark: Das wissen wir.

Milosevic: Erlauben Sie mir gleich zu Beginn eine zeitgeschichtliche Erläuterung: Diese Kosovo-Albaner, die heute angeblich nur die Serben zum Teufel wünschen, hat schon zu Zeiten Titos niemand in Jugoslawien leiden können, niemand. Das ist nicht einfach atavistischer balkanischer Haß, wie man im Westen denkt, es hat mit sehr greifbaren Erfahrungen zu tun. Viele Jahre lang mußten die Republiken der jugoslawischen Föderation Notopfer für das unterentwickelte Kosovo erbringen, und als man sich dann einmal näher angeschaut hat, was die dort mit dem vom jugoslawischen Mund abgesparten Geld machen, hat viele im alten Jugoslawien die Wut gepackt. Statt beispielsweise, wie versprochen, ein ordentliches Schulwesen aufzubauen, hat die sogenannte autonome albanische Regierung des Kosovo nutzlose Prachtbauten hingestellt, wie die »Halle des Volkes« in Pristina. Allein die dort verbauten Edelhölzer haben mehr gekostet als der Bau von dreißig neuen Volksschulen gekostet hätte, unterdessen war die Zahl der Analphabeten unter den Kosovo-Albanern auf Rekordmarken gestiegen.

Clark: Wir kennen die Statistiken. Ich verrate Ihnen sicher kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß auch im Westen niemand die Kosovo-Albaner leiden kann, sie gar in seiner Nähe haben möchte. Alles stöhnt, wenn Kosovo-Albaner an unseren Grenzen auftauchen, meist von ihrer Mafia herübergeschleust, und scheinheilig um Asyl bitten.

Milosevic: Heute stehe ich jedoch im Westen als derjenige da, der mit der Aufhebung des autonomen Status des Kosovo im Jahr 1989 die ganze Krise ausgelöst hat. Ihre Medien tun so, als habe bis zu diesem Jahr im Kosovo eine Art »multikulturelles« Paradies bestanden, wie man im Westen sagt, und dann sei der Bösewicht Milosevic gekommen, und habe alles vermasselt. Solche Geschichtsverdrehung auf meine Kosten ärgert mich schon, Herr General. Alle in der damaligen jugoslawischen Föderation haben für die Aufhebung der Autonomie gestimmt, alle, von den Kroaten bis zu den Bosniern, weil sie einhellig zu dem Schluß gekommen waren, daß die Kosovo-Albaner unfähig sind, sich selbst zu verwalten. Es war wie in Frankreich im Jahr 1938, als Paris die Großstadt Marseille wegen erwiesener Unfähigkeit, ihre Angelegenheiten verantwortlich zu verwalten, unter direkte Staatsaufsicht gestellt hat.

Clark: Ich lerne viel dazu, wenn ich Ihnen zuhöre.

Milosevic: Wissen Sie, was kosovo-albanische Selbstverwaltung in der Praxis hieß? Erst einmal für sämtliche der zahlreichen Brüder und Vettern irgendwelche völlig überflüssige Posten zu schaffen. So gab es an der Universität Pristina, der mit Abstand schlechtesten ganz Jugoslawiens, dreimal soviel Professoren für kosovo-albanische Literatur, wie es jemals kosovo-albanische Schriftsteller gegeben hat. Jeder, der halbwegs lesen und schreiben konnte, bekam einen Doktortitel und einen Staatsposten. Diese Kosovo-Albaner sind 1989 besonders von den Slowenen, die ja heute die demokratischen Musterschüler und Lieblinge Westeuropas sind, mit Ausdrücken beschimpft worden, die ich Ihnen aus Gründen der Schicklichkeit nicht wiedergeben mag.

Clark: Wir sind darüber informiert, nur ist das alles viel zu verworren, um es unserer Öffentlichkeit wahrheitsgetreu darstellen zu können. Das Volk braucht einfache, starke Symbole, so wie es sie aus Comics kennt, deshalb war ein einziger Mann namens Milosevic schuld. Persönlich war das nie gemeint. Wer weiß denn im Westen noch, was die damalige jugoslawische Föderation war? Kroatien, Slowenien, Slawonien, das verwirrt nur die einfachen Geister. Tut mir leid, wenn Sie das kränkt, aber von starken, einfachen Symbolen verstehen Sie selbst auch etwas, ich erinnere nur an Dinge wie Ihre Schlacht auf dem Amselfeld und den serbischen Heldenkönig Lazar.

Milosevic: General Clark! Sie nehmen doch nicht im Ernst an, daß ich den ganzen serbischen Legendenquatsch auch nur eine Sekunde lang ernstnehme. Die Schlacht auf dem Amselfeld, das ist ein Thema für phantasielose Schriftsteller, arbeitslose Professoren und die Tourismusindustrie, nicht für Realpolitiker. Der Westen Europas macht es im übrigen auch nicht besser, der feiert bis heute den großen Triumph, den die christliche Welt unter Karl Martell bei Poitiers über den heranstürmenden Islam errungen haben soll, während die Historiker längst wissen, daß es sich in Wahrheit nur um den bedeutungslosen Zusammenstoß eines arabischen Aufklärungskommandos und einer kleinen, höchstens halbchristlichen Reiterabteilung handelte. Legendenbildung ist wahrhaft keine serbische Spezialität.

Clark: Um diese Unterredung haben Sie gewiß nicht gebeten, um über Völkerpsychologie und Geschichtslegenden zu diskutieren.

Milosevic: Kurz gesagt, ich möchte Sie, das heißt die Nato, um Beistand bei der Abwicklung einer etwas delikaten Angelegenheit bitten.

Clark: Sie meinen der kosovo-albanischen.

Milosevic: Richtig. Wir müssen diese Leute endlich ein für allemal loswerden, mit denen ist kein Staat zu machen und im übrigen auch kein dauerhafter Frieden in Europa. Und der liegt auch in Ihrem Interesse.

Clark: Okay. Aber wie haben Sie sich das praktisch vorgestellt?

Milosevic: Genauso wie es Ihr neues tschechisches Nato-Mitglied einmal gemacht hat, als es nach dem Zweiten Weltkrieg diese unerträglich gewordenen Sudetendeutschen loswerden wollte. Die Sudetendeutschen, das waren die Kosovo-Albaner Mitteleuropas, kein vernünftiger Mensch hat denen eine Träne nachgeweint. Wie haben die Tschechen das gemacht? Ganz einfach, gut bewaffnete Polizei schwärmt übers Land aus, jeder Familie wird eine halbe Stunde Zeit gegeben, um ein paar Sachen zusammenzupacken und das Haus zu verlassen, und nach wenigen Wochen sind dreieinhalb Millionen weg, auf Nimmerwiedersehen über die Grenze. Wer redet heute noch von den Sudentendeutschen außer dem einen oder anderen Trachtenverein? Im Kosovo geht es verglichen damit um eine Kleinigkeit, höchstens 1,3 Millionen.

Clark: Sie werden doch nicht von der Nato verlangen wollen, daß sie eine Flotte von Lastwagen für diesen Zweck zur Verfügung stellt?

Milosevic: Um Gotteswillen nein. Wir in Belgrad haben uns vorgestellt, die Nato zu bitten, zum fraglichen Zeitpunkt ein großes spektakuläres Manöver zu veranstalten, das die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in Anspruch nimmt. Denn es ist uns klar, selbst wenn niemand in Amerika und Westeuropa irgendwelche Sympathie für die Kosovo-Albaner hat, die selbst in dem nicht besonders empfindsamen Milieu westeuropäischer Rotlichtbezirke mehr gefürchtet werden als der Teufel, wird der Westen den Anblick aus ihren Dörfern vertriebener, ihre unübersehbaren Kinderscharen mit sich schleppender kosovo-albanischer Familienclans nicht ohne weiteres hinnehmen. Man muß also einen Rauchvorhang schaffen, hinter dem das verschwindet.

Clark: Herr Präsident, nachdem wir die ersten Hinweise auf Ihre diesbezüglichen Pläne erhalten hatten, wurde in den militärischen und politischen Gremien unserer Allianz intensiv darüber beraten. Ich darf Ihnen mitteilen, zu welchem Schluß die Nato gelangt ist: Irgendein Manöver, mag es auch die neuen osteuropäischen Mitglieder mit ihrem lärmenden und stinkenden, völlig veralteten Gerät einschließen, tut es nicht, ein richtiger Krieg muß her.

Milosevic: Ein Krieg? Gegen wen? Gegen die Türkei – oder vielleicht gegen Afghanistan? Von dort kommen ja allerlei furchtbare Nachrichten. Amerikanische Feministinnen bezichtigen die dort herrschenden muslimischen Taliban der schlimmsten Vergehen gegen die Menschenrechte. Sie sprechen sogar von einem Genozid an den Frauen.

Clark: Ich weiß. Mit der ihre kurdische Minderheit massakrierenden Türkei geht das zu meinem persönlichen Bedauern jedoch nicht, die ist selbst Nato-Mitglied, wie Sie wissen, und die afghanischen Taliban dürfen wir auch nicht verärgern, weil sie sich sonst mit dem Iran verbünden, unserem Erzfeind. Nein, der Krieg wird gegen Ihr Land geführt, die Bundesrepublik Jugoslawien.

Milosevic: Herr General! Was denken Sie sich, Sie haben trotz allem einen jugoslawischen Patrioten vor sich! Krieg gegen mein Land! Nie und nimmer.

Clark: Mal langsam. Wenn ich das Wort »Krieg« gebraucht habe, so dürfen Sie das so wenig wörtlich nehmen wie sonst etwas in der heutigen Welt. Der Krieg, den wir uns vorstellen, wird etwa so echt wie der Sex sein, den unserer Präsident

mit einer hübschen pummeligen Praktikantin gehabt hat: ein bißchen rumfummeln, ein bißchen Sperma aufs Kleid verspritzen, das war's dann. Ein amerikanisches Gericht hat dann auch entsprechend festgestellt, daß das alles gar nicht als Sex gelten kann. So werden wir das auch mit dem Krieg machen, der wird nicht »Krieg« heißen, sondern einfach »campaign against Yugoslavia«. Campaign, wie Wahlkampagne.

Milosevic: Dennoch muß ich erst einmal Luft holen, General Clark. Sie müssen einem Jugoslawen nachsehen, daß er beim Wort Krieg zusammenzuckt und sich an den Zweiten Weltkrieg erinnert, an die Invasion durch die Nazis.

Clark: Ihre Erinnerung in Ehren, Herr Präsident, aber ganz so unschuldig, wie Sie tun, sind Sie selbst auch nicht, ich nenne nur den Namen der kroatischen Stadt Vukovar, die Ihre Leute erst vor ein paar Jahren in Schutt und Asche gelegt haben, und anderes mehr.

Milosevic: Das waren nicht »meine« Leute, wie Sie sagen, das waren die Banden dieses entsetzlichen Seselj, den ich mit größtem Widerwillen vor kurzem in meine Regierung habe nehmen müssen, um nicht die Unterstützung durch das Parlament zu verlieren. Aber lassen wir heute solche kleinlichen Aufrechnungen. Es geht um Größeres. Sie sprachen vom Krieg.

Clark: Air campaign.

Milosevic: Was soll das konkret heißen?

Clark: Die Nato-Luftstreitkräfte werfen Präzisionsbomben auf Belgrad, Novi Sad, Nis und andere Städte Jugoslawiens. Während es dort rummst und viel Rauch aufsteigt, können Sie Ihre Armee und Ihre Polizei im Kosovo in aller Ruhe die Kosovo-Albaner aus ihren Häusern holen und über die Grenzen treiben lassen. Als Soldat und gelernter Psychologe garantiere ich Ihnen, daß Bilder von am Donauufer eindrucksvoll brennenden Öltanks, die Ihr Fernsehen dann ausstrahlt, Ihre Soldaten und Polizisten im Kosovo zu ungeahnten Höchstleistungen motivieren werden. Je höher die Flammen oben an der Donau schlagen, desto schneller sind unten im Süden diese Kosovo-Albaner weg.

Milosevic: Eine verführerische Vorstellung. Aber sagen Sie, Belgrad und Novi Sad bombardieren, das geht doch nicht ohne wirkliche Zerstörungen ab, ja es könnten sogar jugoslawische Zivilisten ums Leben kommen. Das kann ich als Präsident Jugoslawiens nicht dulden.

Clark: Irgendeinen Preis müssen Sie schon zahlen, wenn die Nato Ihnen einen Gefallen tun soll. Do ut des, wie die Lateiner sagten. Aber Sie werden sehr schnell sehen, daß Sie am Ende besser dastehen werden als jemals zuvor. Mit jeder Bombe, die auf Ihr Land fällt, werden Ihre Widersacher stiller werden, um schließlich ganz zu verstummen. Wir bomben die Opposition, die noch vor zwei Jahren die Straßen Belgrads mit Demonstrationen unsicher machte, in die Löcher zurück, aus denen sie gekrochen war. Das ist doch seinen Preis wert, Herr Präsident. Und wenn, was wir selbstverständlich bedauern werden, einige Zivilisten ums Leben kommen oder verwundet werden, so wird das nur unterstreichen, daß es sich nicht um eine bloß simulierte Intervention handelt. Damit alle Welt glaubt, daß wir es ernst meinen, werden wir auch Regierungsgebäude angreifen – selbstverständlich werden wir Sie vorher warnen, damit das Regierungspersonal rechtzeitig die Büros räumen kann. Der Staatsapparat selbst wird nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, wir wissen ja, daß Jugoslawien auf allen Gebieten über redundante Systeme verfügt.

Milosevic: Es ist, trotz des lästigen Gegenstands, eine Wohltat, mit einem so wohlunterrichteten und klugen Gesprächspartner über Jugoslawien zu diskutieren, das muß ich Ihnen doch einmal sagen, Herr General. Kühl vorgetragene Sachkenntnis, das schätze ich an den Amerikanern. Wenn ich an all die ahnungslosen, doch unentwegt moralisierenden Westeuropäer denke, die mir hier schon gegenübergesessen haben, wie gerade eben noch dieser entsetzliche deutsche General Naumann! Oder dieser klapprige deutsche Außenminister, wie heißt er noch mal... Was für ein Schwätzer... Aber zurück zu unserem Thema. Es wird also gebombt werden, und es werden Bomben auch auf Fabriken, auf Brücken, auf Eisenbahnlinien fallen, wenn ich es recht sehe. Wenn solche Zerstörungen ein bestimmtes Maß überschreiten, fürchte ich, wird mein Land das insgesamt nicht sehr lange aushalten. Also ich weiß nicht, ob Ihre »air campaign« wirklich eine so gute Idee ist.

Clark: Erstens: verlieren Sie niemals Ihr Ziel aus dem Auge, die Räumung des Kosovo, die dann beschleunigt über die Bühne gehen kann, ohne daß Ihnen jemand einen Knüppel zwischen die Beine wirft. Zweitens: vergessen Sie nicht, daß eine gut orchestrierte Bombenkampagne jedes Sanierungsprogramm an Wirksamkeit übertrifft. Denken Sie nur einmal an Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Trümmer weggeräumt, neue Gebäude hochgezogen, die neuesten Maschinen hineingestellt, und nach ein paar Jahren sprach man bereits von einem »Wirtschaftswunder«. Die siegreichen Briten mußten um diese Zeit noch Lebensmittelkarten ausgeben. Die von uns konzipierte »air campaign« wird Jugoslawien jedenfalls erhebliche wirtschaftliche Chancen eröffnen. Wir wissen, wie sehr beispielsweise die Ingenieure der Automobilfabrik in Kragueva darüber stöhnen, daß sie immer nur an halbverrosteten Anlagen herumflicken können. Nachts ein paar 2000-Pfund-Bomben auf die Gebäude, und der ganze unnütze Schrott ist weggepustet. Beim Wiederaufbau wird sich entweder VW oder Daimler-Chrysler beteiligen – die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen – , und danach wird ein neuer »Jugo« produziert, der den ganzen Balkan vor Neid erblassen läßt. Sie übermitteln uns einfach eine

Liste der Betriebe, der Elektrizitätswerke, der Raffinerien, die technisch veraltet sind, und wir reißen sie dann aus 5000 Meter Höhe zielgenau ab.

Milosevic: Nicht schlecht, nicht schlecht, klug ausgedacht, insofern kann ich keine Einwände gegen Ihr Angebot erheben. Nur eine Frage: Kann die Nato auch garantieren, daß es bei Einsätzen aus der Luft bleibt? Von unserer Luftabwehr haben die ultramodernen Maschinen der Nato nichts Ernsthaftes zu befürchten, wie Sie zweifellos wissen. Sollte die Allianz jedoch auch am Boden eingreifen, so werde ich unsere Truppen kaum davon abhalten können, zurückzuschießen. Ja noch schlimmer, da das ganze jugoslawische Volk seit Jahrzehnten auf eine drohende Invasion eingestellt und entsprechend bewaffnet ist, könnte es zu einem Volkskrieg mit unabsehbaren Folgen kommen. Diese Eventualität bereitet mir ernste Sorgen, Herr General.

Clark: In dieser Hinsicht kann ich Sie beruhigen. Alle sowohl politisch als auch militärisch Verantwortlichen der Allianz sind sich völlig darin einig, daß es nicht in Frage kommt, bei dieser Aktion auch nur ein Menschenleben aus den eigenen Reihen aufs Spiel zu setzen. Unfälle sind selbstverständlich nicht auszuschließen, wenn etwa, was ja auch unter ganz normalen Umständen vorkommt, ein Kampfhubschrauber in eine Hochspannungsleitung hineinfliegt. Sie können jedoch absolut sicher sein, daß die mit dem Vertreiben verbundenen Aktionen der jugoslawischen Armee unten im Kosovo von keiner am Boden kämpfenden Nato-Einheit gestört werden. Ein derartiger, mit Gefahr für Leib und Leben verbundener Einsatz widerspräche auch vollkommen jedem ökonomischen Kalkül. Ein männlicher Amerikaner ist, wie ein Gericht bei uns im Zusammenhang mit dem Fall eines an Lungenkrebs gestorbenen Mannes verfügt hat, 80 Millionen US-Dollar wert, 80 Millionen! Fast der Wert von zwei Kampfjets. Da verbietet sich jedes Risiko. Auf Ihrer Seite wird man wahrscheinlich anders rechnen, ein Jugoslawe ist, wenn sich unsere Ökonomen nicht täuschen, derzeit etwa 6000 Dollar wert.

Milosevic: Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit ist er sogar noch ein wenig gesunken.

Clark: Sehen Sie. Aber er wird wieder steigen, wenn unsere Aktionen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht sein werden und die jugoslawische Volkswirtschaft dank Wiederaufbau richtig auf Touren kommt. Es versteht sich von selbst, daß aus Nato-Ländern stammenden Investoren dann Vorzugsbedingungen eingeräumt werden.

Milosevic: Selbstverständlich. Ich komme ja nicht vom Mond, mein Handwerk habe ich seinerzeit als Rhodes-Stipendiat in New Yorker Banken erlernt. Aber gestatten Sie mir eine Frage, die mir noch ungelöst scheint. Die Nato ist ja nicht Jugoslawien, wo alles mehr oder weniger nach einer, derzeit meiner, Pfeife tanzt. Es gibt neunzehn verschiedene Mitgliedsländer, es gibt neunzehn Parlamente und neunzehn Öffentlichkeiten. Und dann sitzen in einigen Regierungen dieser Länder Parteien und Strömungen, die, wie die sogenannten Grünen in Frankreich und Deutschland, nicht gerade durch besondere Militärfreundlichkeit auffallen. Dagegen könnten diese Gruppen sehr an den Formen Anstoß nehmen, unter denen das Kosovo-Problem einer Lösung zugeführt wird.

Clark: Im Gegenteil, Herr Präsident, ich denke, daß eben die »Parallelaktion Beta«, wie bei uns das Codewort für die Entvölkerung des Kosovo heißt, diese Gruppen dazu veranlassen wird, der »Aktion Alpha«, also den Luftangriffen, trotz aller Vorbehalte gegen Kriegshandlungen ihre Zustimmung zu geben. Wir werden das Thema entsprechend aufbereiten und der Öffentlichkeit klarmachen, daß unsere »air campaign« ausschließlich humanitäre Ziele verfolgt. Wenn das Wort »humanitär« fällt, verliert ein erheblicher Teil unserer westlichen Bevölkerung sofort den Verstand. Mit den Grünen verhält es sich nicht besser. Unsere Psychologen haben mit ihnen Tests veranstaltet, deren Ergebnisse alle unsere Erwartungen übertrafen.

Milosevic: Können Sie etwas mehr dazu sagen?

Clark: Wir haben ihnen Videoaufnahmen aus dem Golfkrieg vorgeführt: Sie kennen das, man sieht irgendein Gebäude mit einem Fadenkreuz auf dem Dach, die Aufnahme dreht sich, dann läuft eine Art Schraffur über das Bild und gleich darauf breiten sich Explosionswolken aus. Erzählt man grünen Abgeordneten des deutschen Parlaments, besonders weiblichen, das getroffene Gebäude sei ein Stall für Massentierhaltung gewesen, schmelzen sie sofort dahin. Anschließende Befragungen ergeben eine absolut überwältigende Zustimmung zu modernen Formen der Luftkriegsführung. Die Deutschen haben wir dank diesen einfältigen Grünen in der Regierung völlig im Griff.

Milosevic: Das überzeugt mich. Dem Generalsekretär Ihrer Allianz, diesem Javier Solana, traue ich jedoch nicht ganz. Ist dieser ehemalige Antimilitarist wirklich absolut zuverlässig?

Clark: Und ob! Gerade weil er sich so sehr dafür schämt, daß er sich einst als jugendlicher Nato-Gegner einer bedenklichen Verirrung schuldig gemacht hat, läuft er heute jedem hinterher, der eine Uniform mit Orden trägt, liest ihm jeglichen Wunsch von den Lippen ab und glaubt ihm alles, auch den größten Unsinn, weil er von Strategie und Taktik keine Ahnung hat, so wenig wie übrigens auch Präsident Clinton. Der ideale Mann für diesen Job, ein gescheiterter Dichter und gescheiterter Kulturminister, militärisch völlig unerfahren, aber von brennendem Ehrgeiz erfüllt.

Milosevic: Was Sie sagen, erinnert mich irgendwie an Radovan Karadzic, einen geistesverwirrten serbischen Lyriker, der plötzlich den großen Strategen spielen wollte. Als Student in Sarajevo hat er, wie Ihr Solana, den Revolutionär gemimt,

hinter den Kulissen aber seine Kameraden als »Nationalisten« bei der politischen Polizei verpfiffen.

Clark: Daß Sie so abfällig von Ihrem einstigen Verbündeten sprechen, erstaunt mich.

Milosevic: Ich sehe, Sie im Westen haben gar nichts von der wirklichen Situation in Jugoslawien und in Bosnien verstanden, deshalb haben Sie auch das Abkommen von Dayton völlig falsch gedeutet. Karadzic mit seinem Kindertraum von einem serbischen Bosnien war uns doch völlig gleichgültig, es kostete uns überhaupt nichts, ihn fallenzulassen. Wenn der Westen glaubt, daß alles, was sich »serbisch« nennt, so oder so unter einer Decke steckt, geht er selbst dem rassistischen Denken auf den Leim, das er uns Balkanbewohnern nachsagt. Mit dem Kosovo verhält es sich anders als mit Bosnien.

Clark: Das haben wir in der Zwischenzeit auch gemerkt.

Milosevic: Glücklicherweise. Nur etwas spät, Herr General. Aber lassen wir die Vergangenheit Vergangenheit sein und wenden wir uns der Gegenwart zu. Können Sie uns denn garantieren, nicht nur daß die Nato zu ihrem gegebenen Wort steht, sondern auch daß sie unsere gemeinsame Aktion nach außen hin entsprechend geschickt vertritt?

Clark: Alles Menschenmögliche ist vorbereitet. Als Sprecher der Nato haben wir einen Mann eingestellt, der so überzeugend lügen und sich gleichzeitig selbst belügen kann, daß ihm selbst die modernsten Lügendetektoren nicht auf die Schliche kommen. Hätten die deutschen Nazis anstelle ihres klumpfüßigen Goebbels damals unseren alerten Jamie Shea gehabt, alle Welt würde bis heute glauben, daß die Nazis die Schlacht von Stalingrad gewonnen hätten. Dank seiner geradezu hypnotisierenden Überzeugungskraft wird niemand Verdacht schöpfen und ahnen, daß es sich bei dieser Operation um etwas ganz anderes handelt als um eine sogenannte »humanitäre Intervention«. Daran glaubt unser Sprecher sowieso keine Sekunde, denn er ist Brite und nicht abergläubischer Amerikaner oder Deutscher, gehört also einer Nation an, die man mit Fug und Recht die Serben Westeuropas nennen kann.

Milosevic: Ich hoffe, das ist nicht als Kritik an den von uns allgemein sehr geschätzten Briten gemeint.

Clark: Im Gegenteil, das Schöne an den Serben wie an den Briten ist, daß sie erst richtig aus der Reserve gehen und in Fahrt kommen, wenn Krieg angesagt ist. Im Krieg erstrahlen selbst die Augen der Sprecherinnen des BBC-Fernsehens von einem derart intensiven inneren Licht, daß man sich die Sonnenbrille aufsetzen muß, um nicht geblendet zu werden.

Milosevic: Sie kennen den Kriegsblick von Mira Markovic nicht, meiner Frau.

Clark: Ich hoffe, ihn einmal erleben zu dürfen, bei einem schönen balkanischen Fest vielleicht, nachdem unser gemeinsames Unternehmen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden ist. Ich werde mich dann übrigens dafür einsetzen, die militärisch so schlagkräftige Jugoslawische Föderation in die Nato aufzunehmen und sie mit modernsten Waffen auszustatten. Was soll man dagegen mit einem schlappen Haufen wie den Slowaken oder Polen anfangen.

Milosevic: Was für Aussichten! Darf ich das so verstehen, daß alles, was wir besprochen haben, somit abgemacht ist?

Clark: Mein Wort, das Wort des Oberkommandierenden der Nato. Übrigens noch ein militärischer Ratschlag: Bringen Sie Ihre paar wirklich guten Flugabwehrraketen in Sicherheit. Unsere zur Bekämpfung feindlicher Flugabwehr entwickelten Raketen sind außerordentlich zielgenau. Wir werden sie den Deutschen unter die Flügel hängen.

Milosevic: Warum gerade den Deutschen?

Clark: Damit sie ein bißchen Krieg spielen, aber kein wirkliches Unheil anrichten können. Die Angriffe, auf die es ankommt, wie die auf Ministerien und Fabriken, fliegen wir sicherheitshalber selber.

Milosevic: Das ist beruhigend. Eine letzte Frage noch, Herr General: Worin besteht eigentlich das Interesse der Nato, meinem Land auf diese nicht ganz unaufwendige Weise zu Hilfe zu kommen? Sicher nicht aus Selbstlosigkeit oder gar aus plötzlich erwachter Liebe zu den Serben.

Clark: Natürlich nicht, wir sind keine Romantiker. Diese Aktion bietet die einmalige Gelegenheit, eine Reihe neuentwickelter Waffensysteme in Echtzeit und unter kriegsmäßigen Bedingungen zu testen. Das ist der Nato das Geld wert. Es hat sich herausgestellt, daß Computersimulationen längst nicht ausreichen.

Milosevic: Den Computerfritzen habe ich noch nie getraut. Nichts geht über scharfes Schießen. Wann soll es Ihren Planungen nach losgehen?

Clark: Am 24. März, 20 Uhr.

Milosevic: Ein letzter Uhrenvergleich: ich habe 18 Uhr 44.

Clark: Sehr gut. Ziehen Sie sich zu Ihrer Sicherheit aber rechtzeitig in Ihren Bunker zurück.

Milosevic: In welchen? Ich habe drei Dutzend davon.

Von Lothar Baier ist zuletzt im Verlag Antje Kunstmann das Buch »Ostwestpassagen« erschienen

Konkret 06/99, S. 62

Kay Sokolowsky

Totale: Krieg

Einen potentiellen Gegner mußte die Nato vom Beginn des Überfalls auf Jugoslawien an nicht mehr fürchten: das westliche Fernsehen

Die Zertrümmerung Jugoslawiens, seiner Brücken, Marktplätze und Zigarettenfabriken, E-Werke, Krankenhäuser und Studentenwohnheime, der Krieg der Nato gegen die Alte Weltordnung für eine Neue, in der Hauen und Stechen das diplomatische Protokoll, Militarismus und Demagogie die Politik ersetzen, hat ganz nebenbei auch einer populären Dummheit, einer postmodernen Lieblingsbanalität für immer den Garaus bereitet: Die elektronischen Massenmedien würden keine Grenzen kennen.

Daß im »globalen Dorf« McLuhans vor allem Trottel wohnen, daß Fernsehen mitnichten ein Institut ist, welches per Pluralismus und »Vernetzung«, via Popularität und Omnipräsenz den kosmopolitischen Bürger schaffe, hätte man schon vorher wissen können: Fünfzig Jahre TV haben weder Rassismus noch Chauvinismus aus der Welt geschafft; kein Vorurteil, keine Diskriminierung, kein einziges Feindbild ist durch das Fernsehen beseitigt worden. Die Lektion, die der Kosovo-Krieg der kurrenten, pflaumenweichen Medienkritik erteilt, geht jedoch über das Altbekannte (das die meisten Vertreter jener Kritik mit immensem Wortschwall immer wieder bestritten haben) weit hinaus. Wer künftig behaupten sollte, Fernsehen sei das beste Instrument gegen Propagandisten, Demagogen und Lügner und die schiere Masse von Informationen, die erdrückende Macht der Video-Bilder verhindere, daß irgendein politisches Verbrechen vertuscht werden könnte, der darf getrost nicht mehr bloß als Idiot, sondern gleich selber als Propagandist bezeichnet werden.

Die Zurichtung der Szenen, die Auswahl der Meldungen, der gängige Stil der Berichte und Kommentare wurde keinem Sender in den Nato-Staaten offiziell vorgeschrieben. Dennoch war vom ersten Kriegstag an eine Uniformität und Servilität der Nachrichtensendungen zu besichtigen wie, hierzulande, seit dem Deutschen Herbst nicht mehr. Als habe es eine geheime Order gegeben, nur ja nicht den Regierungen in den Rücken zu fallen, die ohne Not, ja sogar ohne Kriegserklärung Belgrad mit Tod und Feuer überzogen, versuchten die Infotainer gar nicht erst zu überprüfen, was denn dran war an den Vorwänden der Allied forces, unterließen sie jede Bemühung, die Lage im Kosovo vor Ort zu überprüfen, saßen sie brav wie die Chorknaben Wesley Clark und Javier Solana zu Füßen und interessierten sich weit mehr für die Lenksysteme der Präzisionsluftminen als für die Kinder, die mit diesen Minen zu Frikadellen gebacken wurden. Aber eine geheime Order gab es nicht, der Schulterschluß der TV-Zombies mit den Staatsterroristen geschah ganz selbstverständlich.

Vom dümmsten und flachsten aller Medien durfte man natürlich nicht erwarten, aus dem öffentlichen Konsens auszubrechen. Die Bruderschaft der Kriegstreiber, Scheinheiligen und Militaristen in praktisch allen Meinungsanstalten der »internationalen Staatengemeinde« wurde vom Fernsehen weder begründet noch angeführt: Es machte, wie immer, einfach mit, als die Meute losstürmte. Doch gleichwie die Nato wußte, daß ihr zu Beginn der »Kampagne« auf keinen Fall Bilder in die Parade fahren durften, die zeigten, was eine Kassettenbombe mit menschlichen Körpern anstellt, hätte dem Sensationsbedürfnis und der Blutgier des Mediums nichts interessanter sein müssen als eben solche Bilder. Aber, wie bereits im Golfkrieg geübt, begnügten die Nachrichtensendungen sich mit dem sortierten und bearbeiteten Material, das die Militärzensur ihnen zukommen ließ, und ihre Moderatoren schienen wenig betrübt, als sie verkündeten, daß die jugoslawische Regierung Journalisten aus Nato-Staaten starke Arbeitsbeschränkungen auferlegt oder gleich die Aufenthaltserlaubnis entzogen hatte. Man hatte eine Ausrede für das eigene Unvermögen, neue Quellen aufzutun, und zumal für den ausgeprägten Unwillen, Serben, diese slawischen Halbirren, als Opfer zu zeigen; und das Publikum, dem die kriminellen Aktionen des Bündnisses schlimmstenfalls am Arsch vorbeigingen, war's zufrieden. Ob der Krieg ein jähes Ende gefunden hätte, wenn auf den westlichen Bildschirmen von Anfang an die Verwüstungen und Blutspuren der Luftangriffe zu besichtigen gewesen wären, steht zwar zu bezweifeln - nachgerade imprägniert ist in den meisten Schädeln, die ARD, CNN oder BBC ausgesetzt waren, das Image des serbischen Fötenfressers resp. Tschetniksadisten. Aber die rasante Eskalation der »punktuellen« Attacken hin zu einem völlig planlosen Flächenbombardement wäre der Nato evtl. weniger leicht gefallen; das obszöne Gerede der Offiziere und Kriegsbürokraten von den »Kollateralschäden« wäre manchem Kommentatoren vielleicht etwas früher aufgestoßen als in der siebten Kriegswoche, nach Zerstörung der chinesischen Botschaft, da alles zu spät war.

Der Moloch Fernsehen kennt keine Moral - außer der je herrschenden; er will in Ruhe gelassen werden beim Verschlingen der Welt und beim Ausscheiden von Vollprogrammen und ist daher mit jedem System, in dem er sich breitmachen darf, vorbildlich d'accord. Die paar Querulanten, die das Fernsehen sich unter demokratischen Verhältnissen leistet, dienen vor allem der willkommenen Simulation von Opposition: Ein paar Reaktionäre haben hernach Gelegenheit, ihren dicken Hals in die »Bild«-Zeitung zu halten, der mündige Bürger freut sich über den Löwenmut *seines* Bednarz, das Grimme-Institut verleiht einen Preis. Derweil gehen die Geschäfte weiter - anders als bei den klassischen Medien erwartet ernsthaft

niemand vom Fernsehen Selbstreflexion, die über die »Wochenshow« oder »extra 3« hinausreicht, glaubt allenfalls ein verwitweter Rundfunkbeirat aus Süderbrarup, die gelegentlich geübte Selbstkritik der Sender sei mehr als eine lästige Übung und habe irgendwelche Folgen für die fernere Arbeitsweise. Der Opportunismus des Molochs hat zutiefst mit seiner Formlosigkeit, seinem amorphen Wesen zu tun. Erkoren, unser aller Augenzeuge zu sein, bemüht er sich, uns nie zu überfordern, versucht er, jeden Vorgang so zu betrachten, wie die avisierte Couchkartoffel ihn, wäre sie selber am Tatort, wohl auch sehen würde.

Der Ehrgeiz des besseren Dokumentarfilms - die Menschen, Dinge und Ereignisse so zu zeigen, als habe nie zuvor ein Blick auf ihnen geruht, als gelte es, ihre Würde und Besonderheit für die Ewigkeit aufzubewahren -, diese Ambition fehlt den Aufnahmeteams von Fernsehnachrichten durchaus. Gerne reden sie sich auf den permanenten Zeitdruck hinaus, unter dem sie ihre Clips produzieren müssen, wenn jemand die serielle Ähnlichkeit, die Austauschbarkeit ihrer Dokumentarszenen tadelt (Nato-Hauptquartier außen / Schnitt / Auftritt Solana / Schnitt / Auditorium / Schnitt / Wandprojektion einer Landkarte / Schnitt / Solana redet / Schnitt / Studio). Tatsächlich wäre eine andere Form (fiele denn den mediokren Köpfen, die uns allabendlich ins Wohnzimmer gucken, dergleichen ein) an den Heimatredaktionen gar nicht vorbeizuschmuggeln: Das Immergleiche, die Versicherung,, es gebe kein einziges Phänomen, das sich der Kamera verweigern könne, macht den Erfolg des Fernsehens überhaupt erst aus.

Wie ein Dutzend Rosenkränze auf Verstörungen des Gemüts, dank Mechanik und Geleier, durchaus besänftigend wirkt, hat die solide Verwechselbarkeit der TV News mit denen von gestern, vorgestern und auch vom letzten Jahr die »Tagesschau« längst in eine Art sedatives Ritual verwandelt: Nicht Informationen locken den Zuschauer vor die Röhre, sondern die schöne Gewißheit, daß die Welt sich in der Nachrichtensendung zuallerletzt verändern wird. F. W Bernstein hat den schonenden Ton, in dem sogar das Armageddon in der »Tagesschau« vermeldet werden wird, bereits 1987 grandios antizipiert: »(Köpcke) und alle seine halben Erscheinungsformen sollen mit uns sein bis ans Ende der Welt, und er wird's uns schon sagen, wenn's soweit ist: GONG! Und er schreit mit großer Stimme, wie ein Löwe brüllet, und da er schreit, reden sieben Donner ihre Stimmen: >Bonn. Außenminister Genscher bezeichnete den Weltuntergang als ein Ereignis von besonderer Tragweite ...«< Sehr viel anders klang's am 24. März 99 auch nicht.

Möglicherweise nahmen einige Korrespondenten und Regisseure den Angriffsbefehl der Nato als den historischen Bruch wahr, die Globalkatastrophe, welche er gewesen ist. Konsequenzen zogen sie aus ihrem Schrecken mitnichten. Keiner traute sich, in die Gesichter der Bombenkerls zu zoomen, während daraus die Unwörter »humanitäre Katastrophe« und »Luftoperationen« fielen sowie der fulminant verlogene Satz »We have no quarrel with the people of Yugoslavia«: Als wäre in den Mundwinkeln kein Speichel, an den Lidern kein Zucken, auf der Haut kein Schweiß zu entdecken gewesen, als würde dereinst die Nachwelt nicht zu gerne die Fressen jener inspizieren wollen, denen sie ihre Kalamitäten verdankt! Ergeben fügte das Pack, das noch kurz zuvor, im Fall Lewinsky, seine ganze Kraft daran gesetzt hatte, die kalten Bauern des Präsidenten zu präsentieren, sich in das - nirgendwo dekretierte - Los, Multiplikator der Nato-Meinung zu sein und das vormalige Objekt ihres Voyeurismus nun respektvollst nur mehr als den »Oberbefehlshaber« abzubilden.

Die Kriegsherren selbst dürften überrascht gewesen sein, wie wenig Probleme ihnen der Moloch bereitete. Wohl, sie wußten seit dem Golfkrieg, daß ein wenig Erpressung genügt, um das bilderwilde Medium auf Linie zu bringen. »Nehmt, was wir euch geben, oder ihr bekommt überhaupt nichts«, drohten sie damals, und der »Medien-Pool« spurte gleich einem Regiment Marines: Lieber »Live«-Aufnahmen (mit immerhin irgendwie gruftigem Grünstich), direkt aus dem Sprengkopf einer Cruise Missile, als gar kein Einspieler! Aber die Schwierigkeiten diesmal, mitten in Europa, bei einem Gegner, der mit Korrespondenten liberaler umging als ehedem Saddam, dürften sie sich größer vorgestellt haben. Um die Dominanz des Militärs, seine Verachtung für die Pressefreiheit und die Bürger, die es finanzieren müssen, keinen Moment vergessen zu machen, um zugleich aber auch das Bedürfnis des Fernsehens nach Wiederholungen zu stillen, wurde das Ritual des nachmittäglichen »Briefings« im Brüsseler Hauptquartier initiiert.

Ganz wie Piloten einer Jägerstaffel bei der Einsatzbesprechung wurden die Journalisten plaziert, nicht anders als Rekruten beim Appell erwarteten sie die Erteilung des Tagesbefehls, sahen sie auf zum wachhabenden Lamettaträger, der die gelungenen Vernichtungen des Vortages beschrieb, während der diensttuende Zivilist, der ihm zur Seite stand - wahlweis ein ziemlich schlampig gekleideter, schlechtrasierter, stets gebückt dastehender Aktenwurm oder ein maßangezogener, eisern grinsender, geschwätziger Yuppie -, pro forma daran erinnerte, daß die Nato, jedenfalls laut Statut, nicht von Soldaten dirigiert wird, der vor allem jedoch als beflissener Hiwi des coolen Todes-Technokraten zu seiner Rechten erschien. Die prototypisch vorgefährte Hierarchie verfehlte ihren Effekt nicht. Nahezu kein Bericht aus Brüssel verzichtete auf einen Zwischenschnitt zum Nato-Monument vorm Hauptquartier, diesem zackenstarrenden Death Star, dieser Explosion aus Stahl, eingefroren in einem ewigen Standbild. Denn über Nacht waren alle Korrespondenten zu Klonen von Jamie Shea mutiert - Adlaten, die ihre Generäle lieber nicht reizen mochten, und das Geknatter von Zahlen und Waffensystemnamen mit immer denselben hundert Phrasen aus dem Leitfaden der psychologischen Kriegführung überkleisterten, weil sie »robuste« chirurgische Eingriffe am eigenen Leib eher nicht herausfordern mochten.

Wie angeraten ihr Opportunismus war - vorausgesetzt, auch nur eine der rapportierenden Orgelpfeifen hätte anderes gesagt als gedacht, was man bezweifeln darf-, zeigten die Allied forces, als sie am 23. April das Sendezentrum in Belgrad planierten. Dieser Angriff ragt als *der* symbolische Akt des Kosovo-Krieges - in dem Symbole eine schier prähistorische Bedeutung spielten - heraus. Die Selbstabschaffung des Fernsehens als »objektives Medium«, der Bankrott der Sender als vorgebliche Anstalten einer »überparteilichen Meinung« wurden nicht bloß manifest. Die Herren der Neuen Weltordnung gaben außerdem deutlichst bescheid, daß sie den Bankrott über das Kriegsende hinaus perpetuiert wünschten. Daß die Adressaten kapiert hatten, bewies ihre sagenhaft feige Illoyalität am folgenden Tag - statt namens der ermordeten jugoslawischen Kollegen die Medienzensur per Laserbombe anzuprangern, tat die Bande einhellig so, als ginge nicht mal dieses Kriegsverbrechen sie was an. »Das freie Bild«, die »grenzenlose Information«, das »global village« -mit einem Luftschlag hatte das Fernsehen all die hehren Ausreden, die es für seine singuläre Trivialität bis dahin bereithielt, verloren; aber weil ihm an dem Hokuspokus, den Medienwissenschaftler treiben, eigentlich ein Fliegendreck liegt, am blanken Da-Sein auf zweiunddreißig uniformen Kanälen jedoch alles, berichteten die Kollaborateure über den Fall eilig, nebenher und »nüchtern« wie Buchhalter. Nachdem sie sich ohne Zwang den Generälen unterworfen hatten, mochte die Züchtigung, welche die widerspenstigen »Kollegen« jetzt erfuhren, sie vielleicht sogar mit Genugtuung erfüllen.

Die massive Zensur der Nato - mit der verglichen die Restriktionen in Jugoslawien ebenso antiquiert und armselig wirkten wie die Flugabwehr des Landes gegen Stealth-Geschwader - veranlaßte zwar einige Vertreter der Presse, auch des Radios zur Frage, ob dies alles »in der Demokratie« denn geduldet werden könne. Die »Erscheinungsformen« (Bernstein) des Fernsehens machten sich um gar nichts Sorgen als »unsere Jungs«. In den ersten Kriegstagen waren die Programme zugeparkt mit heroischen Porträts uniformierter Mordsburschen.

Dann aber, nach einigen Invasionstagen, wurde der Moloch aufmüpfig und ließ seine Moderatoren erstmals nach dem »Sinn« der Angriffe fragen. Es ging jedoch nicht um tote Serben, sondern um die Abwesenheit einer fernsehgerechten »Erzählung« dieses Krieges. Das »Briefing«-Ritual schön und gut, jetzt allerdings wurde es Zeit fürs Melodram: Wo, bitteschön, blieben die toten Helden, wo die trauernden Kriegerwitwen, wo, zum Henker, die Leichenberge, von denen der Verteidigungsminister so enthusiastisch erzählte? Im Golfkrieg mochten die Restlichtaufnahmen vom Bagdader Nachthimmel noch genügt haben, die Kundschaft bei der Stange zu halten; doch nun war es Zeit für einen neuen Hut. Die Militärs - denen es nur recht sein konnte, wenn sie ihr Geschäft unter Ausschluß der Öffentlichkeit erledigen durften - zeigten sich prompt noch sturer und untersagten jegliche Interviews mit niederen Dienstgraden, die an den Einsätzen beteiligt waren. Doch dann rollten die ersten Flüchtlingstrecks nach Albanien, und der Moloch stellte sein Nörgeln umgehend ein. Der Krieg hatte ein »menschliches Gesicht« bekommen, »Schicksale« produziert, die das Gemüt bewegen, Geschichten verfertigt, die gruseln, ohne zuviel Grauen zu verbreiten - von »Massakern« wurde weiterhin ja nur geredet, Bilder brachten auch die »Deportierten« nicht mit, Gott sei Dank. Die Mythographie des Kosovo-Krieges konnte nach dem Ritter (Nato-Jets) und dem Drachen (Milosevic) jetzt endlich auch das Opfer zeigen, zu dessen Rettung jener ausgezogen war, »die Kosovaren«. Fortan zerfiel die Berichterstattung in »erschütternde« Massenszenen, vorzugsweise aus der Hand gefilmt - die sich, drehte man den Ton ab, allerdings ausnahmen wie eine schlechte Woodstock-Reminiszenz -, »nüchterne« Standkamerabilder aus dem Befehlsbunker und, düster, anonym, »unecht«, Minisequenzen brennender jugoslawischer Städte, deren Irrealität noch verstärkt wurde durch die Dauereinblendung »serbisches Fernsehen«.

Die prononcierte, penetrante Skepsis der Nachrichtensendungen gegen genau jene Bilder, die als einzige zeigten, daß der Nato-Krieg weder »sauber« noch »präzise« geführt wurde, war nur zum kleineren Teil als Alibi für die freiwillige Unterwerfung unter das Informationsdiktat der Allianz zu deuten. Im Mythos, den der Moloch aus der »Kampagne« wob, mußte am Ende auch er selber vorkommen, jedoch zweigestaltig, als guter und als böser »Zeuge«. Das »authentische Bild«, das es nie gab und dessen Zweifelhaftigkeit mittlerweile, nach »Jurassic Park« und »Titanic«, selbst dem dümmeren Teil des Publikums schwant, über das zu gebieten aber die wichtigste Illusion des Fernsehens ist, läßt sich nur mehr beschwören -und wo der einen Partei vorgeworfen wird, sie leiste fortwährend Meineid, können die Bilder der anderen doch gar nicht gelogen sein. Indem die gleichgeschalteten Anstalten des Westens nicht müde wurden, auf die Gleichschaltung des »serbischen Staatsfernsehens« hinzuweisen, konnten sie selbst »objektiv« und »kritisch« wirken, indem die Propagandisten von Wickert über Niemetz bis Klöppel keine einzige schmierige Floskel ausließen, wenn es das »Leid«, das »unsägliche Elend« der »Kosovaren« zu beweinen galt, durften sie die durchaus sachlichen Meldungen der jugoslawischen »Kollegen« von weiteren Bombentoten sogleich als Propaganda denunzieren.

Der Moloch warb für den » gerechten Krieg« mit einer Vehemenz, die den Warlords geradezu abverlangte, ihre anfangs durchaus gemessene, fast abgeklärte Sprache zu vergessen und ihre Statements radikal zu emotionalisieren. Nur wer am grellsten belferte, bekam den Clip nach dem Aufmacher aus den Flüchtlingslagern - aber da mochte Scharping sich noch so sehr abmühen, die Abmoderation setzte mühelos einen drauf. Synchron mit der Destruktionswut der Nato wuchsen die Vernichtungswünsche der Anchormen. »Der Ruf nach Bodentruppen wird immer lauter«, verkündeten sie, doch am lautesten riefen sie selbst. Marktführer dabei war, wieder einmal, RTL.

Hier trugen ausnahmslos alle Journalisten einen Stahlhelm und mit Stolz. Offenbar vom Ehrgeiz beseelt, die »Ufa-Wochenschau« fürs Fernsehen zu revitalisieren, inszenierten sie » News«, in denen Kriegsgegner ausschließlich als

»Radikale« oder »Weltfremde« vorkamen, zivile Opfer des Bombardements zu »tragischen Fehlern« der Nato erklärt wurden - wobei »Tragik« nicht die Toten meinte, sondern den Imageschaden der tapferen Friedensflieger -, Flüchtlinge allesamt »Vertriebene« hießen, lieber noch: »Deportierte«, Lager aber »Camps«; und das »beste« Camp war natürlich das der Bundeswehr in Tetovo. Wochenlang stellte der Sender - der seit zwei Jahren in der Eigenwerbung droht: »Wir zeigen's Ihnen!« - die geilsten Tötungsmaschinen der Allianz vor, schwärmte ungeniert von »Wunderwaffen«, kamen Treffer der Nato vorzugsweise als Zeichentrick-Explosionen auf einer Landkarte vor, was die sterilen Killviews aus Brüssel vollends entwirklichte, und die durchgedrehten Hetzer glaubten wohl selbst daran, daß »den härtesten Job in diesem Krieg« nicht etwa Belgrader Feuerwehrleute hatten, die zerschmetterte Hausmeister und verkohlte Putzfrauen aus Bombentrichtern kratzten, sondern die »Bomber-Piloten«, die ungefährdet aus 12 Kilometern Höhe Marktplätze flachwalzten.

RTL setzt seit seiner Gründung Maßstäbe fürs hiesige Fernsehen; das darf dem Sender zugestanden werden. Und auch beim Untergang der Welt, wie wir sie kannten, war RTL Avantgarde, der die Konkurrenz bald nachfolgte. Eine Benefiz-Sendung der ARD am 3. Mai zugunsten der Bombenopfer, ach was: der »vertriebenen Kosovaren« machte auf mit einem langen, tränenreichen Bericht über Not und Angst der »Flüchtlingskinder«, der zu Beginn und zum Schluß mit der Titelmusik von » Forrest Gump« unterlegt war. Es paßt nichts mehr zusammen, aber die forcierte Mythographie des kommerziellen Schundfunks, die den Kosovo-Krieg gar nicht anders denn in Fragmenten, Miniaturen, Versatzstücken abbilden mag, um desto leichter alles in Kitsch, Soap und Truppentheater verwandeln zu können, hat zuletzt auch die Schnarchhähne der Öffentlich-Rechtlichen belehrt, daß im Fernsehen der Soundtrack einer Satire sehr wohl und korrekt auf ein Trauerstück geklebt werden kann. Dazu links oben dauernd die Nummer des » Spendentelefons« eingeblendet, wohl nur zufällig mit den Jahreszahlen der »Operation Barbarossa« - 41 42 43 - ausgestattet, mit voller Absicht freilich gerahmt in das Logo von » T Vote Call«. Nichts stimmt mehr, außer der Wirklichkeit des entfesselten Kapitalismus, außer im Fernsehen: So hat der Moloch es gern, und so wurde der Kosovo-Krieg zu einer Geschichte aus lauter Wiederholungen, Ritualen, Identitätsfesten und Werbeblöcken zwischen diversen »Tragödien«.

» Zum ersten Mal in meinem Leben mag ich die Nachrichten nicht mehr einstellen«, gab am 10. Mai Ralph Giordano in » Talk vor Mitternacht« bekannt. Er wollte damit aber keineswegs sagen, daß er Propaganda und Heuchelei der Sendungen nicht länger ertrage und daß es schlicht obsolet sei, in den Fernsehnachrichten nach Nachrichten zu suchen. Die »entsetzlichen Szenen« des »Flüchtlingselends« seien, was seine Fassung überstieg. Er hatte gesehen, was nie gezeigt worden war, doch der totale Triumph der Ideologie, die erst die » Wahrheit« der Bilder diktierte, dann den Mythos und das Genre erschuf und schließlich die Bilder nur mehr brauchte, um ihre, der Ideologie, » Wahrheit« zu illustrieren, hatte mit einem alten Schwallkopf so wenig Schwierigkeiten wie mit einem Kriegsminister, der nicht mal radfahren kann. Dieser Triumph jedoch -der nicht zuletzt deshalb so leicht zu erringen war, weil die Fernsehmacher anderthalb Jahre zuvor, anläßlich der toten Diana, geschlossen den Verstand verloren hatten -, dieser totale und radikale Sieg der » Verblendung« (Georg Seeßlen) über die Realität wird das Ende des Luftkriegs überdauern. Das Fernsehen ist unwiderruflich zu der quasireligiösen, antirationalen, voraufklärerischen Anstalt geworden, die es in den meisten seiner Abteilungen längst war; und keiner stößt sich daran. Es sieht ja auch niemand mehr hin.

Vorabdruck aus dem im Juni in der Edition Tiamat erscheinenden und von Klaus Bittermann und Thomas Deichmann herausgegebenen Buch *Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben*

Konkret 06/99, S. 65

Jürgen Roth

Kein Luftkrieg. Nirgends

Worum eigentlich muß sich Literatur kümmern? Um den Stellenabbau im öffentlichen Dienst? Um die Entwicklung der Produktivkräfte? Um die Haltbarkeit von Glühbirnen?

Sie kann. Die Wahl des Sujets steht jedem Autor frei. Der Literatur deshalb Defizite in der Themenwahl zu attestieren, ihr Vorhaltungen zu machen, dies nicht, jenes aber über Gebühr behandelt zu haben, ist Unfug. Warum sie allerdings Erfahrungen und Ereignisse umkurvt, ignoriert oder anderweitig »verdrängt«, mag durchaus belangvoll sein, will man taxieren, welchen Stellenwert bestimmte Partialliteraturen – die Tadler der angeblich *nicht* zeitgenössisch, wahlweise *nicht* geschichtsbewußt genug auftrumpfenden Dichtung meinen »Nationalliteraturen« – bestimmten historischen Geschehnissen beimessen.

Einem jener Mankos, der Aussparung des *area bombings* durch die deutsche Literatur seit 1945, spürte der Schriftsteller W. G. Sebald im Herbst 1997 nach. Seine Zürcher Vorlesungen über *Luftkrieg und Literatur* liegen nun als Buch vor. Dessen Generalthese lautet, »daß die in den letzten Kriegsjahren von Millionen gemachte Erfahrung einer nationalen Erniedrigung sondergleichen nie wirklich in Worte gefaßt und von den unmittelbar Betroffenen weder untereinander geteilt noch an die später Geborenen weitergegeben worden ist«.

Sebald ist um die Skandalisierung eines Genres bemüht, dessen nationalistischer Habitus etwa hinsichtlich der Heimkehrererzählungen Bölls längst dutzendfach belegt wurde. Er, der ungebrochen im Plural des deutschen Wir doziert, sieht die Autoren der »Stunde Null« »bestimmt von einem halben oder falschen Bewußtsein, das ausgebildet wurde zur Festigung der äußerst prekären Position der Schreibenden in einer moralisch so gut wie restlos diskreditierten Gesellschaft«. Daraus resultiere eine folgenschwere Abwehr, eine Art verstümmelte Rationalisierung: »Unser Gedächtnis« sei beschnitten, in ihm »kaum eine Schmerzensspur« der »Verheerung der deutschen Städte« zu finden, das »Sensorium der Überlebenden« habe kein literarisches Pendant erhalten – was nichts geringerem als der »zweiten Liquidierung der eigenen Vorgeschichte« gleichkomme.

Dem Befund, deutsche Schriftsteller hätten sich zum Schweigen verpflichtet und den Opfern, ihren Landsleuten, die Stimme der Rekonstruktion verweigert, korrespondiert Sebalds unausgesprochenes Modell ästhetischer Bearbeitung von Traumata. Wie selbstverständlich hantiert er ohne Unterlaß mit dem Schwamm- und Schaumbegriff des »kollektiven Bewußtseins«, und demzufolge gilt ihm (gelungene) Literatur als Pool der Erinnerung, der Wiederbelebung nationaler Kontinuitäten, als Refugium, wo sich gemeinschaftlich Erlittenes bewahren, tradieren, gestalten, deuten lassen soll. Dieser ins Globaltherapeutische gedehnte Zugriff auf die marginale kulturelle Funktion der Literatur, nämlich ein so dubioses Verlangen gleich jenem nach nationaler »Selbstvergewisserung« zu fördern und »Bewußtsein« darüber zu bilden, was den Deutschen widerfuhr, erinnert an die fatalsten Debatten zum pädagogischen Gehalt ästhetischer Artefakte.

Wenige nur seien der »individuellen und kollektiven Amnesie«, der »Selbstzensur« entkommen, und zwar lediglich passagenweise, grauenhaft verquast oder mythologisch überhöht im Stile Fritz Langs: die sog. inneren Emigranten Hans Erich Nossak und Hermann Kasack sowie der nach London geflohene Peter de Mendelssohn.

Zum Kronzeugen wider die Verschwiegenheit ernennt Sebald just Heinrich Böll, dessen postum erschienener Roman *Der Engel schwieg* die Rückseite der Trümmer- und Wiederaufbauliteratur darstelle und Ende der vierziger Jahre nicht in Druck ging, weil die »von unheilbarer Schwermut geprägte Erzählung der zeitgenössischen Leserschaft ... nicht zugemutet werden konnte«. Böll sei dem dichterischen Auftrag, an der »Naturgeschichte der Zerstörung« mitzuschreiben, nolens nachgekommen – durch einen Hyperrealismus, genannt »der leidenschaftslose Bericht«, der zerfetzte Leiber und explodierende Straßenzüge in größtmöglicher Konkretion notiert und dem »Prozeß der Degradation« die Form penibler und dergestalt erschreckender Abschilderung verliehen habe.

Nachkriegsdeutschland, deine Dichter: ansonsten ein Haufen von Versagern. Sternstunden der Poesie verschliefen sie; sie versäumten die singuläre Chance, die Totalität des Weltenbrandes, die »Vernichtung der deutschen Städte«, zu bannen. Sebald, selbst ein Handwerksmeister der expressiven nachholenden Beschreibung diverser Flächenbombardements (etwa Hamburgs und Kölns), ist irritiert: »Das nahezu gänzliche Fehlen von tieferen Verstörungen im Seelenleben der deutschen Nation« mag ihm nicht einleuchten in Anbetracht der »absoluten Degradation«, welche das Denken übersteigt und gleichwohl – Elias Canetti paraphrasierend – mit »Präzision und Verantwortung« gezeichnet sein will: »Das Ideal des Wahren ... erweist sich angesichts der totalen Zerstörung als der einzige legitime Grund für die Fortsetzung der literarischen Arbeit. Umgekehrt ist die Herstellung von ästhetischen oder pseudoästhetischen Effekten aus den Trümmern einer vernichteten Welt ein Verfahren, mit dem die Literatur sich ihrer Berechtigung entzieht.«

Sebald sehnt keine pathologisch grüblerische, auch keine krähende, aber doch eine »selbstbewußte Nation« herbei – was immer das sein könnte. Zahlreiche Zuschriften erreichten ihn, die begrüßten, seine Vorträge hätten »die Deutschen endlich

einmal als Opfer dargestellt«. Spät, sehr spät, am Schluß der Nachbereitung, fällt ihm auf, »daß auch die tatsächlichen Pionierleistungen im Bombenkrieg – Guernica, Warschau, Belgrad, Rotterdam – von den Deutschen vollbracht wurden« – um zu ergänzen: »Die Mehrzahl der Deutschen weiß heute, so hofft man zumindest, daß wir die Vernichtung der Städte, in denen wir einst lebten, geradezu provozierten.«

Wozu dann noch Luftkrieg zwischen Buchdeckeln? Um das Wissen geradezu ästhetisch zu polieren? Und »unser Ansehen« vor »uns« selbst zu bessern? Ist sie das, die Sorge großer Literatur?

Künftiger deutscher vielleicht ja schon.

W. G. Sebald: *Luftkrieg und Literatur.* Hanser, München/Wien 1999, 168 Seiten, 34 Mark

Konkret 06/99, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Springers »Hamburger Abendblatt« macht vor, wie richtiggehende Freiheit der Presse die schwierigste Geschichte zu schreiben vermag:

Heute: Ende eines Erfolgstrios. Erinnerungen an Nazi-Greuel. Zirkus-Alltag.

Da soll Milosevic sich ein Beispiel nehmen. Und an dieser die Freiheit von Forschung und Lehre betreffenden Meldung erst recht:

Fachbereich Orientalistik der Universität Hamburg - Vortragsreihe »Hamburg und seine Beziehungen in die Welt« - 9. Juni, Westflügel des Hauptgebäudes: Deutsches Bier in Kirgistan. Referent: Philip Mofat, Geschäftsführer der Hamburger Brau GmbH

Damit es, wenn die Bundeswehr einmarschieren soll, nicht wieder heißt: Es gibt kein deutsches Bier in Kragujevac, es gibt kein Bier, drum fahr'n wir nicht nach Kragujevac, drum blei'm wir hier.

Der Mörder, weiß der »Spiegel«, ist nicht immer der Gärtner:

Das Geheimnis ist endlich gelüftet: Der Schneider war's. Er ist die Schlüsselfigur in der Erfolgsstory des deutschen Bundeskanzlers. Zumindest glaubt das der selbstbewußte Kleiderfabrikant Umberto Angeloni, Chef der Firma Brioni. Denn vor einem Jahr, als es für Gerhard Schröder bei der Niedersachsen-Wahl um Alles oder Nichts ging, war er schließlich zur Stelle. Ein Starschneider des Unternehmens jettete von Rom nach Hannover. Nachdem Schultern, Brust, Bauch, Hüften und Beine des kräftigen Politikers vermessen waren, überreichte er ein kleines Büchlein, das als Crashkurs für den angehenden Weltpolitiker gedacht war. Der Brioni-Chef empfahl darin: »Verabschieden Sie sich von zugeknöpften Hemdrevers, offene Spitzen vermitteln mehr Dynamik und Sportlichkeit. Wechseln Sie Ihre Anzüge. Der Einreiher mit drei statt zwei Knöpfen ist eleganter und schließt besser über der Brust.« Gesagt, getan, gewonnen. Zur Bundestagswahl ein neuer Mode-Appell: »Ich empfehle den zweireihigen Nadelstreifenanzug. Das ist das Maximum der Eleganz und beruhigt die Geschäftswelt«, so die Telefonberatung aus Rom.

Seit Wochen geht Schröder nicht mehr unter Leute, weil Angeloni noch nicht angerufen hat, um zu sagen, ob es der Völkergemeinschaft noch mehr echte Betroffenheit vermittelt, wenn der Kanzler zum Kollateralschaden einen schwarzen Seidenbinder von Dolce e Gabbana trägt statt olivgrüne Combats von Heckler & Koch.

Die Redaktion der WDR-Sendung »Kulturweltspiegel« »an alle Agenturen - Sperrfrist 9.5.1999, 18:00 Uhr":

Kosovo-Krieg - Der Schriftsteller Günter Grass bricht sein Schweigen.

Atemlose Spannung bis 17:59 Uhr. Was wird er sagen? Wird er dagegen sein? Oder dafür? Oder eher dafür als dagegen bzw. dagegen als dafür? Und was dann? Kapituliert die Nato? Wirft sie Atombomben? Ich konnte es nicht erwarten und mußte sein Schweigen brechen, bevor die Sperrfrist abgelaufen war: Der Dichter, dachte ich, wird sich, wie noch stets, dem teuren Vaterland anschließen, heftig zeternd und polternd zwar, aber schließlich - wie ein guter Holsteinischer Katenschinken: würzig und doch mild. Und so traf mich der Schlag Schlag 18:00 Uhr zwar hart, doch nicht unerwartet:

Meiner Meinung nach ist dieser militärische Einsatz nötig, er hätte viel früher kommen müssen.

Wie der Nobelpreis. Was für ein Arschloch.

Die Alice Schalek des jüngsten Balkankriegs heißt Renate Flottau und schreibt im »Spiegel« ihr »Kriegstagebuch aus Belgrad«:

Am Nachmittag besuche ich Zoran Djindjic, den Führer der Demokratischen Partei: Er lebte lange in Deutschland. Dort habe er die Prinzipien westlicher Demokratie erlernt, glauben seine Anhänger. Eines hat er ganz bestimmt gelernt - was auf dem Balkan selten ist: Filterkaffee zu machen. Den trinke ich in seinem Büro.

Auf Filterkaffee im Kriegstagebuch aber steht die eine, von dem Folterspezialisten Horst Tomayer erfundene Strafe: An die Wand stellen. Und stehen lassen.

Angelika Beet, die kriegspolitische Sprecherin der Friedenspartei, ringt Tag und Nacht. erstens um Verständnis für den Überfall ihrer grünen Jungs auf Jugoslawien und zweitens mit sich selber:

Meine Entwicklung ist nicht logisch, und ich weiß auch nicht, wie sie enden wird.

Ich schon. Und gegen Einsendung von fünfzig Mark in Sonderbriefmarken für Kosovo-Flüchtlinge sag' ich's ihr.

Auch mitten im Krieg läßt die »Bildzeitung« ihre alten Feinde nicht im Stich:

Als Student betätigte sich Trittin als unverbesserlicher Weltverbesserer.

Nur sein Ansatz ist jetzt ein anderer: Der unverbesserliche Student wollte die Welt durch eine Revolution verbessern, der unverbesserliche Minister bringt die Verhältnisse durch Erhöhung des Benzinpreises zum Tanzen. Wie Biermann sagt: Wer nichts ändert, bleibt nur sich treu.

Der dümmsten Zeitung der westlichen Welt tut es furchtbar leid:

Entschuldigung, Volker Rühe! Durch einen Übermittlungsfehler hat sich in Wolf Heckmanns Kommentar der Freitagausgabe ein ärgerlicher Fehler eingeschlichen: Aus »Volker Rühe, der Aufblüher der Nach-Kohl-Zeit« wurde »Aufbläher« - ein Wart, das zwischen total sinnlos und debil-beleidigend liegt. Entschuldigung, Herr Rühe.

Hätte nicht nötig getan. Ein kluges Wort in der Einöde zwischen beleidigender Debilität und totaler Sinnlosigkeit - daß das ein Druckfehler sein maßte, hatten die dümmsten Leser ganz von selbst gemerkt.

Wie Lenins Nachfolger uns von dem Übel erlöst, steht in der »Süddeutschen Zeitung«:

Michail Gorbatschow ist als Stargast des Schlagerfestivals von San Remo von den Zuschauern begeistert empfangen worden. Als der 67 Jahre alte Ex-Politiker mit seiner Frau Raissa die Bühne betrat, erschallte tosender Applaus. Gorbatschow sagte, er habe die Einladung nach San Remo nach anfänglichen Zweifeln angenommen, weil mit Musik Barrieren überwunden werden könnten.

Er redete da nicht wie der Taube von den drei Tenören, denn schon damals, auf dem Alexanderplatz, hatte er den jungen Pionieren, die mit der Liedzeile »Schlag zu, du junge Garde des Proletariats« nicht nur Barrieren, sondern geradezu Barrikaden zu überwinden versprachen, aufmunternd zugewunken. Leider ist eine Wiederholung des Auftritts am Honorar gescheitert. Die Italiener boten, wie bei Bierhoff schon, deutlich mehr.

Gorbatschows tschechische Ausgabe, der Vaclav Havel, hat, apropos überwundener Barrieren, einen Text verfaßt:

Es ist viel besser, ein krankes Rußland zu haben als eine gesunde Sowjetunion.

Zu singen auf die Melodie, die im Hamburger Volksparkstadion schon so manche Barriere überwinden half Eine kleine Nymphomanin, eine kleine geile Sau, das ist alles, was wir brauchen, ficken, saufen, HSV

Scharpings Staatssekretär Stützte hat gesagt:

Wir maßten die Luftangriffe aus dem Boden stampfen.

Und Mitglieder der Sozialistischen Partei Österreichs haben erklärt:

Wir fordern die Nato auf, Brücken nicht in Angriff zu nehmen.

Einer Wiedervereinigung des Altreichs mit seiner Ostmark steht nichts im Weg. Auch ein halbes Jahrhundert nach ihrer Trennung sprechen sie immer noch dieselbe Sprache nicht.

Die Redaktion der »jungen Welt« hat sich im Streit getrennt und auf zwei Zeitungen aufgeteilt. Das ist schade. Denn in der einen, die den alten Namen trägt, finden sich nun Zeilen wie diese:

Die PDS-Spitze hat den Rubikon in Richtung »Ankunft in der BRD« überschritten,

wobei einige Redakteure und Abonnenten den Ruby Kohn für eine weitere Gemeinheit des Weltzionismus halten dürften, was der anderen, die eine gewisse Worldläufigkeit demonstriert, zwar nicht passieren würde, dafür aber dies:

Castro sagt der Kleinkriminalität und dem unabhängigen Journalismus den Kampf an

Wieso und? Ein Komma hätte genügt. Als sie noch zusammen waren, die Redakteure von »junger Welt« und »Jungle World«, hätten die einen den unabhängigen Journalismus nicht über den Rubikon gelassen und die andern den Rubikon nicht in die Zeitung.